



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

38. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 13. Mai 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Erziehungsfunktion von Schule stärken

– Drucksache 4/1182 – 2128

Heike Polzin, SPD 2128, 2137

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 2130

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU 2130

Andreas Bluhm, PDS 2134

Angelika Voland, SPD 2140

Beschluss 2142Volker Schlotmann, SPD
(zur Geschäftsordnung) 2142Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU
(zur Geschäftsordnung) 2142**Fragestunde**

– Drucksache 4/1193 – 2111

Dr. Ulrich Born, CDU 2111, 2112

Minister Dr. Gottfried Timm 2111, 2112, 2113

Eckhardt Rehberg, CDU 2112, 2113

Wolfgang Riemann, CDU 2113

Ministerin Dr. Marianne Linke 2113

Antrag der Fraktion der CDU:

Zeitplan für Verwaltungsmodernisierung

– Drucksache 4/1175 – 2113

Eckhardt Rehberg, CDU 2113

Minister Dr. Gottfried Timm 2117

Heinz Müller, SPD 2118

Gabriele Schulz, PDS 2122

Dr. Armin Jäger, CDU 2123, 2126, 2127

Holger Friedrich, SPD 2126, 2127

Beschluss 2127

Antrag der Fraktion der CDU:

Ausbildungsplatzabgabe**im Bundesrat verhindern**

– Drucksache 4/1170 – 2143

Dr. Ulrich Born, CDU 2143, 2154

Jochen Schulte, SPD 2146

Dr. Martina Bunge, PDS 2149

Andreas Petters, CDU 2150

Beschluss 2154

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Agenda-21-Prozess – grenzübergreifend

– Drucksache 4/1179 – 2155

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1201 – 2155

Birgit Schwebs, PDS 2155, 2159

Minister Dr. Wolfgang Methling 2156

Udo Timm, CDU 2158

Hans-Heinrich Jarchow, SPD 2158

Beschluss 2160

Lorenz Caffier, CDU
(zur Geschäftsordnung) 2160

Antrag der Fraktion der CDU:

Mittelstand stärken – Finanzierung sichern

– Drucksache 4/1169 – 2160

Dr. Ulrich Born, CDU 2160

Ministerin Sigrid Keler 2162, 2163, 2164

Eckhardt Rehberg, CDU 2163

Andreas Petters, CDU 2163, 2164

Jochen Schulte, SPD 2164

Dr. Martina Bunge, PDS 2165

Karin Strenz, CDU 2165

Beschluss 2166

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Erarbeitung eines Masterplans zur künftigen
Sicherung der flächendeckenden ärztlichen
Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/1183 – 2167

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1202 – 2167

Dr. Norbert Nieszery, SPD 2167

Ministerin Dr. Marianne Linke 2168

Harry Glawe, CDU 2170

Gerd Walther, PDS 2172

Beschluss 2174

Antrag der Fraktion der CDU:

Kinder- und Jugendtourismus

– Drucksache 4/1172 – 2174

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS**

– Drucksache 4/1205 – 2174

Andreas Petters, CDU 2174

Detlef Müller, SPD 2175

Karin Schmidt, PDS 2175

Jörg Vierkant, CDU 2176

Beschluss 2177

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Zuzahlungserleichterungen für Sozialhilfe-
empfängerinnen und -empfänger in Heimen**

– Drucksache 4/1185 – 2177

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1203 – 2177

Jörg Heydorn, SPD 2178, 2181

Ministerin Dr. Marianne Linke 2178

Harry Glawe, CDU 2179

Torsten Koplin, PDS 2180

Beschluss 2182

Antrag der Fraktion der CDU:

**Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen
im Bereich des Pflanzenschutzes für
Mecklenburg-Vorpommern sichern**

– Drucksache 4/1173 – 2182

Beate Schlupp, CDU 2182

Minister Dr. Till Backhaus 2183

Lilly Kühnel, SPD 2186

Birgit Schwebs, PDS 2188

Renate Holznagel, CDU 2189

Hans-Heinrich Jarchow, SPD 2191

Beschluss 2192

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Keine Maut auf Bundeswasserstraßen

– Drucksache 4/1176 – 2192

Jochen Schulte, SPD 2192

Ministerin Sigrid Keler 2192

Andreas Petters, CDU 2193

Alexa Wien, PDS 2193

Rudolf Borchert, SPD 2195

Beschluss 2196

Nächste Sitzung

Freitag, 14. Mai 2004 2196

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 38. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung für den heutigen Tag liegt Ihnen vor.

Bevor wir unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fortsetzen, gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Der Innenausschuss sowie der Rechts- und Europaausschuss werden zu Beginn der Mittagspause eine gemeinsame Sitzung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern“ im Raum 260 durchführen.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf der Drucksache 4/1193 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/1193 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Hierzu zunächst die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Ulrich Born. Herr Dr. Born, bitte schön.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Herr Minister! Ich frage die Landesregierung:

1. Wann hat die Landesregierung erstmals Kontakt zum Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel oder mit Mitarbeitern dieses Institutes insbesondere im Zusammenhang mit der geplanten Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen?

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Born, Herr Professor von Mutius unterhält seit vielen Jahren vielfältige Kontakte im Land Mecklenburg-Vorpommern, sowohl zu Parteien, Fraktionen, zum Landtag, zu den Kommunalverbänden als auch zur Landesregierung.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist gut so.)

Der Zeitpunkt der erstmaligen Kontaktaufnahme lässt sich nicht mehr ermitteln. Ich persönlich hatte als Mitglied der Landesregierung erstmals am 13. März 2004 im Rahmen einer Basiskonferenz der PDS in Neubrandenburg Kontakt zu Herrn Professor von Mutius.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: So wie ich.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Eine Nachfrage zur ersten Frage: Herr Minister, können Sie den Zeitraum eingrenzen, wann im Zusammenhang mit der geplanten Verwaltungsreform Gespräche mit Professor von Mutius seitens Ihres Ministeriums oder anderer Mitarbeiter der Landesregierung geführt worden sind?

Minister Dr. Gottfried Timm: Mitarbeiter oder Mitglieder der Landesregierung?

Dr. Ulrich Born, CDU: Sowohl Mitglieder als auch Mitarbeiter der Landesregierung.

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich kann hier, Herr Born, nur für meine Person sprechen. Ich hatte zum ersten Mal Kontakt zu Herrn Professor von Mutius am 13. März 2004, als ich persönlich teilnehmen durfte an der Basiskonferenz unseres Koalitionspartners in Neubrandenburg. Da ist auch Herr Professor von Mutius eingeladen worden und dort sind wir uns begegnet.

(Siegfried Friese, SPD: Ist es ehrenrührig, mit Herrn Professor von Mutius Kontakt zu haben?)

Dr. Ulrich Born, CDU: Eine zweite Nachfrage?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Zweite Zusatzfrage, bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ist seitens Mitarbeitern Ihres Hauses zu einem früheren Zeitpunkt als dem von Ihnen eben genannten im Zusammenhang mit der geplanten Verwaltungsreform Kontakt zu Professor von Mutius oder zu Mitarbeitern des genannten Instituts aufgenommen worden?

Minister Dr. Gottfried Timm: Nein, ist nicht. Ich wiederhole noch einmal: Wir, ich selber und das Innenministerium, haben Kontakt zu Herrn von Mutius aufgenommen nach der Basiskonferenz der PDS, wo wir uns begegnet sind, und von dort an haben sich Gespräche ergeben, zwischen mir, meiner Person

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Zwischen ihm und seiner Person! Selbstgespräche!)

und auch zwischen meinem Staatssekretär und Herrn Professor von Mutius.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Born, die zweite Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich frage die Landesregierung:

2. Wurden das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel oder Mitarbeiter dieses Institutes unmittelbar oder mittelbar in die Vorbereitung/Erstellung der Landtagsdrucksache 4/1184 einbezogen?

Minister Dr. Gottfried Timm: Die Landtagsdrucksache 4/1184 wurde für die beiden Koalitionsfraktionen von einer Arbeitsgruppe vorbereitet, die vom Koalitionsausschuss eingesetzt wurde. Dieser Arbeitsgruppe gehörten auch Herr Kollege Holter und meine Person an. Für diese Arbeitsgruppe habe ich gemeinsam mit Kollegen Holter den Entwurf einer Entschließung vorbereitet und vorgelegt. Herr Professor von Mutius hat mich bei der Anfertigung und der Erörterung des Entwurfs umfassend beraten und dabei besonders auf die verfassungsrechtlichen Aspekte der geplanten Verwaltungsreform hingewiesen. Das war notwendig, weil die Erörterung verfassungsrechtlicher Aspekte von Anbeginn an bei der Diskussion zur Verwaltungsreform einen besonderen und auch einen hohen Stellenwert eingenommen hat und wir gehalten sind – ich denke, das verlangt auch das Parlament –, die verfassungsrechtlichen Fragen umfassend zu beachten und abzuwägen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, hat Herr Professor von Mutius im Rahmen dieser Beratungstätigkeit verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht im Hinblick auf das von Ihnen geplante 4-Kreise-Modell?

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Professor von Mutius hat die Instrumentarien aufgezeigt, die herangezogen werden müssen, um verfassungsrechtlich einwandfrei diesen Reformprozess zu gestalten und auch im Zweifelsfall vor dem Landesverfassungsgericht erfolgreich zu bestehen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Zweite Zusatzfrage? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Können Sie sagen, ob im Rahmen der Gespräche Professor von Mutius seine Auffassung geändert hat, was die Verfassungsmäßigkeit Ihres Vorhabens angeht?

Minister Dr. Gottfried Timm: Soweit unsere Gespräche gelaufen sind – ich wiederhole noch einmal, dass ich persönlich Gespräche aufgenommen habe im März 2004 –, ist mir dies nicht deutlich geworden. Im Gegenteil, Herr Professor von Mutius hat immer gesagt, dass es ganz bestimmte Hürden gibt, die zu meistern sind, dass es ganz bestimmte Instrumentarien gibt, die herangezogen werden müssen, um auf die verfassungsrechtlichen Fragen klare und eindeutige Antworten zu geben. Soweit ich es weiß, hat Herr Professor von Mutius erstmals sich gegenüber dem Landkreistag zu diesen Fragen geäußert. Und nach allem, was ich gelesen und von ihm gehört habe, haben sich seine Auffassungen in dieser Frage nicht geändert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Ich bitte nun den Fraktionsvorsitzenden der CDU Herrn Rehberg, seine **Fragen 3 und 4** zu stellen. Bitte schön, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Minister Timm, ich frage die Landesregierung:

3. In welcher Weise ist das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel oder direkt Mitarbeiter dieses Institutes in die Vorbereitung der Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen?

Minister Dr. Gottfried Timm: Zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Innenministerium und Herrn Professor Dr. Albert von Mutius, wurde am 22. April 2004 für die Dauer von zwölf Monaten eine Rahmenvereinbarung geschlossen, in deren Rahmen Herr Professor Dr. von Mutius die Landesregierung bezüglich der Verwaltungsreform in rechtlicher und verwaltungswissenschaftlicher Hinsicht berät. Die Rahmenvereinbarung ist mit Herrn Professor Dr. von Mutius als Person abgeschlossen worden. Eine Verbindung zwischen dem Innenministerium und dem Lorenz-von-Stein-Institut beziehungsweise den Mitarbeitern dieses Institutes besteht nicht.

Der Wortlaut der Vereinbarung lehnt sich an die Vereinbarung an, die der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit Herrn Professor Dr. von Mutius auch seinerseits abgeschlossen hat. Die Konkretisierung der Beratung und die Anfertigung von Gutachten im Einzelfall erfolgt ausschließlich durch entsprechende Aufträge des Innenministeriums. Nur hierdurch werden konkrete Pflichten und Rechte, einschließlich der Ansprüche auf Honorierung und ersatznotwendige Aufwendungen, ausgelöst. Als Vergütung für Beratungen erhält Herr Professor Dr. von Mutius ein Stundenhonorar. Auch die Höhe des Stundenhonorars orientiert sich an der Höhe, die der Landtag in der von mir zitierten Rahmenvereinbarung mit Herrn Professor Dr. von Mutius vereinbart hat. Während der Laufzeit der Vereinba-

rung mit dem Innenministerium ruht die Vereinbarung mit dem Landtag. Entstandene Reisekosten werden gemäß den Vorschriften des Landesreisekostengesetzes erstattet.

(Siegfried Friese, SPD: Im Übrigen ist das hier keine Inquisition.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine Zusatzfrage? Bitte schön, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Minister Timm, ab wann datiert diese Rahmenvereinbarung zwischen dem Innenministerium und Herrn Professor von Mutius in persona?

Minister Dr. Gottfried Timm: Die Rahmenvereinbarung ist unterzeichnet am 22. April 2004 und läuft vom 1. April 2004 für die Dauer von zwölf Monaten, also bis zum Ende des Monats März 2005.

Eckhardt Rehberg, CDU: Welche Zuarbeiten wurden im Rahmen dieser Vereinbarung mit Blick auf die Verwaltungsreform von Herrn Professor von Mutius erstellt?

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Minister Dr. Gottfried Timm: Eine Sekunde.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Siegfried Friese, SPD: Das ist hier ja wirklich wie bei der Inquisition! Unglaublich, unglaublich! Keine substantiellen Beiträge! Das ist unerhört! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist eine Frechheit!)

Wir haben die Beratung, die Herr Professor von Mutius mir gegenüber geleistet hat bei der Erstellung der Landtagsdrucksache, von der Herr Kollege Born ja auch schon gesprochen hat, mit Herrn Professor von Mutius vereinbart.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ihre zweite Frage, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Minister Timm, ich frage Sie:

4. In welcher Höhe sind aus dem Titel 533.05 (Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform) Zahlungen zur Erarbeitung von Vorlagen, Stellungnahmen oder Gutachten in Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern geleistet worden?

Minister Dr. Gottfried Timm: Aus dem Titel 533.05 sind bisher Zahlungen in Höhe von 4.500 Euro an Herrn Professor Dr. Wallerath erfolgt. Herr Professor Wallerath hat die Landesregierung im Jahr 2003 als Lotse in verfassungsrechtlichen Fragen beraten. Die Honorarzahlung an Herrn Professor Wallerath erfolgte im Januar 2004. An Herrn Professor von Mutius sind bis zum heutigen Tage keine Zahlungen geleistet worden. Für Leistungen, die im Rahmen der Vereinbarung bisher erbracht wurden, liegen bisher keine Abrechnungen vor.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eckhardt Rehberg, CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Erste Zusatzfrage, bitte schön, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Minister Timm, es ist also davon auszugehen, wenn Herr Professor von Mutius, dessen Rahmenvereinbarung ja seit dem 22. April 2004 datiert, entsprechende Abrechnungen vorlegt, auch geldwerte Zuwendungen an ihn erfolgen werden?

Minister Dr. Gottfried Timm: Soweit es Leistungen sind, die im Auftrag des Innenministeriums erbracht wurden, ja.

Eckhardt Rehberg, CDU: Hat Herr Professor von Mutius bereits Leistungen im Auftrag des Innenministeriums erbracht?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich sage noch einmal: Herr Professor von Mutius hat mich beraten bei der Erarbeitung der Drucksache, die gestern hier im Landtag beschlossen wurde.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und die bezahlt dann das Innenministerium. –
Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Wir sind in keiner Aussprache. Wenn es weitere Zusatzfragen gibt, kann ich sie zulassen. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann rufe ich auf den Geschäftsbereich der Sozialministerin, hierzu die **Fragen 5 und 6** des Abgeordneten Herrn Riemann. Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, ich frage Sie:

5. Warum wurde die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktförderung innerhalb der Versorgungsverwaltung mit Erlass des Sozialministeriums neu geregelt?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Am 21. Januar 2003 hat sich das Kabinett mit den Eckpunkten zur Reform der öffentlichen Verwaltung im Land Mecklenburg-Vorpommern befasst und in diesem Zusammenhang einen Beschluss gefasst, der den Innenminister beauftragt, eine interministerielle Arbeitsgruppe Funktionalreform zu bilden. Diese interministerielle Arbeitsgruppe hat unter anderem Organisationsuntersuchungen am Sozialministerium vorgenommen und es wurde am 18.09. von dieser interministeriellen Arbeitsgruppe ein Beschlussvorschlag vorgelegt, in welchem vorgeschlagen wurde, die Arbeitsmarktförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Landesträgerschaft zu belassen und die Strukturen auf ihre Effektivität hin zu prüfen.

Wolfgang Riemann, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Riemann, erste Zusatzfrage.

Wolfgang Riemann, CDU: Warum wurde dazu eine neue Abteilung im Landesversorgungsamt gebildet, obwohl die Mitarbeiter in den Versorgungsämtern verbleiben und die Aufgaben weiter in den Versorgungsämtern verbleiben?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Der Auftrag der interministeriellen Arbeitsgruppe, die Strukturen der Arbeitsmarktförderung auf ihre Effektivität hin zu überprüfen, hat ergeben, dass die bis dato gängige Struktur als nicht so effektiv eingeschätzt wurde. Es waren bislang die Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter in den drei Versorgungsämtern in Neubrandenburg, Rostock, Schwerin tätig. Es hat sich als günstig erwiesen, sie in einer Behörde zusammenzuführen, Organisation, Personalhoheit in einer Behörde zusammenzuführen, und das ist mit dem Erlass geschehen.

Wolfgang Riemann, CDU: Wurde durch die neue Abteilung ein neuer Abteilungsleiterposten besetzt? Wurde dieser Posten ausgeschrieben und entstehen dadurch Mehrausgaben?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Es wurden die Mitarbeiter aus den Versorgungsämtern abgeordnet an das Landesversorgungsamt. Dort ist jetzt die Abteilung Arbeitsmarktförderung eingerichtet unter Leitung von Dr. Regner. Diese Hoheit ergibt jetzt durch diese Zusammenführung des Personals einen direkten Kontakt zwischen der Fachabteilung Arbeitsmarktförderung und der zuständigen fachaufsichtführenden Behörde im Arbeitsministerium und hiermit ist durch die Verkürzung des direkten Unterstellungsverhältnisses eine schnellere, flexiblere Reaktion auf Änderungen des Arbeitsmarktes möglich. Diese Abteilung wurde im Landesversorgungsamt neu gebildet mit den Außenstellen Schwerin und Neubrandenburg.

Wolfgang Riemann, CDU: Ich hatte nach Mehrkosten gefragt, Frau Ministerin.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Riemann, keine Nachfragen mehr. Wenn die Ministerin noch nicht fertig war, lasse ich das zu, aber ansonsten könnte noch jemand anderes eine Nachfrage stellen oder eine Zusatzfrage. Aber die Ministerin, davon gehe ich jetzt einmal aus, war noch nicht ganz fertig.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schön, Herr Bluhm.)

Ministerin Dr. Marianne Linke: Diese Maßnahme, diese Veränderung, die Gegenstand des Erlasses ist, hat zum Ziel, effektivere Strukturen zu schaffen, was die Organisationsabläufe angeht, aber selbstverständlich auch, was haushaltsrelevante Fragen anbelangt. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen haushaltsrelevant werden und zu Einsparungen auch beim Personal führen, was ja gemeinsames Anliegen ist.

Wolfgang Riemann, CDU: Danke, Frau Ministerin.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, weitere Fragen liegen nicht vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zeitplan für Verwaltungsmodernisierung, Drucksache 4/1175.

Antrag der Fraktion der CDU:
Zeitplan für Verwaltungsmodernisierung
– Drucksache 4/1175 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Kollege Frieze, für uns waren die Antworten des Innenministers mehr als aufschlussreich

(Torsten Koplin, PDS: Dazu dient das ja auch.)

und ich fand, dass die Fragen des Kollegen Born und von mir ein gutes Niveau hatten und sie haben uns weitergeholfen. Ich sage Ihnen eins voraus: An diesem Thema werden wir dranbleiben.

Für uns war auch interessant, dass es eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Landtag und Herrn von Mutius gibt. Die CDU-Fraktion wird auch interessieren, wann diese abgeschlossen wurde, wie die Sätze sind und so weiter und so fort.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt zu unseren Vorstellungen zum Zeitplan für die Verwaltungsmodernisierung. Wir haben gestern über den Antrag der Fraktionen von SPD und PDS zur Verwaltungsmodernisierung debattiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich die letzten 17, 18 Monate Revue passieren lasse, dann habe ich das Gefühl, dass Sie sich von Beginn an, vom 9. Oktober 2002 an, als der Innenminister Timm die vier Striche auf der Landkarte zog, dadurch blockiert haben, indem Sie nämlich zuerst über die Strukturen geredet haben und sich offenkundig bis heute jedenfalls nicht ergebnisorientiert mit dem befasst haben, was schon erarbeitet worden ist und was zwingend geboten ist, nämlich der Funktional- und Verwaltungsreform. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe auch versucht, Ihnen am Beispiel des Landes Baden-Württemberg deutlich zu machen, dass so eine Arbeit nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Betroffenen – und mit Betroffenen meine ich die Städte und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern – und der politischen Parteien möglich sein wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben nach Ihrem Zeitplan nur noch zwei Jahre Zeit und in dieser Zeit wollen Sie die Deregulierung abschließen, Sie wollen die Funktionalreform abschließen und Sie wollen auch die Gebietsreform gesetzlich abschließend im Landtag behandeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber nach zwei Jahren haben sie gestern erst den Startschuss gesetzt.)

Was mich aber gestern wirklich konsterniert hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, wenn es einmal Gelegenheit gibt, dass sich der Sonderausschuss wirklich sinnvoll mit Anträgen, mit Beschlüssen des Landtages befasst,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Dann kriegen sie sie nicht.)

dann kriegen Sie sie nicht. Und da frage ich mich ganz besorgt, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Müller: Was macht dieser Sonderausschuss für einen Sinn?

(Wolfgang Riemann, CDU: Abschaffen!)

Wir werden, das sage ich gleich voraus, das ist auch abgesprochen, im nächsten Landtag beantragen, dass zum Zwecke der Deregulierung im Landtag selber der Sonderausschuss seine Tätigkeit einstellt und, wenn Sie hier Gesetze einbringen, der Innenausschuss federführend wird. Dieser hat einen Ausschussvorsitzenden, der ist über Jahre erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Friese hat Kollegen, die können das. Wir sollten bei uns beginnen, Doppelstrukturen abzubauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig! –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Wir haben klare Strukturen in den Ausschüssen. Der Sonderausschuss ist überflüssig. Das haben Sie gestern bewiesen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

indem Sie gesagt haben, der braucht sich damit gar nicht zu befassen. Und nebenbei, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnten wir unseren Beitrag leisten als Landtag, die 71 Abgeordneten, denn dazu haben wir die Hoheit, den Landtagshaushalt bis zum Jahr 2006 um einige 100.000 Euro zu entlasten. Das sollte unser Beitrag sein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich muss ein wesentliches Ziel der Reform der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern die Anpassung der Verwaltungsausgaben an die langfristig zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sein. Ich habe letztens mit dem Kollegen Backhaus auf dem Unternehmerforum debattieren können. Herrn Backhaus ist da ein Lapsus unterlaufen, den sehe ich ihm nach. Sie haben gesagt, Herr Kollege Backhaus, wir haben einen Haushalt von 5,6 Milliarden Euro, das ist der so genannte Modellhaushalt, den wir anstreben müssen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Nicht zugehört.)

Doch, doch. Wissen Sie, das ist ja richtig, was Sie sagen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja, genau! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das sind fast 2 Milliarden Euro

(Minister Dr. Till Backhaus und
Angelika Gramkow, PDS: 1,8.)

oder 4 Milliarden Deutsche Mark weniger, als wir es heute haben.

(Minister Dr. Till Backhaus: 2020.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, denn das unterscheidet uns von Ihnen ganz massiv, dass wir sagen, Sie hätten nicht erst heute beginnen sollen, sondern als Sie die Regierungsverantwortung in diesem Land übernommen haben. Übrigens, Herr Kollege Backhaus, schon 1998, schon 1996 stand fest, dass wir irgendwann einen Haushalt noch einen Tick unter 11 Milliarden Deutsche Mark haben wollten. Und warum habe Sie denn nicht angefangen? Ich freue mich, dass Sie die Einsparzahlen, die wir über Jahre – übrigens seit dem Sommer 2002 – in die Öffentlichkeit getragen haben bei der Verringerung der Ministerien, ...

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Wir sind heute bei 19 Millionen Euro und nicht bei 2, wie Sie uns immer vormachen wollten.

Die Auflösung der unteren Landesbehörden im Zuge einer umfassenden Funktionalreform und die Zusammenführung von Landesbehörden erbringen insgesamt ein

Sparpotential – und das haben nicht wir berechnet, das war das Finanzministerium – von 70 Millionen Euro. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich auf diese drei wesentlichen Punkte plus Deregulierung, plus Entbürokratisierung konzentrieren würden – und hier werden wir Partner sein und vielleicht noch deutlich weiter gehen wollen als Sie –, dann könnten hier wir gemeinsam handeln. Aber dann setzen wir erst einmal ein Stoppzeichen, auch aus verfassungsrechtlichen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten keine Konzepte, dann lassen Sie mich nur beispielhaft sagen: Bestandteil unseres Wahlprogramms 2002 ist eine umfassende Reform der Landesverwaltung. Diese haben wir am 15. Januar 2003 in den Landtag eingebracht und debattiert. SPD und PDS haben abgelehnt. Wir haben das dann weiter auf Landtagsdrucksachen deutlich gemacht, „Entbürokratisierungsoffensive“, Drucksache 4/973, und „Abbau von Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 4/725. Alles von Ihnen abgelehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Land ist keinen Schritt vorangekommen.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie sich denn nicht in den letzten anderthalb Jahren gefragt, warum Sie nicht vorangekommen sind? Weil Sie konzeptionell, strukturell völlig falsch an die Materie herangegangen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist so.)

Haben Sie sich denn nicht gefragt, warum ein Land wie Baden-Württemberg das strukturell anders angeht,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

warum die sich heute, im Mai 2004, als Landtag mit dem Ergebnis der Arbeit der Expertengruppen, der kommunalen Landesverbände, der Landesregierung befassen können?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das heißt, die eigentliche Arbeit, die wir leisten müssen, ist Novellierung von Gesetzen. Das ist unsere Arbeit und dann entscheiden als Gesetzgeber. Das hat man in Baden-Württemberg in gut dreijähriger Arbeit geschafft. Sie wollen das alles viel schneller machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können uns immer wieder weismachen wollen, dass gleich am Anfang die Striche auf der Landkarte stehen müssen. Ich kann nur sagen, das Ergebnis, was Sie im Augenblick präsentieren, beweist uns das krasse Gegenteil.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch einiges vorgearbeitet worden, Zwischenbericht der IMAG. Ich meine, warum haben wir gestern nicht den von Montag, sondern den vom Donnerstag? Sie können auch entscheiden, welchen Sie nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, wir wollen den von heute.)

Und hier ein Vorschlag von mir: Warum gehen Sie denn weiter, wenn Sie der Meinung sind, dass bestimmte Dinge kommunalisiert werden können? Ich gehe ja nicht so weit, dass die Straßenbauverwaltung auch kommunalisiert

werden kann. Ich denke, dass wir den Autobahnbau, den Bundesstraßenbau in Auftragsverwaltung des Bundes erledigen. Da sollte man sich sehr wohl überlegen, ob man das kommunalisiert oder ob man hier nicht einen zu großen Schritt nimmt und ins Stolpern kommt. Aber was machen Sie mit den Straßenbauämtern? Mein Vorschlag: Privatisieren Sie diese!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja sicher!)

Meinen Sie nicht, das Private mindestens genauso gut, wenn nicht besser, Straßen reparieren können, Bäume säen können, Flaschen, Papier sammeln können, Wartungs- und Pflegearbeiten durchführen können? Übrigens, es sind 850 Stellen bei den Straßenbauämtern im Arbeiter- und Angestelltenbereich. Nur Sie können es nicht mehr privatisieren, weil Sie sich mit dem Tarifvertrag mit ver.di absoluten Kündigungsschutz bis 2010 verordnet haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Michael Ankermann, CDU: Ja. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Klasse, kann ich nur sagen. Weit gedacht, weit vorausgedacht, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das heißt, dieses ganze Thema Privatisierung von kommunalen Aufgaben, von Landesaufgaben, welches nicht der Daseinsvorsorge dient, ich muss Ihnen sagen, Flaschen- und Papiersammeln, Straßengraben ist nicht Daseinsvorsorge und ist auch nicht Aufgabe von Landesbediensteten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Entschuldigung, da müssen Sie sich wirklich fragen, ob Sie dort langfristig gedacht haben. Wenn ich die Eckpunkte lese, dann wird es ungeheuer schwierig werden, Aufgaben, die heute das Land ausführt, zu privatisieren. Das wird ungeheuer schwierig werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dabei bin ich hoch gespannt auf den Tarifvertrag, den Sie mit ver.di abschließen werden.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie einmal in dieses Land hineingeguckt, wie viel Aufgaben heute schon in interkommunaler Zusammenarbeit gelöst werden? Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen, Kataster- und Vermessungsämter, zum Beispiel Stralsund, Nordvorpommern seit Jahren, Schwerin und Ludwigslust wollen das erst ab dem 1. August 2004 machen. Wir sagen ganz einfach, dass die Möglichkeit gemeinschaftlicher kommunaler Aufgabenerfüllung immer Vorrang haben sollte vor zwangsweisen Gebietszusammenschlüssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind gestern in Ihre eigene Falle getappt, und zwar in die Verfassungsrechtsfalle. Ich habe noch nie, entschuldigen Sie bitte, so viel politische und rechtliche Naivität erlebt wie gestern. Wenn sich hier Minister dieser Landesregierung hinstellen, wenn sich gestern hier ein Abgeordneter der PDS, der SPD hinstellt und schon das Ergebnis dieser Reform postuliert, obwohl nicht nur die Kollegin Schulz, sondern auch andere, und ich werde es heute noch einmal ganz ausdrücklich tun, darauf hinweisen, dass das erst am Ende des Prozesses – Frau Schulz hat alles aufgeführt, ich will das nicht wiederholen – stehen kann, dann frage ich mich ganz besorgt: Herr Dr. Timm, welche guten

Ratschläge gibt Ihnen denn Herr Professor von Mutius? Herr Wallerath – auch das ist bis zu uns gedrungen –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der hatte die Nase voll. – Wolfgang Riemann, CDU: Der musste ja gehen.)

hat deswegen auch aufgehört, Sie zu beraten, weil Sie ganz offenkundig beratungsresistent sind. Das ist einer der Gründe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will zitieren aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 89/90, Seite 180 folgende, vielleicht hören Sie mir ja heute zu: „Eine Kreisgebietsneuordnung ist wegen Artikel 28 Grundgesetz nur dann verfassungsrechtlich zulässig, wenn eine Entscheidung nach Maßgabe vorheriger Anhörung,“ – Wen haben Sie denn bisher angehört, meine sehr verehrten Damen und Herren? – „zutreffender und vollständiger Sachverhaltsermittlung, nachvollziehbarer Abwägung der Gemeinwohlgründe und Neugliederungsziele einer Schaden-Nutzen-Analyse unter Beachtung des rechtsstaatlichen Übermaß- und Willkürverbots getroffen wird.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Maßstab und wir leben in einem Rechtsstaat, wenn schon heute sechs Kreistage, zwei kreisfreie Städte – übrigens, da würde mich mal interessieren, wie der eine oder andere SPD-Landtagsabgeordnete, der dort sitzt, dort gestimmt hat

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

zu diesen Beschlüssen, mich würde das wirklich interessieren, aber wir haben ja die namentliche Abstimmung von gestern – sagen, wir wollen eigenständig bleiben, und ein Teil davon hat gesagt, wir werden klagen.

Sie gehen, und das sage ich Ihnen auch noch einmal ganz ausdrücklich an dieser Stelle, ein so hohes Risiko ein, wie es größer nicht sein könnte. Sie haben gestern allen Vorschub geleistet mit Ihren Argumentationen beginnend beim Ministerpräsidenten Ringstorff bis hin zu Herrn Ritter und Herrn Müller als denjenigen, die aus den Fraktionen von SPD und PDS das Pro geredet haben, dass Verfassungsklagen Erfolg haben könnten, nach meiner Auffassung Erfolg haben werden. Deswegen unser Antrag, auch im Zeitplan beim Punkt 4. „Entscheidung über die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform erst nach Abschluss der Punkte 1 bis 3“.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich blicke noch einmal auf 1993 zurück. 1993 ist die Gebietsreform im Juni beschlossen worden nach der Funktionalreform I, zum Beispiel nachdem entschieden worden ist, dass die Kataster- und Vermessungsämter übertragen werden auf die Landkreise, kommunalisiert werden. Aber gleichzeitig, obwohl das Konnexitätsprinzip damals nicht in der Landesverfassung stand, wurden 30 Millionen DM an die Landkreise und kreisfreien Städte heruntergereicht unter dem Motto: Personal folgt der Aufgabe. Dieser Punkt ist deswegen ganz entscheidend, um auch eine rechtliche Klarheit zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mit der Verknüpfung von Verwaltungsreform und Kreisge-

bietsneuordnung – und Sie argumentieren weiter so – auch eine Kabinettsreform, eine Reform der Landesbehörden. Das ist alles nur im Zusammenhang mit einer Gebietsreform möglich. Andere Länder machen es anders. Niedersachsen löst vier Bezirksregierungen auf, 4.000 Bedienstete. Die Hälfte geht auf die Kommunen, ein Teil wird wegfallen, ein Teil wird in Landesbetriebe gehen, ein Teil in die Ministerien. Die denken gar nicht daran, eine Gebietsneuordnung vorzunehmen. Wir haben einen Landkreis Lüchow-Dannenberg von 50.000 Einwohnern – und übrigens, die Region Hannover lässt grüßen –, ineffizient ohne Ende.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Wir haben den Innenminister Herrn Schünemann zum Gespräch gehabt. Er sagt eines ganz klar und deutlich: Dieses Monstrum von 1,1 Millionen Einwohnern ist deutlich teurer

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

als vorher die Struktur der Stadt Hannover und des Landkreises Hannover. Das diente einigen von Ihnen vor einem Jahr und neun Monaten immer als Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gucken Sie doch einmal hin, wo bestimmte Dinge nicht gelaufen sind, und seien Sie nicht so beratungsresistent!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein letzter Appell an Sie: Wer so eine wichtige Frage wie eine Kreisgebietsreform und den notwendigen Personalabbau im öffentlichen Dienst im Alleingang als Landesregierung oder Regierungsfraktion lösen will, der wird scheitern. Sie haben bisher an keiner Stelle, zu keinem Zeitpunkt seit dem 9. Oktober 2002 versucht, die Betroffenen mitzunehmen. Sie haben eine Konfrontation vor dem Landkreistag aufgebaut. Und übrigens, Herr Dr. Ringstorff, hören Sie auf zu erzählen, die überwiegende Zahl der Landräte sei dafür! Es gibt einen Beschluss. Zehn Landräte sind gegen vier oder fünf Kreise.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: So ist das.)

Es gibt eine eindeutige Beschlusslage des Landkreistages, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was der Städte- und Gemeindetag Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, hat gestern schon Frau Schulz zitiert, und zwar – ich gebe es sinngemäß wieder –, dass man so eine Landesregierung nicht mehr ernst nehmen kann, die alle halbe Jahre Ziel und Richtung von Kommunalpolitik ändert. Deswegen noch einmal meine, auch in Ihrem eigenen Interesse dringliche Bitte an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Die Schrittfolge, die wir vorschlagen, ist die richtige. Wir sind bei den Schritten Deregulierung, Entbürokratisierung, Aufgabenübertragung, Aufgabenkritik, Aufgabenwegfall, Straffung und Bündelung der Ministerien und Landesbehörden bis zum Ende der Legislaturperiode voll bei Ihnen. Und dann lassen Sie uns gegebenenfalls gemeinsam überlegen, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, ob man nicht im Zuge der Ergebnisse, die dann vorliegen, nach dem Jahr 2006 vielleicht auch mit einem Rahmengesetz über eine Freiwilligkeitsphase zu den Strukturen kommen kann, die Mecklenburg-Vorpommern ins Jahr 2010 und 2020 tragen.

Herr Kollege Friese hat mich gefragt nach den Jahren 1991 bis 1993. Es war eine schwierige Zeit, aber auch eine gute Zeit, wo man parteiübergreifend gearbeitet hat, weil es doch um Kirchtürme ging.

(Beifall Rainer Pracht, CDU: Ja, das ist richtig.)

Wir sind alle Menschen. Den eigenen Kirchturm sieht man viel häufiger als das Schloss in Schwerin. Wenn Sie das nicht beachten, dann werden Sie scheitern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Innenminister des Landes Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Verehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat gestern einen Beschluss gefasst über die Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern und dabei unter dem Punkt IV. auch Aussagen getroffen zum Zeitplan. Da heißt es: „Diese Konzeption zur umfassenden Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform ist in Stufen bis zur Kommunalwahl 2009 umzusetzen.“ Dann wird weiterhin beschlossen, was in dieser Legislaturperiode an Gesetzesaktivitäten abzuarbeiten ist, nämlich die unmittelbare Landesverwaltung ist gesetzlich neu zu regeln, Funktionalreformgesetz I, Funktionalreformgesetz II, Kreisgebietsreformgesetz und Kommunalverfassung. Jetzt treten wir ein in eine verfassungsrechtlich gebotene geordnete Arbeitsweise, indem die Landesregierung die Gesetze vorbereitet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was haben Sie denn zwei Jahre gemacht, Herr Timm?)

dem Parlament zuleitet und Sie ihrerseits dann umfassende Beratungsmöglichkeiten haben werden. Allerdings, da gebe ich Herrn Rehberg Recht, wir haben äußerst knappe zeitliche Ressourcen zur Verfügung. Wir müssen also mit allen zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten die nächsten zwei Jahre so gestalten, dass wir auch die Ziele, die der Landtag mit diesem Beschluss von gestern anvisiert, erreichen.

Ein ganz zentraler Punkt – und der ist im Zeitplan auch von enormer Bedeutung – ist die umfassend zu organisierende Anhörung der Gesetzesentwürfe im Land. Wenn das Verfassungsgericht, Herr Rehberg, fordert, dass Anhörungen durchzuführen sind – ich will Ihnen das gerne erläutern –, dann meint das Verfassungsgericht damit, dass Anhörungen zu Gesetzentwürfen vorzunehmen sind. Diese gibt es aber noch gar nicht. Demzufolge ist die Herausforderung die, in den nächsten Monaten Gesetzentwürfe aufzustellen und diese in jeder Gemeinde – wir haben mehr als 900 – und in jedem Kreis, also in jeder Gebietskörperschaft, und sonst in Vereinen und Verbänden zur Anhörung zu bringen und die Anhörungsergebnisse vernünftig auszuwerten, um diese dann einfließen zu lassen in die weiteren Beschlüsse von Kabinett und Regierung.

Dass es dabei natürlich auch verfassungsrechtliche Klagen geben kann, wissen wir. Zum Beispiel hat mein

Kollege in Brandenburg, Herr Innenminister Schönbohm, mir mitgeteilt, dass es in Brandenburg bei der Gemeindegebietsreform über 200 Verfassungsklagen vor dem dortigen Verfassungsgericht gibt. Nun kann man sagen, das ist eine Erfolgsstory des Rechtsstaates. So weit gehe ich hier nicht, aber immerhin ist es eine Möglichkeit für Betroffene, sich Rechtsschutz zu organisieren. Ich gehe auch davon aus, dass in Mecklenburg-Vorpommern Verfassungsklagen möglich sind, vielleicht auch eingereicht werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Darauf stellen wir uns ein. Das ist auch die Möglichkeit, Konflikte in einer Gesellschaft auf einem rechtsstaatlich geordneten Wege zu lösen.

Eine Kreisgebietsreform ist allerdings in Mecklenburg-Vorpommern notwendig. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir in diesem Bundesland die Instrumentarien anwenden werden,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die erforderlich sind, um eine Kreisgebietsreform durchzuführen. Dass Kreisgebietsreformen erfolgreich durchgeführt werden können, zeigt nicht nur die Kreisgebietsreform von 1993/1994 im eigenen Lande, sondern das zeigen viele Kreisgebietsreformen, die in vielen anderen Bundesländern in den letzten Jahren und Jahrzehnten durchgeführt wurden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So viele gibt es nicht.)

Wir werden uns in Mecklenburg-Vorpommern dabei der besten Kapazitäten bedienen, die es im Land und weit darüber hinaus gibt. Juristen innerhalb meines Ministeriums und innerhalb sowie auch außerhalb der Landesregierung werden herangezogen, um diese Instrumentarien anzuwenden, denn ich sage noch einmal: Wir brauchen eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform und wir brauchen auch für dieses Bundesland Mecklenburg-Vorpommern den Erfolg in dieser Arbeit und wir werden den organisieren. Dabei werden wir, wie gesagt, keine Mühe scheuen, auch Professoren heranzuziehen, die entsprechende Hinweise geben können.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich betone noch einmal – und das haben wir gestern schon ausdiskutiert –, dass für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mehr als 360 Behörden bei circa 1,5 Millionen Einwohnern in Zukunft nicht getragen werden können. Dieses Land ist nicht überlebensfähig, wenn wir nicht eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen und verabschieden. Dann ist, das hat Herr Schlotmann gestern schon gesagt, die politische Handlungsfähigkeit und die Eigenständigkeit dieses Bundeslandes in höchster Gefahr. Das heißt, sowohl die rechtlichen Instrumentarien anzuwenden als auch die neuen technischen Möglichkeiten, die gegeben sind, durch neue Informationstechniken heranzuziehen, um eine bürgernahe, leistungsfähige, kostengünstige Verwaltung aufzubauen mit einem starken Schwerpunkt. Das hat auch die Diskussion der letzten Monate innerhalb der Koalition zwischen SPD und PDS erbracht als Ergebnis, eine starke kommunale Selbstverwaltung in diesem Lande aufzubauen. Das ist unser Ziel und an diesem Ziel werden wir arbeiten und es umsetzen.

Nun will ich einen kurzen Blick darauf werfen, was andere Bundesländer derzeit an ihren eigenen Verwal-

tungsbemühungen zeigen. Das Bundesland Sachsen-Anhalt zum Beispiel hat Folgendes gemacht: Dort hat mein Kollege Püchel – damaliger Innenminister der SPD – eine Verwaltungsreform inklusive einer Kreisgebietsreform vorbereitet. Dann kam ein Regierungswechsel. Jetzt regiert dort die CDU und die hat damals nach dem Wahltag in Sachsen-Anhalt entschieden, diese Verwaltungsreform, die die SPD vorbereitet hat, zu stoppen. Zwei Jahre später zieht man die Schubladen auf und sagt, es gibt keine Alternative zu einer Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir sind in Mecklenburg-Vorpommern!)

Ich sage nur eins: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wir müssen jetzt anfangen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Hier anfangen!)

in Mecklenburg-Vorpommern diesen Weg zu gehen, und nicht jahrelang in politischem Meinungsstreit verharren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben nicht unendlich viel Zeit. Die Vorgabe 2009, die der Landtag gestern beschlossen hat, ist eine sehr ehrgeizige Vorgabe, an die die Regierung sich hält.

In Bayern ist eine Verwaltungsreform auf den Weg gebracht worden, bei der eine komplette Verwaltungsebene in der Struktur der bayerischen Verwaltung – übrigens auch innerhalb der Polizeiverwaltung – aufgelöst wird mit sehr vielen Diskussionen. Ich bekomme das auch mit im Rahmen der Besprechungen in der Innenministerkonferenz, wo da im Einzelnen die Widerstände liegen. Ich will hier nicht zitieren, was die Opposition in Bayern dazu sagt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir sind in Mecklenburg-Vorpommern, Herr Minister! Haben Sie das schon mitbekommen?)

Das ist im Grunde das Gleiche, was Sie hier in diesem Landtag sagen. Aber es ist wohl auch ein Wechselspiel innerhalb der Parlamente, dass die Notwendigkeiten zwischen den Regierungsfractionen und der Opposition unterschiedlich bewertet werden.

Baden-Württemberg ist zitiert worden. Auch dort ist interessant, was die Opposition einwendet. Zum Beispiel heißt es in Baden-Württemberg seitens der Opposition, dass dies der Untergang der staatlichen Verwaltung in Baden-Württemberg sei, was dort gemacht wird.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie wollen acht Regionalkreise, Herr Timm.)

Die Opposition besteht dort aus der SPD und nicht aus der CDU.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das hat sie bei Ihnen abgeschrieben, habe ich den Eindruck. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, viele deutsche Länder führen derzeit Verwaltungsreformen durch, auch Nordrhein-Westfalen, auch Schleswig-Holstein, auch Brandenburg, viele weitere Länder. Ich will es an dieser Stelle nicht ausführen. Ich will auf eins hinweisen: Jedes Bundesland muss seine eigene Antwort finden, wie jeweils aufgrund der landesspezifischen Bedingungen eine schlanke und leistungsfähige Verwaltung organisiert wer-

den kann. Regierungspräsidien können bei uns nicht aufgelöst werden, weil wir keine haben.

(Heinz Müller, SPD: Gott sei Dank! – Dr. Armin Jäger, CDU: Dann gründen wir doch welche!)

Aber ich sage noch einmal: Über 360 Behörden für dieses Bundesland sind zu viel. Hiermit kann das Land keine Zukunft gewinnen. Ich will hinzufügen: Zu dem Gesamtkonzept einer Verwaltungsreform, das gestern hier im Landtag beschlossen wurde, müssen die Einzelkonzepte hinzugefügt werden. Ein Konzept über die Funktionalreform, ein Konzept über die Personalentwicklung, ein Konzept über die Konsolidierung der Verwaltungsausgaben, ein Konzept über die Kreisgebietsreform, ein Konzept für die Landesorganisationsentwicklung – all das sind notwendige Bausteine, zu denen Sie überhaupt nicht erkennen lassen, worüber Sie nachdenken. Es gibt keinen Vorschlag von Ihnen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Konzepte werden von uns in der Regierungskoalition in den nächsten Monaten vorgelegt. Sie führen populistische Diskussionen, Sie diskreditieren, so habe ich den Eindruck, vielleicht täusche ich mich da ja auch erfreulicherweise, Hochschulprofessoren – davor warne ich –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso denn das?)

und Sie machen ein Störfeuer auf bei den Arbeiten, die wir in der Regierungskoalition für erforderlich halten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Waren Sie in Greifswald mit bei der Diskussion?)

Ich sage noch einmal: Wir werden diesen Weg, der mühsam ist, der aber erforderlich ist, beschreiten und alle innerhalb und außerhalb der Regierung zur Verfügung stehenden Kapazitäten heranziehen, um diesen Prozess zu organisieren.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Welche denn? Welche denn, Herr Timm?)

Ich lade Sie nochmals ein mitzuarbeiten. Ich hoffe, dass wir auch in den Ausschussberatungen die entsprechenden Hinweise von Ihnen erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heinz Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei einer Einbringungsrede hatte ich erwartet, dass der Redner im Schwerpunkt auf die inhaltliche Begründung seines eigenen Antrages abzielt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Steht doch im Antrag drin!)

Diese Erwartung ist leider enttäuscht worden. Ich habe zur Begründung des Antrages relativ wenig gehört.

(Beifall Jörg Heydorn, SPD: Gar nichts.)

Nach den Ausführungen gestern – dort hat uns die CDU für heute ihre konzeptionellen Vorstellungen für eine Verwaltungsreform angekündigt – hatte ich alternativ oder

ergänzend erwartet, dass der Redner der CDU uns hier darlegt, wie nach Vorstellung und nach Meinung der CDU Verwaltungsreform aussehen soll. Auch diese Erwartung ist leider enttäuscht worden. Alternative Überlegungen habe ich nicht vernehmen können.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Müller, das haben Sie schon mal anders gesagt!)

Was ich habe vernehmen können, war eine Kritik der Konzeptionen der Koalition. Das mag legitim sein,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

aber es war für die Einbringungsrede zu einem eigenen Antrag eigentlich ein bisschen wenig.

(Volker Schlotmann, SPD:
Das war für die Galerie.)

Meine Damen und Herren, ich will in meinen Ausführungen nicht auf all das eingehen, was Herr Rehberg uns hier geboten hat. Es lohnt sich auch nicht in jedem Punkt

(Beifall Ute Schildt, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD)

und manchen anderen Punkt haben wir gestern schon behandelt. Ich möchte auf den Antrag in seinem Wortlaut hier Bezug nehmen.

Der Antrag sagt zur Begründung – und an dem Punkt hat Herr Rehberg auch hier noch etwas in seinen Ausführungen hinzugefügt –, dass die Koalition mit ihrem Reformprojekt ein hohes verfassungsrechtliches Risiko läuft. Der Innenminister hat schon sehr deutlich gemacht, dass wir sauber arbeiten, dass wir das, was wir tun, herleiten, dass wir das, was wir tun, begründen, dass wir die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen kennen und dass wir uns an diesen verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen selbstverständlich orientieren.

Meine Damen und Herren von der CDU, wie ehrlich ist das eigentlich, was Sie uns hier sagen, indem Sie uns warnen und uns gute Ratschläge geben, doch nur ja kein verfassungsrechtliches Risiko einzugehen, wenn bei Ihnen längst klar ist, dass Sie, egal, was dieser Landtag beschließen wird, in jedem Fall vor das Verfassungsgericht ziehen wollen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer erzählt das?)

Und ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Ihre örtliche Ebene, und ich darf ...

Herr Dr. Jäger, wer? Dann schauen Sie sich doch einmal an, was die CDU-Kreisverbände sagen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben!)

Da sagt ein CDU-Ortsverband Pasewalk ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hatten Sie schon mal erwähnt.)

Ja, den hatten wir schon erwähnt. Da gehen wir auch noch einmal weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich komme gleich drauf zu sprechen! – Wolfgang Riemann, CDU: Müller, bleib ruhig! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das freut mich, dass Sie darauf zu sprechen kommen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ich komme noch mal zu Ihnen nach Hause! Auf geht's! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, meine Damen und Herren, dann hören Sie vielleicht mal ein Stückchen zu,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Lohnt sich nicht!)

auch wenn Ihnen das schwer fällt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kommen Sie mal nach Pasewalk! – Siegfried Friese, SPD: Zuhören! – Volker Schlotmann, SPD: So viel zum Ernstnehmen des Parlaments, Kollege Rehberg! – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Also, meine Damen und Herren, für Sie zum Mitschreiben: Da gibt es einen CDU-Ortsverband – es wird nicht der einzige in diesem Land sein, aber ich erlebe das halt zu Hause – ...

(Torsten Renz, CDU: Die SPD hat ja keinen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Herr Renz, hier ist doch kein Kasperletheater!)

Ihr geistiges Niveau ist wirklich erschreckend, ehrlich!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Müller, hören Sie auf! Kommen Sie runter von Ihrem hohen Ross!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Müller, einen kleinen Moment bitte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mein Gott, mein Gott! Das kann doch nicht wahr sein, was Sie hier abziehen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gestern schon einmal einen Tagesordnungspunkt zur Verwaltungs- und Funktionalreform gehabt, sehr emotional. Ich denke, dieser ist auch sehr emotional und trotzdem muss der Redner seine Rede hier vortragen können in einer Lautstärke, die auch erträglich ist. Von daher sind Zwischenrufe in Ordnung,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich höre ihn sehr gut.)

aber keine permanente Unterbrechung.

Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Vielen Dank, Herr Präsident.

Und was die Lautstärke angeht, Herr Rehberg hat gestern schon darauf verwiesen, er könne lauter als ich.

(Egbert Liskow, CDU: Und besser! – Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn ich das möchte. – Dr. Armin Jäger, CDU: Er war richtig gut.)

Sicherlich, lauter ja. Lauter ja.

(Volker Schlotmann, SPD: Und mehr auch nicht.)

Aber noch einmal zum Thema Verfassungsrecht. Da erklärt ein CDU-Ortsverband, wir wissen zwar noch nicht genau, was da kommt und wie es kommt, aber wir wissen ganz genau, wir werden klagen. Und da werden Anträge in die Stadtvertretung eingebracht, die Stadtvertretung

möge beschließen, wir wissen zwar noch nicht genau, was kommt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So haben Sie den Antrag auch beschlossen!)

aber wir werden auf jeden Fall dagegen klagen. Das ist genau das, was die CDU betreibt. Und vieles, was Sie hier betreiben, ist nichts anderes als der Versuch,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen doch nicht, was kommt!)

Munition zu sammeln, um eine solche Verfassungsklage durchzubekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ziemlich unsinnig! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dann sollten Sie hier keine Krokodilstränen weinen über angebliche Risiken, die wir eingehen. Sie versuchen permanent, einen Reformprozess, der gesellschaftlich notwendig ist, mit der Verfassungsklage zu bedrohen, um ihn zu blockieren und womöglich dann vor dem Verfassungsgericht zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das, was Sie politisch nicht schaffen, versuchen Sie auf dem juristischen Wege.

Ihre Warnungen, dass wir hier ein hohes verfassungsrechtliches Risiko laufen, na, da fassen Sie sich mal an die eigene Nase!

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU)

So und nun weiter zum Antrag konkret. Im Antrag konkret steht, Sie können es dort nachlesen, dass wir die Deregulierungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember des Jahres 2004, also bis zum Ende dieses Jahres, verwirklichen sollen. Herr Dr. Jäger, Herr Ringguth, Herr Schubert ist noch krank, aber die Mitglieder des Sonderausschusses – und wir diskutieren im Sonderausschuss darüber, Herr Rehberg, und wir diskutieren sehr konstruktiv –

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

haben das, was der Justizminister, was die Deregulierungskommission erarbeitet hat, sehr wohl diskutiert und wir haben sehr wohl über Zeitpläne diskutiert. Wir haben uns verständigt und waren uns darüber völlig einig, dass der beschrittene Weg der richtige ist und dass die Zeitpläne vernünftig sind. Wir haben uns in der Runde der Obleute und im Sonderausschuss insgesamt darauf verständigt, dass wir uns nach dem 30.06.2004 – und das ist ein Termin, der an mehreren Punkten für die Erarbeitung konkreter Vorschläge von erheblicher Bedeutung ist – im Sonderausschuss mit diesen Deregulierungsmaßnahmen auseinander setzen werden. Daraus werden sich dann die weiteren zeitlichen Schritte ableiten. Ich weiß nicht, was es für einen Sinn macht, jetzt hier zu sagen, bis zum 31. Dezember 2004 muss alles über die Bühne sein. Lassen Sie uns die Arbeit, die wir sehr konstruktiv und sehr zielorientiert gemeinschaftlich begonnen haben, weiterführen, denn sie verspricht, erfolgreich zu sein, und versuchen Sie nicht hier irgendwelche Störmanöver.

Wenn ich sage, meine Damen und Herren, wir haben uns darauf verständigt, dass wir nach dem 30.06.2004 im Sonderausschuss ganz ausführlich und ganz umfassend über das Thema Deregulierung reden werden, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum erst dann? – Gabriele Schulz, PDS: Ach, Herr Riemann, Sie wissen es doch! Sie sind doch dabei gewesen!)

Herr Riemann, ich glaube, es ist möglich, dass wir Ihnen die Protokolle des Sonderausschusses – wir tagen ja weitestgehend in öffentlicher Sitzung – zur Verfügung stellen. Machen Sie sich sachkundig

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe es gelesen, Herr Müller! Ich habe es gelesen!)

und dann stellen Sie Fragen, aber nicht umgekehrt.

Herr Rehberg, ich weiß nicht, was es soll, wenn Sie hier in der nächsten Sitzung einen Antrag stellen wollen, den Sonderausschuss aufzulösen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das kann der Innenausschuss alles machen! – Rainer Pracht, CDU: Da können wir sparen!)

Wollen Sie denn, dass wir die Diskussion über Deregulierung nicht mehr führen?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Im Innenausschuss haben wir alles da.)

Wir haben dieses nicht im Innenausschuss diskutiert, nicht in dieser Breite,

(Rainer Pracht, CDU: Das können wir doch alles im Innenausschuss machen. Der Kollege Friese ist allemal dazu in der Lage. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

nicht in diesem Umfang. Es macht sehr viel Sinn, dies im Innenausschuss nicht zu diskutieren, sondern den Innenausschuss als Fachausschuss zu betrachten und die Gesamtdiskussion zur Deregulierung im Sonderausschuss zu führen. Dafür ist er da. Aber wenn Sie diese Diskussion nicht mehr wollen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Doch, im Innenausschuss! Und wir sparen Geld. – Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

dann sagen Sie das klar und deutlich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir sparen das Geld im Sonderausschuss ein und das Geld kriegt die Verbraucherzentrale.)

Ihre Begründung, Herr Rehberg, dass der Sonderausschuss überflüssig ist, weil wir den Antrag,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben gestern Ihre Abwicklung selbst beschlossen, Herr Müller!)

den wir hier gestern verhandelt haben, nicht in den Sonderausschuss überwiesen haben, ist wirklich das Niveau der beleidigten Leberwurst.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das müssten Sie sein, ich denke, Sie sind der Vorsitzende?!)

Gehen wir im Antrag der CDU weiter. Dort heißt es, dass wir als Funktionalreform jene Aufgaben übertragen sollen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sie werden konsequent abgewickelt! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

bei denen die interministerielle Arbeitsgruppe gesagt hat, sie sind strukturunabhängig zu übertragen.

Herr Dr. Jäger, Sie wissen aus unseren persönlichen Gesprächen, dass es für uns und auch für mich ganz persönlich ein ganz wichtiger Gedanke ist – und Sie finden diesen Gedanken in dem Papier, das wir gestern verabschiedet haben –, dass wir prüfen müssen, welche Teile von Funktionalreform vorgezogen und möglichst schnell realisiert werden können,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und dass zu dieser Prüfung natürlich in allererster Linie jene Aufgaben gehören, bei denen die interministerielle Arbeitsgruppe gesagt hat, die sind strukturunabhängig übertragbar.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das sagen wir schon seit langem. – Dr. Armin Jäger, CDU: Was trödeln wir eigentlich? –

Wolfgang Riemann, CDU: Man muss es nur tun! Keiner will von dem bisschen lassen, was er hat.)

Insofern, meine Damen und Herren, sind wir hier inhaltlich gar nicht sehr weit auseinander. Ich glaube, dass wir uns an diesem Punkt auch verständigen könnten. Aber ich sage Ihnen auch: Dieses ist für uns, und für Sie offenkundig auch, kein isoliert zu betrachtendes Element von Verwaltungsreform. Für uns ist das ein erster Schritt zu einer sehr umfassenden Funktionalreform. Für Sie ist es aber der letzte Schritt in puncto Funktionalreform, denn danach wollen Sie offenkundig aufhören. Und das unterscheidet uns. Wir wollen eine Verwaltungsreform – und da darf ich noch einmal auf das verweisen, was der Landesrechnungshof ausgeführt hat –, die wirklich etwas bringt, und nicht nur ein Reförmchen, das möglichst keinem wehtut,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch unsinnig.)

das am Ende aber auch wenig Effekte hat. Und da unterscheiden wir uns.

Der nächste Punkt in Ihrem Papier, Sie sehen, ich hänge mich Punkt für Punkt an Ihrem Papier vorwärts, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mehr haben Sie ja auch nicht. Endlich mal was Konkretes!)

Ach, Herr Dr. Jäger, endlich einmal etwas Konkretes. Es wäre schön, Sie würden konkret etwas zu Ihrem Papier sagen. Dieses ist der Diskussionsgegenstand, das ist der Tagesordnungspunkt und dazu spreche ich. Es wäre gut, wenn andere sich dem vielleicht auch einmal anschließen könnten, zur Tagesordnung zu sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach?!)

Da steht etwas von einer Reform der Landesverwaltung bis 2006. Aber das müssen wir jetzt einmal zusammen sehen. Bei der Funktionalreform wollen Sie, wie gesagt, nur jene relativ bescheidenen Teile, die strukturunabhängig zu übertragen sind, der Rest wird ausgeklammert. Sie wollen aber trotzdem eine Reform der Landesverwaltung, und zwar noch in dieser Wahlperiode. Ich frage Sie: Was bringt uns eine Reform der Landesverwaltung, wenn wir nicht in großem Stil zumindest Entscheidungen getroffen haben, welche Aufgaben zukünftig bei der Landesverwaltung verbleiben und welche Aufgaben kommunalisiert werden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja richtig, das bestreitet doch niemand! Wann fangen wir denn damit an? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist die entscheidende Frage und da sollten Sie sich an Ihre eigenen Argumentationen erinnern.

Wir müssen zuerst einmal diskutieren, welche Aufgaben dort bleiben und welche Aufgaben weggehen. Und in diesem Zusammenhang können wir über Neustrukturierungen reden. Aber jetzt nur eine Miniaufgabenübertragung zu machen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht um Reformen!)

und gleichzeitig die Strukturen der Landesverwaltung zu reformieren scheint mir eher das Ziel zu haben, diese Strukturen der Landesverwaltung dann auf lange Zeit zu perpetuieren

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sicher nicht! Sicher nicht!)

und keine weiteren Verwaltungs- und Funktionalreformen vorzunehmen. Und das ist genau das, was wir nicht wollen.

Letzter Punkt: Kreisgebietsreform in der nächsten Wahlperiode. Sie sagen, Reform der Landesverwaltung bis 2006, Kreisgebietsreform danach, das heißt also nach 2006, wenn überhaupt. Nun, meine Damen und Herren, ganz offenkundig will die CDU an unsere kommunalen Strukturen nicht heran, auch wenn sie – und Herr Ritter hat schon gestern darauf verwiesen – vor wenigen Monaten noch anderes gesagt hat. Jetzt scheint dort die Linie zu herrschen, da gehen wir nicht heran, auch wenn auf der örtlichen Ebene mancher CDU-Kommunalpolitiker das hier anders sieht, zum Teil sicherlich mit Vorstellungen, über die wir diskutieren können,

(Torsten Renz, CDU: Bei Ihnen gibt es ja nur Einheitsmeinung, nicht?!)

zum Teil aber auch mit Vorstellungen, wo ich sage, dass man nicht die eigene Kreisstadt zum Nabel der Welt machen darf, wenn ich mir zum Beispiel anschau, welche Diskussionen im Müritz-Kreis geführt werden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ist das nicht schön? Genauso schön wie die über Rügen! – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Auch vom Landrat, ja.

(Zurufe von Eckhardt Rehberg, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie können darüber Näheres berichten. Dass man den Müritz-Kreis als den Nabel der Welt betrachtet,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

kann ich vielleicht sogar noch psychologisch nachvollziehen bei der Schönheit dieser Region und dass man da überlegt, welche Teile aus den Nachbarkreisen man denn noch gerne haben möchte, damit man ein schöner, wunderbarer Kreis ist. Meine Damen und Herren, wer so argumentiert, der guckt vielleicht auf den eigenen Kirchturm, er zeigt aber auf der anderen Seite auch sehr deutlich, Kreise sind nichts Heiliges. Und wir können sehr wohl darüber reden, ob es Sinn macht, Kreise anders zu strukturieren, und das wollen wir, aber wir dürfen dabei nicht den Müritz-Kreis als den Mittelpunkt der Welt betrachten,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

sondern wir wollen eine Gesamtlösung für dieses Land, die zukunftsfähig ist. Und diese Gesamtlösung muss ganz, ganz eng verknüpft werden mit einer Neuzuschneidung der Aufgaben, mit einer Neuverteilung der Aufgaben zwischen Land und kommunaler Ebene und innerhalb der kommunalen Ebene. Nur so wird ein Schuh daraus und nicht, indem man eine Minireform bei der Funktionalreform macht, indem man die Landesverwaltung reformiert und in sich neu zuschneidet, ohne ihren Gesamtaufgabenbestand ernsthaft zu überdenken, und indem man eine Kreisgebietsreform auf die lange Bank schiebt. So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, macht man keine vernünftige Verwaltungsreform!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie so weitermachen, gibt es gar keine.)

Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Für die Fraktion der PDS hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Schulz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU „Zeitplan für Verwaltungsmodernisierung“ ist der eigene Zeitplan mächtig aus den Fugen geraten, allerdings ohne eigenes Verschulden. Ich möchte auch zum Thema sprechen und das Thema Zeitplan wirklich aufrufen. Der Landtag hat gestern in seiner Sitzung mehrheitlich die Grundkonzeption einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform beschlossen und unter Punkt IV sind Aussagen zur stufenweisen Umsetzung enthalten, ein Zeitplan, wenn man so will.

Meine Damen und Herren von der Opposition, nach meinem Geschmack ist Ihnen die Begründung zu Ihrem Antrag besser gelungen als der Antrag selbst. Und beides, also Antrag und Begründung, lassen nicht immer Zusammenhänge zueinander erkennen. Zu Ihren Empfehlungen im Einzelnen, ich will mich da wie mein Vorredner Herr Müller auch an den Punkten entlanghangeln.

Erstens, Deregulierung bis zum 31.12.2004. Dazu ist Folgendes zu sagen: So lange wollten wir einerseits nicht warten, denn die Aufgaben gerade in diesem Bereich Deregulierung, die laufen nun wirklich unter Leitung des Justizministers auf Hochtouren,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die laufen gut.)

und nicht nur auf der Ebene des Landtages, sondern über den Landtag weit hinaus.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir können auch 30.06. schreiben.)

Andererseits – lassen Sie mich erst mal ausreden, Herr Rehberg – waren wir uns im Landtag einig

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich bin sehr dafür zu verkürzen.)

und sogar parteiübergreifend einig, wie ich meine, Deregulierung als Daueraufgabe zu verstehen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Warum also nur bis Ende dieses Jahres arbeiten?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt anfangen!)

Zweitens, Aufgabenübertragungen, soweit strukturunabhängige Übertragungen empfohlen wurden, bis zum 31.12.2004. Nach Punkt IV, Ziffer 1, sechster Anstrich der Grundkonzeption ist zu prüfen, welche Aufgabenübertragungen vorgezogen werden können. Im Interesse der Kommunen, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten wir jedoch zuvor über den richtigen Grad der Kommunalisierung und die finanzpolitischen Auswirkungen entscheiden. Ich gehe davon aus, dass hier keine Zeit verschenkt wird.

Drittens, Straffung und Bündelung der Ministerien und Landesbehörden bis zum Ende der Legislaturperiode. Hierzu trifft meines Erachtens die Grundkonzeption detaillierte und hinreichende Aussagen, wobei auch hierbei der Reformteufel wieder im Einzelnen stecken dürfte. Da hilft aber auch kein zusätzlicher Antrag.

Viertens, Entscheidung über die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform erst nach Abschluss der Punkte 1 bis 3. Meine Damen und Herren, diese Empfehlung des vorliegenden Antrages hat mich dann doch ein wenig überrascht. Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass in diesem Hause über ein Ob einer Gebietsreform weitgehend Einigkeit besteht und nur das Wie strittig ist, da unterschiedliche Ansätze gewählt wurden. Zur Problematik der Kreisfreiheit, zumindest der kleinen kreisfreien Städte, und zur Struktur einzelner Kreise, ich denke an Bad Doberan, den Müritzkreis und Mecklenburg-Strelitz, die wir ausdrücklich benannt hatten, bestand bereits in der Enquetekommission Übereinstimmung und auch darüber, dass diese Fragen im Rahmen einer Landkreisneueordnung zu beantworten sein würden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, in der Begründung des vorliegenden Antrages wird darauf verwiesen, dass bereits mehrere Kreistage und Stadtvertretungen beschlossen haben, gegen eine Landkreisneueordnung auf der Basis eines 4- oder 5-Kreise-Modells vor dem Verfassungsgericht zu klagen. Dazu möchte ich sagen, gegen Strukturveränderungen wurde und wird geklagt. Dafür gibt es diesen Rechtsweg. Meine Befürchtung ist dagegen, dass hier nicht die eine oder andere Strukturveränderung, sondern die Gesamtkonzeption auf dem Prüfstand landet und vielleicht eben in Gänze durchfällt. Deshalb habe ich gestern dieser Reformkonzeption nicht zugestimmt. Diese Diskussion brauchen wir aber heute hier nicht zu wiederholen. Dafür kann man entsprechende Protokolle befragen. Aber mit dem Zeitplan hängt diese Frage wohl nicht sehr zusammen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend an einen Reformaspekt erinnern, der in der Begründung des vorliegenden Antrages angedeutet, aber in Ihrer Beschlussempfehlung hingegen völlig ausgespart bleibt, nämlich die Frage Modernisierung der Verwaltung und Bedienstete der öffentlichen Verwaltung. Im Zeitplan der gestern mehrheitlich beschlossenen Grundkonzeption ist fixiert, dass bis zum Ende der 4. Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen unter anderem für die Personalüberleitung zu schaffen sind, und zwar zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und den Gewerkschaften, mit dem Ziel der Qualitätssteigerung einerseits und der Vermeidung sozialer Härten andererseits.

Meine Damen und Herren von der Opposition, auf diesem komplizierten und sensiblen Gebiet sollten wir weniger Widerstand der Verwaltung herbeireden oder gar

anregen und auch nicht persönliche und berufliche Unsicherheiten schüren. Dies würde der Reform schaden und den Beschäftigten überhaupt nicht nützen.

Herr Kollege Dr. Jäger, Herr Kollege Müller, wir sind gemeinsam der Einladung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Personal- und Betriebsräte am 22. April dieses Jahres nach Bad Doberan gefolgt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir wissen also genau um die Fragen, die von den Beschäftigten gestellt wurden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Klar dürfte auch sein, meine Damen und Herren, mit diesem Reformvorhaben kommen personalpolitisch noch Fragen und Probleme auf uns zu, für die bei keinem der Beteiligten bereits fertige und vollständige Antworten vorliegen. Was wir brauchen, sind Schutz-, Beteiligungs- und Gewährleistungsinstrumente für beide Seiten, also Landesregierung und Bedienstete. Der Personalaspekt dieser Reform benötigt rechtliche Rahmenbedingungen und politische Spielregeln. Und dafür ist der vertrauensvolle Dialog zwischen Landesregierung, Personalvertretungen und den kommunalen Verbänden gefragt. Auf all diese Fragen orientiert der gestern gefasste Grundsatzbeschluss. Ihr vorliegender Antrag der CDU ist damit inhaltlich und zeitlich überholt und kann abgelehnt werden. Die Probleme allerdings werden erst im weiteren Reformverlauf zu meistern sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schulz.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Jäger. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe das Vergnügen, als drittes Mitglied des Sonderausschusses hier zu sprechen, nachdem zwei meiner Kollegen, eine Kollegin und ein Kollege, schon hier gesprochen haben. Ich habe mit Betrübnis zur Kenntnis genommen, dass das Plenum, zumindest die Mehrheit des Plenums, von diesem Sonderausschuss leider nichts mehr hält.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die wichtigste Kernfrage, meine Damen und Herren, die wichtigste Kernfrage für die Verwaltungsreform – der Herr Innenminister hat in dieser Stadt das gestern Abend auch noch mal ausgeführt in einer anderen Veranstaltung, in der Frau Gramkow und ich anwesend sein durften und ihm zuhören durften, vor allem an diesem Punkt zugehört haben, hat er es noch mal gesagt –, die wichtigste Kernfrage zur Verwaltungsreform ist gestern Abend entschieden worden für dieses Land. Und dazu wurde der Sonderausschuss für nicht geeignet angesehen. Meine Damen und Herren, das ist ein Misstrauensbeweis, wir sollten uns überlegen, eigentlich ist er schon abgeschafft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Bodo Krumbholz, SPD: Ja.)

Das Zweite ist, Herr Kollege Müller, Sie haben so nett darauf hingewiesen, auf Ihre rein örtlichen Erfahrungen in Pasewalk. Wenn Ihr Blick sich etwas weiten würde, wür-

den Sie merken, dass es dem einen oder anderen Abgeordneten in diesem Landtag auch nicht besser geht wie anderen Menschen. Sie sagen das eine mal hier und das andere mal da.

(Heinz Müller, SPD: Was die CDU angeht, ist das so!)

Nein, nein. Das ist gerade bei Ihren Kollegen ein bisschen deutlich.

Also ich habe mich noch mal vergewissert, der Beschluss in der Hansestadt Greifswald, Entschuldigung, in der Hansestadt Wismar – die liegt mir ja auch örtlich ein bisschen näher, Herr Zielenkiewitz, wir sind ja Kollegen –, was ein kommunales Amt angeht, der ist wohl einstimmig gefasst worden. Wenn ich das recht sehe, haben Sie gestern bei der namentlichen Abstimmung was ganz anderes hier beschlossen und mitgetragen. Also ich weiß nicht, wir sollten mal die örtlichen Dinge außer Acht lassen, Herr Kollege Müller.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich möchte meinen Amtsbruder aus Wismar nicht angreifen, aber wissen Sie, lassen wir es!

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Nur ein bisschen, ja?!)

Ja, natürlich ein bisschen. Also ich würde mir das nicht zutrauen, weil so weit ist ja Wismar vom Sitz des Landtages nicht, dass die in Wismar nicht merken, dass Sie einmal so und einmal so stimmen. Also das würde ich nicht machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

(Heinz Müller, SPD: An Ihrer Stelle würde ich auch nicht gern damit konfrontiert, was die CDU manchmal sagt.)

Es geht nicht um die CDU, sondern um mich als Person in diesem Falle. Ich bin nicht schizophr.

(Bodo Krumbholz, SPD: Sie sind zu ängstlich, Herr Dr. Jäger.)

Ich kann nicht in der Kommunalvertretung so stimmen und hier im Landtag anders. Also da, muss ich mal sagen, da muss man schon sehr biegsam sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und deswegen, Frau Kollegin Schulz, Sie haben durchaus die Berechtigung, auch an unserem Antrag rumzukritisieren, das ist okay, denn Sie haben Charakter bewiesen gestern. Respekt!

Meine Damen und Herren, zur Schadensbegrenzung. Wir wollen gemeinsam eine Verwaltungsreform. Wir wollen gemeinsam eine schlankere und bezahlbare Verwaltung.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Ich sage das mal nicht nur als Glaubensbekenntnis, sondern als für mich verbindliche Aussage. Meine Damen und Herren, unser Antrag hat nur einen Sinn, dafür zu sorgen, dass diese Verwaltungsreform auch wirklich geht. Und sie geht nur mit denen, die in den Verwaltungen arbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Frau Kollegin Schulz hat mit Recht auf unseren gemeinsamen Besuch bei der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Personal- und Betriebsräte, ich sage das jetzt mal verkürzt, hingewiesen und Sie haben dort gemerkt, Herr Kollege Müller, es ist Ihnen auch sicher nicht entgangen, dass so, wie Sie das machen, es nicht geht mit den Bediensteten. Da gibt es Sorgen und Ängste, die leider auch dadurch geschürt werden, dass man für die Landesbediensteten, also für die Mitarbeiter im BAT- und Manteltarfbereich, eine Regelung findet. Die hat man gefunden und preist sich auch noch dafür und die kriegen auch noch einen Bestandsschutz. Und dann überträgt man Aufgaben auf die Kommunen und sagt den Mitarbeitern bei den Kommunen, nun seht mal, wo ihr bleibt. Eins wird natürlich nicht gehen: die Aufgaben aus der Landesregierung auf die Kommunen zu übertragen, dann weiter zu gucken und zu sagen, also immer folgt das Personal der Aufgabe. Meine Damen und Herren, ich sehe schon die ganzen Ministerialräte in unseren Städten und Landkreisverwaltungen. Also da müssen Sie sich noch einiges überlegen. Und im Angestelltenbereich sagen Sie unseren Bediensteten, wisst ihr, da waren uns unsere näher.

Meine Damen und Herren, so wird Verwaltungsreform nicht gehen. Sie geht nur mit den Mitarbeitern. Sie haben das alle drei gesagt, nur in Ihren Papieren finde ich dazu überhaupt nichts. Wir möchten das gerne ganz deutlich machen, deshalb haben wir diese Passage in unserem Antrag drin. Und der ist erst so gefasst worden nach der Veranstaltung, weil diese Problematik mir erst bei dieser Veranstaltung so dringend und so deutlich wurde, weil dort Leute ganz offen mit uns geredet haben, und das sollten wir öfter miteinander tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Wir haben schon vor
der Veranstaltung gesagt, wir wollen
das sozial verträglich machen.)

Lieber Herr Müller, zu Ihrem großen Ärger lag ja in der Veranstaltung durch eine Indiskretion eine frühe Fassung des jetzigen Antrages vor, von der wir jetzt vom Innenminister wissen, dass er gar nicht in Ihren Fraktionen, sondern von einem Professor unter Mithilfe des Innenministers oder umgekehrt gemacht worden ist. Herr Müller, wir haben Konsequenzen aus der Veranstaltung gezogen. Sie erzählen was von sozial verträglich,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

machen Regelungen auf Landesebene, die den Kommunen die Möglichkeit nicht geben, für ihr Personal Bestandsschutz- oder zumindest Überleitungsregelungen zu finden, und die Frau Ministerin, die Frau Finanzministerin schreibt auch noch die Landräte und Oberbürgermeister an und sagt, welches Personal vom Land kannst du mir bitte abnehmen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ganz
schön deftig, das ist ganz schön deftig!)

weil wir solche Vereinbarungen treffen. Also, Herr Müller, von wegen sozial verträglich! Das ist schon fast Blasphemie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. Genau so!)

Aber, meine Damen und Herren, was wir auch dringend brauchen – und Sie wollten Sachaussagen, die stehen drin in dem Antrag, man muss sie nur richtig lesen –,

was wir dringend brauchen, das ist ein Zusammenführen von Ansätzen der Verwaltungsreform, die außer den Strichen ja eigentlich auch noch da ist. Da ist der Justizminister mit seiner Deregulierungskommission und er hat es sogar geschafft, ein endgültiges Papier auf den Tisch zu legen, und in dem stehen sehr vernünftige Ansätze. Ich habe da überhaupt gar keine Bedenken, das hier so deutlich zu sagen, das möchte ich auch bitte so verstanden wissen. Wir finden das gut, was da drinsteht. Warum setzen wir es nicht einfach um? Warum nicht? Weil der Innenminister erst beim Zwischenbericht seiner IMAG ist.

Wir haben ja zwei Fassungen dieses IMAG-Berichtes und da stehen sehr wichtige Sachen drin. Insbesondere steht da drin, was man alles machen kann, ohne einen einzigen Strich auf der Landkarte irgendwo hinzumalen und zu sagen, das ist jetzt ein neuer Kreis. Das hat ja die IMAG so festgestellt und das war sehr viel Arbeit. Wie ich sehe, sind das nicht nur die 200 Stellen, die Sie erwähnt haben. Also in der nicht gekürzten Fassung, die uns ja auch vorliegt dankenswerterweise, sind das eine ganze Menge mehr Stellen und es lohnt sich, sich dafür zu bücken und daran zu arbeiten. Das ist das Zweite.

Meine Damen und Herren, irgendeiner müsste das jetzt zusammenfassen und dann sollte es losgehen. Deswegen diese zwei Punkte in unserem Antrag.

Meine Damen und Herren, natürlich sind 19 Millionen Euro im Jahr durch Wegfall zweier Ministerien,

(Ministerin Sigrig Keler: Plus!)

also Personal- und Sachkosten, plus Straffung auf der, ...

(Zuruf von Ministerin Sigrig Keler)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, von der Regierungsbank ...

Dr. Armin Jäger, CDU: ... Straffung auf der Referentenebene, Frau Ministerin Keler, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Jäger, bitte, einen kleinen Moment!

Von der Regierungsbank keine Äußerungen! Wenn Sie sich zu Wort melden wollen, dann tun Sie das bei mir und dann kriegen Sie auch Rederecht.

Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Herr Präsident.

(Ministerin Sigrig Keler: Das finde ich
aber auch nicht schön, wenn er immer
wieder die gleichen Unwahrheiten sagt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Wir haben eine Geschäftsordnung, Frau Ministerin, und die ist einzuhalten. Wenn Sie reden wollen, zeigen Sie es bitte an.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie kann sich auf ihren
Abgeordnetenplatz setzen und dazu sprechen.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Meine Damen und Herren!

Frau Ministerin, es gibt da einen prima Weg, den Sie öfter gehen. Gehen Sie doch runter, beauftragen Sie jemanden, mir eine Frage zu stellen, dann werde ich sie beantworten. Es geht ganz einfach.

Aber 19 Millionen Euro ...

(Reinhard Dankert, SPD:
Herr Jäger, lassen Sie das!)

Ja, das ist so.

Wissen Sie, die Ministerin war bei uns im Ausschuss.
Die Ministerin hat uns die 19 Millionen selber erläutert

(Ministerin Sigrid Keler: Ja.)

und dass sie jetzt nicht mehr wahr sein sollen, ist für mich irgendwie unverständlich. Also das, muss ich sagen, das ist sehr erstaunlich. Was uns alle ein bisschen gewundert hat, ist, dass bei den 180 Millionen – nur beim Nachrechnen mit dem Taschenrechner, nicht mehr, also kein kompliziertes Instrument – einfach schlappe 10 Millionen gefehlt haben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Schlappe 10 Millionen!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau so ist das.)

Der Kollege Ringguth hat noch ein paar Mal gefragt, der mochte es nicht glauben. Der ist noch nicht so, wie soll ich sagen, also ich bin ja schon fast dran gewöhnt, dass das nicht immer so ganz stimmt, was uns gesagt wird, der glaubt ja noch. Aber das ändert sich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, Deregulierungsvorschläge gibt es eine ganze Menge. Fangen wir doch damit an: Wir haben eine Menge Geld zusammen in den Sand gesetzt, indem über eine geraume Zeit – Sie reden immer von 14 Monaten, ich habe da anders gerechnet, die ersten Äußerungen von Herrn Timm waren etwas früher, aber das ist auch egal –, wir haben über eine geraume Zeit Geld in den Sand gesetzt, weil wir mögliche Reformen überhaupt nicht gemacht haben.

Und, Frau Kollegin Schulz, Sie haben mit Recht gesagt, bei uns steht in dem Antrag drin, dass wir erst am Ende die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform prüfen wollen. Sie wissen selber aus den Ihnen zugänglichen Unterlagen von den Greifswalder Juristentagen, dass genau das der richtige Weg ist. Nur, damit Sie mich jetzt nicht missverstehen, ich persönlich bin der Meinung, dass es sehr wohl notwendig ist, und das haben wir gemeinsam in der Deregulierungskommission auch so gesagt, dass eine Landkreisneueinordnung dann erfolgen muss, wenn wir andere Möglichkeiten nicht haben. So genau ist es reingeschrieben worden.

Es gibt ja auch noch andere. Ich will jetzt mal ein Reizthema sagen. Es gibt auch noch großflächige Eingemeindungen. Wenn Sie die Kraft haben, darüber mit uns zu diskutieren, dann mal rein mit Ihren Vorstellungen in die Diskussion, da bin ich sofort dabei. Weil so diskutiert worden ist, was die Sachsen da alles gemacht haben, na Mahlzeit! Aber gerne, diskutieren wir es!

(Heiterkeit bei Holger Friedrich, SPD)

Nur einfach herzukommen und zu sagen, wir haben zu viele Landkreise und deswegen müssen einige sterben, das haben Sie nicht gewollt, das haben wir nicht gewollt. Und das ist das Papier, das gestern Abend beschlossen worden ist, zu dem Sie auch nicht zugestimmt haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Das stimmt ja so nicht.)

So, meine Damen und Herren, eine differenzierte Aufgabenübertragung atmet Ihr Papier, was die Gemeinden

angeht. Das ist die vorsichtige und höfliche Aussage. Ein Abtöten kommunaler Selbstverwaltung wäre eine bössartige Aussage, aber dazwischen bewegt es sich. Sie kommen zu Ihrer alten Idee mit den Einheitsgemeinden zurück.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und, Herr Innenminister, Sie haben es ja selber gesagt, Herr Professor von Mutius hat das wiederholt, was gut ein Jahr davor in Greifswald Ihrem Staatssekretär von allen dort anwesenden Sachverständigen gesagt worden ist. Damals haben Sie es in den Wind geschlagen. Spätes Erkenntnis ist gut, aber Sie haben den falschen Schluss gezogen. Es ist nicht der richtige Weg, Mammutkreise zu bilden, in denen Kreistagsmitglieder nicht mehr ihr ehrenamtliches Mandat wahrnehmen können, die auch eigentlich nur staatliche Verwaltungen sind, weil das, was Sie übertragen, ist im überwiegenden Bereich Vollzug von Bundesgesetzen

(Minister Dr. Gottfried Timm: Richtig.)

und da können Sie überhaupt nicht darüber bestimmen, ob sie kommunale Selbstverwaltung sind oder nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, genau.)

Wenn Sie dies machen mit Ihren Mammutkreisen, machen Sie daraus verkappte Bezirksregierungen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: So ist es.)

Und darüber waren wir uns mal einig, das wollen wir nun gerade nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und weil Sie das so machen wollen, müssen Sie den Fachleuten folgen. Hätten Sie das mal früher bedacht, dann hätten Sie diese Striche nicht gezogen und müssen nicht die Gemeindeebene kaputtmachen, die wir gerade gemeinsam durch die Neufassung der Kommunalverfassung eigentlich jetzt stabilisieren wollten. Wir waren uns einig, dass das die richtige Größenordnung ist. Also es kann doch wohl nur so sein, dass, weil Sie diese Mammutkreise wollen, jetzt die Größenordnung bei den Gemeinden nicht mehr stimmt. Das ist in sich logisch und ich könnte Ihnen darin folgen, wenn es nicht ein ganz erheblicher Wertverlust wäre. Was machen Sie denn da eigentlich? Sie nehmen den bisher selbständigen Gemeinden in den Ämtern, die die volle kommunale Daseinsvorsorge als Aufgabe haben, die wirklich wichtigen, entscheidenden und auch für die Kommunalpolitik interessanten Aufgaben weg und reduzieren sie auf Ortsteile. Und das, meine Damen und Herren, ist ein ganz, ganz rigider Abbau kommunaler Selbstverwaltung.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie wollen durchregieren, Sie wollen die selbstbewussten Kommunalpolitiker vor Ort offenbar nicht mehr und das stört Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, so wenige Tage vor dem 13.06. dieses Jahres ist der Hinweis wohl doch erlaubt, dass so mancher die Befürchtung hat, dass Sie die Gemeinden auf der Ebene der amtsangehörigen Gemeinden weg haben wollen, weil Sie offenbar sehr viele

Probleme haben, Menschen in diesem Lande in der nach Ihrer Partei ausgerichteten Richtung noch zu motivieren zu kandidieren.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist doch ganz großer Quatsch!)

Meine Damen und Herren, so einfach dürfen wir es uns auch als Parteien nicht machen. Wir müssen werben für die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir müssen werben für das Mitwirken der Bürger für die Angelegenheit ihrer eigenen Nachbarn, ihrer eigenen örtlichen Gemeinschaft. Meine Damen und Herren, was Sie machen, ist der Tod kommunaler Selbstverwaltung auf der Gemeindeebene

(Reinhard Dankert, SPD: Hauen Sie mal noch mehr auf den Tisch!)

und da wollen wir tatsächlich nicht mitmachen. Da unterscheiden wir uns.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich darf das zusammenfassen. Unser Antrag hat einen ganz wichtigen Sinn aus unserer Sicht. Wir haben geglaubt, wir kriegen beide Anträge in die Ausschüsse, die dafür gebildet worden sind. Wir haben geglaubt, dass wir das wie bisher in diesem Landtag noch mal schaffen werden, durch Aufeinanderzugehen und durch Zugeständnisse der einen oder anderen Seite ein vernünftiges Gesamtkonzept zu machen. Das haben Sie gestern Abend weggelegt. Dies hier ist wie gesagt der Notanker, dafür zu sorgen, dass eine Verwaltungsreform überhaupt stattfinden kann. Und ein Satz steht in dieser Vorlage, den ich noch mal betonen will. Wir machen nicht mit, eine gerade gefestigte, überprüfte und vom Landtag so beschlossene Ämterstruktur nach wenigen Wochen und Monaten wieder wegzuschmeißen, den kommunalen Vertretern zu sagen, eure Arbeit war nichts, wir trauen euch nicht, wir machen jetzt eine dritte Ebene und das Mandat auf der Ortsebene ist nichts mehr wert.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Alles neu macht der Mai!)

Meine Damen und Herren, das haben erstens diese Menschen vor Ort nicht verdient, die also da sehr respektable und wie ich meine sehr tolle Arbeit leisten. Das haben die vielen ehrenamtlichen Bürgermeister nicht verdient, denen Sie damit nämlich auch praktisch die Basis entziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren,

(Reinhard Dankert, SPD:
Mir kommen fast die Tränen!)

eine solche Verwaltungsreform hat auch dieses Land ...

(Reinhard Dankert, SPD:
Mir kommen hier fast die Tränen!)

Nein, nicht die Tränen, aber die Überzeugung, Herr Dankert, das dürfen Sie mir abnehmen –, da ich also eigentlich in der Wolle gewaschener Kommunalen bin, das dürfen Sie mir abnehmen –, was Sie hier tun, das ist der Tod kommunaler Selbstverwaltung auf der örtlichen Stufe, und das müssen Sie ...

(Reinhard Dankert, SPD: Nehmen Sie doch noch fünfmal das Wort „Tod“, dann kommen Sie damit auch in die Presse.)

Ja, Sie haben mich noch mal gefragt. Das ist immer das Problem.

(Reinhard Dankert, SPD: Nur Polemik!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Jäger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Friedrich?

Dr. Armin Jäger, CDU: Aber gerne.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön.

Holger Friedrich, SPD: Herr Jäger, verstehe ich die ersten beiden Punkte über Deregulierung und Aufgabenübertragung zum 31.12. so, dass ich dann, wenn es dann so kommen würde, im Januar zu meiner Stadtverwaltung gehen kann und einen Antrag auf Abriss, ich komme jetzt zu meinem Beispiel von gestern aus dem Petitionsausschuss, stellen kann, und der wird mir dann dort ohne Zutun der Kreisverwaltung, wie es bis jetzt ja ist, genehmigt? Verstehe ich das so richtig, dass Sie das so planen?

Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt habe ich Schwierigkeiten, die Frage zu verstehen, aber ich versuche, kompetent ...

Holger Friedrich, SPD: Also wir nehmen mal an, das kommt jetzt durch und Sie setzen sich jetzt hin mit dem Sonderausschuss oder wie auch immer, machen die Vorschläge, bringen das hier ein, ich weiß ja nicht, wie viel hundert Sachen wir haben, wofür wir zuständig sind, und Sie nehmen der Kreisverwaltung die Aufgabe der Abrissgenehmigung – als Beispiel jetzt, das ist nur ein Beispiel – jetzt weg und übergeben das der untergeordneten Stadt, in meinem Fall der Stadt Barth. Kann ich dann hingehen zu der Stadt Barth und dort diesen Antrag stellen und kann ich auch dort erwarten, dass er dann zügiger bearbeitet wird und nicht drei Monate oder fünf, wie in dem Beispiel, was ich vorgebracht habe?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Da gibt es doch Fristen.)

Kann ich das so verstehen, ist das so Ihr Wille? Noch besser wäre ja, der wäre gar nicht mehr da.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Friedrich, ich glaube, die Frage ist gestellt.

(Siegfried Friese, SPD: Sind Sie überfordert, Herr Dr. Jäger?)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich glaube, ich habe das verstanden. Ich habe deswegen etwas gestutzt, Herr Kollege, weil das ist nicht Gegenstand der beiden Vorschläge, auf die wir uns beziehen. Weder die Deregulierungskommission noch die Aufgabenübertragung gemäß den Vorschlägen der IMAG beinhaltet diesen Vorschlag. Deswegen ist das Datum für mich nicht zu setzen, weil ich sage, was wir jetzt können an Umsetzung von Verwaltungsaufgaben, sollten wir jetzt tun.

Aber zu der Frage, ob Sie denn den Antrag stellen können bei Ihrer Stadtverwaltung ab dem 01.01.2005,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die kann ich nur mit Ja beantworten,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Schon heute kann er das machen.)

das können Sie nämlich heute schon.

Holger Friedrich, SPD: Das weiß ich schon, aber ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ich muss nämlich das
gemeindliche Einvernehmen herstellen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Friedrich, also wenn Sie noch eine Frage haben, dann bitte. Eine Zusatzfrage, aber kein Kommentar, sondern eine Frage.

Holger Friedrich, SPD: Das weiß ich schon, aber ich möchte eigentlich wissen, ob dort die Stadt dann der zuständige Entscheidungsträger ist. Dass ich das abgeben kann und sie das weiterreicht, weiß ich schon. Aber ob sie es dort dann auch eigenständig entscheiden kann?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich muss mich wiederholen. Wir fordern, und das ist sicher das Beste, was man aus diesem Antrag herauslesen muss, das muss man verstehen, wir fordern Verwaltungsreform jetzt. Da wir Verwaltungsreform jetzt mit Ihnen zusammen machen wollen, beziehen wir uns auf die Vorschläge der Deregulierungskommission, nämlich die der Justizminister betreut, und auf die Vorschläge des Innenministers in dem Zwischenbericht. In diesen beiden Papieren steht das, was Sie fordern, nicht drin. Dennoch bin ich bereit, im Sonderausschuss, wenn er denn wieder eine Aufgabe kriegen sollte, das so zu prüfen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich darf Ihnen aus Erfahrung sagen, dass es Länder gibt, in denen ...

(Heinz Müller, SPD: Den wollen Sie ja
abschaffen, also wird nichts geprüft.)

Herr Müller, Sie haben den abgeschafft.

(Detlef Müller, SPD: Was?!)

Aber darf ich die Frage beantworten?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Bodo Krumbholz, SPD: Was haben wir gemacht?)

Aber darf ich die Frage beantworten?

(Heinz Müller, SPD: Das ist aber toll! Also Sie wollen den Ausschuss abschaffen, aber nur, wenn es den gibt, wollen Sie das prüfen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie den Redner hier ausreden.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, wenn Sie mir eine Frage stellen wollen, dann geht man ans Mikrofon und tut das und dann ist es gut. Ich beantworte auch Ihre Fragen gern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Heinz Müller, SPD:
Die Frage stelle ich Ihnen öffentlich.)

Sie wissen, dass ich neulich in Ueckermünde alle Ihre Fragen so erschöpfend beantwortet habe, dass alle gesagt haben, ach, warum fragt der Müller eigentlich. Aber lassen wir das!

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und CDU)

Noch mal, Herr Kollege!

(Heinz Müller, SPD: Sie haben
eine gestörte Wahrnehmung.)

Ich würde Ihnen gerne jetzt mit einem tapferen Ja antworten,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Entschuldigung, aber diesen Mut des tapferen Ja, nämlich zu einer Abschnittsgrenze, sagen wir, ab 30.000 Einwohner die Bauaufsicht voll oder zum Teil auf die Städte zu übertragen, hatten die beiden Arbeitsgruppen bisher noch nicht. Deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, dass das, was wir Ihnen vorschlagen, nämlich jetzt die Ergebnisse der Arbeitsgruppen bis zum 31.12. umzusetzen, Ihr Petitionum enthält.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nur ich gehe mal davon aus, dazu bedarf es Gesetze. Und in diese, da bin ich sicher, davon gehe ich nicht nur aus, und in diese Gesetze können wir Ihren Wunsch reinschreiben, wenn er denn die Mehrheit des Landtages findet. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Leider sind die noch nicht so weit auf Landesebene.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Der Innenminister hat ja gerade erst mal einen Zwischenbericht vorgelegt. Ich kann doch nichts dafür, dass der nicht überkommt.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gut. Damit danke schön, Herr Friedrich.

Dr. Armin Jäger, CDU: Meine Damen und Herren, ich bin damit auch am Ende meiner Ausführungen. Mein Antrag, unser Antrag ...

(Zurufe von Jörg Heydorn, SPD,
und Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Ich weiß, das tut weh, ist ja okay. Das tut weh, wenn einer mal in der Sache genau dahin will, wo Sie gar nicht hin wollen. Sie wollen ja gar nicht entscheiden. Sie wollen ja nur Grundsatzbeschlüsse fassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Hans-Heinrich Jarchow, SPD –
Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

Meine Damen und Herren, mein Petitionum ist ganz einfach: Fangen wir endlich mit der Verwaltungsreform an! Ihr Zögern und Zaudern hat uns wahnsinnig viel Geld gekostet, übrigens auch auf kommunaler Ebene. Es kostet uns ein wahnsinniges Geld, dass Sie nicht deregulieren, dass Sie nicht bereit sind, Gesetze auf den Tisch zu legen, die unsere Arbeit auf der kommunalen Ebene erleichtern. Das ist es. Und deswegen wäre ich Ihnen schon dankbar, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten, denn dann ginge es wenigstens einen kleinen Schritt in diesem Lande voran. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jäger.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1175. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist bei

Zustimmung durch die Fraktion der CDU, ansonsten Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und PDS der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1175 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Erziehungsfunktion von Schule stärken, Drucksache 4/1182.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Erziehungsfunktion von Schule stärken
– Drucksache 4/1182 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Polzin. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Heike Polzin, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine etwas unkonventionelle Eröffnung. Ich merke gerade, ich werde alt und sehr dünnhäutig.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zurufe aus der SPD: Nein! – Michael Ankermann, CDU: Ach, nicht! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Danke, hat geklappt.

Nein, aber der Hintergrund dieses etwas ungewöhnlichen Gedankens ist, ich muss ganz ehrlich bekennen, ich habe gelitten

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

seit Beginn der Sitzung unter dem Klima – nicht dem da draußen – und darunter,

(Rainer Prachtl, CDU: Sie brauchen bloß Vitamine, Frau Polzin.)

dass das, was wir hier teilweise uns gegenseitig antun, einen sehr engen kausalen Zusammenhang hat zum Thema, das wir Ihnen mit dem vorliegenden Antrag heute offerieren möchten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Thomas Schwarz, SPD: Sehr gut. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich werde das in der Einbringung auch noch begründen. Ich habe ja nachher genügend Redezeit, um im Einzelnen auf den Antrag einzugehen. Aber zunächst geht es mir darum, deutlich zu machen, weshalb wir diesen sehr schultypischen Antrag hier im Plenum diskutieren wollen, weil – ich fasse das mal kurz vorweg – Schule in ihrer eigenen Funktion diese Aufgabe überhaupt nicht leisten kann, wenn die Gesellschaft täglich etwas anderes vorlebt,

(Beifall Ute Schildt, SPD)

wenn das, was Schule als Erziehung, als Wertevermittlung anbringen soll, da draußen ständig konterkariert wird.

Wir hier im Parlament sind nur ein Steinchen in diesem Puzzle. Es gibt da eine umfassende Aussage, die im Prinzip deutlich macht, wir erwarten von Schule, dass sie all das repariert, was draußen nicht funktioniert, was in vielen Elternhäusern nicht klappt und in der Erwachsenenwelt insgesamt schon gar nicht. Wir wundern uns darüber, dass die Jugendlichen dann mit dieser Gesellschaft nicht so zurechtkommen, wie wir uns das wünschen.

Was hört man aktuell, wenn es um Schule geht? Leider in der Regel nur die Skandale: tödliche Unfälle, Drogen,

Gewalt, völlig falsche Ernährung, Zunahme von Sportunfällen. Alles das wird dann sofort wieder fokussiert. Was ist da los in der Schule? Die soll es richten, möglichst einen Benimmunterricht einführen, damit wenigstens auch die geringsten Regeln des Anstandes noch mal vermittelt werden. Ich finde, das ist im Moment wirklich ein sehr trauriges Bild, was da insgesamt die Gesellschaft zulässt. Und darum geht es mir vor allem auch in diesem Antrag. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, auch in unserer eigenen Verantwortung, dieses können wir der Schule nicht allein überlassen, sie mit Forderungen überhäufen, aber ihr auf der anderen Seite das Instrumentarium nicht zur Verfügung stellen, damit sie diese Aufgaben lösen können.

Im Moment, denke ich, trifft aus Sicht eines engagierten Lehrers das Bild zu: Nimm den Teelöffel und schöp die Ostsee aus! Das sind die Forderungen mit den Möglichkeiten der Umsetzung und ich meine, es ist 14 Jahre nach einem Umbruch in diesem Bildungssystem Zeit, eine ernsthafte Zäsur zu machen und aufzuhören, sich an einzelnen Punkten zu beharren, aufzuhören zu glauben, man könnte mit einzelnen Pflasterchen die Welt wieder in Ordnung bringen, und stattdessen gemeinsam einen ganzheitlichen Ansatz zum Thema „Bildung und Erziehung“ zu versuchen. Wir alle wissen, dass Bildung ohne Erziehung nicht möglich ist. Und nichtsdestotrotz vernachlässigen wir all die Meldungen, die da zusammen ein Bild signalisieren. Sie funktioniert flächendeckend gerade in den östlichen Bundesländern nicht, weil man zur Kenntnis nehmen muss, dass die Hauptaufgabe der Eltern hier bei uns in dem Maße nicht greift, weil Wertevorstellungen in dieser Umbruchphase völlig durcheinander gebracht wurden, weil es eine gesellschaftliche Orientierungslosigkeit gibt, die sich natürlich auch auf unsere Kinder abfärbend bemerkbar macht.

An der Schule kann einiges geregelt werden. Wir sind der Meinung, die rechtlichen Rahmenbedingungen sollten aber dringend dahin gehend überprüft werden, dass sie dem Erziehungsauftrag auch gerecht werden, und zwar nicht nur mit der verkürzten Schlagzeile, Kopfnoten ja oder nein, sondern generell die Überprüfung, welche Möglichkeiten überhaupt da sind, um die Erziehungsarbeit der Eltern zu unterstützen. Bekennen wir uns dann mal als Gesellschaft dazu, wenn Schule erziehen will, dass man auch eine gewisse Autorität wieder einbringen muss.

Das, was in den letzten Jahren über uns gekommen ist, sind ja im Prinzip nicht nur gesamtdeutsche pädagogische Maßstäbe, sondern ich würde das vielleicht mal für Westeuropa so bezeichnen. Das läuft im Grunde darauf hinaus, dass wir mit sehr viel Motivation rechnen, die aber nicht da ist, und ohne diese kommen wir an keiner Stelle weiter. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass die Behauptung zum Beispiel des VBE „Bildung geht den Bach runter“ eigentlich heißen müsste: „Erziehung geht den Bach runter“. Und die Konsequenz daraus ist, dass wir an den Schulen zunehmend weniger motivierte Schüler haben, dass es also sehr schwer gelingt, überhaupt Bildung als Wert wieder in diese Gesellschaft zu bringen, und allein daran krankt alles. Meine Behauptung, dass eine Klasse von 60 Schülern unter sehr schlechten Rahmenbedingungen sehr viel mehr und sehr viel schneller lernen kann, ist aus der Vergangenheit und aus anderen Ländern durchaus bewiesen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
60? Haben Sie 60 gesagt? –
Rainer Prachtl, CDU: 60?)

Ja, 60 habe ich gesagt. Ich stelle mir mal so richtig die Nachkriegsklassen vor, wie sie so von der Generation unserer Eltern waren.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Diese haben in den Schuljahren definitiv mehr fürs Leben gelernt als mitunter heute unter ganz anderen Rahmenbedingungen, weil ein Unterschied da war. Sie haben für sich begriffen, ich brauche dieses Wissen, ich will Bildung, ich will mein Leben selbst gestalten und Verantwortung übernehmen.

(Rainer Prachtl, CDU: Und mit Rohrstock und sonst welchen Dingen, also wirklich! Mit 60!)

Nein, also den würde ich nun mit Sicherheit nicht wieder einführen, Herr Prachtl, so gut müssten Sie mich eigentlich kennen.

(Rainer Prachtl, CDU: Aber diese Schulklassen und die Ideen, die dahinterstehen!)

Ich rede von Motivation. Ich rede auch zum Beispiel von Kindern in Afrika, die unter sehr schlechten Rahmenbedingungen Wissen erwerben in kürzester Zeit.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Motivation kommt immer von innen und das bedeutet, wir müssen da wieder hinkommen. Das ist eine Frage von Erziehung.

Wenn wir bei Jugendlichen vermissen – und das ist ja in der Regel die Wirtschaft, die diese Urteile fällt –, dass sie wenig konfliktfähig sind, dass die Teamfähigkeit fehlt, dass eine Anstrengungsbereitschaft in der Regel nicht vorhanden ist, dann muss man darauf reagieren. Aber man muss auch ehrlich die Frage stellen: Wie ist das denn bei ihren Vorbildern in der Erwachsenenwelt? Konfliktfähigkeit habe ich heute und auch in vielen anderen Runden hier allein im Parlament nicht unbedingt bemerkt. Auch wir versuchen – und das leben wir unseren Jugendlichen oft genug vor –, unterschiedliche Meinungen auszutragen, indem wir dem, der eine andere Meinung hat, zunächst mal verbal so was auf die Zwölf geben, dass der nicht mehr bereit ist, mir zuzuhören. Und das ist eigentlich das, was uns allen ein bisschen fehlt, wo wir alle auch selbst einmal das Raster der Eigenverantwortung darüber legen müssten. Nützt es mir eigentlich, wenn ich einen kurzen Lacher provoziere, indem ich einem anderen eine Bemerkung aus der Hüfte herüberreiche? Nützt es eigentlich, wenn ich in einem Schlagabtausch mal kurzzeitig Recht habe? Nützt es eigentlich für eine kurze Meinungsumfrage, mal so richtig eingeschlagen zu haben auf den Gegner?

Mir wird ehrlich gesagt ein bisschen angst, wenn ich weitergucke, denn wir richten damit nur eines an: Schulklassen, die hier sind, haben fast unisono die Meinung, du lieber Himmel, wenn wir so miteinander umgehen würden, dann wäre es eigentlich noch schlimmer. Und ich denke, da kann jeder nur bei sich anfangen und mal darüber nachdenken, wie schaffe ich es denn, meine Botschaft an den anderen zu bringen, ohne dass ich auf ihn einschlage, indem ich ihn nämlich zunächst mal wirklich ernst nehme und meine Argumente auf ihn einrichte.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Mit anderen Worten, ich würde den richtigen Hebel im Prinzip ab liebsten dort ansetzen, wo er hingehört, bei den Eltern, bei den Erwachsenen. Und ich denke, man kann in

der Gesellschaft nur damit anfangen, dass man sich zumindest mit dem Thema Schule mal ein bisschen ehrlicher befasst. Jeder redet darüber, jeder weiß etwas davon, jeder legt seinen Erfahrungsschatz von vor 20, 30 Jahren, den er selbst mit der Schule gemacht hat, darüber

(Reinhard Dankert, SPD: Da war es noch schön.)

und beurteilt die heutige Situation an Schulen. Ich sage Ihnen, es ist ein Grundfehler, dieses zu tun, denn die Schule von heute ist eine ganz andere. Wir müssen den Kindern von heute, die ja ganz anderen Einflüssen ausgesetzt sind, auch ganz anders begegnen. Und da komme ich auf das Problem, emotionales Lernen, soziales Lernen im positiven Sinne viel mehr in den Vordergrund zu bringen. Dahin gehend müssen wir unsere Lehrer nämlich wirklich unterstützen. Ein Kind, das von sich aus nicht das Gefühl hat, ich möchte das, ich will das, das ist für mich wichtig, wird man immer schwerlich zur Höchstleistung begeistern. Ein Kind, das für sich erkannt hat, Wissen ist etwas ganz Tolles, ich möchte hier weiterkommen und ich fühle mich bestätigt, ist die einzige Voraussetzung für eine gute Schule. Alle Diskussionen über Mehrgliedrigkeit und Schularten sind dagegen sekundär. Zu einer guten Schule gehören nur motivierte Eltern, Lehrer und Schüler. Und dann kann man im Grunde vieles machen im positiven Sinne und keinesfalls, wie mir vielleicht jemand unterstellen würde, wieder mit den uralten Methoden, die bis zur Prügelstrafe gehen. Mitnichten, ich möchte so nicht verstanden werden.

Aber ich sage an dieser Stelle auch, Erziehung heißt, Chancen geben und Grenzen setzen, heißt, einem Menschen von sehr früh an beizubringen, in dieser Gemeinschaft bist du ein Teil, du lebst von ihr, du bist auch für sie da. Solidarität ist etwas, was man erlebbar machen muss, in der Schule, in der Gesellschaft. Hinterher hinzugehen und zu sagen, nun seid mal schön solidarisch, wird wenig Früchte bringen, wenn nicht insgesamt ein Umdenken in dieser Gesellschaft passiert. Die Verantwortung der Gesellschaft für Bildung und Erziehung steht im Grunde auf dem Papier. Eine Säule hat sich fast verabschiedet, die andere halb und die Schule steht im Grunde in diesem wackeligen Gebilde.

Wir wollen zumindest mit diesem Antrag versuchen, das Ganze auf etwas festere Füße zu bekommen. Und ich will im Vorfeld auch noch sagen, wir beabsichtigen mit diesem Antrag nicht nur die Abstimmung, fertig, aus, sondern den Beginn der parlamentarischen Debatte im Ausschuss,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

den Beginn der öffentlichen Debatte mit Vertretern von Schulen, von Wirtschaft und von sozialen Einrichtungen. Wir hoffen, Medieninteresse dabei zu wecken, denn auch da liegt ein Stück Verantwortung, das zu transportieren. Ich hoffe, dass wir am Ende dieses Prozesses mit einer parteiübergreifenden Abstimmung hineinkommen und sagen, liebe Lehrer, wir stärken euch bei eurer schweren Aufgabe den Rücken und wir haben die Bedingungen etwas passgerechter gemacht. Das wäre mein Wunsch bei diesem Antrag. Ich habe nachher noch genug Redezeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Polzin.

Die können wir Ihnen leider nicht abziehen, weil für die Einbringung nur 5 Minuten angemeldet waren und es sind jetzt fast 15,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

aber von daher das nächste Mal vielleicht korrekter anmelden. Danke schön für die Einbringung.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Professor Dr. Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Frau Polzin, ich nehme den Faden sehr gerne auf. Im Jahr der Bildungspolitik fordern Sie den Landtag auf, eine Debatte zu eröffnen über die Erziehungsfunktion, die bei Eltern, in Schulen und in der Gesellschaft liegt, und das können wir nur begrüßen. Die Debatte ist wichtig. Schule ist nicht allein zuständig für die Erziehung,

(Angelika Peters, SPD: Das ist wohl wahr.)

aber sie ist einflussreich, wenn wir der Schule die Möglichkeiten geben.

In diesem Antrag sind aufgelistet eine Vielzahl von strukturellen, von rechtlichen Rahmenvorstellungen, von Zielen bis hin zu den Standards zur Bewertung von Sozialverhalten. Der Bogen spannt sich von der Frage, wie wir die Lehrerinnen und Lehrer für die Erfüllung ihrer Aufgaben stärken, bis hin zu der Frage, welche Werte und Orientierungen wir eigentlich den Schülerinnen und Schülern als leitende Gewissheiten geben.

Wir brauchen diese Debatte. Wir brauchen sie erstens, weil wir ihre Ergebnisse einfließen lassen müssen in Schulprogramme, wie mehr Selbständigkeit für Schulen erzielt werden kann. An dieser Stelle müssen wir wissen, mit welchen Instrumentarien die selbständige Schule arbeiten kann. Wir brauchen sie für ein Schulprogramm Ganztagschule. Dort ist dann auch Raum und Zeit gegeben für Erziehungsaufgaben in der Breite, wie wir uns das vorstellen. Wir brauchen die Ergebnisse für das Abitur in der Wissensgesellschaft, für die neue Abiturprüfungsverordnung, denn Fachkompetenz muss auf dem Boden einer verantwortungsbewussten Werteorientierung stehen. Und natürlich brauchen wir sie auch für das Lehrerbildungsgesetz, denn dort wird die Erziehungsfunktion als wichtige Säule der Heranbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer stehen müssen.

Wir brauchen diese Debatte auch aus einem zweiten Grund. Der Bundespräsident hat gestern gerade in seiner Berliner Rede eingefordert, auch über Werteorientierung unter dem Stichwort „Grundsicherheit“ zu reden, und ich zitiere einen Satz: „Jeder Mensch braucht eine gewisse Grundsicherheit, damit er den Kopf frei hat, auch für Anstrengung und Erfolg im Beruf.“

Wir brauchen diese Debatte – und ich will den Bogen aus Mecklenburg-Vorpommern und über Deutschland hinaus auch in das Zusammenwachsen von Europa spannen –, wir brauchen den Dialog im Ostseeraum. „Co-operative Learning for Europe – Visions and Values“ hieß das Konferenzthema und heißt das Strategiepapier, das die

Bildungsminister von Estland, Litauen, Lettland und Mecklenburg-Vorpommern im Oktober des letzten Jahres unterschrieben haben. Das ist die Orientierung auf die Erziehungsfunktion auch in ihren Visionen und in ihren Werten. Wir brauchen diese Debatte und wir freuen uns auf ihre Ergebnisse. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächstes hat das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zu Beginn meiner Ausführungen vielleicht ganz kurz auf das eben Gesagte und Gehörte von Herrn Minister Metelmann und Frau Polzin eingehen. Sie haben beide Recht. Bildung muss in diesem Land wieder mehr als Chance begriffen werden und nicht als tägliche Belästigung. Wir haben sehr viele gute Veränderungen zu verzeichnen gehabt in den vergangenen Jahrzehnten, aber besonders natürlich in den letzten Jahren. Besonders betrifft das die Ausstattung von Schulen. Wir haben herrlich sanierte Schulräume, Fachkabinette, beste Unterrichtsausstattung, Lehrmaterialien und trotzdem kommen wir irgendwie nicht weiter und landen in einer Sackgasse. Also an der Ausstattung von Schulen kann es irgendwo nicht liegen.

Frau Polzin hat ebenfalls Recht, wenn sie sagt, Bildung und Erziehung können nicht allein der Schule aufgebürdet werden. Bildung und Erziehung sind ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Eine ganz große Rolle haben Elternhäuser und eine wichtige Rolle hat die Schule zu erfüllen. Der Schule allein diese Verantwortung zu übertragen, wäre sicherlich fehlgeschlagen. Insofern, Frau Polzin, kann ich Ihnen nur zustimmen. Nur was wir hier heute machen mit Ihrem Antrag, ist, den Bereich, den wir am ehesten beeinflussen können, so auszustatten, damit Erziehung wirklich in den Schulen stattfinden kann. Sie haben das ausgeführt, insofern völlige Übereinstimmung.

Meine Damen und Herren! „Wir werden mit einem inhaltlichen Konzept den Haupt- und Realschulbildungsgang attraktiver machen und ihn zu einer echten Alternative zum Gymnasium ausbauen.“

(Unruhe bei Egbert Liskow, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Darf ich den Kollegen Liskow mal bitten, ein bisschen leiser zu sprechen, das stört nämlich hier vorne. Danke.

(Beifall Thomas Schwarz, SPD –
Andreas Bluhm, PDS: Oh! – Heike Polzin, SPD:
Das ist Ihre Fraktion, Frau Fiedler.)

„Mit der Einführung der Regionalen Schule geben wir sowohl eine Antwort auf die demographische Entwicklung als auch eine inhaltliche Antwort. ... Wir werden ...

3. die Erziehungsfunktion stärken.

Dazu liegt ein umfangreiches inhaltliches Konzept vor, das schrittweise umgesetzt werden wird.“

Meine Damen und Herren, dies war ein Zitat aus der Rede des Ministers Kauffold in diesem Landtag am 28. Juni 2001. Vor dem Hintergrund, dass besagtes umfangreiches Konzept nur noch seiner Umsetzung harnte, ist es natürlich verständlich, dass Initiativen und Positionspapiere der CDU sämtlichst abgelehnt wurden, trotzdem sie inhaltlich mit Ihrem heutigen Antrag übereinstimmen. Ich kann Ihnen allein aus der 3. Legislaturperiode vier konkrete Beispiele nennen. Und bei so viel Gleichheit, Frau Polzin, das verzeihen Sie mir, muss ich einfach auf diesen Fakt einmal eingehen.

Trotzdem haben wir heute, drei Jahre später, einen Antrag von SPD und PDS auf dem Tisch, den es eigentlich nicht geben dürfte, wenn konsequent an den hehren Zielen des damaligen Ministers zur Qualitätssicherung von Schule gearbeitet worden wäre. Man darf an dieser Stelle auch mal unseren Antrag vom Februar dieses Jahres neben Ihren legen und wird sich verwundert die Augen reiben, wie es bei so viel Ziel- und Wortgleichheit doch wieder nur zur Ablehnung kommen konnte.

Meine Damen und Herren, Ihre Initiative ist richtig und trotz Ihrer späten Einsicht absolut zu begrüßen. Ja, wir müssen Erziehungsfunktion von Schule wieder stärken und haben da bereits viel Zeit verloren. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum Sie, Herr Bluhm, Ihre eigenen Bemühungen immer wieder durch ständige Ankündigungen über Strukturveränderungen konterkarieren. Seit sechs Jahren gestalten Sie als PDS in diesem Land Politik mit, also auch Bildungspolitik. In der schon erwähnten Landtagssitzung haben Sie der Gesamtschule mit integrativem Ansatz vehement das Wort geredet und die Regionalschule als Schritt dorthin bezeichnet.

(Andreas Bluhm, PDS: Korrekt.)

Wo Ihre viel beschworene soziale Gerechtigkeit herkommen soll, wenn Sie bei Ihrem Ansatz den hohen individuellen Förderbedarf, den Sie nämlich daneben setzen müssten, einfach ausblenden, das können Sie uns nachher vielleicht hier mal erklären.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist eine Debatte.)

Gleichmacherei, Herr Bluhm, ist nicht gerecht gegenüber dem Einzelnen.

(Andreas Bluhm, PDS: Niemand spricht von Gleichmacherei.)

Doch. Aber diesen Weg als Allheilmittel

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Andreas Bluhm, PDS: Sehr gut.)

für alle Probleme von Schule, Geld, Standorten, Integration – man kann es nachlesen in etlichen Zeitungsartikeln, in etlichen Reden von Ihnen –

(Andreas Bluhm, PDS: Ach, dann gucken Sie doch mal die Originalpapiere an!)

verfolgen Sie hartnäckig und stehen schon jetzt vor dem Scherbenhaufen Ihrer nicht enden wollenden Strukturdiskussion.

(Andreas Bluhm, PDS: Ach!)

Das Gymnasium ist die einzige weiterführende Schule, die sich wirklich etablieren konnte,

(Angelika Gramkow, PDS: Aber warum denn?! –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und erfreut sich deshalb so großer Beliebtheit, und zwar auf Kosten der Qualität und des Leistungsniveaus aller anderen weiterführenden Schulen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Auf Kosten der Kinder.)

Warum? Weil das Gymnasium ist die einzige weiterführende Schule, die sich von Anfang an etablieren konnte.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum denn?)

Da haben die Menschen Vertrauen, weil sie es satt haben, alle vier Jahre ein neues Schulsystem zu haben, neue Schularten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

neue Visionen, wie immer sie heißen.

(Angelika Gramkow, PDS: Weil sie eine gute Schule für ihre Kinder wollen und nicht drei und vier.)

Das ist der Grund, Frau Gramkow! Das ist der Grund.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Aber wahrscheinlich sind Sie erst zufrieden, muss ich jetzt mal so sagen, wenn das Gymnasium, die eigentliche Eliteschmiede einer Nation, zur Gesamtschule in diesem Land mutiert ist.

(Angelika Gramkow, PDS:
Na, das wäre doch ein Angebot.)

Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie es den Leuten! Dann sagen Sie es laut und deutlich!

(Angelika Gramkow, PDS: Wir sagen ziemlich genau, was wir wollen, Frau Fiedler.)

Natürlich können wir alle vier Jahre Strukturen verändern. Das können wir machen.

(Andreas Bluhm, PDS: Ach, hören Sie doch auf!)

Es wird aber nichts nützen, wenn wir nicht endlich an Inhalte gehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn wir nicht aufpassen, passiert das von alleine, ohne dass wir etwas tun.)

Insofern gebe ich Frau Polzin völlig Recht. Aber das scheinen Sie ja auch endlich so zu sehen, weshalb uns ein diskussionswürdiger Antrag vorliegt.

(Andreas Bluhm, PDS: Das haben wir nie anders gesehen. Gucken Sie mal in die Originalpapiere, die im Landtag vorliegen!)

Meine Damen und Herren, im Forschungsbericht der Forschungsgruppe „Schulbezogene Jugendhilfe“ des Institutes für Erziehungswissenschaft der Universität Greifswald unter der Leitung von Herrn Professor Prüß wird der veränderte Lebenskontext unserer jungen Menschen exakt beschrieben. Zitat: „Im Zuge der rasanten gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben sich durch die Pluralisierung der Lebensformen und durch die Individualisierung der Lebensweisen veränderte Strukturbedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen ergeben. Für die Heranwachsenden der neuen Bundesländer kommt hinzu, daß sie ... mit einem anderen Erfahrungshintergrund als ihre Eltern aufwachsen.“ Die erhöhten Bewältigungsanforderungen von Jugendlichen

bewegen sich zwischen Freiheit und Zwang zur eigenverantwortlichen Lebensführung. Der Umgang mit Freiheit und Rechten allerdings will gelernt sein. Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein müssen gleichzeitig ausgebildet werden. Dazu bedarf es der frühestmöglichen Orientierung, Vorbildwirkung, ständigen Korrektur, schlicht der Erziehung durch Eltern, Erzieher, Lehrer, Ausbilder, das soziale Umfeld und die ganze Gesellschaft.

Diese Aufzählung zeigt, dass Schule nicht allein gelassen werden darf und dennoch die Glieder dieser Kette, die ich gerade aufgezählt habe, zum Teil recht brüchig sind. Die vielen Ursachen kennen wir alle nur zu gut. Die Auswirkungen, ein täglicher Kampf unserer Pädagogen im Schulalltag, werden dann auch trefflich von Herrn Dr. Dieter Wehnert in der schonungslosen und ehrlichen Broschüre „Disziplin in der Schule: Wege zu einer neuen Umgangskultur“ beschrieben.

Ja, man muss es so deutlich sagen, wir haben unsere Lehrer von Beginn an mit den ständig anwachsenden Problemen allein gelassen und damit für große Unsicherheit gesorgt. Das gebe ich gerne zu. Die Rechte von Schülern und Eltern wurden gestärkt. Die Stellung unserer Lehrer ist jedoch gleichzeitig mit zunehmender Intensität auf vielfältigste Art und Weise geschwächt. Das spricht sich herum und hat zum Beispiel zur Folge, dass der Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern so unattraktiv ist, dass freie Referendarstellen zu mehr als einem Drittel nicht besetzt werden können, der Einstellungskorridor nicht voll in Anspruch genommen wird, unsere Kollegen zu alt werden, bedauerlicherweise viele gen Westen flüchten und beinahe zwei Drittel unserer Lehrer den beiden größten Gesundheitsrisikogruppen angehören. Hohe Krankenstände und zum Teil lange Ausfallzeiten sowie frühestmögliche Flucht in die Rente sind die Folgen, die wir beobachten. Ich habe jetzt bewusst nur auf die Lehrer abgezielt, weil sie es sind, die mit unterschiedlichster Mitarbeit durch Schüler und Elternhäuser den Erziehungsauftrag hier in den Schulen umsetzen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist allerhöchste Zeit, dass wir gegensteuern und unseren Pädagogen die Möglichkeit eröffnen, ihren unstrittigen Erziehungsauftrag auch wahrnehmen zu können. Frau Polzin hat diesen Satz, glaube ich, fast ähnlich gesagt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Sie als Koalitionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, bis zum 30. September 2004 ein Konzept zu erarbeiten, dessen Umsetzung die Erziehungsfunktion der Schule zielgerichtet stärkt. Ich nehme doch an, dass bei diesem recht eng gesteckten zeitlichen Rahmen, den Sie bei uns übrigens nie akzeptiert hätten, das Ministerium bereits daran arbeitet. Die Anstrengungen beschränken sich dann hoffentlich nicht nur auf das Modellvorhaben „Selbständigere Schule“ oder das Ganztagschulprojekt.

Unser Antrag, der im März hier behandelt wurde, hatte zwar eine Neuverhandlung und Weiterentwicklung des Lehrpersonalkonzeptes zum Thema, das ist übrigens auch ein Punkt Ihres Antrages, die Intention jedoch war die gleiche, nämlich die Stärkung von Schule und Lehrerschaft.

Herr Bluhm, Sie hatten nicht nur, wie sich jetzt herausstellt, ungerechtfertigterweise jeden einzelnen Punkt zerpfückt und in Bausch und Bogen verdammt,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Oh, oh, oh!)

sondern Sie hatten vor allem konkrete rechtlich unter-setzte Vorstellungen eingefordert – ich zeige Ihnen die Stelle in Ihrer Rede gerne –, die ich bei Ihrem Antrag jetzt aber auch vermisste. Man braucht kein Jurist zu sein,

(Karsten Neumann, PDS: Das wäre aber hilfreich. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

um zu erkennen, dass ein Konzept wohl nicht das richtige Mittel ist, wenn die Intention des Antrages nicht als bloße Willensbekundung in Form eines Papiertigers enden soll. Was wir brauchen, ist ein Gesetzentwurf, um diese Vorstellung rechtlich untersetzen zu können. Das muss hinten herauskommen und mit diesem Ziel werden wir uns konstruktiv an den Beratungen zu Ihrem Antrag beteiligen. Ich darf für die CDU-Fraktion schon einmal beantragen, Ihren Antrag auf Drucksache 4/1182 federführend in den Bildungsausschuss und mitberatend in die Ausschüsse Recht und Wirtschaft zu überweisen.

Die vielen ausbildenden Unternehmen unseres Landes haben als Abnehmer von Schule ein großes Interesse an der Erziehung in der Schule und einer qualitativ hohen schulischen, praktischen und praktisch verwertbaren Ausbildung. Zitat aus der vorhin schon genannten Broschüre „Disziplin in der Schule“: „Die Abnehmer von Schule, Industrie, Wirtschaft, Handel, Handwerk und Verwaltung sparen nicht mit Klagen und Vorwürfen. Schulabgänger können nicht mehr ausreichend gut lesen, sie können sich nicht mehr schriftsprachlich angemessen äußern, können nicht mehr rechnen. Zuweilen wird sogar von Illiteratität gesprochen. Orientierungslosigkeit, Verhaltensdefizite, Tendenzen zur Realitätsflucht und sogar Selbstdestruktion, mangelnde Leistungsbereitschaft, überzogenes Anspruchsdenken und fehlende Manieren werden beklagt.“

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die IHKs in unserem Land werden nicht müde, ihre entsprechenden Forderungen zu formulieren, und zwar zu Recht. Wenn ich als Staat Ausbildungsbereitschaft einfordere und sogar Zwang durch Abgaben ausübe, dann habe ich auch die Pflicht, Ausbildungsfähigkeit sicherzustellen.

Dem Überweisungswunsch in den Sozialausschuss, Frau Polzin, stimmen wir ebenfalls zu, da Pädagogen und Eltern allein die vielfältigen Probleme nicht mehr lösen können. Das haben Sie vorhin in Ihren Ausführungen sehr deutlich gemacht. Wenn wir unser Ziel wirklich ernst nehmen, gehören auch solche Gruppen wie Soziologen und Psychologen an den Tisch.

Ich darf noch einmal aus dieser bemerkenswerten Broschüre „Disziplin in der Schule“ zitieren: „Ängste und Zwänge scheinen aus dem Leben unserer Kinder und Jugendlichen weniger gebannt als in früheren Zeiten. Die Erkenntnisse verdichten sich, dass nicht wenige Schüler und Jugendliche heute vergleichsweise mehr unter den Ängsten vor dem Leben leiden. Jedenfalls sind die Zunahme von Gewalttätigkeit und Brutalität, von Flucht in virtuelle Welten, von wachsender Verführbarkeit durch Drogen und subkultureller Eigenwelten, von Selbstmorden und Lehrermorden und so weiter erschreckende Anzeichen dafür.“

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir einen ehrlichen Umgang mit diesem Antrag und zielführende Diskus-

sionen in den Ausschüssen, die nicht nur in einem Konzept enden dürfen. Ich wünsche mir, dass viele der in den letzten Monaten durchgeführten und noch geplanten Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand kommen, weil sie den meisten Ihrer Antragspunkte schlicht zuwiderlaufen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Gestatten Sie mir deshalb einige konkreten Fragen und Anmerkungen zu Ihrem Antrag:

Punkt 1: Sie schreiben: „Überprüfung und Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen in Bezug auf die erzieherische Wirksamkeit von Schule und Jugendhilfe“. Im Ausschuss werden wir klären müssen, welchen rechtlichen Status haben denn zum Beispiel Schulstationen und ob es eine Analyse der Wirksamkeit von Schulstationen gibt.

Punkt 2: „Rechtliche und inhaltliche Verbesserung der Zusammenarbeit von Lehrern, Schulsozialarbeitern, Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung und Schulpsychologen besonders bei der Ausgestaltung von Ganztagschulen“.

Meine Damen und Herren, in meinem Heimatkreis gibt es nur noch zwei Schulsozialarbeiter. Wir haben einmal mit 1.000, glaube ich, angefangen in diesem Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum will die CDU die Schulsozialarbeiterprogramme abschaffen?)

Die meisten sind über ABM finanziert worden und können jetzt nicht mehr finanziert werden, sie fallen weg. PmsA ist, das wissen Sie selber, extrem herunter ...

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nein, ich brauche mich doch nicht rauszureden. Sie schreiben hier Punkte hinein und haben Maßnahmen beschlossen, die genau das Gegenteil von dem sagen, was Sie hier wollen!

(Angelika Gramkow, PDS: Nein!)

Doch, ganz genau!

(Angelika Gramkow, PDS: Das Schulsozialarbeiterprogramm ist ein Vorzeigeprogramm des Landes. Ihre Fraktion will es abschaffen!)

Ein Vorzeigeprogramm?! Deshalb haben wir nur noch zwei im Landkreis.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum Sie nur zwei haben, das weiß ich nicht. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Jede Schule hätte gerne Schulsozialarbeiter, das können Sie mir ruhig glauben. Das kann sich aber keiner mehr leisten, weil Sie die Kosten auf die Kommunen runtergedrückt haben.

(Beifall Karin Strenz, CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Das ist doch gar nicht wahr!)

Natürlich! Die PmsA-Kräfte haben Sie ebenfalls runtergefahren.

(Heike Polzin, SPD: Nein.)

Sie wollen aber eine noch stärkere und bessere Zusammenarbeit. Mit wem eigentlich?

Punkt 3: „Stärkung der rechtlichen Stellung von Schulen, Schulleitungen und Lehrkräften“. Kommt jetzt die

Frage noch einmal nach der Verbeamtung von Schulleitern?

(Angelika Gramkow, PDS:
Was hat das damit zu tun?)

Wollen wir jetzt endlich Schulleitungen voll beschäftigen?

(Andreas Bluhm, PDS: Meinen Sie, die Erziehungsfunktion ändert sich in dem Falle?)

Wie sieht es mit mehr Eigenverantwortung aus?

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Zur rechtlichen Stellung ist sehr oft von Ihrem Minister in öffentlichen Darstellungen bekundet worden, dass die Verbeamtung von Schulleitungen durchaus sinnvoll wäre, wenn mit ihr die rechtliche Stellung gegenüber den Kollegen erhöht wird. Das werden Sie ja wohl nicht bestreiten!

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, sie müssen raus aus den Teilzeitverfahren! Die Rahmenbedingungen müssen geändert werden.)

Punkt 4: „Aufnahme der Erziehungsfunktion und ihrer Umsetzung in den Schulen bei der Schulberatung und Evaluierung“.

(Angelika Gramkow, PDS: Reagieren auf Disziplinlosigkeit müssen sie können!)

Was und wer wird von wem evaluiert? Kommt nun doch die Kontrolle oder der Lehrer-TÜV, wie Sie es uns in der Formulierung eines qualifizierten Evaluierungssystems unterstellt haben, Herr Bluhm? Wir haben genau die gleiche Formulierung gehabt. Bei uns waren es der Lehrer-TÜV und die Kontrollen, die keiner will. Was ist es bei Ihnen jetzt? Dasselbe Wort in einem anders lautenden Antrag.

(Andreas Bluhm, PDS: Der Grundansatz ist ein ganz anderer.)

Punkt 5: „Fortschreibung und Weiterentwicklung des Lehrpersonalkonzepts mit dem Ziel der größeren Eigenverantwortung der Einzelschule“. Ich frage ich mich, warum haben Sie eigentlich unseren Antrag abgelehnt.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Genau das war die Intention dieses Antrages.

(Andreas Bluhm, PDS: Das stand aber nicht in dem Antrag drin!)

Oh, das stand drin.

Auf einmal ist es doch möglich und gewünscht. Wollen Sie jetzt Fachlichkeiten doch anders handhaben? Wollen Sie den Beschäftigungsumfang ändern? Wollen Sie doch das Arbeitsrecht angehen, Sozialauswahl? Was ist also unter Entwicklung des Lehrpersonalkonzeptes zu verstehen?

(Zurufe von Dr. Martina Bunge, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Punkt 6: „Verbindliche Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung zu Erziehungsthemen, insbesondere zu Diagnose, Psychologie und pädagogisch-didaktischen Fragen bei erziehungsschwierigen verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern“.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist aber ziemlich klar.)

Ja, das ist klar. Das haben wir sogar schon in unserem Bildungsprogramm so klar definiert und ich muss sagen, hier müssen wir uns wirklich über das Lehrerbildungsgesetz unterhalten. Der Minister hat es vorhin sehr richtig gesagt.

Punkt 7: „Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung von Lehrerinnen und Lehrern und Stärkung ihrer Möglichkeiten bei der Erziehung der Schülerinnen und Schüler“. Warum haben Sie eigentlich eine Imagekampagne für Lehrer dieses Landes abgelehnt?

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wo bleiben die rechtliche Umsetzung und die inhaltlichen Vorstellungen der Stärkung ihrer Möglichkeiten bei der Erziehung? Sie haben bei uns eingefordert, rechtliche Untersetzung und die inhaltliche Vorstellung doch bitte schön detailliert aufzulisten. Wo ist es hier? Das kann ich nicht erkennen.

Punkt 8: „Erhöhung der rechtlichen Verbindlichkeit von Elternrechten und -pflichten bei der Ausübung ihres gesetzlichen Erziehungsauftrages vor allem in der Zusammenarbeit mit den Schulen“. Brauchen wir also eine Änderung des Schulgesetzes? Brauchen wir doch ein neues Gesetz? Brauchen wir schärfere Sanktionsmöglichkeiten? Was genau meinen Sie damit? Eine nachhaltige Stärkung der Wahrnehmung der Verantwortung der Eltern, wie soll das aussehen? In der Begründung steht dieser Fakt noch einmal.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und als Letztes Punkt 9: „Schaffung von Standards für eine einheitliche Bewertung des Sozialverhaltens von Schülern“. Wir haben diesen Punkt gerade im Ausschuss besprochen. Hier geht es nicht nur um Kopfnoten, aber sie könnten immerhin eine umständliche verbale und verklausulierte Bewertung ersetzen, wenn die Notenstandards sowieso zugrunde gelegt werden.

Meine Damen und Herren, wir müssen nicht das Rad ständig neu erfinden, nur damit die Anträge die genehme Unterschrift Ihrer Parteien tragen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Außerdem liegen gute Sachstandsanalysen und Lösungsvorschläge auf dem Tisch. Ich habe die eine Broschüre genannt. Ich halte auch noch einmal gerne den Forschungsbericht hoch.

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD:
Kann ich die noch mal sehen?)

Wollen Sie es noch einmal sehen? Ach, ich gebe Ihnen das gleich, Frau Polzin.

Einer Beratung zugunsten der Erfüllung des Auftrages von Schule für die Zukunft unserer jungen Menschen ohne ideologische Scheuklappen – das sagten Sie vorhin auch, Frau Polzin – sehen wir mit Spannung entgegen und hoffen am Ende auf einen praktikablen Output aus diesen vier Ausschüssen. Ich bin sicher, dies ist im Sinne der hier bleibenden Lehrer, die noch hier arbeiten wollen, die fast alle immer noch hoch motiviert sind und ihrem Beruf als Berufung nachgehen

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und tagtäglich mit viel unbezahltem Engagement die Schule am Laufen halten. Bei all den gerade gestern debattierten Schwierigkeiten und ständigen Einschränkungen verdient dies höchste Anerkennung und Unterstützung.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Herr Bluhm, Sie werden nicht müde, bei allen Veranstaltungen genau das herauszustreichen, und da kann ich Ihnen nur aus vollstem Herzen zustimmen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Stellung von Lehrern aber endlich so zu stärken, wie sie es brauchen, um ihren Job vor Ort machen zu können, wäre schon einmal ein guter Anfang. In diesem Sinne wünsche ich uns allen für diesen Antrag beste Erfolge.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Ich habe noch einmal eine Nachfrage zu dem Vorschlag der mitberatenden Ausschüsse. Das war jetzt der Rechts- und Europaausschuss?

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das waren der Rechts- und Europaausschuss sowie der Wirtschaftsausschuss. Und der Sozialausschuss, glaube ich, wurde von den Koalitionsfraktionen beantragt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS. Bitte, Herr Vizepräsident.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Fiedler-Wilhelm, die Strukturdebatte ist aus meiner Sicht, und das habe ich versucht, gestern schon zu einem anderen Tagesordnungspunkt deutlich zu machen, eine in der bildungs- und gesellschaftspolitischen Diskussion notwendige Debatte, wenn wir internationale Entwicklung ernst nehmen, wenn wir die Entwicklungen der Mädchen und Jungen, die Leistungsfähigkeit deutscher Schülerinnen und Schüler ernst nehmen, wenn wir ernst nehmen, was PISA uns ins Stammbuch geschrieben hat, dass es weltweit kein anderes Bildungssystem gibt, das so soziale Benachteiligungen befördert durch seine Struktur, wie das deutsche.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und
Karsten Neumann, PDS)

Und wenn es denn der Ansatz ist, der humanistische Ansatz, jedem Kind die ihm gerechte höchstmögliche Bildung zu erteilen, dann muss es legitim sein, auch unter diesen Bedingungen die Strukturdebatte zu führen, denn unter den Blinden ist der Einäugige natürlich König.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Dann dürfen
Sie aber bei Einstellungen nicht sparen,
denn beides zusammen ist nicht möglich.)

Aber die Fragestellung einer generellen Debatte über die äußere Schulstruktur in Deutschland, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, die steht auf der Tagesordnung und darum werden wir sicherlich nicht kurzfristig, niemand will hier innerhalb von einem oder zwei Jahren irgendetwas neu einführen, aber wir werden um diese

Strukturdebatte, und aus der leiten sich natürlich inhaltliche Ansätze ab, nicht mehr umhinkommen.

(Beifall Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und
Karsten Neumann, PDS)

Meine Damen und Herren, meine Jugendweiherreden fange ich immer mit einem Zitat an und es passt auf die heutige Debatte. Ich zitiere: „Die Jugend liebt heutzutage den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und plaudert, wo sie arbeiten sollte. Sie verschlingt bei Tisch die Speisen, legt die Beine übereinander und tyrannisiert die Eltern.“

(Siegfried Friese, SPD:
Zweieinhalbtausend Jahre alt.)

Dies ist kein Zitat von heute, meine Damen und Herren, sondern niedergeschriebenes Vorurteil über die Jugend vom griechischen Philosophen Sokrates vor fast 2.400 Jahren.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Erziehung ist also schon immer eines der zentralen Themen in der gesellschaftlichen Entwicklung gewesen. Erziehung ist ohne Frage ein komplexes Thema. Sie hat viele Facetten, viele Methoden und viele Wirkungen. An ihr sind viele beteiligt, aber in der Regel ist der Adressat vieler Maßnahmen nur das einzelne Individuum selbst. Und wegen dieser Komplexität möchte ich meine Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt, obwohl es mich reizt, auf viele Fragen, die Frau Fiedler-Wilhelm hier aufgeworfen hat, zu antworten – dafür reichen aber meine 16 Minuten leider nicht aus, das müssen wir auf den Ausschuss verschieben, aber ich komme auf die Fragestellungen dann gerne zurück –, ich möchte also meine Ausführungen heute hier in der Debatte mit drei grundsätzlichen Anmerkungen beginnen:

Erstens. Das Erziehungsrecht der Eltern ist in Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes festgelegt. Es ist aber auch als eine Pflicht beschrieben. Über die Betätigung der Eltern bei der Pflege und Erziehung der Kinder wacht, so das Grundgesetz, die staatliche Gemeinschaft.

Zweitens. Erziehung ist über die Elternrechte und -pflichten hinaus ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Gewollt oder ungewollt nehmen andere Personen, existierende gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Medien und vieles andere Einfluss auf den individuellen Erziehungsprozess.

Drittens. Die Schule spielt bei der Erziehung junger Menschen eine spezifische Rolle. Die Schule hat im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung ist so bedeutsam, weil wegen der Schulpflicht alle Kinder eine Schule besuchen müssen, weil die Eltern ihre Kinder für eine bestimmte Zeit der Schule, also im Grunde genommen fremden Personen anvertrauen, weil die Schule im Gegensatz zu den häufig ungeplanten und unplanbaren Erziehungseinflüssen der Gesellschaft einen ebenso konkreten wie überschaubaren sozialen Raum darstellt, eben wie das Elternhaus, nur größer und vielschichtiger, weil die Lehrerinnen und Lehrer im Gegensatz zu den meisten Eltern für diese Aufgabe, Bildung und Erziehung zu leisten, ausgebildet worden sind.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich hervorheben: Trotz der besonderen Bedeutung der Schule für die Erziehung

junger Menschen kann sie Defizite bei der Erziehung im Elternhaus oder aber Defizite und Verwerfungen durch gesellschaftliche Einflüsse nicht allein ausgleichen, häufig nur abmildern. Es ist deshalb mehr als ungerecht, wenn wissentlich oder unwissentlich den Lehrerinnen und Lehrern dafür so manches Mal die Hauptverantwortung angelastet wird,

(Beifall Heike Polzin, SPD,
Angelika Gramkow, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

denn die überwiegende Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer, auch bei uns im Land, erfüllt ihre Aufgabe höchst professionell mit viel Herzblut und Engagement. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle wieder einmal ausdrücklich bedanken. Wir wissen unsere Kinder bei diesen Lehrerinnen und Lehrern in guten Händen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heike Polzin, SPD)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erziehung ist wohl eine der schwierigsten Aufgaben in unserem Leben. Sie beginnt mit der Geburt eines Kindes und endet nie.

(Angelika Peters, SPD: Das ist wohl wahr.)

Trotz aller Mühen, Freuden und Rückschläge ist das Ergebnis sehr, sehr lange offen. Wir sind als Eltern, teilweise als Großeltern, als Mitmenschen, Geschwister, Freundinnen oder Freunde beteiligt. Wir freuen uns, wenn wir Fortschritte sehen, und ärgern uns, wenn es manchmal nicht so klappt. Aber in der äußeren erzieherischen Dreieinigkeit von Eltern, Gesellschaft und Schule entsteht aus diesen Puzzlesteinen mit der Zeit nur ein schönes Bild, wenn die einzelnen Steine richtig und sinnvoll eingefügt werden. Es gibt dabei allerdings genügend Gegebenheiten, diese Zusammenstellung zu stören, falsche Steine zu setzen oder sie falsch anzuordnen, meist unbewusst, aber manchmal eben auch vorsätzlich.

Auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben wir als Gesetzgeber so manchen Einfluss, aber eben auch nur begrenzt. Sie wirken oft außerhalb unserer Einflussnahme, unserer Kenntnis und unserer Einwirkungsmöglichkeiten. Deshalb ist es aus meiner Sicht umso wichtiger, dass die Elternhäuser und die Schule bei der Erziehung wieder enger zusammenrücken und wieder enger zusammenarbeiten. Hier sind überschaubare Strukturen und Personengruppen vorhanden, Raum und Zeit der Einflussmöglichkeiten sind klar definiert.

Und, liebe Frau Fiedler-Wilhelm, es war ein Ministerpräsident, der Herr Berndt Seite, der einmal von diesem Pult gesagt hat: „Erziehung hat an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern nichts mehr zu suchen.“ Ich suche Ihnen dieses Zitat aus der 1. Legislaturperiode sehr gerne heraus. Das hat nämlich auch dazu geführt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

nicht alleine, aber auch dazu geführt, dass viele Lehrerinnen und Lehrer zutiefst verunsichert waren, ob sie denn überhaupt noch eine Erziehungsfunktion in der Schule haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Schule hat, und das ist meine feste Überzeugung, schon durch die Schulpflicht einen staatlichen Auftrag zur

Bildung und Erziehung. Im Schulgesetz unseres Landes ist dieser in Paragraph 2 als Bildungs- und Erziehungsauftrag formuliert. Im Gegensatz zum Erziehungsauftrag und der Pflicht der Eltern nach dem Grundgesetz sind hier detaillierte Anforderungen und Ziele formuliert. Das ist notwendig, weil die Schule den Eltern als Hauptverantwortliche für die Erziehung ihrer Kinder eine klare Auskunft darüber geben muss, nach welchen Grundsätzen und Prinzipien und auch in welchen Grenzen sich Bildungs- und Erziehungsfunktion von Schule darstellt.

Folglich tragen also Eltern und Schule gemeinsam Verantwortung für die Bildung und Erziehung der Kinder. Entscheidend ist allerdings, dass beide Teile ihrer Verantwortung auch so gut nachkommen, wie es nur irgend möglich ist. Genau das wird nur mit einer gemeinsamen, vertrauensvollen, gleichberechtigten und manchmal auch kritischen Zusammenarbeit zu den gewünschten Ergebnissen führen. Das Schulgesetz bietet deshalb vielfältige Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung in Zusammenarbeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So viel zum grundsätzlichen theoretischen bildungspolitischen Ansatz. Der Ihnen vorliegende Antrag hat das Ziel, die Erziehungsfunktion der Schule zu stärken. Das müsste man eigentlich nicht, wenn sie stark genug wäre. Aber aus der Aufzählung der Schwerpunkte in unserem vorliegenden Antrag wird deutlich, dass es genau in diesem Bereich Probleme gibt und in welchen Bereichen sie liegen.

Meine Fraktion hat im Rahmen ihrer Landtour zum Thema „Stand und Perspektiven von Bildung in Mecklenburg und Vorpommern“ in den Monaten Februar bis April 22 allgemein bildende und berufliche Schulen besucht. In den Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern, Schulleiterinnen und Schulleitern wurde deutlich, dass die Schulen teilweise erhebliche Probleme bei der Umsetzung ihres Erziehungsauftrages haben. Hier einige Beispiele der Probleme vor Ort:

Manche Eltern nehmen zunehmend ihre Erziehungspflicht nicht mehr im notwendigen Umfang wahr. Die Schule kann aber nicht das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern ersetzen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wohl wahr.)

Bemühungen der Schule, die Eltern zu unterstützen, werden häufig weniger angenommen als bisher. Die sozialen Bedingungen der Elternhäuser, zum Beispiel Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme, sowie die fehlende Perspektive zum Beispiel für Schulabgängerinnen und Schulabgänger wirken sich demotivierend auf die Mädchen und Jungen, aber auch auf die Eltern und manchmal auch auf die Lehrerinnen und Lehrer aus. Die gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen wirken sich negativ auf die pädagogisch erzieherischen Prozesse an der Schule aus. Den Schulen fehlen zunehmend Möglichkeiten und Instrumente – und, Frau Fiedler-Wilhelm, Sie haben von den Schulsozialarbeitern gesprochen –, diese Tendenzen wenigstens zu mildern durch Schul- und Sozialarbeit, durch die weitere Entwicklung diagnostischer Tätigkeiten, durch die Frage der psychologischen Betreuung, durch mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler.

Kritisch zu sehen ist, und so auch die Aussagen während dieser sechs Wochen, dass die Zahl der Kinder mit emotional sozialen Verhaltensauffälligkeiten zunimmt

und die Wahrnehmung der Elternrechte und -pflichten zunehmend differenzierter wird. Es gibt Fälle, wo zu wenig wahrgenommen wird oder gar nicht, und es gibt auch Fälle, wo überzogen wird. In der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus hat die Schule wenig rechtliche Möglichkeiten. Die Zusammenarbeit mit der örtlichen Jugendhilfe wird oft noch ungenügend genutzt.

Schulen, Wirtschaft, Hochschulen beklagen den Rückgang von wichtigen Persönlichkeitseigenschaften wie Ausdauer, Disziplin, Leistungsbereitschaft und Leistungswillen, Höflichkeit, Pünktlichkeit und Verantwortung. 12 Prozent der Schülerinnen und Schüler bleiben ohne jeden Schulabschluss. Und an den Hochschulen gibt es Abbrecherquoten, das hat sowohl Wismar als auch Neubrandenburg gezeigt, von ungefähr 30 Prozent. Die Ursachen dafür liegen nicht allein in einer mangelhaften Bildung oder in einer falschen Entscheidung, sondern manchmal eben auch in Defiziten bei der Erziehung.

Diese Entwicklungen, die ich hier nur anreißen kann, werden durch ein emotionales Problem verstärkt, das immer wieder in den Gesprächen auftrat, und zwar, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine mangelnde gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit beklagen. Sie beklagen eine Tendenz, dass ihnen allein die Verantwortung für gesellschaftliche Defizite bei Kindern und Jugendlichen angelastet wird, und sie fühlen sich zunehmend und oft mit den Auswirkungen dieses Problemkreises allein gelassen. Und auch aus diesem Grund werde ich mich weiterhin bei Lehrerinnen und Lehrern für ihre engagierte Arbeit bedanken, und das auch dann, wenn ich Entscheidungen verantworten muss, die mehr Arbeit oder weniger Geld bedeuten.

Ich habe den Lehrerinnen und Lehrern, die meine Schulzeit und die meiner Kinder begleitet haben, sehr viel zu verdanken. Ein Dankeschön von politischen Entscheidungen abhängig zu machen, so, wie mir das gestern von meiner Kollegin hier angeraten wurde, das kann ich nur zurückweisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS, Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Alle bisher hier genannten Probleme sind nicht zu leugnen, sie sind vor allen Dingen auch nicht zu verniedlichen. Ich bin mir bewusst, dass ich hier jetzt Aussagen von Pädagoginnen und Pädagogen wiedergeben habe. Auch Eltern haben Kritiken an der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in manchen Schulen von mancher Lehrkraft. Und auch da steht die Frage, wie wirksam ist Schulaufsicht, wie wirksam ist tatsächlich der Protest von Eltern gegenüber einer aus ihrer Sicht unzureichenden Arbeitsweise des betreffenden Lehrers. Es kann hier aus meiner Sicht nicht um die Bewertung von Einzelfällen gehen. Es ist wie im wirklichen Leben auch, nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen könnte, oder um es mit de Chardin zu sagen: „Es ist weniger schwierig, Probleme zu lösen, als mit ihnen zu leben.“

Wir wollen mit unserem Antrag einen Diskussionsprozess einleiten, der sich mit den aktuellen und hier schon in der Debatte sehr vielschichtig aufgezeigten Entwicklungen befasst, der die Ursachen für diese Entwicklungen aufdeckt, der Lösungsmöglichkeiten aufzeigt. Und da wird es mit Sicherheit, Frau Fiedler-Wilhelm, da gebe ich Ihnen Recht, in der Konsequenz auch um Veränderungen gesetzlicher Regelungen gehen, aber eben nicht nur.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das habe ich auch nicht gesagt.)

Und es geht um notwendige Veränderungen.

Das bis zum 30.09. zu erarbeitende Konzept, das wird dann in einer breiten Diskussion mit allen am Bildungsprozess Beteiligten auszugestalten, zu entwickeln, zu diskutieren sein, und zwar nicht am grünen Tisch, sondern mit denen, die es angeht, gemeinsam gestaltet.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich schlage vor, und Frau Polzin hat es bei der Einbringung deutlich gemacht, dass wir uns wirklich sehr umfänglich und detailliert mit diesem Antrag in Bezug auf Anhörungen von Experten dieser verschiedenen Bereiche befassen, dass wir zu den Einzelpunkten Schwerpunkte und Zielrichtung bestimmen, und zwar gemeinsam mit dem Ministerium in der Debatte. Dazu gäbe es jetzt schon eine Menge zu sagen, aber meine Redezeit ist dafür an dieser Stelle nicht ausreichend.

Ich will nicht verschweigen, dass die Terminstellung zum 30.09., Frau Fiedler-Wilhelm, natürlich sehr eng ist, weil dazwischen die Sommerpause und die Ferien liegen. Aus meiner Sicht ist das ein enges Zeitraster, aber wir sollten es wirklich tun. Wir sollten anfangen und uns nicht um einfache Informationen und Antworten sorgen, sondern um eine tief greifende Diskussion. Dazu möchte ich, wie gesagt, alle einladen, frei von allen ideologischen Scheuklappen, denn Erziehungsfragen sind gesellschaftlich verantwortungsvolle Fragen. Diesen ist es aus Erfahrung nicht dienlich, wenn man sie parteipolitisch indoktriniert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mit einem konkreten Beispiel beginnen, das uns vielleicht doch mal insgesamt die Wahrnehmung erleichtert, mit welchen Problemen Schulen aktuell zu kämpfen haben. Stellen Sie sich bitte eine ganz normale Schule in Mecklenburg-Vorpommern vor mit 28 Klassen. Mehr werde ich zur Identifizierung nicht sagen, aber ich denke, einige von Ihnen haben den Brief, der mir hier vorliegt, auch bekommen und sicherlich ist er Ihnen auch ein bisschen an die Nieren gegangen. Diese Schule schreibt über ihre aktuellen Erfahrungen und Probleme und bittet uns als Politiker um Hilfe und Unterstützung. Sie listen auf, mit welchen Problemen sie sich täglich herumschlagen, und die Zahlen, denke ich, sind ganz eindrucksvoll und sprechen eine Sprache für sich. Es war noch nicht mal das halbe Schuljahr um, muss man dazusagen, und bezogen darauf sind die ganzen Zahlen zusammengetragen:

- Zerstörung, Beschädigung von Schuleigentum mit entstehenden Kosten – 32 Fälle
- Zerstörung von Eigentum anderer Schüler – 44 Fälle
- Schlägereien, Handgreiflichkeiten – 124 Fälle, gezählt in 7 von 28 Klassen dieser Schule

- Verweigerungen im Unterricht – 260, gezählt in 7 von 28 Klassen
- Vorkommnisse bezüglich Drogen, Alkohol – 7
- vergessene Materialien, gezählt in 6 Klassen – 1.453
- vergessene Hausaufgaben, gezählt in 6 von 28 Klassen – 2.216
- unentschuldigte Fehltage – 696 Fälle
- unentschuldigte Fehlstunden – 350
- ernst zu nehmende Drohungen gegen Lehrer und Schüler – 114
- Handgreiflichkeiten gegen Lehrkräfte – 3

Ich glaube, ich muss dem nichts hinzufügen außer diesem einen Satz: Dies ist keine besonders herausgehobene Schule, dieses ist leider an etlichen Schulen Realität. Es ist an der Zeit, etwas dagegen zu tun!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Schulen selbst versuchen es. Auch hier im gleichen Sachzusammenhang Antworten, um die sie sich täglich bemühen. Da ist ja zunächst mal, wie es vielleicht jedem erst einfällt, der ganze Bereich der restriktiven Maßnahmen, die Schulstrafen:

- Verweise mündlich – 81
- Verweise schriftlich – 54
- Schulausschlüsse, zeitweilige Klassenumsetzung – 11
- Elternversammlungen, und jetzt sind wir nicht mehr bei der restriktiven, sondern bei der täglichen pädagogischen Arbeit, die dem vorausgeht, Elternversammlungen zur Verhaltensproblematik – 13
- Klassenkonferenzen, Fallbesprechungen – 43
- Zusammenarbeit mit dem Jugendamt – 17
- Einsatz der Sozialpädagogen
 - einzelne Schüler – täglich
 - Telefonate zur Verhaltensproblematik mit Eltern und den Heimen – 362
 - Elterngespräche zur Verhaltensproblematik – 144
 - Kontakte zu Erziehungshelfern – 47
- und, auch das muss zum Schluss gesagt werden, Polizeieinsätze – 6

Wenn wir also nicht in der Tat komplex reagieren, und die Betonung liegt auf „komplex“, nicht mit einzelnen Möglichkeiten hier und da mal etwa zu versuchen, dazu, denke ich, ist es schon viel zu spät. Wir müssen umfassend dabei reagieren.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das stimmt.)

Und, Frau Fiedler, ich will es einfach noch mal betonen: Wir leiten heute einen Prozess ein. Die Schwerpunkte, die in unserem Antrag stehen – sie sind detailliert vorgetragen worden, ich kann mir das ersparen an dieser Stelle –, sind quasi Überschriften, die offen sind. Es kann durchaus sein, dass ein Schwerpunkt hier noch gar nicht auftaucht, der sich im Gespräch mit den Leuten, die diese Verantwortung tragen, ergibt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Es wurde auch genug bemängelt.)

Ich gehe davon aus, dass im Ergebnis, im Konzept dieser Vorgehensweise nicht nur Gesetzesänderung steht,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das habe ich auch nicht gesagt.)

nicht nur das Schulgesetz steht.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Dem will ich nicht widersprechen.)

Ich sage nachher mal ein paar Beispiele.

Ja, es steht nicht im Widerspruch. Ich wollte es einfach nur noch mal klären. Ich gehe sogar davon aus, dass viele hinderliche Rahmenbedingungen eher in den Verordnungen und Erlassen liegen.

(Beifall Thomas Schwarz, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Und auch da muss man sich wirklich einiges mal quer angucken. Ich sage solche Worte wie Datenschutz, der manchmal dazu führt, dass erzieherische Möglichkeiten, die gar nichts mit Strafen zu tun haben, gar nicht denkbar sind, weil sie dem Datenschutz unterliegen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich stelle mal so ein paar Probleme in den Raum, weil ich denke, das wissen viele gar nicht. Lehrer sind ja den ganzen Tag verantwortlich, auch für die Gesundheit dieser Kinder. Aber zwingend eine Telefonnummer der Eltern zu bekommen, ist nicht denkbar.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das stimmt.)

Datenschutz! Nur wenn Eltern freiwillig diese Telefonnummer hingeben, dann hat sie der Lehrer. Ich stelle mir ganz verzweifelt die Frage, was ist denn, wenn wirklich gesundheitlich was passiert. Schreibe ich den Eltern eine Karte, wir haben Ihr Kind in die Notaufnahme gebracht? Also das ist für mich ein Punkt, wo ich wirklich jetzt schon ein Fragezeichen setze, und das hat nicht mal was mit dem Schulgesetz zu tun.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist richtig.)

Kenner der Szene wissen viele andere Dinge, was Lehrer überhaupt nicht thematisieren dürfen, weil es dem Datenschutz unterliegt. Wir haben uns ja auch im Parlament mit solchen Sachen befasst. Da mussten wir beispielsweise zur Kenntnis nehmen, dass Lehrer sich nicht rechtmäßig verhalten, weil sie es gewagt haben, Wahrscheinlichkeitsrechnungen damit zu begründen, dass zusammengetragen wurde, welche Schuhgröße Schüler haben. Da fällt mir nichts mehr zu ein!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Beifall Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Aber das ist der Trend, der wirklich mitunter die einfachsten Dinge an Schule auch verhindert.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben
gestern das Datenschutzgesetz aufgemacht.
Dann lassen Sie uns dort was ändern!)

Sehen Sie, Herr Born, ich denke, da wird auch eine wirklich fachlich übergreifende Arbeit erforderlich sein. Und ich hoffe da auf eine Koalition der Vernunft, die sagt, an dieser Stelle überziehen wir ja wohl.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Richtig. – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Ich will gleich mal weitermachen mit den Beispielen, die sich im Lehreralltag wirklich häufen. Es hat sechs Jahre auch persönlichen Einsatz gekostet, nicht vor den Mikrofonen, sondern intensiv im Zwiegespräch, durchzusetzen, dass auf den Zeugnissen in der Tat wieder unentschuldigte Fehltage stehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Wer hat denn das abgeschafft?!)

Das war abgeschafft. Ja, Herr Rehberg, können Sie sich vielleicht erinnern? Ich streite mich an der Stelle nicht rum, wann es so war.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe mich mit dieser Kultusministerin öfter gestritten, Frau Polzin.)

Oh, aber jetzt nicht mit mir! Das passt nicht zu meinem Thema. Das können wir nachher fortsetzen. Okay?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann sagen Sie
doch, wer es abgeschafft hat! – Zurufe
von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Torsten Koplín, PDS)

Das ist aber, glaube ich, eine Entscheidung,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie hätten das gar
nicht abschaffen müssen. Das ist der Punkt.)

die finde ich nicht gut. Aber ich denke, sie funktioniert unabhängig politischer Couleur in etlichen Bundesländern. Und es läuft immer darauf hinaus, wenn unsere Kinder unentschuldigte Fehltage auf dem Zeugnis stehen haben, dann sind sie gegenüber den Kindern in anderen Bundesländern ja benachteiligt, weil die es nicht haben. Das war bis jetzt immer das Argument, weshalb es nicht draufstand.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich glaube, in
Bayern stehen die drauf. – Zuruf von
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ist möglich,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
In Thüringen und Sachsen auch.)

ist durchaus möglich, Herr Rehberg,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das ist so. –
Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

aber das ist überhaupt kein Anlass, weshalb ich jetzt hier meinen Blutdruck hochjage.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplín, PDS)

Ich denke, ich habe das Thema angesprochen und wir sollten es angehen.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Torsten Koplín, PDS)

Ich komme mal zu einem viel zitierten Thema. Frau Fiedler hat ja schon angedeutet, dass Sie bestimmte Aspekte auch unseres Antrages hier und da in bestimmten Zusammensetzungen immer wieder auf die Tagesordnung gebracht haben. Frau Fiedler-Wilhelm, der Unterschied – und ich habe mich verbal ja auch in der Regel

nicht negativ zu bestimmten Dingen, die Sie da wollten, geäußert – war im Grunde,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

dass mitunter eine Verkürzung der ganzen Debatte dabei anberaumt war. Und das war bei Ihrer Vorgängerin Frau Schnoor immer noch so. Da hieß die Mischung, wir lösen das Problem, indem wir das Lehrpersonalkonzept abschaffen und Kopfnoten bringen. Das war nicht der Ansatz, den wir haben wollten,

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

aber da sind Sie ja inzwischen ein Stück weiter und das freut mich außerordentlich.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja.)

Ich will mal zum Sozialverhalten von Schülern kommen. Da haben wir uns ein bisschen gedrückt. Ich sage das mal ganz ehrlich, auch für meine Partei. Kopfnoten wollten wir nicht mehr. Aber was wir denn wollen und wie das beim Empfänger auch klar ankommt, das ist uns leider noch nicht gelungen, das vernünftig zum Ausdruck zu bringen. Wir haben stattdessen gehofft, im Ministerium wird man dieses untergesetzlich regeln.

Nunmehr, nach etlichen Jahren, denke ich, wir sollten die Entscheidungsfindung im Ministerium dazu doch mal ein bisschen befördern

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

und insgesamt nach dieser Anhörung klare Aussagen dahin gehend treffen, was wollen wir denn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie wissen,
dass wir neue Zeugnisformulare bekommen
und daraufhin die Bewertung vollziehen. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Anfangen!)

Haben wir doch alles im Ausschuss schon angesprochen, Frau Fiedler, das machen wir ja auch noch mal.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Aber es ist ja
besser, als das gar nicht zu tun.)

Moment mal!

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ich gebe Ihnen ja Recht.)

Das haben Sie ja nun völlig falsch verstanden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Einfach anfangen!)

Das ist ein schöner Satz.

Wenn das also so ist, will ich vielleicht auch gleich mal eher meine persönliche Meinung sagen, was ich mir vorstelle, was wichtig ist für Schüler selbst, um sich bewerten zu können, denn das ist ja die erste Aussage, und nicht, dass Lehrer irgendwelche Dinge da voll pinseln, sondern der Schüler muss doch wissen, was ist gemeint.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Klasse!)

Bei den verquastesten Formulierungen, die heutzutage in der Sozialeinschätzung stehen,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sehr richtig.)

stellen Eltern doch fest, na, er hat sich doch bemüht, ist doch hervorragend.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Wie sollen Eltern denn eigentlich verstehen, was gemeint ist und woran sie mit den Kindern auch arbeiten müssen?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Genau. Das ist richtig. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Also brauchen wir klare und eindeutige Standards, die zuzuordnen sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und nicht juristisch
verklausuliert. Das ist meine Meinung.)

Genau. Die Juristen halten wir aus dem Thema ganz weit raus, Herr Born. Ich verspreche es.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Andreas Bluhm, PDS)

Wir wollen die Botschaft, die ohne Dolmetscher funktioniert, und sie soll aus unserer Sicht auch vereinheitlicht werden in diesem Lande, nicht, dass jede Schule da die eigenen Dinge bringt.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Dr. Martina Bunge, PDS)

Es soll nicht heißen, dass wir wieder Betragen, Ordnung, Fleiß mit einer Zensur versehen.

(Angelika Peters, SPD:
Das wäre auch nicht schlecht.)

Wir gucken uns soziale Eigenschaften an, die da heißen können Teamfähigkeit, Einsatzbereitschaft, besonders ausgeprägt.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist, denke ich, eine klare Botschaft. So könnte es aussehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann müssen wir
debattieren, was für ein Unterschied zwischen
Fleiß und Einsatzbereitschaft besteht.)

Es gibt an vielen, vielen Schulen gute Vorschläge dafür und es gibt auch einige Bundesländer, die das zumindest schon mal freiwillig mit einbauen.

Und man muss auch in Zukunft darüber reden, wie wird das mit Abschlusszeugnissen generell sein. Sie wissen ja, dass die völlig frei sind im Grunde von solchen Dingen. Das hat auch wieder was nicht nur entfernt mit den Juristen und den Folgen zu tun. Das ist uns wohl bewusst.

(Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Aber auch da gibt es Möglichkeiten, die beispielsweise heißen könnten, es gibt ein Extrablatt. Für Schüler ist ja eine solche Bewertung nicht nur negativ, im Gegenteil. Es können ja auch Schüler, die sich unheimlich bemühen, die Zensurerfolge nicht haben, einfach gegenüber dem Arbeitgeber mal zum Ausdruck bringen, hier ist genau das, was der Arbeitgeber braucht: jemand, der sich engagiert, der bereit ist. Also man kann es auch auf so eine Basis bringen. Das ist immer und allemal besser, als das, was wir im Status quo haben.

Sie merken, ich habe mich natürlich besonders auf diesen Punkt 9 unseres Antrages fokussiert. Ich will nur noch

einen weiteren ansprechen, ansonsten dekliniere ich das jetzt nicht mehr runter. Mir geht es vor allem – und es steht ja explizit auch drin im Punkt 8 – um die rechtliche Verbindlichkeit von Elternrechten und -pflichten. Da setzt für mich ein ganz aktuelles Problem an. Denn wenn man sich das mal im Schulgesetz anguckt, dann ist eigentlich alles theoretisch geregelt, auch die Schulpflicht. Und was passiert de facto und vor Ort mit einer zunehmenden Zahl von Schulabsenz? Es gibt Erhebungen über Ursachen, über Lösungsmöglichkeiten,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Man kann es nicht einfordern. Das ist
das Problem. Man kann es nicht einfordern.)

aber die eine Frage ist: Wie wird das umgesetzt? Wie setzt Schule diese Elternpflicht eigentlich gegenüber Eltern auch durch? Schulämter reagieren da sehr unterschiedlich, weiß ich aus dem Lande. Das Schulamt in Neubrandenburg geht relativ rigide vor.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das ist auch richtig.)

Es gibt aber kein abgestimmtes Verhalten. Es wäre also schon eine Möglichkeit, da mal genauer hinzugucken und zu sagen, wenigstens das, das ist ja das Mindeste, von Hausaufgaben und Materialien können wir ja auch noch mal reden, ich würde das heute gar nicht tun wollen, aber wenigstens die Anwesenheit durchzusetzen, dazu muss deutlich etwas gesagt werden.

Immer wieder höre ich Klagen auch aus Schulen, die sagen, wir müssen Eltern informieren. Das ist ja auch richtig so, steht im Schulgesetz. Was aber ist, wenn Eltern nicht kommen, auch nicht zu Gesprächen,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

die speziell anberaumt sind zu Abschlussgesprächen am Ende von Klasse 4, zu Schulberatungen und sagen, ich, ich muss doch nicht. Ich kann Ihnen Fälle nennen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ich auch.)

da haben ganze Kollegien drei-/viermal völlig umsonst gewartet. Wer nicht kam, war das betroffene Elternteil, um das es dabei eigentlich ging. Ich denke, an dieser Stelle muss man auch mal klare Antworten geben. Pflichten müssen auch mal eingefordert werden. Und Pflichten gelten nicht nur für eine Seite.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sehr richtig. Aber man muss sagen, wie.)

Ich denke, das Thema ist derartig komplex, dass man nicht mal den Versuch unternehmen sollte, es hier grundsätzlich anzureißen. Ich glaube auch, dass wir mit unseren Schwerpunkten zunächst die wesentlichen Überschriften gesetzt haben. Nicht alle sind in ihrer Tendenz abgeschlossen. Einiges, denke ich, sollte ergebnisoffen diskutiert werden. Ich kann mir auch vorstellen, dass weitere Aspekte dieses abgestimmte Vorgehen bereichern.

Ich bin sehr erfreut, dass ich offensichtlich davon ausgehen kann, dass das eine Angelegenheit des Parlaments insgesamt ist, dass wir uns bei diesem Thema nicht nur auf Mehrheitsentscheidungen irgendwelcher Art berufen müssen, sondern die Gesamtverantwortung für Bildung und Erziehung durch die Politik wahrgenommen wird. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle schon mal als Vorschussbonus. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Voland von der Fraktion der SPD.

Angelika Voland, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste!

„Also lautet ein Beschluß:
Daß der Mensch was lernen muß. –
– Nicht allein das A-B-C
Bringt den Menschen in die Höh’;
Nicht allein in Schreiben, Lesen
Übt sich ein vernünftig Wesen,
Nicht allein in Rechnungssachen
Soll der Mensch sich Mühe machen;“

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

„Sondern auch der Weisheit Lehren,
Muß man mit Vergnügen hören. –
Daß dies mit Verstand geschah,
War Herr Lehrer Lämpel da. –
– Max und Moritz, diese beiden,
Mochten ihn darum nicht leiden;
Denn wer böse Streiche macht,
Gibt nicht auf den Lehrer acht. –“

Also, ich möchte Ihnen jetzt nicht alle Streiche von Max und Moritz vorlesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Ministerin Sigrid Keler:
Schade! – Torsten Koplin, PDS: Machen wir
doch mal weiter! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Dr. Martina Bunge, PDS: Sehr schön.)

Ich denke, Sie wissen auch am Ende, was damit geschieht.

Ich wollte einfach damit kundtun, und wenn wir Sokrates vor 2.000 Jahren und den Herrn Busch gehört haben, der nicht ganz so alt gewesen ist, und wir das Problem jetzt wieder auf die Tagesordnung bringen, heißt das, jede unserer Generationen hat sich mit diesem Problem beschäftigen müssen und das ist auch richtig. Aber unser Problem heute ist so akut geworden, dass wir darüber nachdenken müssen, wie kriegen wir das besser in den Griff.

Die Problematik, dass Kultur bei uns nicht ganz unter den Tisch fällt, auch wenn die Kürzungen über eine Million sind, hilft hier auch im Parlament, vielleicht einige Dinge zu beflügeln.

Also wir haben gesagt, es ist schon immer ein Problem gewesen und es wird wahrscheinlich auch immer ein Problem bleiben. Nur, wir müssen versuchen, dieses Problem in richtige Bahnen zu lenken. Ich denke, jeder erinnert sich an seine Kindheit, jeder hat Streiche gemacht, und so genau haben viele das mit dem Lehrer auch nicht genommen. Aber irgendwo wussten wir, wo die Grenzen waren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Wir, und darauf möchte ich besonders aufmerksam machen, haben hier ganz speziell von der Stärkung der Lehrer gesprochen. Aber ein Kind ist nicht nur in der

Schule, ein Kind bewegt sich auch den Tag über in seiner Umwelt. Und diese Umwelt besteht auch aus Eltern, diese Umwelt besteht auch aus Freunden und vielen anderen Dingen.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Wir haben ja den Ansatz, diesen Beschluss auch in den Sozialausschuss zu schieben. Warum tun wir das eigentlich?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Warum sollen sich Soziale mit der Problematik von Erziehungsschwierigkeiten eigentlich befassen? Es ist hier deutlich gesagt worden, dass Kinder von Anfang an versuchen, Grenzen auszutesten. Und, das wissen Sie vielleicht ganz genau, wenn ich meinem Enkelsohn, der jetzt zwei Jahre alt ist, sage, du, so weit, aber nicht weiter, dann funktioniert das. Wenn er das mit seiner Mutter macht,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

schmeißt er sich erst einmal auf den Fußboden und probiert es aus, ob die dann vielleicht sagen würde, nein, und nicht weiter. Daran sehen Sie, dass ein Kind von Anfang an versucht, seine Welt zu begreifen. Und zu dem Begreifen gehört auch dazu, sich auszutesten und so lange zu testen, bis denn der- oder diejenige sagen: Also, halt, hier ist ein Rahmen, hier geht es nicht weiter!

Zu diesem Austesten und Rahmensetzen, da in unserer Kultur auch bestimmte Dinge vorhanden sind, dazu muss ich sagen, und das ist hier auch schon deutlich angesprochen worden, manchmal versuchen auch Landtagsabgeordnete meiner Meinung nach, sich weiterhin hier im Parlament auszutesten,

(Torsten Koplin, PDS: Die schmeißen
sich aber nicht auf die Erde. –
Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

was nicht unbedingt eine Vorbildfunktion für unsere Gäste ist, die uns vielleicht ganz genau beobachten.

Ich habe natürlich gestern im Parlament auch erlebt, dass von den Besuchern dahinten, die sich aus jungen und älteren Leuten zusammensetzten, die älteren Leute sehr aufmerksam zugehört haben, aber junge Leute durchaus sich gegeneinander auf dem Schoß lagen und sich sehr gelangweilt unsere Reden anhören mussten. Das mag jetzt an den Reden liegen, aber es beweist auch so ein bisschen unsere Problematik, wo müssen wir ansetzen, dass unsere Kinder wieder diese Grenzen kennen lernen.

Da wir gesagt haben, ein Kind testet seine Grenzen aus und testet von Anfang an aus, seit es geboren worden ist, deswegen ist es wichtig, dass wir im Kita-Gesetz bestimmte Erziehungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen in den Vordergrund geschoben haben.

(Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Denn wir können hier nicht von Bildung reden und uns ist plötzlich bei PISA aufgefallen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie haben doch
dagegen gestimmt! – Harry Glawe, CDU:
Was haben Sie denn davor gemacht?!
Was haben Sie denn davor gemacht?!)

dass unsere Kinder einige Dinge nicht können. Ja, warum können sie sie denn nicht?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Weil sie einfach nicht zuhören können, weil die Wahrnehmung nicht ausgebildet worden ist. Wenn ich mit meinen Kindern nicht rede und sie alleine lasse, sie vor einen Fernseher oder einen Computer setze,

(Michael Ankermann, CDU: Ja.)

dann werden sie sich mit diesen technischen Sachen beschäftigen, die ja nicht schlecht sind.

(Michael Ankermann, CDU: Aber die
Videotheken müssen am Sonntag geöffnet
sein. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Da muss man vielleicht als Eltern Einfluss darauf haben, was sich die Kinder aus dieser Videothek holen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Peter Ritter, PDS: Aber die Spielbanken
sind am Sonntag geöffnet.)

Dass unsere Kinder lernen müssen zuzuhören, denn nur wenn sie dieses gelernt haben, und das kann man von Anfang an mit unseren Kindern machen, ob es Musik ist, ob es Märchen sind und viele andere Dinge, nur dann sind sie in der Lage, auch hinterher in einer Unterrichtsstunde aufmerksam dem Unterricht zu folgen und das aufzunehmen, was da drinsteht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Viele unserer Kinder haben nicht unbedingt Schwierigkeiten in der Mathematik, aber wenn die Mathematik verkleidet ist in eine Aufgabe, fällt es ihnen schon schwer, diese Aufgabe richtig zu lesen und dann die mathematischen Probleme daraus zu erkennen und sie auch zu lösen.

Deswegen denken Sie bitte daran, dass das Kind nicht nur in der Schule groß wird, dass das Kind in seiner Umwelt groß wird und dass auch hier das Problem der Umwelt mit in den Vordergrund geschoben werden muss. Und, Frau Polzin hat es schon gesagt, wir werden wahrscheinlich bei unseren Diskussionen auf viele Probleme stoßen, die wir hier in diesem Antrag noch gar nicht formuliert haben. Denn wir müssen auch sehen, dass wir die Kinder im Bereich des Nachmittags oder in der Vorschule in dem Bereich der rechtlichen Funktion von Jugendhilfe haben und in dem anderen Bereich in der rechtlichen Funktion von Kultus- und Bildungsministerium.

Und da muss ich ganz ehrlich sagen, man sollte mal versuchen, das deckungsgleich zu machen. Da denke ich nur an ein paar Beispiele, die nicht funktionieren. Es war eine Schule in Rostock, wo sich die Schüler gesagt haben, wir wollen was für unseren Schulhof tun, wir möchten ein Basketballnetz haben.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Wir haben damals dafür gestimmt, dass dieses Basketballnetz angeschafft werden konnte. Ja, am Nachmittag musste dieses Netz aber wieder abgenommen werden von diesem Schulhof, weil ja das aus dem Bildungsministerium mit Fördergeldern für die Umgestaltung des Schulhofes genommen worden ist. Solche Dinge sind sehr gravierend und darüber sollte man mal nachdenken, ob man nicht Überlegungen macht, dass das Kind den ganzen Tag über die entsprechende Förderung bekommt und

dass diese Dinge nicht in verschiedenen Ministerien sehr unterschiedlich behandelt werden.

Wir haben hier schon darüber diskutiert, dass viele Puzzesteine dazugehören, um für ein Kind die entsprechenden erzieherischen Möglichkeiten auch anwenden zu lassen, aber dieses Puzzle muss irgendwo stimmen. Das muss ein Bild ergeben, das muss ein sehr schönes Bild ergeben, denn nur dann gelingt es auch, mit unseren Kindern in einer vernünftigen Form Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen durchzuführen. Und dann sollten wir versuchen, dieses Kind zu begleiten. Da sollte, da ich ja nicht auf Max und Moritz zurückkommen möchte, auch die Kultur einen Teil in dieser Umwelt dazu beitragen. Ich erinnere nur daran, wenn man dann freiwillige Leistungen aus dem Kulturbereich streicht, ist es auch sehr schwierig, Kindern viele Dinge beizubringen, die am Nachmittag sinnvoll sind. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Volland.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1182 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Sozialausschuss zu überweisen. Im Rahmen der Debatte ist weiterhin beantragt worden, den Antrag zur weiteren Mitberatung an den Rechts- und Europaausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Torsten Renz, CDU: Herr Friese,
das war schon eine Ja-Meldung. –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ich
denke, ihr wolltet das hier umsetzen?!)

Volker Schlotmann, SPD (zur Geschäftsordnung): Aufgrund einer Information, die ich habe, sollte über die Überweisungsvorschläge getrennt abgestimmt werden. Wir beantragen als Regierungsfraktion, den Antrag in den Bildungsausschuss federführend und mitberatend nur in den Sozialausschuss zu überweisen. Das andere hat die CDU beantragt. Ich bitte also um getrennte Abstimmung.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich lasse dann getrennt abstimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Dann stimme ich dagegen.)

Ich lasse jetzt über den Vorschlag abstimmen, den Antrag zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Rainer Pracht, CDU: Der weitergehende Antrag
muss doch erst abgestimmt werden, der weiter-
gehende ist doch noch nicht abgestimmt.)

Weiterhin lasse ich jetzt zur Mitberatung abstimmen

(Rainer Pracht, CDU: Der
andere geht doch noch weiter.)

die Überweisung an den Rechts- und Europaausschuss und an den Wirtschaftsausschuss.

(Rainer Pracht, CDU: Das geht doch gar nicht.)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Rainer Pracht, CDU: Das geht doch so gar
nicht. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das geht doch nicht.)

Meine Damen und Herren, Entschuldigung,

(Volker Schlotmann, SPD: Ihr wisst doch, dass
die Präsidentin nicht kritisiert werden darf.)

wir sind jetzt kurz vor der Mittagspause doch etwas durcheinander geraten.

Bitte, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, ich würde vorschlagen, dass wir diese Abstimmung noch einmal wiederholen, weil einige Kollegen wirklich nicht wissen, worüber wir jetzt abgestimmt haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Siegfried Friese, SPD: Wir wissen das. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich weiß das. –
Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS)

Ich mache einen Vorschlag, dass wir über jeden einzelnen Ausschuss wegen der Überweisung abstimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir müssen über
die einzelnen Ausschüsse abstimmen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich lasse jetzt als Erstes abstimmen über die Überweisung zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss. Wer jetzt dem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Damit ist die Überweisung in den federführenden Bildungsausschuss einstimmig angenommen.

Ich lasse nun abstimmen über die Überweisung in die mitberatenden Ausschüsse und lasse jetzt zuerst abstimmen über den Sozialausschuss. Wer der Überweisung an den Sozialausschuss zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Volker Schlotmann, SPD: Das
habe ich auch noch nie erlebt.)

Das ist auch einstimmig.

(Heinz Müller, SPD: Na, na, na, na! Was ist denn
mit Gegenstimmen und Stimmenthaltungen?!
Da kann man ja mal fragen. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Gibt es jetzt Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bis auf zwei Stimmenthaltungen ist dieser Überweisungsvorschlag angenommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir machen uns wirklich
lächerlich. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich lasse jetzt weiter abstimmen über den mitberatenden Ausschuss, und zwar die Überweisung an den Rechts- und Europaausschuss.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

(Detlef Müller, SPD: O Gott!)

Damit ist die Überweisung in den Rechts- und Europausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, drei Stimmen der Fraktion der PDS und Gegenstimmen abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der CDU, zwei Stimmen der Fraktion der PDS.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt können Sie mal sehen, was die ganzen Sonntagsreden wert sind. Also es tut mir Leid, dass ich mir die Reden angehört habe.)

Ich lasse jetzt noch einmal abstimmen über die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. Wer der Überweisung in den Wirtschaftsausschuss zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Andreas Bluhm, PDS: Was wollt ihr denn da machen im Wirtschaftsausschuss? Was soll der denn da?! – Volker Schlotmann, SPD: Meine Güte!)

Danke. Gegenstimmen? –

(Torsten Renz, CDU: Einige melden sich ja zweimal hier. Das gibt es ja nicht!)

Danke. Die Enthaltungen. –

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Jörg Heydorn, SPD: Mir wird der Arm schon lahm.)

Damit ist die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss mit 16 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt vor der Mittagspause noch den **Tagesordnungspunkt 18** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Ausbildungsplatzabgabe im Bundesrat verhindern, Drucksache 4/1170.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Ausbildungsplatzabgabe
im Bundesrat verhindern
– Drucksache 4/1170 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin, ich bitte, die Abstimmung zu wiederholen. – Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Rainer Prachtl, CDU:

Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie runterkommen hier. – Zuruf aus dem Plenum:

Das Mikrofon steht hier. – Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Das kritisieren Sie dann als unparlamentarisch. – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Also ich habe jetzt den Tagesordnungspunkt 18 aufgerufen und bitte Herrn Dr. Born um die Einbringung.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten haben wir es erlebt, dass aus reinen parteitaktischen Zwängen heraus so etwas in Gang gesetzt werden soll, was von nahezu allen Experten als Unfug und darüber hinausgehend sogar als

Irrsinn bezeichnet wird und was damit in unverantwortlicher Weise geeignet ist, großen Schaden hervorzurufen. Ich bedauere außerordentlich, dass wir einen solchen Antrag hier einbringen müssen, nämlich die Ausbildungsplatzabgabe im Bundesrat zu verhindern. Die Länder sagen Nein, die Kommunen werden unter den finanziellen Belastungen erdrückt und die Wirtschaft lehnt diese zusätzliche Belastung mit Wink auf die wirtschaftliche Konjunktur und ohnehin bescheidenen aktuellen Rahmenbedingungen mit Nachdruck ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ehrlich gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, was dafür als Begründung angeführt wird, das lässt ideologisierte Klassenkämpfe aus längst überwunden geglaubter Zeit wieder aufscheinen. Von vielen werden grundsätzliche Einwände vorgebracht. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück bringt die Sache mit der Ausbildungsplatzabgabe auf den Punkt und sagt dazu schlicht Irrsinn. Damit kämpft er zum Glück im Schulterschluss mit unserem Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich, dass Minister Dr. Otto Ebnet wiederholt auf die dramatischen wirtschaftlichen standortpolitischen Auswirkungen auf unser Bundesland hingewiesen hat, die eintreten würden, wenn das, was gestern vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist, Wirklichkeit würde.

Die CDU-Fraktion beabsichtigt mit ihrem Antrag, den Landtag noch einmal eindringlich dazu aufzufordern, dem Wirtschaftsminister und der Landesregierung den Rücken zu stärken,

(Beifall Andreas Petters, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

wenn es darum geht, zu verhindern, dass hier schwerer Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land entsteht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Befürchtungen, dass vor allem in der Call-Center-Branche tausende Arbeitsplätze verloren gehen könnten, so, wie er das ja öffentlich geäußert hat, sind nicht von der Hand zu weisen. Weitere Anstrengungen, Unternehmen anzusiedeln, gerade in dieser Branche, würden so mit Füßen getreten.

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bildet trotz schlechter Rahmenbedingungen weit über ihren eigenen Bedarf aus. Im Durchschnitt liegen die Quoten bei den Mitgliedsunternehmen von Handwerkskammern und IHK in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 11 und 13 Prozent. Ausbildungsplatzverweigerer gibt es allerdings auch. Es sind die dramatischsten, vor allem die Gewerkschaften und der öffentliche Dienst stehen auch nicht gerade sehr gut da, wenn man die Zahlen miteinander vergleicht. Aber zum Beispiel bei der Gewerkschaft ver.di beträgt die Ausbildungsquote gerade mal 0,3 Prozent.

Wenn wir dann als Begründung hören, so, wie das in einer öffentlichen Anhörung geschehen ist, dass der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagt, dass Jugendliche, die bei dem DGB oder einer Einzelgewerkschaft ausgebildet worden seien, auf dem regulären allgemeinen Arbeitsmarkt nach Beendigung der Ausbildung nicht unbedingt besonders gute Möglichkeiten hätten, irgendwo eine Anschlussbeschäftigung zu finden, dann,

meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man den DGB nur auffordern, seine Ausbildung zu verbessern, weniger ideologisch ausgerichtet auszubilden, sondern Fachleute die Ausbildung übernehmen zu lassen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und damit auch denjenigen, die ausgebildet werden, eine Berufschance zu eröffnen. Aber das Problem ist ja, dass im Bereich des DGB so gut wie überhaupt nicht ausgebildet wird.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Bundesregierung und die sie tragende rot-grüne Koalition fordern von der Wirtschaft eine Ausbildungsquote von 7 Prozent. Ich habe eben das Beispiel ver.di genannt mit 0,3 Prozent – so ist die Wirklichkeit. Viele Kommunalexperten warnen vor unzumutbaren Belastungen für die Gemeinden. Und alle Fachleute sind sich darüber einig, dass die geplante Abgabe keine neuen Ausbildungsplätze schaffen wird, sondern lediglich neue bürokratische Verfahren hervorruft, was das duale Ausbildungssystem sehr stark belastet. Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands werden sich mit einem solchen Verfahren keineswegs verringern, sondern weiter verschärfen, und es gehen weitere Ausbildungsplätze für junge Menschen verloren.

Die Bundesregierung setzt dem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Verwaltungsbeamte entgegen, denn sie bestätigt selbst, dass eine ausreichende Personalkapazität grundsätzlich vorgehalten werden muss. Egal, ob die Umlage erhoben wird oder nicht, es entsteht ein bürokratischer Überwachungsapparat mit mindestens 1.000 Mitarbeitern, der Verwaltungskosten von rund 70 Millionen Euro pro Jahr verursacht. Diese Kosten belasten unsere kleinen und mittelständischen Betriebe zusätzlich. Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands werden verschärft, und das, obwohl im letzten Jahr bundesweit rund 40.000 Unternehmen Pleite gegangen sind. Diese Unternehmen können ohnehin keine Ausbildungsplätze mehr anbieten. Das mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am Freitag, dem 7. Mai, im Deutschen Bundestag verabschiedete Berufsausbildungssicherungsgesetz

(Dr. Martina Bunge, PDS: Plus PDS.)

hat mit seriöser Wirtschaftspolitik jedenfalls nichts zu tun.

(Peter Ritter, PDS: Die PDS hat auch zugestimmt im Bundestag, Herr Dr. Born. –

Wolfgang Riemann, CDU: Die zwei verbliebenen Restabgeordneten. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Kosten der geplanten Ausbildungsplatzabgabe lassen sich gegenwärtig nicht beziffern. Weder annäherungsweise die Kosten für die Kommunen noch die ungefähren Verwaltungskosten seien gegenwärtig zu ermitteln. So schreibt es die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Kollege Ritter, das, was der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes schlicht als „Irrsinn“ bezeichnet – ich würde einen solchen Ausdruck hier nicht verwenden, weil er nicht ganz parlamentarisch ist –, das wird nicht deswegen weniger irrsinnig, weil zwei Abgeordnete der PDS im Deutschen Bundestag dem zustimmen.

(Heiterkeit bei Karin Strenz, CDU –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Insofern gebe ich das hier gerne weiter. Die Wirtschaft weiß, wie weit der Sachverstand gerade bei diesen Kolleginnen und Kollegen ausgeprägt ist, wenn sie einer solchen Gesetzesinitiative zustimmen,

(Regine Lück, PDS: Vorsicht, Herr Dr. Born! –
Angelika Gramkow, PDS: Das war aber jetzt ein bisschen frech, Herr Born! Oder kennen Sie die beiden?! – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

denn hier gibt es ganz klare Äußerungen dazu, was mit einer solchen Ausbildungsplatzabgabe erreicht wird. Die vielstimmige Debatte ...

(Peter Ritter, PDS: Es gibt aber
eben auch andere Äußerungen dazu.)

Herr Kollege Ritter, Sie können das natürlich beschließen, dass Unternehmen, die entweder schon insolvent sind oder kurz vor der Insolvenz stehen, weiter ausbilden sollen.

(Regine Lück, PDS: Um die
geht es ja gar nicht, Herr Dr. Born!)

Sie können auch beschließen, dass Unternehmen mehr Gewinn machen sollen, damit sie mehr Steuern zahlen. Das können Sie alles machen als Parlament, aber wie sinnvoll das ist, denke ich, können Sie selbst beurteilen.

(Dr. Martina Bunge, PDS:
Das ist doch unsachlich!)

Nein, das ist nicht unsachlich,

(Angelika Gramkow, PDS: Natürlich! –
Torsten Koplín, PDS: Doch.)

sondern das ist genau der Punkt, Frau Kollegin Dr. Bunge. Lesen Sie das doch wenigstens bitte nach, was unser Wirtschaftsminister sehr detailliert ausgeführt hat! Und lesen Sie doch bitte nach, was 16 Abgeordnete der SPD und 17 von den Grünen zu Protokoll gegeben haben im Deutschen Bundestag, weshalb sie dieses Vorhaben für wirtschaftspolitisch falsch halten!

(Peter Ritter, PDS: Was haben denn
die anderen mehreren hundert gesagt?)

Das ist doch ein einmaliger Vorgang, dass man einem solchen Gesetzentwurf zwar zustimmt, aber in so großer Anzahl dann ausdrücklich erklärt, dieses Gesetz ist unsinnig und kann den Zweck nicht erreichen. Hier ist doch ganz deutlich, dass das allein aus Parteiläsen geschehen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb können Sie doch nicht im Ernst sagen, dass das in irgendeiner Weise etwas bringt, damit das Problem, dass zu wenig ausgebildet wird, insgesamt gelöst wird. Nein, Sie können das Ausbildungsplatzproblem nur dadurch lösen, indem Sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so nachhaltig verbessern,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr richtig.)

dass Unternehmen wieder ausbilden können, denn jedes Unternehmen, was dazu in der Lage ist, ist klug beraten auszubilden. Deshalb bilden ja Unternehmen im Land Mecklenburg-Vorpommern, übrigens auch nicht zuletzt dank der gemeinsamen Anstrengung von Landesregierung und Abgeordneten aller Fraktionen, über den eigenen Bedarf aus.

(Regine Lück, PDS: Aber nicht alle. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ja, sie bilden überdurchschnittlich viel aus.

Ich habe deutlich gemacht, nicht bei allen Unternehmen wirken unsere Appelle. Beim Deutschen Gewerkschaftsbund hat es überhaupt nicht gefruchtet, denn wir haben alle miteinander immer wieder darauf hingewiesen, hier stoßen wir auf taube Ohren. Die Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Gerade unsere Handwerksbetriebe bilden aus bis an die Grenze dessen, was sie finanziell überhaupt noch verkraften können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

In Bezug auf die vom Deutschen Bundestag beschlossene Befreiung hoffen wir alle, dass es mit unserer gemeinsamen Hilfe gelingt, dass das nicht Gesetz wird in Paragraph 10 mit der Abgabepflicht,

(Unruhe bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Dr. Martina Bunge, PDS)

die bedeutet, dass Heime, Krankenhäuser, Einrichtungen, Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, Maßnahmen nach SGB II und III, Hospize und Einrichtungen nach SGBIX und XII beziehungsweise Bundessozialhilfegesetz und auch allgemein bildende berufsausbildende Jung-, Musik-, Kunst- und Sonderschulen weiter in den Personal-Service-Agenturen ausgenommen sein sollen. Das bewirkt auch nichts. Übrigens sollen auch die Kommunen hier auf Antrag befreit werden können, wenn kommunalaufsichtliche Notbewirtschaftungsmaßnahmen erforderlich sind.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt doch nur, wie verfehlt der ganze Ansatz ist. Durch die neuen Ausnahmen, die jetzt beschlossen sind, wird das Problem sogar noch verschärft,

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

denn dadurch reduziert sich die Verrechnungsbasis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bundesweit um circa 5 Millionen auf nunmehr rund 6,35 Millionen zu berücksichtigende Beschäftigte. Bei einer angenommenen Konstellation von 50.000 erforderlichen zusätzlichen Plätzen und 211.450 über den Leistungsausgleich zu fördernden Plätzen betrüge der Pro-Kopf-Abgabebetrag demnach insgesamt 508,25 Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wenigstens in diesem Punkt im Hohen Hause Einvernehmen besteht, auch bei Kollegen Ritter und Frau Kollegin Dr. Bunge, dass die wirtschaftliche Situation im Bundesgebiet und insbesondere auch im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht so ist, dass die Unternehmen Gewinne erwirtschaften, die es ihnen ermöglichen, noch irgendwelche freien Kapazitäten zur Verfügung zu haben, sondern dass die Unternehmen ums Überleben kämpfen in unserem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das heißt, zusätzliche Belastungen wie ein Pro-Kopf-Abgabebetrag von 508,25 Euro sind einfach nicht mehr zu verkraften. Deshalb stellt der in Berlin im Deutschen Bundestag zuständige Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung in seiner durch den Deutschen Bundestag angenommenen Beschlussempfehlung

ausdrücklich fest, dass diese Kosten auf die Unternehmen zusätzlich zukommen aufgrund der Ausnahmeregelung. Das ganze Gesetz wird nicht etwa dadurch besser, dass schon der Grundansatz falsch ist und man zahlreiche Ausnahmen beschließt, sondern ganz im Gegenteil. Das ist das Paradoxon. Durch die Ausnahmen wird die Situation für die Unternehmen, die dann dem Gesetz unterliegen, noch verschärft. Frau Polzin sehe ich im Moment nicht hier, aber wir hatten gerade eine Bildungsdebatte, und deshalb ist es vielleicht verständlicher, wenn ich auf die Mathematik zurückgreife. Da wird keiner widersprechen, wenn man sagt, dass Minus mal Plus nicht Plus ergibt. Und das ist genau die Situation, die wir mit diesem Ausnahmetatbestand vorfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, Gesetze zu verabschieden, von denen diejenigen, die sie am eifrigsten propagieren, selbst sagen – und das macht immerhin auch der Vorsitzende der SPD Herr Müntefering deutlich –, dass es eigentlich gut wäre, wenn das Gesetz nicht wirksam werden müsste, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die beste Voraussetzung dafür, dass ein Gesetz nicht mal in der Gefahr steht, eine Anwendung zu finden, ist, dass man das Gesetz gar nicht erst verabschiedet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist doch schlicht nicht nachzuvollziehen, wie man etwas sehenden Auges in Gang setzen kann, von dem man sagt, wir müssen jetzt alles tun, dass es bloß nicht wirksam wird. Deshalb denke ich, dass unser Landtag hier klug beraten ist, sich nicht so zu verhalten, wie es der Deutsche Bundestag mehrheitlich vorgemacht hat, sondern zumindest dem Beispiel derjenigen zu folgen, die sehr couragiert ihre Meinung auch noch einmal ganz deutlich zu Protokoll gegeben haben,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

nämlich der 17 beziehungsweise 16 SPD- und Grünenabgeordneten, die klar gesagt haben, dieses Gesetz kann den angedachten Zweck nicht erfüllen. Deshalb hoffen sie nicht nur inständig, dass es nicht in Kraft tritt, sondern sie haben uns im Grunde genommen aufgefordert, das zu korrigieren, was der Deutsche Bundestag gemacht hat. Weil sie sich selber aus den genannten parteitaktischen Erwägungen heraus nicht in der Lage sahen, es zu verhindern, dass sie zustimmen, sagen sie gleichzeitig aber, das Gesetz ist unsinnig. Deshalb gibt es nur noch eine Korrektur, nämlich dass der Bundesrat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der Länder diesem Gesetz den Weg weist, den es verdient hat, nämlich dass es im Papierkorb verschwindet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb hofft unsere Fraktion, dass der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern die volle Unterstützung des ganzen Landtages bekommt, damit er wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorweisen kann gegenüber Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, die es erlauben, dass wir überhaupt noch die Chance haben, weitere Unternehmen anzusiedeln, und dass wir den Wirtschaftsminister darin unterstützen, dass er sich im Bundesrat dafür einsetzt – und das sollte in ein entsprechendes Abstimmungsverhalten münden –, dass dieser Gesetzentwurf, den der Deutsche Bundestag mehrheitlich verabschiedet hat, keine Wirksamkeit entfalten kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Born, ich teile Ihre Hoffnung und möchte Sie natürlich gern unterstützen. Die SPD- und auch die PDS-Fraktion werden sicherlich den Wirtschaftsminister und die Landesregierung immer dabei unterstützen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Land so weiterzuentwickeln,

(Andreas Petters, CDU: Dann stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

so positiv weiterzuentwickeln, dass möglichst viele Unternehmen hier in diesem Land sich auch zukünftig ansiedeln. Ich denke auch, das ist der wirklich gravierende Unterschied zwischen dem, was Ihre Partei in den vergangenen Jahren, als sie hier regiert hat, gemacht hat, zu dem, was die Koalitionsfraktionen in den letzten Jahren getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir hatten mal einen Wirtschaftsminister Ringstorff. Können Sie sich noch entsinnen? Der musste sein Amt abgeben.)

Herr Riemann, muss ich Sie an die Richtlinienkompetenz eines Ministerpräsidenten erinnern, die, glaube ich, auch in Mecklenburg-Vorpommern ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die hätte ich mir gewünscht bei der Verwaltungsreform. –
Heinz Müller, SPD: Getroffene Hunde bellen.)

Ich muss dem nichts mehr hinzufügen, was der Kollege Müller eben gesagt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die hätte ich mir gewünscht, diese Kompetenz. –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Meine Damen und Herren, um auf das Thema zurückzukommen, eine qualifizierte Berufsausbildung ist der Einstieg in die Zukunft.

(Beifall Andreas Petters, CDU: Jawohl.)

Ich glaube, das ist selbst bei der CDU-Fraktion in diesem Land noch eine Erkenntnis, die sich durchgesetzt hat.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und der andere Punkt ist, wir in der Bundesrepublik Deutschland, und das gilt auch in Mecklenburg-Vorpommern, haben mit dem dualen System zwei sich ergänzende Standbeine geschaffen, die sich bundesweit bewährt haben und auch in anderen Ländern durchaus Anerkennung finden. Das ist nicht nur von Politikern, sondern auch von Unternehmern immer wieder in der Vergangenheit bestätigt worden. Aber das duale Ausbildungssystem,

meine Damen und Herren, funktioniert nur, wenn auf der betrieblichen Seite die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, die erforderlich sind, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und
Angelika Gramkow, PDS)

Bereits vor mehr als 20 Jahren hat das Bundesverfassungsgericht – und ich denke, an dieser grundsätzlichen Aussage hat sich bis heute nichts geändert – festgestellt, in dem in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Ausbildungssystem liegt die spezifische Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen bei den Arbeitgebern. Wenn der Staat den Arbeitgebern die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen überlässt, so muss er erwarten, dass die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, dass grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Meine Damen und Herren, das muss man ganz deutlich sagen, da liegt doch allerdings der Hase im Pfeffer.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit von 564.379 auf nur noch 499.717 im Jahr 2003 reduziert.

Meine Damen und Herren, man muss das auch ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer trägt denn da Verantwortung für die Rahmenbedingungen?
Wer trägt denn da Verantwortung? –
Dr. Ulrich Born, CDU: Bei 40.000 Insolvenzen im Land.)

Herr Kollege Riemann, wir können das auch so machen, wir gehen jetzt vor die Tür und unterhalten uns beide persönlich.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und wenn wir beide fertig sind, dann rede ich meine Rede hier weiter. Das ist auch nicht das Problem, aber das wäre vielleicht nicht nach der Geschäftsordnung,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

wie sie es hier im Landtag normalerweise vorschreibt. Sonst machen wir das vielleicht umgekehrt, wenn ich fertig bin, gehen wir vor die Tür und unterhalten uns dann.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Oder Sie unterhalten sich jetzt mit dem Kollegen Born und ich warte so lange, bis Sie fertig sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieser Trend, der sich aufgezeigt hat aus den Jahren 2000 bis 2003, gilt auch weiter. Der gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind hier durchaus nicht so, auch wenn der Kollege Born den Eindruck erwecken wollte, wir sind durchaus nicht auf einer Insel der Seligen, wo wir keine Probleme mit der Ausbildungsplatzsituation haben. Auch wenn die Ausbildungsleistung der hiesigen Betriebe im Bundesvergleich überdurchschnittlich ist – und da hat der Kollege Born durchaus Recht –, werden wir hier in diesem Land mit der Tatsache konfrontiert, dass immer mehr ausbildungsfähige Betriebe, und das ist der springende

Punkt, auf die eigenverantwortliche Ausbildung von Jugendlichen verzichten.

Um es auch da deutlich zu machen: Allein im Jahr 2002 standen rund 11.000 betrieblichen Ausbildungsplätzen circa 7.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. Damit entstanden im Jahr 2002 mehr als ein Drittel aller Ausbildungsplätze im unserem Land nur aufgrund der Förderung durch Bund, Land und Arbeitsämter. Allein in jenem Jahr – und die Zahlen setzen sich fort, auch in den Jahren 2003 und 2004 sieht es ähnlich aus – wurden von Seiten der Arbeitsämter, von der öffentlichen Hand wollen wir gar nicht reden, über 100 Millionen Euro investiert, um Ausbildung in diesem Land zu ermöglichen. Bereits heute stünden in unserem Land weit mehr Jugendliche ohne berufliche Perspektive da, wenn nicht durch öffentlich finanzierte Sonderprogramme die Zahl der Ausbildungsplätze für unsere Jugend Jahr für Jahr massiv gestützt würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und das muss man ganz deutlich sagen: Wer hier der SPD sowohl im Bundestag als auch im Landtag unterstellt, dass wir die Verstaatlichung der Ausbildung wollen, der weiß doch überhaupt nicht, wovon er redet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir sind doch gerade auf dem Weg dorthin. Gerade wenn wir nicht die Umkehr einlegen, dann werden wir zu einem System kommen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind
auf dem Weg in die Sackgasse.)

wo sich die Unternehmen tatsächlich mehr und mehr aus der Ausbildung zurückziehen und tatsächlich die öffentliche Hand das nur noch mit dem eigens hier aufgelegten Programm finanziert. Und so ist tatsächlich nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit eine der größten Sorgen von Müttern und Vätern, dass ihre Kinder nach Abschluss der Schule keinen angemessenen Ausbildungsplatz finden werden. Meine Damen und Herren, und diese Sorge ist ja nun durchaus nicht unbegründet.

Jetzt komme ich auf die Kollegin Dr. Böhmer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der gerade von dem Kollegen Born angesprochenen Debatte zum Berufsausbildungssicherungsam 7. Mai dieses Monats zurück. Die Dame hat dort festgestellt, wir sind, was die Ausbildungsplatzsituation betrifft, bundesweit mit einer dramatischen Situation ohnegleichen konfrontiert. Aber, meine Damen und Herren, wenn man vor einer schwerwiegenden, nicht nur volkswirtschaftlichen, sondern auch gesellschaftspolitischen Herausforderung steht – und wir haben auch heute hier über das Thema „Erziehung und Motivation von Schülern in der Schule“ gesprochen –, wo soll denn die Motivation herkommen in der Schule, wenn die Jugendlichen befürchten müssen, dass sie, wenn sie ihre Schule zu Ende gebracht haben, mit welcher Qualifikation auch immer, dann trotzdem keinen Ausbildungsplatz finden?! Woraus soll denn tatsächlich die Motivation hergeleitet werden?

Wenn man dieses Problem sieht, diese gesellschaftspolitische Herausforderung, vor der wir alle stehen – und da komme ich darauf zurück, was die Kollegin Dr. Böhmer

von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte –, besteht ja zumindest auch Erkenntnisfähigkeit bei der CDU-Bundestagsfraktion. Dann sollte man nicht einfach wegschauen und darauf hoffen, so, wie ich den Eindruck bei der hiesigen Fraktion der CDU habe, dass sich das Problem von alleine löst. Wir müssen doch einfach zur Kenntnis nehmen, auch in diesem Land, das schon in vergangenen Jahren von Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft immer wieder eine zeitnahe Lösung und eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft in Aussicht gestellt wurden. Und wenn ich mich umsehe – es ist völlig egal, ob ich jetzt Nordrhein-Westfalen nehme, weil der Kollege Steinbrück angesprochen worden ist, oder ob ich Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt nehme, es ist auch egal, ob ich eine CDU-Landesregierung nehme oder eine SPD-Landesregierung –, dann muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen, das ist nicht der Fall.

Aber noch einmal zu den Anstrengungen der hiesigen Unternehmen, um noch einmal darauf zurückzukommen, weil es hier auch angesprochen worden ist: Bei allem Respekt gerade vor den Anstrengungen der hiesigen ausbildenden Unternehmen, Ankündigungen alleine – damit beziehe ich mich jetzt auf das, was die Bundesunternehmerverbände immer wieder erklärt haben – schaffen halt noch keine betrieblichen Ausbildungsplätze.

Und der zweite Punkt, der wesentlich ist, Ankündigungen auf Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen alleine gerade über Unternehmen, die überhaupt nicht ausbilden, schaffen auch keine Beseitigung der ungleich verteilten Lasten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben. Nur noch rund 23 Prozent der bundesweit 2,1 Millionen Betriebe bilden derzeit überhaupt aus. Rund 50 Prozent der Betriebe, die ausbilden könnten, tun dies nicht. Bemerkenswerterweise – und das spielt auch eine Rolle in der Situation dieses Landes – sind es gerade die kleineren Unternehmen, eben die Handwerksbetriebe, die der Kollege Born angesprochen hat, die immer noch willens sind, die finanzielle Belastung, die mit einer Ausbildung verbunden ist, weiter zu tragen.

Am anderen Ende der Skala muss man allerdings immer häufiger feststellen, dass immer mehr Betriebe, die fachlich und finanziell in der Lage wären auszubilden, sich ihrer volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Verantwortung entziehen. Gerade diese Betriebe wieder in das duale System einzubinden ist daher dringend geboten. Und so erstaunt es ja auch nicht – Sie sehen, auch ich kann Statistiken zitieren –, dass die Mehrheit der ausbildenden Betriebe eine Ausbildungsplatzumlage durchaus als geeignetes Mittel zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung betrachtet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Dass die Mehrheit der Betriebe insgesamt sagt, wir sind dagegen, das ist eine rein mathematische Aufgabe. Umso mehr Unternehmen ich habe, die nicht ausbilden, umso größer wird natürlich auch der Teil sein, der sagt, ich will auch nicht mit den Kosten belastet werden. Das ist allerdings eine Lösung, auf die wir uns eigentlich nicht einlassen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Nun wird gegen das Berufsausbildungssicherungsamgesetz, ein wirklich phantastischer Name, das muss man in

diesem Zusammenhang auch mal einräumen, immer wieder eingewandt, es sei zu bürokratisch und es würde mehr Ausbildungsplätze vernichten – wir haben das gerade eben auch wieder gehört –, als es schaffen würde. Zur Begründung wird angeführt, dass Unternehmen anfangen würden, die Kosten einer fiktiven Ausbildung mit den Umlagekosten gegenzurechnen, um sich dann von der Ausbildung durch Zahlung der Umlage – ich will das mal in Anführungszeichen setzen – freizukaufen. Dazu muss man ganz deutlich sagen, dass es Unternehmen geben wird, die sagen, nicht auszubilden ist billiger, als eine Umlage zu zahlen, das ist natürlich nicht auszuschließen. Es gibt auch Leute, die überfallen Banken, das ist deswegen trotzdem nicht richtig.

(Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Aber allein diese Aussage, dass nicht auszubilden billiger sei, als Umlage zu zahlen, spricht doch noch nicht gegen die Ausbildungsplatzumlage. Man muss doch in dem Zusammenhang ganz deutlich sagen, heute gilt noch: Nicht ausbilden, andere Unternehmen die Ausbildungskosten tragen lassen und keine Umlage zahlen ist die billigste Variante.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist richtig.)

Wenn ich diese Lösungsvorschläge aufgreifen würde, die da gemacht werden, und ich nehme das andere Beispiel mit dem Bankraub jetzt einmal wieder auf, dann ist das ungefähr der Vorschlag, als ob ich dann auch gleich den Tresor aufschließe, denn das macht die ganze Sache ja einfacher.

(Beate Schlupp, CDU: Genauso macht man das, wenn ein Bankraub stattfindet.)

Ich wusste aber noch nicht, dass die Bank den Tresor aufschließt.

(Beate Schlupp, CDU: Natürlich.)

Das ist mir neu, aber ich weiß ja nicht.

(Beate Schlupp, CDU: Der Bankräuber macht es nicht selber, weil er den Code nicht kennt.)

Von der CDU lernen, heißt siegen lernen, oder was soll ich dazu sagen?

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD – Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, was den Einwand des Verwaltungsaufwands angeht, den muss man allerdings ernst nehmen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Auch wenn das so ist, sagt man das nicht! – Torsten Koplin, PDS: Also das mit dem Bankraub müssen wir noch mal vertiefen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vertiefen wir das mit dem Bankraub! Ich könnte ja vorschlagen, wir diskutieren das Thema vielleicht im Finanzausschuss, da ist es angebracht.

(Heike Polzin, SPD: Ja, gute Idee! – Torsten Koplin, PDS: Sachgerecht.)

Gut. Dann können wir das hiermit vielleicht auch abhaken.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ausschussreise? Gut, auch das vielleicht noch.

Was den Einwand des Verwaltungsaufwands angeht, den sollte man vielleicht tatsächlich ernst nehmen müssen. Wir sprechen immer auch in diesem Land davon, dass Entbürokratisierung stattfinden soll, dass Verwaltungsaufwand minimiert werden soll und dass tatsächlich die Kosten, die durch Verwaltung entstehen, den Unternehmen nicht noch mehr aufgebürdet werden müssen. Aber um noch einmal auf die Zahlen zurückzukommen: Sie sprachen eben von 70 Millionen Euro, die durch den Verwaltungsaufwand entstehen. Ich möchte einmal bezweifeln, ob diese Zahl tatsächlich richtig ist, weil ich auch ganz andere Zahlen gehört habe. Es gibt durchaus Untersuchungen darüber, dass man mit wesentlich weniger Personalkosten hinkommt. Aber selbst wenn ich diese 70 Millionen Euro einmal unterstellen würde und ich mir überlege, dass in den letzten zehn Jahren circa 2 Milliarden Euro von der öffentlichen Hand für die Ausbildung ausgegeben worden sind, also wenn wir die 2 Milliarden Euro auf der einen Seite dadurch einsparen können, dass wir 70 Millionen mehr ausgeben, dann haben wir insgesamt als öffentliche Hand noch ein Geschäft gemacht. Und wenn man dann tatsächlich einmal überlegt, dass man die 2 Milliarden Euro oder die 100 Millionen, die durch die Arbeitsämter allein in einem Jahr ausgegeben worden sind in Mecklenburg-Vorpommern, wenn man sie tatsächlich dort einsetzt, die immer wieder kritisierte, nicht ausreichende Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen – und da kommen wir wieder zu dem Thema zurück, das wir vorhin gehabt haben, nämlich Erziehung und Bildung –, dann, denke ich mir, sind selbst diese 70 Millionen Euro noch gut angelegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber es muss gar nicht sein, dass wir 70 Millionen Euro oder auch nur 7 Millionen Euro, oder was auch immer der Betrag sein wird, tatsächlich dafür ausgeben. Die SPD-Fraktion, sowohl im Bund als auch hier im Land, ich habe am Anfang des Jahres, wenn ich das richtig im Kopf habe, zu einem ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion schon einmal hier gesprochen und auch damals habe ich hier für die SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass wir freiwillige Lösungen immer als den besseren Weg ansehen werden. Aber eins muss man ganz deutlich sagen: freiwillige Lösungen, die Verbindlichkeit mit sich bringen.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und Dr. Martina Bunge, PDS)

Man braucht halt nicht wieder Aussagen, wir schaffen soundso viel Ausbildungsplätze und am Ende des Jahres stehen die Jugendlichen da. Und wenn wir keine Sonderprogramme des Landes auflegen, dann haben wir sie tatsächlich immer noch auf der Straße stehen.

(Ute Schildt, SPD: Genau.)

Nein, es müssen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, die in der Wirtschaft, zum Beispiel unter den Tarifvertragsparteien, getroffen werden können. Das ist sicherlich eine bessere Lösung im Vergleich zu einer staatlich verwalteten Umlagefinanzierung. Auch da, meine Damen und Herren, muss das Rad allerdings nicht neu erfunden werden. Das haben schon die Tarifvertragsparteien in der Bauwirtschaft bewiesen. Dort gibt es so etwas

schon lange. Und ich denke mir, wenn diejenigen, die jetzt erst einmal in die Schmollecke zurückgegangen sind,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

weil sie gesagt haben, das Gesetz ist doch beschlossen worden, aus ihrer Ecke wieder herauskommen und tatsächlich konsensuale Lösungen mit allen anderen Parteien treffen wollen, dann, denke ich mir, ist das der Weg, der gegangen werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und es ist bedauerlich gewesen, wenn durch Unternehmensvertreter die Bereitschaft zum Abschluss von solchen freiwilligen Vereinbarungen gerade von der Nichtverabschiedung des Berufsausbildungssicherungsgesetzes abhängig gemacht wird. Ich denke mir, diejenigen Unternehmensfunktionäre, die da vielleicht nicht einmal für ihre Unternehmen, die sie normalerweise vertreten sollten, gesprochen haben, müssten wirklich einmal überlegen, ob das der richtige Weg ist, mit dieser Art von – ich setze das extra in Anführungszeichen, sonst ist das wieder ein Wort, das hier im Raum nicht benutzt werden soll – Erpressung politische Geschäfte zu machen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hätte es begrüßt, wenn bereits in den vergangenen Jahren bundesweit durch die deutsche Wirtschaft hinreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt worden wären.

(Beate Schlupp, CDU:
Was sagen Sie denn zu ver.di?)

Das gilt auch für ver.di. Es gilt übrigens nicht nur für ver.di, sondern auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Da ist die Ausbildungsquote auch nicht besser. Aber die Unternehmen sollen sich doch freuen, wenn ver.di, DGB und wie sie alle heißen zusätzlich zahlen müssen, denn letztendlich landet das Geld doch bei den Unternehmen. Also was wollen Sie denn eigentlich?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Martina Bunge, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn ich Ihrer Argumentation folge, dann müssen Sie sich doch heute hier hinstellen und sagen, wir sind dafür, dass das Gesetz kommt.

(Andreas Petters, CDU: Fragen Sie doch mal
Gewerkschaftsmitglieder, wie sie das finden!)

Das ist doch der springende Punkt.

(Egbert Liskow, CDU: Die Frage ist doch,
ob die Wirtschaft überhaupt ausbilden kann.)

Meine Damen und Herren, wir hätten es begrüßt, wenn die deutsche Wirtschaft auch in den vergangenen Jahren schon hinreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt hätte

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann müssen
Sie endlich mal Rahmenbedingungen
schaffen, um junge Leute auszubilden.)

und erhebliche Steuermittel, die zur Schaffung von Ausbildungsplätzen verwendet wurden, stattdessen zum Beispiel für die Bereiche Forschung und Bildung hätten ausgegeben werden können, um damit wiederum die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu stärken.

Die SPD-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, wenn durch freiwillige, aber verbindliche Vereinbarungen mit der Wirt-

schaft über die Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen eine Anwendung der gesetzlichen Umlageerhebung nicht erforderlich werden sollte. Aber, und das muss man an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen, wir können in der Verantwortung auch für die jungen Menschen in unserem Land nicht einfach darauf hoffen, dass Versprechungen diesmal keine Versprecher sind. Die SPD-Fraktion lehnt daher den CDU-Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe ist

(Egbert Liskow, CDU: Eine Katastrophe.)

vom Bundesgesetzgeber beschlossen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist nicht
beschlossen worden, Frau Kollegin!)

Vom Bundesgesetzgeber, vom Bundestag.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das dritte Mal im letzten halben Jahr beschäftigen wir uns hier damit. Ich denke, es ist an der Zeit, eine Wende zu vollziehen

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

von dem ritualisierten Streit, vom Streit immer denselben Worte, der starken Worte, Zitate vom Ministerpräsidenten, die vorhin kamen, zum sachorientierten Diskurs.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja!)

Mein Vorgänger hat damit, glaube ich, sehr gut angefangen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Fakt ist, von Jahr zu Jahr sinkt in Deutschland die Zahl der Ausbildungsplätze.

(Egbert Liskow, CDU, und
Beate Schlupp, CDU: Und warum?)

Fakt ist, eine halbe Million Arbeitslose sind unter 25 Jahren,

(Egbert Liskow, CDU: Weil Sie die
Wirtschaft kaputtgemacht haben!)

vor allen Dingen deshalb, weil wiederum die Hälfte keine Ausbildung hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Welche
Betriebe gibt es denn hier noch? –
Beate Schlupp, CDU: Und warum?)

Von 2,1 Millionen Betrieben in Deutschland bilden nur noch 23 Prozent aus,

(Egbert Liskow, CDU: Warum?)

unter anderem darum,

(Egbert Liskow, CDU: Ja, warum?)

um auf Ihre Frage zu antworten.

(Egbert Liskow, CDU: Weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen!)

Der Bedarf an Fachkräftenachwuchs ist allerorten abzusehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Das duale System der Berufsausbildung der Bundesrepublik ist erhaltenswert, aber es funktioniert nicht mehr voll.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Weil die Regierung nicht funktioniert.)

Bei Strafe des Verspielens von Chancen sowohl für Tausende Jugendliche wie auch für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft ist die Politik, ist der Gesetzgeber gefragt zu handeln. Er hat keine umfassende Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vorgelegt, schade eigentlich.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Aber der Bundestag hat gehandelt und ein Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe geschaffen, ein Gesetz, das mit einer gerechteren Verteilung der Ausbildungskosten ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Ausbildungsplatzangebot vor allen Dingen im betrieblichen Bereich schaffen soll. Staatlich subventionierte Bereiche werden nicht ganz unerlässlich werden, aber sie sollen für Spezial- und Ausnahmefälle vorbehalten bleiben.

Ein Gesetz liegt vor, das uns auch nicht in jedem Detail zusagt. Aber das Gesetz hat auf Probleme reagiert, auf Probleme, die Deutschland hat, die Mecklenburg-Vorpommern hat. Klar ist, dass Mecklenburg-Vorpommern andere Probleme hat als Deutschland insgesamt. Mecklenburg-Vorpommern hat vergleichsweise viele Jugendliche mit Ausbildungsplätzen zu versorgen und im Gegenzug wenige Unternehmen mit ausreichender Kraft dafür.

Die Mehrzahl der Wirtschaftsunternehmen – auch kleine – zeigen gemeinsam mit Kammern, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften und Regierung ein riesiges Engagement, Jahr um Jahr die Ausbildung zu sichern, und das Gesetz kann den Beteiligten dabei helfen. Zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen wird honoriert. Ausbildungsplätze über der erforderlichen Quote werden aus dem Abgabefonds unterstützt. Die Unterstützung bis zu 7.500 Euro kann sogar für finanzschwache kleine Highlight-Unternehmen, die sich bisher nicht an die Ausbildung wagen, sie aber dringend für den eigenen passgerechten zukunftsfähigen Nachwuchs nötig hätten, ein Anreiz sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Unternehmen, die über der Quote ausbilden, und das sind nicht wenige im Land, werden entlastet, vor allen Dingen das Handwerk mit 25 Prozent durchschnittlicher Quote. Und dagegen sollen wir stimmen, dagegen?

Allein auf einen möglichst auch noch länderspezifischen Ausbildungspakt zu hoffen, ich glaube, da sind wir verlassen, gerade wegen unserer großen belastenden Spezifik. Unser Problem ist doch nicht allein hausgemacht. Unsere Wirtschaftsstruktur hängt doch sehr wohl mit der Art und Weise des Einigungsprozesses zusammen, wovon andere profitierten, ihre Unternehmen sanierten, stabilisieren konnten. Noch heute partizipieren Unternehmen in den alten Bundesländern zum Beispiel von jungen Fachleuten, die wir mit viel Mühe ausbilden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da ist doch ein Ausgleich zwischen den Ländern mit der ausgleichenden Arbeitsplatzabgabe durchaus legitim.

Neues ist ungewohnt, bringt Aufwand. Doch hier im Land überwiegen, weil wir so viele Probleme haben mit der Anzahl der Jugendlichen, die Vorteile. Die Landesregierung sollte im Bundesrat aktiv für dieses Gesetz wirken.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Am 27.05. befindet es sich in den Ausschüssen. Gut wäre, wenn Mecklenburg-Vorpommern dort seine Änderungsvorschläge einbringt, beispielsweise zu den Call-Centern, was nicht einfach zu regeln ist, aber dazu habe ich jetzt hier keine Zeit.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Warum wollen Sie die denn rausnehmen?)

Ich will sie nicht herausnehmen. Ich habe gesagt, das ist zu regeln.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieso brauchen wir denn da eine Sonderregelung? Wieso? –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben ein Problem, okay.

Vernünftig wäre, wenn sich Mecklenburg-Vorpommern bemüht, eines der Länder zu sein, die der Bundesrat für den Beirat des Ausbildungsfonds nach Paragraph 19 vorschlägt. Gut wäre vorzuschlagen, dass als Ergänzung auch die Bundesagentur für Arbeit in diesen Beirat kommt. Ich möchte die Landesregierung nachdrücklich ermuntern, Anfang Juni diesem Gesetz im Bundesrat den Weg zu bereiten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dieses Gesetz ist so weit weg von der Wirklichkeit.)

Die PDS sieht in der Ausbildungsplatzabgabe keine Reparaturmaßnahme, keine Notlösung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn es nach Ihnen gehen würde, würde eine Arbeitsplatzabgabe eingeführt.)

sondern einen Schritt in eine zukunftsfähige Neustrukturierung für die Finanzierung der Ausbildung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Dr. Bunge.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass zum letzten Redebeitrag – ich denke, dass das der letzte vor der Mittagspause ist – der Ministerpräsident zu diesem wichtigen Thema auch wieder hier im Hohen Hause anwesend ist, denn wir haben ja nicht nur wegen der allgemeinen Diskussion hier im Parlament diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung setzen lassen, sondern wir wollen noch einmal die Landesregierung über die Bedeutung ihrer Entscheidung im Bundesrat in Kenntnis setzen, wie folgeschwer diese sein kann.

Ich habe viele Statements in der letzten Zeit gehört und deswegen enttäuscht mich auch ein wenig das, was ich von Herrn Schulte und auch von Frau Bunge gehört habe,

(Regine Lück, PDS: Das glaube ich doch jetzt nicht!)

weil ich in der letzten Zeit der Auffassung war, dass wir uns hier mit dem Wirtschaftsminister einig sehen können, dass diese Ausbildungsplatzabgabe ein absolut verfehltes Monstrum ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

das Bürokratie schafft und eigentlich die Probleme, die wir seit Jahren in der Ausbildung haben, die in diesem Land bekannt sind und die man mit einem Ausbildungspakt 2010 schon seit Jahren versucht zu lösen, nicht löst. Ich sehe Armin Jäger, er hat jahrelang darum gekämpft, als er noch Wirtschaftsstaatssekretär war. Das haben dann die SPD-Wirtschaftsminister und -Staatssekretäre fortgeführt, dass Sie, meine Damen und Herren, hier im Parlament eigentlich eher auf ein bürokratisches Monstrum setzen

(Regine Lück, PDS: Damals wurde besser ausgebildet.)

als auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft, die bisher immer funktioniert hat.

(Minister Dr. Till Backhaus: Eben nicht! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und außerdem, Herr Ministerpräsident, ich bin sehr enttäuscht, dass wir zu diesem wichtigen Antrag hier im Parlament keinen Redner der Regierung hören können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist erstaunlich.)

denn es geht ja eigentlich um das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sonst reden Sie zu allen Dingen.)

und dazu hätten wir gerne auch einmal hier ein Statement gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dazu schweigt der Ministerpräsident, aber wenigstens kraftvoll. – Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

In der letzten Woche haben wir bei der IHK Schwerin eine Ausbildungskonferenz gehabt.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Und dort hat sich der Ministerpräsident sehr wohl artikuliert. Da waren Sie dabei.)

Der Ministerpräsident und die Kollegin Bunge waren dabei, sonst hatten wir leider keine Vertreter aus dem Hohen Hause. Ich weiß, die Verpflichtungen sind groß, aber das Thema Ausbildung ist wichtig und deswegen hätte ich mir gewünscht, dass noch viele andere Kollegen aus diesem Haus die paar Schritte von hier in die IHK machen.

Der Ministerpräsident wurde dort auch von Journalisten gefragt, was er denn für eine Auffassung zu diesem Thema vertritt. Er ist auf diese Frage nicht eingegangen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber kraftvoll. – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Auch die NDR-Journalistin, die im Nachhinein Statements von Politikern abgefragt hat, hat gefragt, wissen Sie denn, was der Ministerpräsident zu diesem Thema überhaupt denkt? Uns will er nichts sagen. Ich habe

gesagt, ich weiß es natürlich auch nicht besser als die Presse.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Dann hatten Sie ein Blackout. Ich habe es gehört, sehr wohl.)

Aber ich vermute einfach, dass er Herrn Müntefering in Berlin den Rücken decken will, dass man diesem Mann jetzt nicht diese Blöße geben möchte, dass er sich da vergaloppiert hat, als seine erste große Tat, eine Ausbildungsplatzvernichtungsabgabe zu beschließen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ich denke, meine Damen und Herren, das ist der eigentliche Hintergrund, warum Sie alle, die ich sehr schätze, auch im Wirtschaftsausschuss,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Ministerpräsident unterstützt aber den Wirtschaftsminister.)

von dem ich ausgegangen wäre, nicht viel mehr Bürokratie wirklich einsetzen.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Wieder so ein Schlagwort. Beweisen Sie das doch erst einmal! Wir werden sehen.)

Ich bin davon ausgegangen, dass wir diese sachlichen Diskussionen, die wir im Ausschuss führen, jetzt hier nicht im Parlament mit ideologischen Behauptungen aufwerten müssen, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wirtschaftspolitik à la Frau Luft. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ordnungspolitisch – und das ist ja wohl auch eine Frage, die der Ordnungspolitik zugeordnet werden muss, Herr Schulte – sind wir doch eigentlich mit dem Wirtschaftsminister Ebnet in sehr vielen Fällen einig. Das ist doch ganz klar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

In anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik gibt es dort Unterschiede. Aber dass Sie als Abgeordneter – und ich denke, dass heute die Obleute der Fraktionen auch für die Fraktionen gesprochen haben – ihrem Wirtschaftsminister Ebnet und dem Bundeswirtschaftsminister in den Rücken fallen, hätte ich heute hier wirklich nicht erwartet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Er hat ja Sie, Herr Petters!)

Ja, ich denke, Frau Gramkow, wenn ein Minister in diesem Hohen Hause gute Politik macht,

(Rudolf Borchert, SPD: Wer fällt denn wem in den Rücken?)

sollte man das auch ganz klar benennen, und das erwarten wir.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Das machen wir auch und ich habe heute nichts gehört davon. Wir haben uns wieder ausgetauscht, die alten Sachen gehört.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich habe eine neue Rede geschrieben, Herr Petters!)

Ich denke, mit dieser Ausbildungsplatzabgabe, Frau Bunge, lösen wir doch keine sozialpolitischen Probleme. Das können Sie doch auch nicht den Unternehmern des Landes aufbürden! Das können Sie doch nicht ernst meinen!

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben doch Frau Bunge gar nicht zugehört!)

Sozialpolitik muss auch von der Politik gelöst werden.

(Zurufe von Dr. Martina Bunge, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Hier geht es um Ausbildung und das ist überwiegend eine Frage, und das haben wir auch auf dem Forum – jetzt ist der Ministerpräsident wieder gegangen – gehört von Unternehmern:

(Reinhard Dankert, SPD: Wollen Sie eine staatliche Ausbildung? – Angelika Gramkow, PDS: Wieso soll sich die Politik raushalten? – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Wollt ihr uns denn mit dieser Zwangsabgabe dahin bringen, dass wir Ausbildung nur noch aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen sehen? Bisher haben das die Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern nicht getan.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Sie haben weit über dem Durchschnitt – in Deutschland führend – ausgebildet.

(Reinhard Dankert, SPD: Das werden sie auch weiterhin tun.)

Wenn sie jetzt diese Abgabe zahlen müssen, meine Damen und Herren,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie müssen das doch gar nicht zahlen! – Angelika Gramkow, PDS: Sie brauchen das doch gar nicht zu zahlen!)

werden die Leute vielfältig nur noch betriebswirtschaftlich denken

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Ute Schildt, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

und ihren sozialen Anspruch als Unternehmer in diesem Land nicht mehr wahrnehmen.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie müssen nicht zahlen, sie bekommen noch etwas dazu. – Heike Polzin, SPD: Ja.)

Wovon träumen Sie denn? Befassen Sie sich mal damit!

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, Egbert Liskow, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Petters, Entschuldigung.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie haben nichts begriffen! – Torsten Koplin, PDS: Kein Zusammenhang! Sie verstehen den Zusammenhang nicht!)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte doch um mehr Ruhe im Plenarsaal, damit der Redner gehört werden kann und ausreden kann.

(Torsten Koplin, PDS: Wir haben schon eine Menge gehört hier!)

Bitte, Herr Petters, Sie haben das Wort.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Wie ich aus den Reden der PDS- und SPD-Redner gehört habe, kennen Sie die Zahlen, die auch dieser Debatte zugrunde liegen.

(Regine Lück, PDS: Sie vergessen die.)

Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Jahr auch wieder die Lücke so weit wie möglich schließen werden.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Richtig. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir haben es im Mai eines jeden Jahres mit einer sehr großen Lücke zu tun gehabt, meine Damen und Herren! Geben Sie doch wirklich den Unternehmern einmal eine Chance, diese Lücke zu schließen mit aller Kraft, mit ihrem Engagement,

(Klaus Mohr, SPD: Die ganze Zeit, Herr Petters!)

und versuchen Sie sie nicht zu erpressen mit so einer Abgabe, mit einem Gesetz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Rudolf Borchert, SPD: Diese Chance bekommen die Arbeitgeber mit diesem Gesetz.)

Sie machen ein Gesetz gegen 95 Prozent der Bevölkerung,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Nee!)

teilweise gegen die Unternehmer. Gehen Sie mit diesem Gesetz raus!

(Torsten Koplin, PDS: Machen wir doch!)

Seien Sie froh, dass das vor der Kommunalwahl höchstwahrscheinlich nicht verabschiedet wird, meine Damen und Herren. Gehen Sie raus, versuchen Sie das zu verantworten!

(Birgit Schwebs, PDS: Fragen Sie mal die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz haben! – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern werden wir eine große Mehrheit haben. Und wenn Sie zu den Handwerkskammern, zu den Industrie- und Handelskammern gehen, das sind doch auch Menschen, die dieses Problem gerade zu lösen haben. Das werden Sie doch mit einer Abgabe nicht hinbekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Überhaupt nicht. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es ist einfach so, dass wir den Unternehmen die Möglichkeit geben müssen,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Wir müssen es einfach machen.)

sich auch weiter engagieren zu wollen. Ich spreche mit Unternehmern und Sie machen das ja auch in vielen Gesprächen mit Unternehmern. Diese sind höchstgradig verunsichert.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Sie wissen nicht, was auf sie zukommt.

(Reinhard Dankert, SPD: Das wollten Sie doch so! – Ute Schildt, SPD: Ihre Debatte trägt dazu bei, Herr Petters! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sie sagen sich, wisst Ihr, wenn Rot-Grün in Berlin und diese Landesregierung immer weniger zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Deutschland tun, wie sollen wir denn dann noch diese Ausbildungsaufgabe lösen? Da gebe ich diesen Unternehmern Recht. Es sind ja nicht nur die Unternehmer, sondern auch Eltern, Lehrer, die alle gemeinsam Sorgen haben, dass dieses Problem gelöst wird.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann treffe ich immer nur SPD-Unternehmer, die alles toll finden.)

Jetzt nur aus ideologischen Gründen heraus dies so zu tun, halte ich für falsch.

Selbst Gewerkschaftsvertreter sind der Auffassung, dass diese Ausbildungsquote von sieben Prozent wesentlich zu hoch ist, und selbst Unternehmen aus dem Land liegen ja in weiten Bereichen – bis auf die Gewerkschaften, das haben wir ja auch in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses gehört – weit oberhalb dieser Abgabe. Das Problem ist ja nicht, dass die Unternehmen hier im Lande zu wenig ausbilden. Das Problem hat ja etwas mit der Demographie, mit den Geburten zu tun.

(Heike Polzin, SPD: Wo ist denn das Problem? – Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber das sind doch die Argumente bundesweit. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wir werden in zwei Jahren dieses Problem nicht mehr haben. Das hat man dem Ministerpräsidenten auch gesagt. Dann werden wir darum betteln, wieder Auszubildende zu haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Kommen Sie doch von der Scholle runter!)

Und dafür wollt ihr hier ein Monstrum aufbauen, das vielleicht für zwei Jahre ein bisschen Abhilfe schafft?!

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, das halte ich nicht für gerechtfertigt.

(Regine Lück, PDS: Wenn die Unternehmer das nicht wollen, müssen sie sagen, wie sie das Problem lösen wollen, aber das können sie auch nicht. – Glocke der Vizepräsidentin)

Es wird den jugendlichen Schulabgängern mit diesem Gesetz ein Bärendienst erwiesen. Und es ist ganz klar, dass die Jugendlichen weniger Chancen haben, in der Zukunft einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das hat auch etwas mit der Struktur unserer Unternehmen zu tun. Wir haben nicht blühende Landschaften, leider noch nicht, und es wird immer schlechter. Schauen Sie sich doch einmal die Unternehmen an, die in Insolvenz gegangen sind!

(Klaus Mohr, SPD: Was ist denn das für eine Jammerorgie hier?! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die sind schon einmal weg, die kommen für diese Geschichte nicht mehr in Frage. Schauen Sie sich an, in welchen Branchen unsere Unternehmen produzieren! Das sind nicht gerade die Topwachstumsbranchen.

(Heike Polzin, SPD: Die bilden trotzdem aus! Das ist es ja!)

Und diese Unternehmen arbeiten immer am Rande der Insolvenz, meine Damen und Herren! Und die sollen dann noch eine weitere Abgabe zahlen?

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollen ausbilden und keine Abgabe zahlen! – Ute Schildt, SPD: Und sie bilden aus!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Petters, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schulte?

Andreas Petters, CDU: Nein, im Moment nicht.

(Heinz Müller, SPD: Dazu fehlt ihm der Mut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Im Moment nicht, Herr Schulte.

Andreas Petters, CDU: Meine Damen und Herren, schauen Sie ins Ausland! Das ist ja manchmal auch ganz lehrreich. Zum Beispiel die Franzosen, aber was uns näher liegt, ist Dänemark, die haben auch eine Ausbildungsplatzabgabe

(Rudolf Borchert, SPD: Da funktioniert das Umlagesystem!)

und die stehen wesentlich schlechter bei den Ausbildungsquoten da als wir in Deutschland.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie bitte?)

Die Dänen haben 3,2 Prozent, in Frankreich 1,4 Prozent Ausbildungsquote trotz einer Umlage.

(Reinhard Dankert, SPD: Kein duales System. Die haben kein duales System, das wissen Sie!)

Ich weiß, meine Damen und Herren, in Deutschland wird das alles anders geregelt werden. Ich wünsche mir auch, dass die jungen Menschen wieder einen Ausbildungsplatz in Mecklenburg-Vorpommern bekommen.

(Reinhard Dankert, SPD: Die bilden vorwiegend staatlich aus. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber ich habe große, große Sorgen, denn bei der Veranstaltung bei der IHK, meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat ein Unternehmer den Ministerpräsidenten gefragt:

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Ministerpräsident, sagen Sie mir mal ein Argument, warum ich als Unternehmer heutzutage noch ausbilden sollte. Null. Es kam nichts. Meine Damen und Herren, dieser Mann hat gesagt: Wissen Sie, ich bilde hier aus in Mecklenburg-Vorpommern, ich gebe viel Geld für diese Ausbildung aus.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Und wenn dieser junge Mensch ausgebildet ist nach drei Jahren, dann bewirbt er sich nach Hamburg, Essen, München, sonst wohin. Warum sollte ich noch ausbilden? Und jetzt soll ich dafür auch noch eine Umlage bezahlen? Wissen Sie, wenn er eine Umlage bezahlen muss, dann bildet er überhaupt nicht mehr aus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, Ute Schildt, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, diese Ausbildungsplatzabgabe wird nicht diesen Erfolg bringen, das zeigen auch Dänemark und Frankreich.

(Reinhard Dankert, SPD: Außerdem bringt ein Azubi im zweiten Lehrjahr schon Gewinne. Ganz umsonst ist das nicht, was sie da tun!)

Und, meine Damen und Herren, denken Sie an die Landwirtschaft,

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

denken Sie an die Landesregierung oder denken Sie zuletzt – und damit werde ich enden – an das Mecklenburgische Staatstheater. Aber das scheint Ihnen ja auch noch nicht aufgefallen zu sein.

(Gabriele Schulz, PDS: Oh, das ist eine Arroganz!)

Dieses Mecklenburgische Staatstheater hat 320 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, null Auszubildende.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Katastrophe!)

Wenn man das mal 14,2857 rechnet und dies mit der entsprechenden Abgabe berechnet, kommt man auf eine jährliche Abgabe von 162.640 Euro für das Mecklenburgische Staatstheater hier in Schwerin. Meine Damen und Herren, das sind ganz klar die Auswirkungen und Konsequenzen, die aus diesem Gesetz herauskommen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich das noch einmal überlegen und unserem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Fragen Sie doch mal Herrn Kümmritz, warum er nicht ausbildet!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Petters, gestatten Sie noch eine Anfrage? (keine Zustimmung)

Danke, Herr Petters.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da müssen wir vielleicht doch die Praxis mal zu Wort kommen lassen.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

Ich zitiere: „Die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften sei nicht rosig. Insofern werde man in den nächsten Jahren eher mit dem Abbau von Arbeitsplätzen betriebsintern zu tun haben. Deshalb mache es an dieser Stelle wenig Sinn, Ausbildungsplätze für den Eigenbedarf bereitzustellen. Hinzu komme, dass der Altersschlüssel und die Alterszusammensetzung im Bereich des DGB Nord durch eine sehr junge Belegschaft gekennzeichnet seien, bedingt durch den Neuaufbau der Strukturen gerade im Osten. Die Ausbildungsplatzabgabe werde ausdrücklich befürwortet und gewünscht. In diesem Zusammenhang gehe er nicht davon aus, dass eine Ausbildungsplatzabgabe betriebswirtschaftlich dazu führen würde, dass die Gewerkschaften mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellten. Daher gehe er aus den vorgenannten Gründen davon aus, dass die Ausbildungsplatzabgabe durch die Gewerkschaften ebenfalls zu zahlen sei.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das erreichen Sie damit, wenn selbst die Gewerkschaften sagen, wir stellen nicht einen einzigen mehr ein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und dann nehmen Sie doch bitte wenigstens zur Kenntnis, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes aus seiner Verantwortung heraus

(Wolfgang Riemann, CDU: Von seinem Sachverstand.)

Frau Bulmahn angeschrieben und ihr erstens erhebliche wirtschafts- und standortpolitische Nachteile erklärt hat. Minister Ebnet befürchtet, dass vor allem in der Call-Center-Branche Tausende Arbeitsplätze verloren gehen könnten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da können wir auch locker drauf verzichten.)

Zweitens, Zitat, unser Wirtschaftsminister laut „Nordkurier“: „Durch die gegenwärtige Debatte entsteht eine große Verunsicherung mit dem Ergebnis, dass am Ende weniger Lehrstellen zur Verfügung stehen könnten.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

„Es gibt nicht nur ein quantitatives Problem, es gibt auch ein enormes qualitatives Problem auf dem Lehrstellenmarkt.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das ist wahr.)

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass nicht jeder Bewerber jedem Betrieb zugemutet werden kann.“ Das sagt der Wirtschaftsminister dieses Landes aus seiner Verantwortung heraus und er hat Recht. Und Sie treten nicht nur ihm in die Hacken, sondern Sie schaden unseren Unternehmen, wenn Sie einen solchen Unsinn hier beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Und unserem Land und unseren Jugendlichen. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1170.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ideologie ohne Sachverstand, da kann man auch mit dem besten Beispiel nichts regeln.)

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1170 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU

(Reinhard Dankert, SPD: Und einer Stimme aus der SPD.)

und eines SPD-Abgeordneten abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Wir hatten uns auf eine 30-minütige Pause geeinigt. Ich unterbreche die Sitzung, sie wird um 13.35 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 13.05 Uhr

Wiederbeginn: 13.37 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Agenda-21-Prozess – grenzübergreifend, auf Drucksache 4/1179. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1201 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Agenda-21-Prozess – grenzübergreifend
– Drucksache 4/1179 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1201 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle persönlich ganz herzlich zu diesem interessanten Tagesordnungspunkt.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, 20 Jahre nach der ersten UN-Umweltkonferenz fand 1992 in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung statt. Die internationale Staatengemeinschaft verständigte sich auf eine neue weltweite Zusammenarbeit in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Und nur die allergrößten Optimisten glaubten damals bei der Breite der Themen und der Größe der globalen Probleme an ein Ergebnis des Sitzungsmarathons. Aber es wurden trotz aller Unkenrufe die Rio-Deklaration, die Klimarahmenkonvention, das Übereinkommen über die biologische Artenvielfalt, die Waldgrundsatzerklärung und das Aktionsprogramm „Agenda 21“ beschlossen. Und Leitbild dieser aller ist die nachhaltige umweltgerechte Entwicklung, und zwar mit den drei gleichberechtigten Bereichen Ökologie, Ökonomie und natürlich auch Soziales.

Inzwischen verpflichteten sich fast 180 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen, auf dieses Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Das beschlossene Aktionsprogramm enthält wichtige Festlegungen, unter anderem zur Armutsbekämpfung, zur Bevölkerungspolitik, zu Handel und Umwelt, zur Abfall-, Chemikalien-, Energie- und Klimapolitik, zur Landwirtschaftsentwicklung sowie zu finanzieller und technologischer Zusammenarbeit der Industrie- und Entwicklungsländer. Der Agenda-21-Prozess war geboren. Dieser ist aber nicht nur auf der globalen Ebene von Bedeutung, sondern ausgestaltet wird er gerade auch auf der lokalen und regionalen Ebene. Hier vor Ort wird er aktiv und in seinem ganzheitlichen Ansatz umgesetzt.

Um die ökonomischen, ökologischen und sozialen Ziele der nachhaltigen Entwicklung unter einen Hut zu bringen, diese in einen globalen Kontext zu stellen und zu verwirklichen, ist gemeinsames Handeln der politischen, der regionalen und der lokalen Akteure unerlässlich.

Mit der Agenda 21, meine Damen und Herren, wurde ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, in dem Wege hin zu einer nachhaltigen und zukunftsbeständigen Entwicklung beschrieben werden. Viele Staaten legten seither nationale Aktionspläne vor, die zeigen, wie sie in ihrem Land eine nachhaltige Entwicklung gestalten wollen. Auch die Bundesrepublik Deutschland formulierte mit dem Umweltbericht von 1994 – im Übrigen

unter der Federführung des damaligen CDU-Umweltministers Töpfer – ihre erste nationale Agenda zur Umsetzung des Abkommens von Rio, die sich an dem dort entwickelten Leitbild orientierte. Seither beansprucht Deutschland eine Vorreiterrolle unter den Industrienationen für sich und versuchte, dieser Rolle auch auf der Nachfolgekonzferenz von Rio gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen an dieser Stelle auch noch einmal ins Bewusstsein rufen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits seit 1997 ein Klimaschutzkonzept hat. In diesem Konzept ist beispielsweise festgeschrieben, dass der Ausstoß treibhausrelevanter Gase bis 2010 auf 25 Prozent der 1990 gemessenen Emissionen sinken soll.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Energiesparen! Jetzt geht das Licht aus. –
Beate Mahr, SPD: Das hängt mit der Agenda zusammen.)

Es hängt mit dem Energiesparen zusammen, was hier vorgeht, genau.

Durch Rio kam auch in der Bundesrepublik endlich ein nationaler Diskussionsprozess zur nachhaltigen Entwicklung von Ländern, Regionen und Kommunen in Gang, der bis heute anhält. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern sieht sich – insbesondere seit 1998 – in der Pflicht, aktiv in diesem Prozess mitzuwirken. Eine Erkenntnis aus diesem Engagement ist, Agenda-Arbeit muss politisch gewollt sein und administrativ eingebunden werden, damit die sich ergebenden Chancen auch wirklich genutzt werden können.

So verpflichteten sich SPD und PDS im Herbst 2002 in der Koalitionsvereinbarung, eine Agenda 21 für Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Dieses Vorhaben wurde durch einen Kabinettsbeschluss zum Regierungsprogramm. Unter der Federführung des Umweltministeriums wird derzeit mit Hilfe einer IMAG an der Umsetzung gearbeitet. Und die PDS-Landtagsfraktion hofft, dass noch in diesem Jahr ein erster Entwurf vorgelegt werden kann.

Auch die Aktivitäten der Kommunen in unserem Land sind beachtlich und sie sind notwendig, denn nur, wenn die Kommunen sich dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verschreiben, kann sich das ganze Land zukunftsfähig darstellen und gestalten. Beispielhaft für einen dauerhaften und erfolgreichen städtischen Agenda-Prozess seien nur die Hansestadt Rostock und Güstrow benannt. Mittlerweile gibt es circa 200 Beschlüsse zur Bildung von regionalen Agenden durch Gemeinde- oder Stadtvertretungen und einige Dutzend weitere sind in Vorbereitung. Die Steigerung zu 1998 – damals waren es gerade mal 16 regionale Agenden – ist beachtlich. Damit beteiligen sich circa 20 Prozent der rund 1.000 Kommunen von Mecklenburg-Vorpommern mit lokalen Agenden an der nachhaltigen Entwicklung ihres Heimatortes und des Landes.

Unter dem Dach der Agenda 21 sind landesweit viele Initiativen ausgelöst worden. Viele erfolgreiche Projekte wurden begonnen, deren Qualität besonders in Bezug auf die konkreten Probleme und Potentiale vor Ort und ihrer handlungsübergreifenden Ausrichtung bestehen.

Aber, meine Damen und Herren, der Agenda-21-Prozess befindet sich derzeit auch in einer komplizierten Phase. Viele Regionen stehen vor der Aufgabe einer Neu-

orientierung. Dies betrifft insbesondere die Absicherung des Regionalmanagements, das den Agenda-Prozess bisher begleitete. Durch die alternativlose Bereinigung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente durch die rot-grüne Regierung in Berlin können viele Agenda-Projekte, die als GAP-Projekte mit Hilfe von SAM oder ABM durchgeführt wurden, nicht oder nur in abgespeckter Form weitergeführt werden. Kommunen, die bisher maximal die Sachkosten übernommen hatten, müssten bei den Personalkosten einsteigen. Und da fragt man sich dann, ob sie auch das noch leisten können.

Es sind aber Akteure notwendig, die hauptamtlich und langfristig die Aufgaben des Agenda-Prozesses bearbeiten. Gesellschaftlich notwendig dringende Aufgaben, die von Akteuren erkannt und formuliert werden, können jetzt aber unter Umständen nicht mehr realisiert werden. So ist der Agenda-Prozess selbst ein Beweis dafür, dass ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor nicht nur das verträumte Steckenpferd einer linken Partei ist, sondern ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis,

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

denn gesellschaftlich notwendige Arbeiten müssen auch aus Steuermitteln bezahlt werden, sonst bleiben sie liegen und werden eben nicht getan. Beispielhaft sind auch an dieser Stelle wieder einmal unsere skandinavischen Nachbarn, dort liegt die Beteiligung der Kommunen bei fast 100 Prozent.

Die Notwendigkeit von nachhaltiger Entwicklung, meine Damen und Herren, macht aber nicht an Grenzen von Kommunen oder Ländern Halt. Länderübergreifende Projekte sind in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa notwendig. Ich meine damit nicht nur gemeinsame Projekte mit unseren benachbarten Bundesländern, sondern gerade auch mit unserem östlichen Nachbarn Polen. Und nach dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur EU am 1. Mai 2004 verstärken sich die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Agenda-21-Prozesses enorm.

Vieles ist hier schon erreicht – ich werde nachher in meiner zweiten Rede darauf noch eingehen –, trotzdem sollte Mecklenburg-Vorpommern seine Anstrengungen auf diesem Gebiet verstärken. Deshalb haben Sie heute über den Antrag der Koalitionsfraktionen zu befinden, für den ich um Zustimmung bitte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Umweltminister Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schicke voraus, Agenda-Veranstaltungen, die wir im Lande durchführen, sind meistens gut besucht im Unterschied zur Debatte jetzt im Landtag, der sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Ich will mich ausschließlich konzentrieren auf die Zusammenarbeit mit Polen, obwohl es mir sehr am Herzen liegen würde, allgemeine Ausführungen zu machen, auch was die Vorbilder in Skandinavien betrifft, das ist in der Tat so.

Mit dem Antrag der Regierungsfractionen wird die Landesregierung aufgefordert, sich nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten verstärkt für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes einzusetzen. Ich bin den Fraktionen dankbar, dass sie dieses Thema in dieser Form im Plenum ansprechen.

Zunächst einmal möchte ich erneut feststellen, was auch der Herr Ministerpräsident und viele von uns und von Ihnen in den letzten Tagen unterstrichen haben: Die Erweiterung der Europäischen Union um die zehn neuen Beitrittsstaaten ist ein historischer Schritt und Teil eines der größten Friedensprojekte im Zusammenleben der Völker auf diesem Planeten.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, in dem Bereich, den ich als Fachminister zu verantworten habe, dem Natur- und Umweltschutz, kommt diese politische Entwicklung gewissermaßen der Natur der Sache nach im doppelten Sinne entgegen. Umweltschutz ist nämlich an sich schon grenzüberschreitend, sowohl im technischen Umweltschutz als auch im so genannten grünen Umweltschutz, dem Naturschutz. Weder die Abgasfahnen noch die Gewässerbelastungen von Industrieanlagen, die unserem Stand der Technik vielleicht noch nicht entsprechen, machen an politischen Grenzen Halt noch orientieren sich etwa die Wanderungen von Fischen aus dem internationalen Meer in die Flüsse oder der jährliche Zug der Vögel an solchen Grenzen. So, wie der Handel zwischen den Völkern, die jetzt in der EU miteinander verbunden sind, die Grenzen überschreitet, so überschreiten auch die naturwissenschaftlichen Gegebenheiten unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen diese Grenzen. Und so, wie wir den gemeinsamen Handel insgesamt als Chance sehen, so sollten wir auch den gemeinsamen Umweltschutz in der Europäischen Union als Chance begreifen und annehmen. Die Beitrittsländer, die wir jetzt im Haus Europa als neue Nachbarn begrüßen können, haben dies übrigens in unterschiedlichem Umfang zwar, aber schon lange erkannt und sich zum Teil seit Jahren intensiv darauf vorbereitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wo dies für einen Landesminister und sein Haus möglich war, hat das Umweltministerium dieses Aufeinanderzugehen bereits seit längerem unterstützt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses haben in den vergangenen Jahren in den Bereichen Wasser und Abwasser, Meeres- und Küstenschutz, Naturschutz, grenzübergreifende Störfallvorsorge, Umweltwissenschaft und Umweltbildung Kontakte zu den Beitrittsstaaten, insbesondere zur polnischen Woiwodschaft Westpommern, aufgebaut und aufrechterhalten.

Von den Anrainerstaaten der Ostsee sind seit der EU-Erweiterung zum Beginn dieses Monats acht Staaten Mitglieder der Europäischen Union. Es liegt deshalb nahe, hier einen zukünftigen Handlungs- und Politikschwerpunkt zu bilden, der auch und insbesondere den Bereich der Umwelttechnologie und Umweltwissenschaft umfassen wird. Hier arbeiten wir eng mit den Handelskammern, Universitäten und Hochschulen unseres Landes zusammen.

men, denn auf diesem Gebiet haben wir durchaus etwas für die Beitrittsländer zu bieten.

Ich bin den Fraktionen aber auch deshalb für den Antrag dankbar, weil unsere regionalen Mitbewerber im Ostseeraum, hier vor allem Dänemark und Finnland, gute Kontakte zu den Beitrittsländern haben und diese sehr konsequent ausbauen. Wir müssen also unsere eigenen Anstrengungen entsprechend ausrichten. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei natürlich die Beziehungen zu unserem direkten Nachbarn Polen. Der Artikel 6 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der als grundlegendes politisches Dokument der EU die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Umsetzung der Gemeinschaftspolitiken im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung vorsieht, gilt jetzt auch für unser Nachbarland Polen.

Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahre 1991 mit der Woiwodschaft Westpommern eine gemeinsame Umweltkommission gegründet, die GUK, die sich in diesem Herbst zum elften Mal treffen wird – dieses Mal auf polnischer Seite –, um an unseren gemeinsamen Aufgaben weiterzuarbeiten.

Auf der GUK-Tagung im Jahr 2000 habe ich den Vorschlag unterbreitet, unsere Zusammenarbeit mit dem Instrument der Agenda 21 auszubauen, denn der gemeinsame nachbarschaftliche Ausbau der von der EU geforderten und durch die Strukturfondsmittel auch geförderten nachhaltigen Entwicklung lässt sich im Rahmen des so genannten Regionalen-Agenda-21-Prozesses besonders fruchtbar gestalten. Die Notwendigkeit, im Agenda-21-Prozess zusammenzuarbeiten, ergibt sich nicht zuletzt aus der kleinteiligen Struktur der kommunalen Ebene unseres Landes. Wenn ein Dorf oder eine Kleinstadt sich dazu entschließt, eine lokale Agenda 21 zu erarbeiten, so ist dies zunächst ein bemerkenswerter Schritt. Er widerspiegelt die Ernsthaftigkeit, mit der die Kommune ihren Weg in die Zukunft unter Beteiligung der eigenen Bevölkerung gestalten will. Ein solcher Schritt ist ein Mosaiksteinchen in dem Prozess zu einer flächendeckenden Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung. Es genügt jedoch nicht, an verschiedenen Stellen Insellösungen gewissermaßen aus der eigenen Kirchturmperspektive anzustreben. „Entdecke deinen Nachbarn“ – nicht nur, aber auch – „im Agenda-21-Prozess“, dieses Motto gilt in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht noch stärker als in den anderen Bundesländern.

Folgerichtig sind in unserem Land eine Reihe von Regionalen Agenden 21 entstanden. Dabei haben sich die Regionen ganz unterschiedlich gefunden. Die Regionale Agenda 21 Rostock/Mittleres Mecklenburg ist identisch mit der entsprechenden Planungsregion. Die Regionale Agenda 21 Biosphäre Schaalsee orientiert sich landkreisübergreifend an den Grenzen des Biosphärenreservates Schaalsee. Die Regionale Agenda 21 Darß Zingster Boddenkette umfasst die Boddenküste und Teile des Hinterlandes. Eine ganz besondere Rolle spielt die Regionale Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen.

Ausgehend von dem von mir initiierten GUK-Beschluss aus dem Jahre 2000 erging an die GUK-Arbeitsgruppe „Agenda 21, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ der Auftrag zur Erarbeitung einer grenzüberschreitenden regionalen Agenda, die die Gebiete der Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern auf deutscher Seite und die Woiwodschaft Westpommern auf polnischer Seite umfasst.

Am 20. April 2001 fand im Stettiner Schloss eine sehr gut besuchte deutsch-polnische Konferenz zu diesem Thema statt. Höhepunkt der Konferenz war die Unterzeichnung des Stettiner Beschlusses durch meinen damaligen polnischen Amtskollegen Posluszny und mich. Mit diesem Beschluss sind wir die Verpflichtung zur Erarbeitung der Agenda eingegangen. Im Anschluss an die Konferenz sollte der Agenda-Prozess in der Region etabliert und verankert werden. Auf beiden Seiten der Grenze wurden Akteure und Partner gefunden sowie Projekte initiiert, die das Ziel der Agenda unterstützen.

Der nächste Meilenstein war die Unterzeichnung des Dokumentes Regionale Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen am 6. September 2002 in Pasewalk durch Herrn Posluszny und mich. Das Dokument formuliert unter anderem das Leitbild der Regionalen Agenda 21 sowie Wege und Maßnahmen dorthin.

Ich freue mich, dass sich das Arbeitsministerium sehr konstruktiv in die Erarbeitung und Umsetzung der Regionalen Agenda 21 einbringt. Durch die große thematische Nähe von Agenda-21-Prozessen und dem integrierten Küstenzonenmanagement ist es gelungen, das Projekt „Forschung für das integrierte Küstenzonenmanagement in der Oder-Region“ mit der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff zu verbinden. Nicht zuletzt durch die im Rahmen der Regionalen Agenda 21 seit dem Jahr 2000 bereits geleisteten Vorarbeiten ist es gelungen, den Zuschlag für Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für dieses Küstenzonenmanagement zu erhalten. Für den Agenda-21-Prozess bedeutet dies unter anderem, dass ab Juni dieses Jahres ein mit den Fördermitteln finanziertes Agenda-Transferbüro die Arbeiten unterstützen wird. Auf polnischer Seite wird derzeit geprüft, ein ähnliches Büro einzurichten. Die Möglichkeiten und Chancen hierfür sind nach dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 selbstverständlich deutlich gestiegen.

Das Projekt der grenzüberschreitenden Agenda 21 wurde von Anfang an wissenschaftlich begleitet, auf deutscher Seite durch die Fachhochschule Neubrandenburg, auf polnischer Seite durch die Universität Stettin. Die seit Beginn durchgeführten Aktivitäten richteten sich zunächst in erster Linie an Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen auf beiden Seiten der Grenze. So wurde bereits 2002 ein deutsch-polnisches Agenda-Training begonnen. Das Trainingsprogramm des Jahres 2003 bestand beispielsweise aus insgesamt sechs Modulen, hiervon vier gemeinsame Termine der deutschen und polnischen Teilnehmer. Im Vordergrund stand der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch. Am Ende des Kurses erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat für die erfolgreiche Teilnahme.

Im Jahr 2002 wurde ein Schülerwettbewerb zur Ausgestaltung des Logos ausgelobt. Aus den insgesamt 55 Entwürfen wurden zwei erste Preise ausgewählt. Eine polnische Schulklasse gewann eine Exkursion zur Landesgartenschau in Wismar, eine Klasse des Oskar-Picht-Gymnasiums war Gast in Stettin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu erwähnen, ist mir besonders wichtig, denn gerade die nachwachsende Generation der jungen Europäer hat die Chance, einen großen Beitrag zu einem wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen und sozial-kulturell reichen Zusammenleben zu leisten. Dabei müssen wir sie unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich habe Ihnen einige Gedanken und Hintergründe aus europäischer Sicht und einige konkrete Handlungsbeispiele aus der aktuellen Arbeit des Umweltministeriums vorgetragen. Alle Fachleute sind sich einig, dass der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten zu weitreichenden langfristigen Veränderungen führen wird. Er birgt Chancen und Risiken, auch und insbesondere im Bereich des Umweltschutzes und der Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Ich meine, dass wir diese Chancen beherzt nutzen und auftretende Probleme nüchtern betrachten und soweit möglich lösen sollten. Die vereinbarte Agenda 21 ist ein geeignetes Instrument, weitere Fortschritte zu erreichen. Den komplexen Anspruch an eine Agenda 21 werden wir wohl dann erst voll erreichen, wenn sie alle Politik- und Lebensbereiche, sowohl die ökologischen als auch die ökonomischen und soziokulturellen, umfasst.

Insofern gehe ich damit ein wenig ein auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der schon eine gewisse Basis hat. Allerdings zielt der Antrag der Regierungsfractionen, soweit ich ihn verstanden habe, in erster Linie auf die Arbeit im Umweltsektor. Sie als Parlament müssen entscheiden, in welche Richtung Sie votieren wollen. Aber vom Anliegen der Agenda 21 her ist es völlig korrekt, den Bereich der Umweltpolitik zu ergänzen durch die Wirtschaft und das Soziale. Der vorliegende Antrag der Regierungsfractionen zeigt auf jeden Fall auf, dass das Parlament sich dieser Aufgabe auf verschiedenen Handlungsfeldern zu stellen bereit ist und die grenzüberschreitende Arbeit des Umweltministers im Besonderen unterstützen möchte. Und das, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich für mich eine große Chance. Ich begrüße deshalb als Fachminister und als Bürger dieses Landes und der Europäischen Union sehr ausdrücklich diesen Antrag und bedanke mich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Timm von der Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hüt möken wi dat so, dat jeder dat versteht.

Wir, die CDU-Fraktion, möchten dem Antrag, den Sie heute hier eingebracht haben, sehr gerne zustimmen. Und ich bin auch dem Umweltminister sehr dankbar, dass er darauf verwiesen hat, dass die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht hat. Ich begrüße es auch außerordentlich, dass er auf diesen Änderungsantrag insofern eingegangen ist, dass er gesagt hat, diese Änderung, die hier vorgeschlagen worden ist, ist eine sinnvolle, nicht nur eine sinnvolle, eigentlich eine erforderliche, eine notwendige Erweiterung, um dieses Thema weiter fassen zu können.

Bereits im Mai 1992 hat die Staatengemeinschaft auf dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro die Kommunen weltweit in die Pflicht genommen, vor Ort einen Prozess für eine lokale Agenda 21 in Gang zu setzen. Agenda 21 oder nachhaltige Entwicklung, das sind Schlagworte, die nach wie vor in aller Munde sind. Fragt man allerdings nach, können viele Mitmenschen das Anliegen des Agenda-Prozesses nicht erläutern oder haben es auch noch gar nicht richtig verstanden.

Dieses wird auch im vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen deutlich. Wieder einmal wird der Prozess der lokalen Agenda 21 nur durch die ökologische Brille betrachtet. Dabei muss gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Agenda-21-Prozess auf Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme neben den ökologischen Belangen auch die sozialen und wirtschaftlichen Belange beinhalten.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Wenn alle Problemkreise der Agenda berücksichtigt werden, dann ist ein sehr breiter Prozess zu behandeln, dem wir uns mit Nachdruck stellen müssen. Der Dreiklang von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem darf kein Missklang sein. Klar aber ist, dass es auch künftig nicht möglich sein wird, den Umweltbereich völlig losgelöst von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten zu betrachten. Wie sagte doch schon Klaus Töpfer: „Der größte Feind der Umwelt ist die Armut.“ Aus diesem Grunde hat meine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht. Alle drei Bereiche müssen nach Ansicht meiner Fraktion gleichberechtigt nebeneinander betrachtet werden.

Meine Damen und Herren, während der Agenda-21-Prozess bisher in unserem Land zum überwiegenden Teil von den Kommunen ausgeht, wird mit dem vorliegenden Antrag nunmehr die Landesregierung aufgefordert, sich verstärkt für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes einzusetzen. Offensichtlich sehen die Koalitionsfraktionen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Zwar sind meines Erachtens die Kommunen und die private Wirtschaft die wesentlichen Akteure bei der Umsetzung der Agenda 21, dennoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass Initiativen durch den administrativen Bereich angeschoben und unterstützt werden müssen.

Meine Damen und Herren, der Agenda-Prozess ist ein Prozess des Findens und der Mitwirkungsmöglichkeiten und demzufolge ist neben der Ökologie, der Wirtschaft und dem Sozialen eine vierte Säule zum Sichern der Chancen eines jeden Einzelnen notwendig, der Begriff der Gerechtigkeit. Dies gilt es insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn zu beachten, denn ein Gefühl der Benachteiligung hemmt viele sinnvolle Aktivitäten. Die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn bietet in allen Bereichen des Agenda-Prozesses hervorragende Entwicklungschancen. Diese zu nutzen, muss das Ziel aller handelnden Akteure sein. Deshalb bitte ich um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Timm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jarchow von der Fraktion der SPD.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Agenda 21 wurde ein umwelt- und entwicklungspolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert von 178 Staaten unterzeichnet. Ziel ist es, die Lebensgrundlagen für alle Menschen und in allen Erdteilen jetzt und zukünftig zu sichern. Leitbild der Agenda 21 ist die nachhaltige Entwicklung. Das heißt, die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Generation so zu gestalten, dass dies nicht zu Lasten künftiger Generationen geschieht. Nachhaltige Entwicklung erfordert

daher die Vernetzung ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte. Eine Entwicklung kann aber nur dann nachhaltig sein, wenn sie umweltverträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig ist.

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD)

Die damit verbundenen Probleme können nur in Zusammenarbeit und im Einklang mit unseren Bürgern erreicht werden. Im Kapitel 28 der Agenda 21 werden die Kommunen aufgefordert, Initiativen zu starten, welche die Agenda 21 unterstützen. Daraus leitet sich das Motto der Agenda 21 ab: „Global denken, lokal handeln“. In Mecklenburg-Vorpommern sind schon sieben Kommunen diesem Aufruf mit zahlreichen Projekten und der Bearbeitung von konkreten Handlungsfeldern gefolgt. In manchen Fällen kann man nachhaltige Entwicklung aber nicht lokal begrenzen. Insofern macht es Sinn, dieses Motto „Global denken, lokal handeln“ zu erweitern in „Global denken und regional handeln“. Die EU-Osterweiterung, denke ich, bietet da die Chance, diesem Anspruch über Ländergrenzen hinweg gerecht zu werden.

Insbesondere steht dabei für unser Land Polen im Blickpunkt. Der Beitritt Polens in die Europäische Union stellt aber in Bezug auf eine länderübergreifende Agenda 21 nicht die Stunde null dar. Bereits im Jahr 2000 wurde auf der Basis der gemeinsamen Erklärung von Schwerin durch das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Woiwodschaft Westpommern eine gemeinsame Umweltkommission eingerichtet. Ich denke, über die Aktivitäten dieser gemeinsamen Kommission hat der Minister soeben sehr umfangreich berichtet.

Diese Regionale Agenda 21 umfasst alle Städte und Gemeinden beiderseits der Grenze, die einen naturräumlichen, historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bezug zum Stettiner Haff haben. Alle Städte und Gemeinden, öffentliche und private Institutionen und Unternehmen sowie alle Vereine in der Region sind eingeladen, der Regionalen Agenda 21 beizutreten und an ihrer Umsetzung mitzuwirken. Die wesentlichen Handlungsbereiche der Regionalen Agenda 21 sind Bildung von lokalen Agenten in Städten und Gemeinden, Umweltbewusstsein und Umweltbildung, nachhaltiger Tourismus, ökologischer Landbau, Vermarktung regionaler Produkte, umweltschonende Technologien, regenerative Energiequellen, das Kulturerbe, Küstenschutzmanagement und die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, ich meine, dieses Beispiel sollte Schule machen. Darüber hinaus gibt es schon eine Regionale Agenda 21, die den gesamten Ostseeraum umfasst, die Baltic 21, in der alle Ostseeanrainer Mitglied sind. Auch der Minister hat darüber berichtet. In Arbeitsgruppen werden Aspekte der Nachhaltigkeit zum Beispiel in der Landwirtschaft, Industrie und im Verkehr bearbeitet. Mecklenburg-Vorpommern ist gemeinsam mit Schweden für den Bereich des Tourismus hauptverantwortlich.

Die Chancen für die Durchsetzung der Ziele der Agenda 21 haben sich mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU erhöht. Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern sollte sie nutzen. Wir werden somit diesem Antrag zustimmen.

Jetzt ist es schade, dass mein Kollege Kokert nicht hier ist. Kollege Kokert hat in vergangener Zeit mir gegenüber öfter beklagt, wir können ja Anträge stellen, wie wir wollen, aber ihr schmettert sie sowieso alle ab und lehnt sie sowieso alle ab.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nun ist er nicht da und ich möchte mit den Worten von Jörn Jakob Swehn sprechen, der dann sagen würde: Lieber Freund, wenn du das glaubst, dann hast du einen Irrglauben in dir.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nämlich wenn ein Antrag Sinn macht, und ich denke, Ihr Änderungsantrag macht Sinn in diesem Fall, dann werden wir Ihrem Änderungsantrag selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU
und PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Jarchow.

Ich denke, Herr Kokert wird das bestimmt zur Kenntnis nehmen. Er ist im Moment in Vaterfreuden

(Birgit Schwebs, PDS: Schon wieder?!)

und deswegen, denke ich, müssen wir das auch entschuldigen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ach, Herr Timm, wer zu spät kommt, hört nicht alles, was gesagt wird. Viele Dinge, die Sie uns vorgeworfen haben, habe ich in der Einbringungsrede gesagt. Schade, dass Sie es nicht gehört haben.

(Zurufe von Udo Timm, CDU,
und Gabriele Schulz, PDS)

Mit dem Beitritt Polens, meine Damen und Herren, Litauens, Estlands und Lettlands zur Europäischen Union gewann die Gemeinschaft unglaubliche Naturschätze und wunderschöne Landschaften dazu. Aber wie beim Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland ist auch dieser Zugewinn nicht problemlos. Nicht nur die schönen Landschaften und Naturreichtümer kamen hinzu, sondern auch eine Menge Altlasten, die im Laufe der nächsten Jahre beseitigt werden müssen. Sicher sind sie nicht mehr so spektakulär wie vor 15 Jahren, denn das individuelle und das gesellschaftliche ökologische Problembewusstsein sind wesentlich sensibler als damals. Dennoch, Umweltprobleme machen bekanntlich nicht an Grenzen Halt. Außerdem verbindet uns durch die Ostsee ein gemeinsames Meer mit Polen, Litauen, Estland und Lettland, das zu den problematischen und am meisten belasteten Meeren zählt.

Die drei baltischen Staaten und Polen werden noch eine geraume Zeit brauchen, um sozialen und wirtschaftlichen Anschluss an den europäischen Standard zu finden. Dennoch haben sich auch diese Länder in Rio einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Internationale Zusammenarbeit und Hilfe sind hier also notwendig. Alle Bemühungen zur Entwicklung dieser Länder und zur Bildung eines Umweltbewusstseins werden letztendlich nur Erfolg haben, wenn die Europäer das als eine wesentliche und gemeinsame Aufgabe begreifen.

Das ist einer der Grundgedanken der Agenda 21 und dieser Aufgabe stellt sich Mecklenburg-Vorpommern, wie wir gehört haben, auf verschiedenen Ebenen. Die Republik Polen ist unser direkter Nachbar und natürlich gibt es hier die meisten gemeinsamen Projekte. Einige haben schon eine lange Tradition. Der Minister und auch mein Kollege Herr Jarchow haben auf die Umweltkommission hingewiesen.

Aber ich denke, es lohnt sich auch darüber zu reden, dass das Land jährlich 132 Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr fördert, von denen fünf ausschließlich für polnische Jugendliche zur Verfügung stehen. Diese Tradition jährt sich 2004 schon zum neunten Mal und basiert auf einer Kooperationsvereinbarung mit der Woiwodschaft Westpommern. Und im Sommer 2003 fand immerhin schon zum sechsten Mal ein zweiwöchiges Praktikum für deutsche und polnische Jugendliche auf polnischer Seite statt. Außerdem wurde zum zweiten Mal ein Seminar mit 25 FÖJ-Teilnehmern im Forstamt Miedzyzdroje und im Nationalpark Wollin veranstaltet. Praktika und Seminare in Polen werden immer mehr zu einem festen Bestandteil des FÖJ. Neben der Förderung von Kontakten zwischen polnischen und deutschen Jugendlichen wird so Umweltbildung und die Entwicklung von Umweltbewusstsein grenzüberschreitend gefördert.

Ein weiteres gutes Beispiel, und auch darüber haben wir schon genug gehört, ist die Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen. Im Leitbild der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff heißt es: „Die Menschen, die um das Stettiner Haff wohnen, arbeiten und hier zu Gast sind, sollen dieses Gebiet zukünftig als eine Region zweier Nationen mit einer hohen ökologischen Qualität und Lebensqualität erfahren.“ Ich denke, hier sind nicht nur NGOs, Vereine und Verbände mit einbezogen in den Agenda-21-Prozess, sondern auch wirtschaftliche Unternehmen auf beiden Seiten, so dass auch dieser Teil nicht zu kurz kommen wird.

Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, ist keine Utopie, sondern sie ist eine reale Vision mit der Chance zu einer dauerhaft zukunftsfähigen und lebenswerten Entwicklung. Es lohnt sich, an der Zukunft unserer beiden Grenzregionen mitzuwirken. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. Das hat die CDU-Fraktion auch signalisiert. Und selbstverständlich nehmen wir die Anregungen der CDU-Fraktion sehr gerne an, denn vielleicht können wir damit nicht nur den Umweltminister, sondern auch den Wirtschaftsminister auf eine nachhaltige Politik verpflichten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Holger Friedrich, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schwebs.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1201 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1179 mit den soeben beschlossenen Ände-

rungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1179 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ein Geschäftsordnungsantrag. Bitte, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Wir beantragen fünf Minuten Auszeit.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 14.17 Uhr

Wiederbeginn: 14.24 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Mittelstand stärken – Finanzierung sichern, Drucksache 4/1169.

Antrag der Fraktion der CDU:
Mittelstand stärken – Finanzierung sichern
– Drucksache 4/1169 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um ein zentrales Problem, mit dem der Mittelstand in unserem Land zu kämpfen hat. Deshalb die Überschrift „Mittelstand stärken – Finanzierung sichern“.

„Vor allem kleine und mittlere Unternehmen in ganz Deutschland“ – und insbesondere hier in Mecklenburg-Vorpommern – „haben Schwierigkeiten, von Banken Kredite zu bekommen.“ – Das weiß jeder von uns. – „In Mecklenburg-Vorpommern ist es besonders schwierig für unsere Wirtschaft, weil wir fast nur kleine und mittlere Unternehmen haben und weil die Banken auch ... hier manchmal etwas schlechtere Erfahrungen gemacht haben mit dem Kreditrisiko als in anderen“, vor allem alten „Bundesländern.“

Mit dieser Feststellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die ich eben wiedergegeben habe, begann der Wirtschaftsminister vor knapp einem Jahr seine Ausführungen zum Antrag der Fraktionen der SPD und PDS unter der Überschrift „Mittelstandsfinanzierung sichern – finanziellen Spielraum für Wachstum und Innovation vergrößern“. Was damals folgte, war eine Beschreibung der bekannten Situation: Großbanken richten ihre Geschäftspolitik neu aus, Kredite für Kleinunternehmen sind schwer zu bekommen und auch die Durchleitung von Förderkrediten der Mittelstandsbank des Bundes durch die Geschäftsbanken klappt nicht im erforderlichen Maße. Dass dieses Bankenverhalten negative Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung und damit letztlich auch auf Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern hat, versteht sich von selbst.

Getreu dem Motto „Eine gute Zustandsbeschreibung ist die halbe Miete“ wurden im Parlament die Vorstellungen der Landesregierung zur Verbesserung der Finanzierungssituation mit Vorschlägen unterbreitet und geplante Maßnahmen erklärt. Die Errichtung einer eigenen Investi-

tionsbank für das Land wurde damals mit der Begründung abgelehnt, dass diese bis zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde. „Mit Zulassung und allen anderen Erfordernissen vergingen da wenigstens zwei Jahre“, so der Minister damals. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, dass er schon etwas länger als zwei Jahre im Amt ist, aber immerhin, und das war die Begründung – bis heute hat sich am Zustand nichts geändert –, es sollten also nach den Worten des Ministers damals Instrumente her, die schneller und damit sofort wirken.

Die damals ausgemachten Schwachstellen und die damit vorhandenen Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik wurden und werden in wesentlichen Punkten von meiner Fraktion geteilt. Eine oftmals in der Praxis gemachte Beobachtung ist, dass Unternehmen unzureichend auf Gespräche mit Banken vorbereitet sind. Oft sind es nur scheinbar unbedeutende Punkte, die sich für eine positive Kreditentscheidung schnell als so genanntes K.-o.-Kriterium herausstellen können. Es kommt also darauf an, dass Unternehmen besonders gut auf entsprechende Bankengespräche vorbereitet werden.

Ich will an dieser Stelle gerne konstatieren, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Mittelstandsrichtlinie ein entsprechendes Förderengagement zeigt. Allerdings frage ich mich, wer von den Unternehmen im Land diese Möglichkeit überhaupt kennt und ob sich die Effekte des entsprechenden Programms nicht doch in einem viel zu geringen Umfang bewegen.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Ich treffe jedenfalls, und ich denke, das wird den meisten von Ihnen nicht anders gehen, häufig auf Schulterzucken im Gespräch mit Unternehmern, wenn ich sie auf diese Möglichkeiten hinweise.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Erzählen Sie das doch mal der IHK!)

Unsere im Wesentlichen kleinstrukturierte Wirtschaft hat überproportionalen Bedarf an Kleinstdarlehen und gerade die sind es, die für Banken häufig wenig lukrativ sind, da der entsprechende Aufwand genauso groß ist wie bei größeren Kreditvolumina und die zu erwartenden Margen häufig übertrifft. Das damals vom Wirtschaftsminister genannte Existenzgründerdarlehensprogramm können wir hier zwar wohlwollend zur Kenntnis nehmen, allerdings vermag ich nicht, die damit erreichten Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung zu erkennen, jedenfalls keine nachhaltigen Verbesserungen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung des Mittelstandes ist elementarer Bestandteil einer erfolgsorientierten Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund des sich vollziehenden Strukturwandels in der Bankenlandschaft und der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben wir Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, der zur Verbesserung der Situation für unsere Unternehmen beitragen soll. Wie der Wirtschaftsminister vor knapp einem Jahr richtig bemerkte, kommt es darauf an, die Situation schnell zu verbessern. Es ist an der Zeit, heute eine Evaluierung der Maßnahmen zu vollziehen, beziehungsweise müssen wir heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Evaluierung umgehend durchgeführt werden kann.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf darzustellen, wie sich die Finanzierungssituation des Mittelstandes

in Mecklenburg-Vorpommern durch die im Programm des Wirtschaftsministers „Mittelstandsfinanzierung sichern – finanziellen Spielraum für Wachstum und Innovation vergrößern“ verbessert hat. Diese Information ist für das Parlament insgesamt von großer Bedeutung und deshalb der Antrag, dass wir das auch im Landtag erläutert bekommen.

Punkt 2 unseres Antrages setzt sich mit einer elementaren Frage der künftigen Mittelstandsfinanzierung auseinander. Es geht darum, die bisherige Praxis der oftmals reinen Zuschussfinanzierung umzustellen, und zwar dergestalt, dass nur noch ein Teil der öffentlichen Förderungen über Zuschüsse gewährt wird, während ein anderer Teil auf Darlehensbasis an die Unternehmen vergeben wird. Dieser Punkt war unter anderem im 12-Punkte-Programm der Wirtschaft enthalten, in welchem Kammern und Unternehmensverbände gemeinsame Vorschläge zur Änderung der Unternehmensfinanzierung unterbreitet haben.

Nicht nur die laufende Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung des Aufbaus Ost macht ein Umdenken in diesem Bereich unerlässlich. Die zu vergebenden Mittel werden tendenziell, und das ist nun keine besonders neue Erkenntnis, in den kommenden Jahren Stück für Stück reduziert. Es stehen schlicht und einfach weniger Gelder für die Zuschussfinanzierung zur Verfügung.

Aber auch aus unternehmerischer Sicht kann die Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung in Form eines Darlehens Vorteile haben. Würden beispielsweise nur 80 Prozent der Gesamtsumme an GA-Zuschüssen beziehungsweise EFRE-Mitteln in Zuschussform ausgereicht, so könnte ein Restbetrag eingesetzt werden, um sich auf dem Kapitalmarkt zu refinanzieren. Somit könnte der nicht ausgezahlte Betrag entsprechend erhöht und als Darlehen an das Unternehmen ausgereicht werden. Dieses dient als Sicherheit für weitere Hausbankmittel. Der Vorteil wäre, dass aufgrund des geringen Subventionswertes der refinanzierten Mittel eine höhere Bonität für das Unternehmen erreicht werden könnte und sich damit das Rating verbessern würde. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass bei detaillierten Befragungen sich Unternehmer ausdrücklich dafür aussprechen, die Finanzierung entsprechend umzugestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Es kommt einerseits darauf an, die bereits eingeleiteten Schritte regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und andererseits das Engagement zur Verbesserung der mittelständischen Finanzierungssituation deutlich zu erhöhen. Ich kann Sie nur auffordern, erhöhen Sie die Schlagzahl! Ich bitte das Hohe Haus, unserem Antrag im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, im Interesse unseres Mittelstandes zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler in Vertretung für den Wirtschaftsminister.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sie wissen, der Wirtschaftsminister ist auf einer Auslandsdienstreise. Ich habe ihn zu vertreten und darf deshalb seine Rede hier heute vortragen. Ich mache das aber sehr gern, weil das Thema natürlich auch die Finanzministerin ja mit berührt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nicht dass die Finanzministerin uns näher ist als den Vorstellungen des Ministerpräsidenten. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Oh, oh!

Meine Damen und Herren, Sie wissen, das Thema Unternehmensfinanzierung brennt nicht nur den Unternehmen auf den Nägeln. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Wirtschaft nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und ich denke schon, Herr Dr. Born, wir sind ein ganzes Stück vorangekommen. Wir haben ein Konzept zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung erarbeitet. Die Schwerpunkte haben wir dabei auf schnell umsetzbare Lösungen gelegt und die in unserem Konzept enthaltenen Vorschläge sind in der Umsetzung, die meisten Maßnahmen laufen bereits. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Unternehmensfinanzierung ist jedoch ein laufender Prozess. Deshalb müssen wir fortwährend beobachten, was wirkt und wo müssen wir eventuell unsere Instrumente diesen Bedingungen anpassen.

Wesentliche Punkte des Konzeptes sind die Förderung von Unternehmensberatung zur Vorbereitung der Unternehmen auf die Ratinganforderungen der Banken bei Kreditverhandlungen. Die Bankengespräche im Januar 2004 im Wirtschaftsministerium haben ergeben, Herr Dr. Born hat es auch schon gesagt, dass aus Sicht der Banken die Unternehmen nach wie vor ungenügend vorbereitet Bankgespräche und Kreditverhandlungen führen. Hier sind aber auch die Unternehmer in der Pflicht und ich sehe bei der Vorbereitung der Unternehmen auf die Kreditgespräche mit den Banken auch eine wichtige Aufgabe für Kammern und Verbände. Das ist in erster Linie deren Aufgabe und nicht Aufgabe der Landesregierung.

Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen über Beteiligungen. Für Beteiligungen bis zu 1 Million Euro haben wir die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft. Und da denke ich, meine Damen und Herren, das funktioniert. Anders sieht das im Bereich zwischen 1 und 5 Millionen Euro aus. Diese Volumina sind für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft zu groß und für größere Wagniskapitalgesellschaften zu klein. In diesem Bereich haben wir eine Lücke. Deshalb helfen wir hier mit Garantien des Landes für Beteiligungen. Außerdem haben wir das Bürgschaftsverfahren des Landes effizienter gestaltet und wir haben ein Darlehensprogramm mit Mitteln in Höhe von 50 Millionen Euro zur GA-Zwischenfinanzierung geschaffen. Das Wirtschaftsministerium kann nun GA-geförderten Unternehmen, die einen Zuwendungsbescheid, aber noch keine Barmittel vom Land erhalten konnten, über ein Zwischenfinanzierungsdarlehen eine Liquiditätshilfe anbieten.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und ein weiterer wichtiger Punkt: Wir legen das Existenzgründerinnenprogramm als Kleinkreditprogramm neu auf. Damit erweitern wir dessen Möglichkeiten beträchtlich. Nun können nicht nur Existenzgründerinnen in

erster Linie und -gründer das Programm in Anspruch nehmen und nun sind neben Investitions- auch Betriebsmittelfinanzierungen möglich. Auch die Unternehmensnachfolge, ein Spezialfall der Existenzgründung und ein für unser Land, denke ich, doch sehr wichtiger Bereich, kann mit dem Programm gefördert werden. Um diese Verbreiterung der Möglichkeiten auch umsetzen zu können, wird das Programm als Fondslösung neu aufgelegt und die Mittel werden deutlich aufgestockt auf 10 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, gerade die Möglichkeit, Kleindarlehen bis zu 100.000 Euro ohne Beteiligung der Hausbank zu erhalten, wird von der Wirtschaft des Landes begrüßt, denn gerade in diesem Bereich scheint sich die Kreditgewährung für Banken nicht zu lohnen. Unter 100.000 Euro gehen die in der Regel da nicht mehr so gern ran. Das hat sich in der Bankenrunde gezeigt, die das Wirtschaftsministerium zu Beginn des Jahres mit Vertretern von Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und Privatbanken geführt hat. Diese Lücke wollen wir schließen. Momentan warten wir allerdings auf die nötige Programmgenehmigung der EU. Wenn alles klappt, wird das Programm noch im ersten Halbjahr einsatzbereit sein.

Auch die Durchleitung von Förderkrediten des Bundes durch die Banken ist ein wichtiges Thema. Wir haben uns eingebracht, damit die Konditionen verbessert werden, und dies ist auch geschehen. Die KfW-Mittelstandsbank des Bundes hat seit Ende 2002 bis heute wiederholt auf die rückläufige Nutzung und Durchleitung ihrer Förderkredite mit Zinssenkungen und Anhebung der Durchleitungsprovision reagiert. In den Bankengesprächen war auch die KfW anwesend, so dass im direkten Gespräch die Wünsche der Unternehmer und Banken an die Mittelstandsbank des Bundes herangetragen werden konnten. Dort wurde von Bankenvertretern, aber auch von den Kammern der bisher erreichte Stand der Durchleitung im KfW-Programm als verbessert, aber immer noch als nicht ausreichend dargestellt. An dem Thema müssen wir also weiter dranbleiben.

Meine Damen und Herren, Sie fragen in Ihrem Antrag, wie die Landesregierung eine mögliche Veränderung der Förderrichtlinien bewertet, weg von Zuschuss- hin zu Darlehensfinanzierungen. Und nun komme ich ein bisschen in Schwulitäten,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

denn die meisten von Ihnen wissen, dass die Finanzministerin da eine etwas andere Auffassung hat als der Wirtschaftsminister.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:

Machen Sie ein Gesamtkunstwerk daraus!)

Ich will aber, da der Wirtschaftsminister sonst hier vorn stehen würde, durchaus dessen Position vertreten.

Nun ist da einiges zu klären: Sollen wir generell auf Zuschussfinanzierungen verzichten und stattdessen Darlehen ausreichen?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist hier nicht die Frage, Frau Keler.)

Das ist auch nicht die Frage. Die Frage ist tatsächlich, Investitionszuschüsse und Investitionszulagen sind für die Ansiedlung von Investoren und die Schaffung von Arbeitsplätzen das attraktivste Förderinstrument.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber nicht für Betriebsmittel.)

Wir wissen, dass es auf Dauer da Veränderungen geben sollte. Wir müssen aber sehen, dass das dann auch in den anderen Bundesländern erfolgt, denn sonst kann es eine Wettbewerbsverzerrung geben. Darauf weist immer wieder der Wirtschaftsminister hin.

Ich denke aber, es ist durchaus berechtigt, einen Teil der Zuschussförderung für Darlehen umzuwidmen, so dass wir also hier tatsächlich zu einer Veränderung kommen. Wie das aussehen soll, darüber ist zu diskutieren. Ich weiß, dass es im Bündnis für Arbeit eine Arbeitsgruppe gibt, die mit Vertretern der Kammern, Verbände, des Landesförderinstitutes und des Wirtschaftsministeriums jetzt an diesem Thema arbeitet. Und ich denke auch, es wird dann spätestens mit der neuen EU-Strukturfondssperiode ab 2007 eine Regelung geben, die uns alle gemeinsam in eine bessere Position bringt.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie wir die Finanzierungsmöglichkeiten für unsere Unternehmen verbessern können, wird uns auch zukünftig beschäftigen. Hier geht es, ich habe es eingangs schon gesagt, um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, der weitergehen wird, auch wenn die Landesregierung schon eine ganze Menge von dem umgesetzt hat, was von der Wirtschaft gefordert worden ist. Ich denke, hier besteht aber noch Verbesserungsbedarf, und ich bin mir sicher, dass wir dieses Thema nicht weiter auf die lange Bank schieben werden.

(Beifall Jochen Schulte, SPD,
und Thomas Schwarz, SPD)

Herr Rehberg, jetzt nutzen Sie Ihre Gelegenheit!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Sie gestatten eine Anfrage?

Ministerin Sigrid Keler: Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Rehberg, fragen Sie.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Keler, das Stichwort ist „lange Bank“. Meine Frage geht dahin: Ist es nicht am vernünftigsten, optional zwischen Zuschussförderung, Darlehensabsicherung, Bürgschaftsabsicherung insbesondere, das ist ja möglich, bei Ausreichung von EFRE-Mitteln wählen zu können, weil es nicht in erster Linie darum geht, das Thema bei ansiedlungswilligen Unternehmen aufzurufen, sondern bei den bestehenden Unternehmen des Landes? Und deswegen meine Sorge, „lange Bank“ heißt für mich schon 2007, das sind drei lange Jahre. Also wie stehen Sie zu der optionalen Möglichkeit, zwischen Zuschussförderung und Darlehensabsicherung zu wählen, auch mit Blick, Sie kennen die Umfrage, der Unternehmensverbände des Landes?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Rehberg, wenn Mittel dafür zur Verfügung stehen und wenn es möglich ist. Also hier in der Rede steht drin, dass die EU es zurzeit nicht genehmigen würde.

Eckhardt Rehberg, CDU: Das sehe ich anders.

Ministerin Sigrid Keler: Da bin ich jetzt ein bisschen in der Bredouille, gebe ich ehrlich zu. Ich würde sagen, für bereits im Land vorhandene Unternehmen, wenn die sagen, wir wollen optional lieber Darlehen als Zuschüsse, dann dürfte das auch relativ schnell möglich sein. Aller-

dings ist Bedingung, es muss EU-konform sein. Da sind wir uns doch einig.

Eckhardt Rehberg, CDU: Würden Sie mir Recht geben, wenn ich die optionale Möglichkeit hätte und die Darlehensabsicherung nach Marktkonditionen erfolgen würde, dass das auch in hohem Maße das Finanzministerium des Landes erfreuen würde?

Ministerin Sigrid Keler: Ja, natürlich, Herr Rehberg, weil das auf Dauer dann für die Wiedergewinnung von Finanzmitteln zu investiven Zwecken natürlich gewährleistet wäre.

Eckhardt Rehberg, CDU: Ist noch eine Frage gestattet?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten?

Ministerin Sigrid Keler: Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Rehberg, fragen Sie.

Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn Sie das Programm der Hessischen Bürgschaftsbank „Bürgschaft ohne Bank“ kennen, würden Sie das auch als ein geeignetes Instrument für Mecklenburg-Vorpommern ansehen?

Ministerin Sigrid Keler: Ich kenne das jetzt nicht, das hessische Bürgschaftsprogramm, deshalb bitte ich da um Entschuldigung, aber ich schaue es mir gern an. Und wie gesagt, wir sind mit dem Wirtschaftsminister seit längerem im Gespräch und wir versuchen auch, Möglichkeiten zu finden, damit eben das Darlehensprogramm hier eingesetzt werden kann.

Eckhardt Rehberg, CDU: Ich halte das für sehr empfehlenswert, weil das die Lücke zwischen 50.000 und 300.000 ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Keinen Kommentar bitte, Herr Rehberg!

Gestatten Sie noch eine Frage von Herrn Petters?

Ministerin Sigrid Keler: Danke, das war jetzt genug.

(Andreas Petters, CDU: Das ist aber wichtig!)

Das ist wichtig?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU,
SPD und PDS – Andreas Petters, CDU:
Damit ich das verstehe.)

Na meinetwegen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Also, Herr Petters, fragen Sie bitte.

Andreas Petters, CDU: Frau Ministerin, Sie haben vortragen, dass dieses neue Existenzgründer- und Darlehensprogramm jetzt erstmalig erweitert wird und dass Betriebsmittelfinanzierungen zulässig sind. Wie sehen Sie dies als Finanzministerin, weil Sie ja in Vertretung gesprochen haben? Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Betriebsmittelfinanzierungen seitens eines Landes auch von der EU genehmigt werden können, weil das ja eigentlich eine Aufgabe ist, die bei uns die Banken im Land Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten haben?

Ministerin Sigrid Keler: Deshalb müssen wir abwarten, ob die EU dieses Programm notifiziert. Ich habe das ja gesagt. Es steht jetzt zur Notifizierung an. Ich hoffe, wir

bekommen das im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Gibt es Bundesländer, die Ähnliches in Deutschland bisher angegangen haben, nach Ihrer Kenntnis?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Petters, da bitte ich jetzt darum, dass Sie das den Wirtschaftsminister fragen. Haben Sie Verständnis dafür, ...

Andreas Petters, CDU: Habe ich.

Ministerin Sigrid Keler: ... dass ich jetzt in diesen Details so nicht drinstecke.

Andreas Petters, CDU: Danke sehr.

(Rainer Prachtl, CDU: Antworten Sie auf Russisch, Frau Keler, das versteht er nicht. Sagen Sie, я не знаю, und dann ist es gut. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Kollege Dr. Born, vorab, damit auch überhaupt kein Ton der Missstimmung hier aufkommt, möchte ich mich – und ich schätze mal, ich spreche da auch im Namen zumindest der meisten, aber wahrscheinlich aller Mitglieder des Landtages – auch dafür bedanken, dass Sie mit Ihrer Rede deutlich gemacht haben, dass die Problematik der Unternehmensfinanzierung ein Thema ist, das hier im Land von überragender Bedeutung ist. Die Problematik der Unternehmensfinanzierung ist sicherlich kein Thema, welches die Politik hier nur auf der heutigen Landtagssitzung behandeln kann und behandeln wird, sondern auch sicherlich weiter über die jetzige Wahlperiode hinaus beschäftigen wird.

Spezifisch ostdeutsche Probleme, ich möchte hier nur die geringe Eigenkapitalbasis vieler Unternehmen aufgrund der im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen doch im Durchschnitt erheblich geringeren Tätigkeitsdauer nennen, verbinden sich mit Problemen, und das haben Sie ja auch zutreffend ausgeführt, denen sich insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die die Vielzahl der Unternehmen hier in diesem Land stellen, auch bundesweit ausgesetzt sehen. Dies ist nicht nur durch das in den vergangenen Jahren deutlich gewordene Bestreben mancher Geschäftsbank deutlich geworden, sich verstärkt aus dem mit nur geringen Margen verbundenen Geschäft mit kleineren und kleinen Unternehmenskrediten zurückzuziehen. Frau Finanzministerin Keler hat in Vertretung des Wirtschaftsministers auch darauf hingewiesen. Dieses setzt sich fort über die Frage von Liquiditätshilfen zur Zwischenfinanzierung für den Zeitraum zwischen Erhalt eines Zuwendungsbescheides bis zur Auskehrung der betreffenden Mittel und endet, und auch das ist kein spezifisches Problem hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern ein bundesweites Problem, endet letztendlich nicht

einmal mit der Problematik der effektiven Gestaltung der Unternehmensfolge.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Ihnen aber auch bekannt ist, reden wir in diesem Zusammenhang, und das hat auch Frau Ministerin Keler deutlich gemacht, nicht über einen statischen Zustand, den man zu einem bestimmten Zeitpunkt aufrufen, behandeln und dann wieder zur Seite legen kann – dafür ist das Thema im Übrigen auch zu wichtig –, sondern über einen volkswirtschaftlichen Prozess, der vom Grundsatz immer wieder aufs Neue einer Befassung bedarf, damit Veränderungen, und auch diese Veränderungen sind durch Frau Ministerin Keler dargelegt worden, deren Ursachen in vielen Fällen nicht einmal in der Bundesrepublik Deutschland, geschweige denn in unserem Bundesland gesetzt wurden, bewertet und die erforderlichen Schritte daraus abgeleitet werden können.

Der Ist-Zustand, dessen Beschreibung in Ihrem Antrag abgefordert wird, ist durch die Landesregierung im Rahmen dieser Debatte dargelegt worden. Dargelegt wurden ebenso die Schritte, die unternommen wurden, um die von Ihnen auch angesprochenen Schwierigkeiten für die einheimische Wirtschaft einer Lösung zuzuführen. Dass diese Lösungsmöglichkeiten noch nicht für jedes Unternehmen, für jeden Betrieb in diesem Land optimal ausgestaltet sind, auch darauf wurde hingewiesen, liegt sicherlich nicht an der Politik dieser Landesregierung, sondern hat unter anderem auch damit zu tun, dass die Voraussetzungen, in denen wir uns auch rechtlich bewegen, nicht hier allein in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet werden, sondern weit darüber hinaus bis hin nach Brüssel.

Damit – und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das jetzt in diesem Zusammenhang sage, weil das keine Kritik an den inhaltlichen Ausführungen der CDU-Fraktion ist – ist aus Sicht der SPD-Fraktion Ihrem Antrag nicht nur, und zwar diesem Antrag, so, wie er hier gestellt worden ist, formal Genüge getan worden, so dass sich der Antrag tatsächlich erledigt hat, sondern er ist auch inhaltlich, was den heutigen Zeitpunkt angeht, diesen kurzen Abschnitt, über den wir jetzt nun mal nur sprechen können, auch inhaltlich behandelt worden, so dass wir ihn aus diesem Grund ablehnen werden. Das ändert aber nichts daran, dass seitens der SPD-Fraktion, und ich hoffe, meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU-Fraktion, dass Sie das auch wissen, dass die SPD-Fraktion wie auch in der Vergangenheit weiterhin die Bereitschaft zeigen wird, gemeinsam mit Ihnen und der PDS dieses Thema wieder und immer wieder in turnusmäßigen Abständen auf der Agenda im Rahmen der Selbstbefassung des Wirtschaftsausschusses zu behandeln und, das hoffe ich zumindest, gemeinsam Lösungen im Interesse der kleinen und mittelständischen Unternehmen für dieses Land mit anzuregen und letztendlich herbeizuführen.

Und, Herr Kollege Rehberg, um vielleicht auch das noch aufzugreifen, was Sie zum Schluss, Frau Ministerin Keler, gesprochen haben, auch das sind sicherlich nennenswerte, überlegenswerte Ansätze, die dort gemacht worden sind. Und ich kann mir gut vorstellen, dass zumindest im Wirtschaftsausschuss positiv über die Angelegenheit diskutiert wird, ob nicht auch zur Stärkung der Unternehmen, die hier bereits im Lande ansässig sind, Möglichkeiten gesucht und gefunden werden müssen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, um diese unterstützend zu unterstützen.

Wie gesagt, wir werden heute den Antrag ablehnen. Ungeachtet dessen sind wir gerne bereit, mit Ihnen weiter in einem Diskussionsprozess über den weiteren Zeitraum im Wirtschaftsausschuss dieses Thema zu behandeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Torsten Koplin, PDS, und Regine Lück, PDS –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sicherung der Finanzierung des Mittelstandes ist natürlich auch seitens der PDS unbestritten eines der Kardinalprobleme für die Entwicklung der Wirtschaft, für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns insgesamt. Folgerichtig fand die Sicherung der Finanzierung des Mittelstandes in der Koalitionsvereinbarung dieser Koalition sowie findet sie in der praktischen Arbeit der Landesregierung ihren gebührenden Platz.

Im Juni letzten Jahres, Herr Dr. Born, Sie haben darauf hingewiesen, hat der Wirtschaftsminister sein Konzept zur Zukunft der Unternehmensfinanzierung an dieser Stelle vorgestellt. Wir alle haben begrüßt, dass Maßnahmen, die schnell wirken können, in Gang gesetzt werden,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich muss noch mal zur Schule gehen, das verstehe ich nicht.)

wie die zum Rating von Unternehmen, zur Darlehensgewährung, zu den Beteiligungen, zu effizienteren Bürgschaftsverfahren. Wir alle haben uns aber auch in die Hand versprochen, als Fachpolitiker alles zu tun, dass diese Instrumente bekannt werden, genutzt werden. Und ich denke, auch Ihr Hinweis, dass vielerorts diese Instrumente nicht gekannt werden, zeigt, dass wir hier alle auch noch Aktionsbedarf haben.

Bei aller Wichtigkeit der Problematik bin ich dennoch über Ihren heutigen Antrag gelinde gesagt irritiert. Ich frage mich, welche Rolle messen Sie eigentlich der kontinuierlichen Arbeit im Fachausschuss bei?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Eine hohe.)

Wir zitieren öfter gerade auf Ihren Wunsch den Wirtschaftsminister. Aber nicht einmal Nachfragebedarf hat es dort in dieser Sache gegeben. Heute legen Sie uns nun diesen Antrag im Plenum vor mit überwiegend Berichtsersuchen. Und das soll ein Evaluierungsanstoß sein? Hier stelle ich ein Riesenfragezeichen dahinter.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Dem Bericht des Wirtschaftsministeriums, vorgetragen von der Finanzministerin, konnten wir entnehmen, dass alle Maßnahmen angelaufen sind beziehungsweise sich im Genehmigungsverfahren bei den entsprechenden EU-Gremien befinden. Einiges, wie die Überlegung eines Mix von Zuschuss- und Darlehensfinanzierung, muss noch in Ruhe diskutiert werden und ich meine deshalb, nicht an dieser Stelle. Die umfänglichen Ausführungen des Kollegen Born gerade zu diesem Fakt – wenn er zuhören würde, würde er den Vorschlag jetzt auch hören – hätten hier schon ein Flipchart notwendig gemacht, damit alle folgen können, was er dort meint. Und dann hätte es auch

Sinn und Zweck, dort mit zu diskutieren. Lassen Sie uns also letztlich solche vorwärts weisenden Vorschläge nicht vorher in der Öffentlichkeit zerreden, dazu ist die Materie zu komplex.

Ich freue mich, dass in jüngster Zeit auch Geldinstitute, wie beispielsweise die Sparkasse Mecklenburg Nord-west, mit Sonderprogrammen wieder aktiver werden, ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Region gerecht zu werden. So kann meines Erachtens das Kreditprogramm „Sei schlau, bau in M-V“ das heimische Handwerk stärken. Das sollte Schule machen.

Mit dem Bericht aus dem Wirtschaftsministerium sieht die PDS-Fraktion das Anliegen des CDU-Antrages als erledigt an und wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall Peter Ritter, PDS, und Alexa Wien, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Bunge.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie sieht es aus in Mecklenburg-Vorpommern mit der Mittelstandsfinanzierung? Einfache Zahlen belegen, dass die Situation schwierig ist und zu manchen Teilen auch sehr dramatisch. Nach einer Umfrage der Vereinigung der Unternehmensverbände im Land bestätigen 56,3 Prozent der Unternehmen, dass die Kreditaufnahme schwieriger geworden ist. 40,7 Prozent berichten von gleich bleibenden Bedingungen, wobei man hier in Frage stellen kann, ob sie die Bedingungen positiv oder negativ bewerten. 3 Prozent wollen sogar verbesserte, sprich einfachere Bedingungen vorfinden. Interessant ist allerdings, dass im vergangenen Jahr nur jedes fünfte Unternehmen überhaupt einen Kredit beantragt hat. Bei Ablehnungen von Krediten war Mecklenburg-Vorpommern mit 36 Prozent allerdings Spitze. Hauptgründe der Ablehnungen waren unter anderem veränderte Geschäftspolitiken oder Philosophien der Banken und fehlende Sicherheiten, sprich, man meint häufig, mit anderen Dingen einfacheres und vor allem mehr und schnelleres Geld zu verdienen, als unseren Unternehmen mit Krediten wirksam unter die Arme zu greifen. Was in der Vergangenheit gutes Geld für die Banken beschert hat, scheint in Zeiten der Globalisierung und anderer Einflüsse an Bedeutung zu verlieren. Es wird immer wieder die zu geringe Eigenkapitalquote genannt – zu Recht.

Meine Damen und Herren, was kann nun Mecklenburg-Vorpommern, was kann das Land tun, um diese Situation zu beherrschen oder ihr zu begegnen, um das Rückgrat unserer Gesellschaft, nämlich den Mittelstand, zu stärken? Mein Kollege Dr. Born hat wesentliche Punkte genannt. Ich möchte an dieser Stelle insbesondere auf ein Finanzierungsinstrument eingehen, das in unserem Land eigentlich ein Schattendasein führt. Es geht darum, das Wirtschaftsentwicklungsinstrument der Bürgschaften – der Fraktionsvorsitzende der CDU hat es noch mal angedeutet – auszubauen und finanziell stärker zu unterstützen. Wenn also die Banken ein Risiko nicht übernehmen wollen, das ihnen früher oft gute Gewinne beschert hat, dann müsste der Staat mit schützender Hand das Ganze etwas schmackhafter machen.

Bislang war das Land hier, vorsichtig gesagt, eher etwas zurückhaltend. Dabei hat die Bürgschaftspraxis bei Sanierungsfällen gezeigt, dass nur eine Ausfallquote von

etwa sieben Prozent erreicht worden ist. Ich teile hier auch die Meinung der Vertreter der Wirtschaft, die der Auffassung sind, dass eine Tolerierung von zwölf Prozent akzeptabel wäre, allerdings nur dann, wenn das Schwergewicht auf Wachstumsbürgschaften liegt. Dieses gilt es natürlich klar zu definieren, denn nicht marktgängige Unternehmen künstlich am Leben zu erhalten, gilt es natürlich zu verhindern. Wir wollen also Bürgschaften, wo sie wirklich helfen, ein Hauptproblem unserer Unternehmen zu lösen. Wir wollen keine Steuergelder verschleudern, ganz im Gegenteil, wir wollen sie sinnvoll einsetzen und sind der Meinung, an dieser Stelle kann man das tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bürgschaften dienen der Entschärfung eines Hauptproblems der Betriebe in unserem Land, nämlich der besagten Eigenkapitalschwäche und der zu geringen Sicherheiten. Die Tatsache, dass der EU-Subventionswert von öffentlichen Bürgschaften mit gerade einmal 0,5 Prozent als sehr gering eingestuft ist, macht dieses Instrument zusätzlich interessant. Wenn es für die EU quasi gar keine Subvention darstellt, so sollte uns dieses umso mehr dazu animieren, Entsprechendes zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manchmal hilft auch ein Blick über die Landesgrenze hinaus. In der Anfrage an die Finanzministerin ist es schon erwähnt worden. Manche Länder handeln bereits entsprechend. Das Beispiel kam aus Hessen. Das Land Hessen geht nach meiner Ansicht einen sehr interessanten, einen neuen Weg. Das Programm heißt „Bürgschaft ohne Bank“ und wird der Tatsache gerecht, dass es Existenzgründer oft schwer haben, einen Finanzierungspartner für wirklich gute Ideen zu finden. Diese Unternehmen können nun direkt bei der Bürgschaftsbank Hessen eine entsprechende Bürgschaft beantragen. Nach einer intensiven Prüfung des Unternehmenskonzeptes, was natürlich vonnöten ist, wird eine entsprechende Sicherheit erteilt, mit der es dann wesentlich leichter ist, eine Bank zu finden.

Mit dem Angebot „Bürgschaft ohne Bank“, kurz BoB, wendet sich die Bürgschaftsbank an Existenzgründerinnen und Existenzgründer mit einem benötigten Fremdkapital zwischen 50.000 Euro und 300.000 Euro. Gerade die sind es, die auch wir in Mecklenburg-Vorpommern stärker unterstützen müssten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn wir von Wirtschaft sprechen, sind es eben meistens diese Unternehmen, die Bedarf an Krediten auch in dieser Höhe haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, diese Probleme können natürlich nicht allein im Land gelöst werden. Die künftige Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung für den Mittelstand ist Herausforderung für alle Beteiligten auf der Ebene von Politik, den Banken und den Unternehmen selbst. Die Basis zur Sicherung der Mittelstandsfinanzierung allerdings muss durch eine vernünftige Wirtschafts- und Steuerpolitik auf Bundesebene gelegt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gehört neben weitreichenden Strukturreformen der Sozialsysteme insbesondere eine lange geforderte Vereinfachung des Steuersystems. Durch die Freisetzung wirtschaftlicher Kräfte kann ein direkter positiver Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Mittelstandsfinanzierung genommen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist aber keine Freisetzung, sondern eher eine Beisetzung.)

Auf Landesebene muss die Politik den Schwerpunkt setzen, das Beratungsangebot für Unternehmen stark auszuweiten. Einerseits geht es um die bessere Vernetzung der bereits vorhandenen Institutionen, andererseits um eine deutliche Ausweitung des finanziellen Engagements. Gerade auch vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage kommt diesem wirtschaftspolitischen Feld eine entscheidende Bedeutung zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Unternehmen im Land sind gefordert, das verbesserte Beratungsangebot auch entsprechend zu nutzen, denn an den gestiegenen Transparenzanforderungen zwischen Bank und Unternehmen wird künftig kein Weg mehr vorbeiführen. Was früher über den persönlichen Kontakt zwischen Banker und Handwerker geregelt wurde, verlangt heute umfangreiche Darlegungspflichten des Unternehmens

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und dazu bedarf es der Unterstützung.

Ich will diese Entwicklung natürlich nicht verdammen. Mehr Darlegungspflicht kann durchaus auch einen positiven Aspekt haben, wenn beispielsweise, und das kann man nicht zu gering betonen, Unternehmen rechtzeitig Schwächen und Probleme erkennen, die sie selber haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich weiß, dass ich meiner Kollegin Frau Schlupp da eben aus dem Herzen gesprochen habe. Um gute Ratingnoten zu erhalten, also gut bewertet zu sein, sind die Unternehmen gefordert, alle notwendigen Fakten darzulegen. Im Gegenzug sind die Banken gefordert, eine bessere Information über die Ratingeinstufung zu geben. Letztlich verdienen Banken mit Krediten Geld, so dass sie auch in schwierigen Zeiten moralisch gefordert sind, ihre Kunden zu unterstützen.

(Torsten Koplín, PDS: Hört, hört!)

In diesem Sinne, denke ich, müssen alle Seiten aufeinander zugehen. Das hessische Modell ist es wert, dass man es sich anschaut, also einen Blick über den Tellerand, denn besser BoB als Flop. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Strenz.

Es liegen mir weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1169. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1169 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der CDU.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Bei einer Stimme der SPD. – Mathias Brodtkorb, SPD: Ich hatte eine Regung, ich hatte nicht zugestimmt. Das war ein Missverständnis. – Ministerin Sigrid Keler: Er hat gezuckt.)

Wir kommen jetzt zu dem **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Erarbeitung eines Masterplans zur künftigen Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1183. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1202 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Erarbeitung eines Masterplans zur künftigen
Sicherung der flächendeckenden ärztlichen
Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1183 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1202 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal ist es interessant zu sehen, welche ungewöhnlichen Wege ein guter Antrag der Landtagsfraktion nehmen kann. Zunächst haben wir alle eine Anhörung durchgeführt mit Experten im nichtöffentlichen Bereich. Es war eine sehr konstruktive Stimmung dort. Wir haben alle etwas mitnehmen können. Das Ergebnis haben die Koalitionsfraktionen in einen Antrag gekleidet, der sich dann, oh Wunder, letzten Dienstag in der Landespresskonferenz zum größten Teil wiedergefunden hat und dann auch von der Ministerin, letztendlich als eigene Schöpfung, dargeboten wurde. Frau Ministerin, ich darf hier auch einmal im Namen der Sozialpolitiker meiner Fraktion sagen, dass dies nicht die feine mecklenburgische Art ist. Ich denke, im Sinne einer weiterhin vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Parlament sollten Sie künftig auf eine solche Vorgehensweise verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Oh!)

Nun zum Antrag.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das klang richtig
böse! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Herr Rehberg, es steht ja nicht nur Ihnen zu, ab und zu mal böse zu sein, sondern auch mir.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Danke, ich möchte jetzt weitermachen, Herr Rehberg. Wir können gerne nachher draußen reden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Was ich nur
schlimm fand, war die Überschrift,
die die Ministerin provoziert hat.)

Darüber kann ja nachher Herr Glawe philosophieren.

Zum Antrag. In der Grundeinschätzung der Situation, denke ich, sind wir uns alle einig: Momentan existiert im Lande Mecklenburg-Vorpommern kein Ärztemangel. Wir haben regional sicherlich mit einem etwas schwierigen Versorgungsgrad zu tun, aber wir haben keine Unterversorgung, in keinem Bereich dieses Landes, weder im fachärztlichen noch im hausärztlichen Bereich. Allerdings sehen wir Probleme auf uns zukommen – und die sehen auch wir alle, alle Beteiligten, die im Gesundheitswesen aktiv sind –, hervorgerufen durch das hohe Alter unserer Ärzte, die in einigen Jahren in Pension oder in Rente gehen werden, und die Tatsache, dass nur wenig Nachwuchs nachrücken wird.

Diese Situation bietet zwei Auswege. Zum einen können wir dadurch in den Bereichen, wo wir jetzt schon eine erhebliche Überversorgung haben, und die muss man auch konstatieren, die Überversorgung abbauen durch natürliche Fluktuation. Allerdings müssen wir vor allem im ländlichen Bereich darauf aufpassen, dass wir durch diese natürliche Fluktuation nicht in eine Unterversorgung hineinrutschen. Dieses eigentliche Problem zeichnet sich im ländlichen Bereich bereits jetzt ab. Obwohl im Durchschnitt genug Ärzte da sind, ist die Wahrnehmung des tatsächlichen Versorgungsgrades bei den Bürgern eine andere. Das ist etwa so wie die berühmte Geschichte mit dem durchschnittlich 30 Zentimeter tiefen Graben und der trotzdem ertrunkenen Kuh.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Grund dafür, dass sich die Menschen vor allem im ländlichen Bereich schon jetzt unterversorgt fühlen, liegt an der Definition der Versorgungsbereiche an sich. Sie gestattet es den Ärzten, sich in den Zentren, hier den Mittelzentren und den Oberzentren, teilweise auch in den Unterzentren, konzentriert niederzulassen. Darunter leidet natürlich die breite Fläche. Dieser unbefriedigenden Entwicklung wollen wir durch den Antrag konstruktiv und vor allem frühzeitig entgegenwirken.

Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag fordern wir die Landesregierung auf, „in enger Abstimmung mit der Selbstverwaltung bis zum Juni 2005 einen Masterplan zur Sicherung der weiteren flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.“ Wir haben dieses den Masterplan genannt, von einigen Kollegen wird das belächelt. Aber ich denke, dieses Anliegen sollte sich aus der breiten Masse der Berichte, die wir einfordern, und so weiter herausheben, weil es für uns – und, ich denke, auch für die Opposition – von herausragender politischer Bedeutung ist, die ärztliche Versorgung unserer Bürger sicherzustellen und insofern hohe Priorität genießt. Bei diesem Vorhaben sind unter anderem folgende Schwerpunkte zu prüfen, zu bewerten und so weit wie möglich mit einzubeziehen:

Ich erwarte, dass wir den Arztberuf in der Imagekampagne für Mecklenburg-Vorpommern mit einbinden, dass wir im Rahmen von „MV tut gut.“ nicht nur das Land hervorheben und seine Vorzüge, sondern auch den Arztberuf in diesem Land besser darstellen. Wir haben die meines Erachtens schon fast perverse Situation, dass wir in Berlin über 1.000 arbeitslose Ärzte haben und letztendlich auf eine Unterversorgung in unserem Land zulaufen. Dem müssen wir auch durch Marketing entgegenwirken können.

Weiterhin fordern wir eine Unterstützung der Entbürokratisierung auf Bundesebene. Das kann auf mehreren Wegen erfolgen, zum Beispiel über Bundesratsinitiativen, aber eben auch durch eine politische Unterstützung unserer Mitglieder in den entsprechenden Gremien, den Unterausschüssen des Bundesausschusses und so weiter und sofort.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Zudem muss weiter die Möglichkeit eingeräumt werden, Zweitpraxen zu führen, und es muss darauf hingewirkt werden, die landärztliche Tätigkeit, also die Versorgung der Menschen in der Fläche, durch bessere Honorare aufzuwerten. Dazu ist natürlich die KV gefordert. Ich habe gesehen, dass Herr Glawe das in seinen Ände-

rungsantrag ebenfalls aufgenommen hat. Er wird dazu sicherlich noch weitere Ausführungen machen. Hier muss es zu einer Umverteilung, Umsteuerung in der Honorarverteilung bei der KV kommen.

Weiterhin möchten wir, dass auch die ausländischen Ärzte, die in unserem Land leben, vielleicht in die Versorgung mit eingebunden werden. Dazu ist es erforderlich, dass wir sie qualifizieren, besonders über Sprachangebote, Sprachkurse.

Weiterhin wünschen wir die Aufwertung des Faches Allgemeinmedizin in der studentischen Ausbildung und eine Effektivierung des Notdienstes durch Einbeziehung des öffentlichen Gesundheitssektors, also der Ärzte, die in den Gesundheitsämtern arbeiten, sowie den Ärztinnen und Ärzten, die beim medizinischen Dienst der Krankenkasse sind. Auch da gibt es Ergänzungen durch Herrn Glawe, die wird er nachher selber vortragen. Das kann ich nur ausdrücklich unterstützen.

Zudem – und das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt, der eigentlich in der Realität eher vernachlässigt wird – möchten wir, dass die Telemedizin in diesem Land wirklich aufgebaut wird, denn eine vernünftige Versorgung der Menschen in diesem großen Flächenland, in diesem dünn besiedelten Flächenland wird eines Tages wirklich nur noch gut funktionieren, wenn wir heute die Weichen stellen, über einen guten Datenaustausch Medizin zu betreiben über die telemedizinischen Netzwerke.

Ich denke, wir sollten die Möglichkeiten des GMG ausschöpfen und insbesondere medizinische Versorgungszentren einrichten in diesem Land sowie letztendlich die integrierte Versorgung vorantreiben. Das sind die wesentlichen Punkte.

Ich komme jetzt zum Änderungsantrag der CDU. Der CDU-Änderungsantrag ist aus meiner Sicht vollkommen in Ordnung. Er ergänzt wesentliche Teile und präzisiert die von uns gemachten Vorschläge. Die Koalitionsfraktionen werden dem Änderungsantrag der CDU zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Thomas Schwarz, SPD)

Meine Damen und Herren, nach den heutigen und auch den gestrigen Debatten freut es mich, dass wir zumindest in den wirklich wichtigen politischen Dingen, das darf ich sagen als Gesundheitspolitiker, an einem Strang ziehen. Welche vornehmeren Aufgaben gibt es denn in der Politik, als dafür Sorge zu tragen, dass die medizinische Versorgung unserer Bürger sichergestellt wird? Um dieses Problem zu beseitigen, hat man uns gewählt. Das ist unsere Aufgabe. Wenn uns das gemeinsam gelingt, umso besser.

Wir alle als Politiker können nur Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn wir die Sachpolitik zum Wohle unserer Bürger in den Vordergrund unseres Handelns stellen, anstatt uns – wie so oft – in parteipolitisch motivierte Streitereien oder persönliche Verunglimpfungen zu verstricken. Die Gesundheitspolitiker gehen mit gutem Beispiel voran. Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen

Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns mit diesem Thema der ärztlichen Versorgung in der Vergangenheit schon beschäftigt. Ich denke, es wird auch heute nicht das letzte Mal sein.

Herr Nieszery, Sie erlauben, dass ich Sie ganz persönlich anspreche, Sie haben mich auch angesprochen. Dieses Thema war bereits mehrfach in der Gesundheitsministerkonferenz. Es liegt ein Bericht der Gesundheitsministerkonferenz vor zu diesem Thema. Es liegt seit der vergangenen Woche die neue Approbationsordnung vor. Das war Gegenstand der Pressekonferenz. Ich gebe Ihnen gern die Unterlagen, einschließlich meiner Rede. Ich vertraue genau wie Sie auf eine gute Zusammenarbeit, weil ich denke, es ist ein sehr ernstes Thema, das man wirklich nur gemeinschaftlich und in vertrauensvoller Zusammenarbeit lösen kann. Insofern nehme ich den Appell auf und hoffe, dass wir uns auch in der Zukunft gemeinsam diesen Fragen konstruktiv widmen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Wenn man über ärztliche Versorgung spricht, wird immer wieder deutlich, dass sich oftmals empfundene Realität in der Bevölkerung mit der tatsächlichen Realität des Zahlenwerks von Kassen und Ärzteschaft unterscheidet. Man muss einfach unterscheiden zwischen den Gegebenheiten heute und den Problemen der Zukunft.

Zum Thema ärztliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern gibt es die verschiedensten Auffassungen und Ansichten, denen ich in Gesprächen immer wieder begegne. Hierbei wird von manchem Gesprächspartner übersehen, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern die Versorgung der Bevölkerung mit Ärztinnen und Ärzten seit 1991 signifikant verbessert hat. 1991 wurden von einem Arzt 360 Menschen versorgt, gegenwärtig sind es 285 Menschen, das heißt je Arzt 75 Patienten weniger. Im Land sind heute 900 Ärzte mehr im Beruf aktiv als im Jahr 1991, und das bei einer rückläufigen Bevölkerung von 200.000. Ich denke, diese Zahlen muss man sich einfach vergegenwärtigen, wenn man über ärztliche Versorgung oder über andere Begriffe in diesem Zusammenhang spricht, denn diese Zahlen stehen durchaus im Widerspruch zur öffentlichen Wahrnehmung.

Ich möchte deshalb auch noch einmal an dieser Stelle ganz deutlich unterstreichen: „MV tut gut.“, das ist unser Spruch, der auch bei der gesundheitlichen Betreuung voll seine Geltung hat. Wenn es heißt, dem Land würden Ärzte ausgehen, dann steht das im Widerspruch zu den Zahlen, die ich eben nannte. „MV tut gut.“ bei der gesundheitlichen Betreuung, aber auch bei der medizinischen Ausbildung im Lande. Wir haben mit den Universitäten in Rostock und Greifswald sehr gute Voraussetzungen. Der hier ausgebildete medizinische Nachwuchs bewährt sich im Beruf. Unsere Universitäten genießen hohes Ansehen, das zeigen auch die steigenden Studentenzahlen. Im Wintersemester 2000/2001 waren es 2.407 Studenten, drei Jahre später waren es schon 328 mehr. Es steigen auch die Absolventenzahlen.

Die gegenwärtige Versorgung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten wird nach dem Regelwerk von Ärzten und

Kassen gesichert. In mehr als 90 Prozent der Planungsbereiche ist nach diesem Regelwerk eine Überversorgung von über 110 Prozent gegeben. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Kriterien für den Grad der Versorgung bundeseinheitlich bestimmt und angewandt werden, das heißt, sie gelten in der gesamten Bundesrepublik, also in Baden-Württemberg genauso wie in Mecklenburg-Vorpommern. Konkret heißt das, in mehr als 90 Prozent der Planungsbereiche des Landes können sich Ärzte heute nicht niederlassen. Diese Gebiete sind durch die Kassenärztliche Vereinigung gesperrt.

In den letzten beiden Jahren haben wir einen leichten Anstieg der berufstätigen Ärzte im ambulanten und stationären Bereich auf insgesamt rund 5.500 Ärzte verzeichnen können. Das, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ist die Realität von heute, die sich in deutlich nachprüfbaren Zahlen präsentiert. Auch wenn es mitunter von Patientinnen und Patienten in dem einen oder anderen Fall Klagen über Wartezeiten gibt, unter dem Strich wird man sagen müssen, Ärztinnen und Ärzte und ihre Organisation, die Kassenärztliche Vereinigung, haben die ambulante Versorgung der Menschen im Land auf hohem Niveau sichergestellt.

In der Regel werden – und das möchte ich klar sagen und das ist auch entscheidend – medizinische Notfälle sofort und alle anderen Fälle nach medizinischer Erforderlichkeit in angemessener Frist behandelt. Auch im stationären Bereich ist diese Situation ähnlich. Wenn Patienten aus Norwegen und Großbritannien sich gern in Mecklenburg-Vorpommern im Krankenhaus behandeln lassen, dann tun sie es auch wegen der kurzen Wartezeiten und der guten Versorgungsqualität. All das spricht doch für sich beziehungsweise für unser Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

So weit das Heute. Aber ich weise darauf hin, dass wir für die Zukunft ein anderes Bild zeichnen müssen. Herr Nieszery ist darauf bereits eingegangen. Probleme haben wir in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur der Ärzte. Fast die Hälfte – ich sagte das schon vor einem Jahr hier im Landtag an derselben Stelle – sind älter als 50 Jahre, 25 Prozent sogar älter als 60 Jahre. Besonders ungünstig ist die Relation bei den Hausärzten. Hier waren circa 30 Prozent der Ärzte im letzten Jahr älter als 60 Jahre. Sie scheiden also in den nächsten Jahren aus dem Arbeitsleben aus. Das ist insbesondere deshalb problematisch, weil gerade durch die Gesundheitsreform den Hausärzten eine Schlüsselstellung übergeben wurde. Sie sollen als Lotsen im Gesundheitswesen fungieren und deshalb muss gerade hier bei diesen Hausärzten der Generationswechsel bewältigt werden.

Das wissenschaftliche Institut der AOK hat die Auswirkungen der Altersabhängigkeit auf die Versorgung errechnet. Nach diesen Untersuchungen braucht das Land Mecklenburg-Vorpommern bis 2010 für eine Normalversorgung zusätzlich 270 Hausärzte. Das ist die Dimension. Über dieses Problem müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten verständigen. In den Jahren 1998 bis 2002 haben in Mecklenburg-Vorpommern 152 Hausärzte eine Zulassung erhalten. Das sind jährlich 30. Gelingt es uns, diesen Stand von jährlich 30 Neuzugängen zu halten, dann haben wir bis zum Jahr 2010 annähernd die Normalversorgung gesichert.

Wir sprechen über Zahlen und hantieren dann auch immer mit unseren Befindlichkeiten. Zur gefühlten Realität

im Land gehört es auch, dass sich der Generationswechsel in der Ärzteschaft in der Stadt anders als auf dem Land vollzieht. Während die Städte – und hier fehlen auch die Städte im östlichen Teil des Bundeslandes – attraktiv bleiben, leidet das flache Land verstärkt an Nachwuchs. Ich bin überzeugt, dass es uns aber auch gelingen wird, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung gegenzulenken.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Über die Zulassung von Ärzten, das ist bekannt, entscheidet der Landesausschuss, der sich aus Ärzten und Krankenkassen zusammensetzt. Der Ausschuss hat sich mit diesem Ungleichgewicht in den Planungsbereichen bereits in der Vergangenheit beschäftigt und im vergangenen Oktober beschlossen, Planungsbereiche auseinander zu nehmen. Die Städte Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin sind also künftig eigenständige Planungsregionen und auf diese Art und Weise sollen die Landbereiche gestärkt werden, indem vermehrt dort die Zulassung ermöglicht wird, man also eine Steuerung hin zu den ländlichen Regionen erreicht.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat gerade hier an diesem Beispiel gezeigt, dass sie gemeinsam mit den Krankenkassen dieses Problem zu lösen in der Lage ist. Gleichwohl muss die Politik gegensteuern. So haben die Gesundheitsminister sich intensiv darum bemüht, dass der Praktikumsteil „Arzt im Praktikum“ abgeschafft wird, da im Zusammenhang mit der Modernisierung der Ausbildung, das heißt mit der engeren Verknüpfung von Theorie und Praxis, bereits während des Studiums hier ein Vorlauf geschaffen wird, der es ermöglicht, auf diesen Praktikumsteil „Arzt im Praktikum“ zu verzichten. Ursprünglich sollte dieses AiP 2009 gestrichen werden. Es ist jetzt mit der neuen Ordnung also vorgesehen, bereits zum 1. Oktober 2004 auf diesen Ausbildungsabschnitt zu verzichten. Damit ist das Studium vom Ablauf der Ausbildung her durch die Verbindung von Theorie und Praxis modern geworden, aber es ist auch durch den Wegfall des AiP von 18 Monaten wesentlich verkürzt worden und damit ist die Attraktivität deutlich erhöht worden.

Bei allen Diskussionen, allen Gesprächen, die wir über die Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs führen, gibt es immer wieder ein Problem, auf das ich an dieser Stelle auch hinweisen möchte. Das ist die ungleiche Vergütung zwischen den alten und neuen Ländern. Im Rahmen der Beratungen zur Gesundheitsreform habe ich mich stets für die Honorarangleichung eingesetzt. Die Landesregierung hat einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat eingebracht. Ich bin sehr froh, dass mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz dieses Anliegen auch aufgegriffen wurde.

(Harry Glawe, CDU: 3,8 Prozent,
Frau Ministerin! 3,8 Prozent!)

Es ist vorgesehen, insgesamt um 3,8 Prozent, das ist richtig, für die Jahre 2004 bis 2006 eine Erhöhung der Vergütung vorzunehmen. Ich denke, das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen aber bedenken, dass in den neuen Bundesländern circa 20 Prozent mehr Patientinnen und Patienten in der Arztpraxis behandelt werden, verglichen mit den alten Ländern, dass die Ausgaben für die vertragsärztliche Behandlung je Mitglied der gesetzlichen Krankenkassenversicherung in den neuen Bundesländern bei 82,9 Prozent liegt und dass mit einer Angleichung der Einnahmen gerade bei diesem Wert mit-

telfristig nicht zu rechnen ist. Wir müssen auch bedenken, dass in den neuen Ländern die Ärzte wesentlich weniger Privatpatienten haben, was ebenfalls ihre Einnahmesituation beeinflusst.

(Harry Glawe, CDU: Beeinflussen!)

Daher wird die in dieser Beziehung fehlende Gleichstellung bei vertragsärztlicher Tätigkeit in den neuen Ländern weiterhin ein Grund für junge Ärztinnen und Ärzte sein, sich gegen eine Niederlassung in den neuen Bundesländern zu entscheiden, so auch der Bericht der GMK. Hier ist als Aufgabe nach wie vor eine zügige Angleichung der Honorare gefordert. Es ist immer wieder in den Raum zu stellen, immer wieder deutlich zu machen, wenn wir das Problem lösen wollen, müssen wir das Vergütungsproblem lösen.

Abzuwarten bleibt – und das wird dann sicher auch ein Berichtsteil sein –, wie die Partner im Gesundheitswesen die Möglichkeiten zur Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren nutzen, wie die Modelle der integrierten Versorgung, die nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz möglich sind, angenommen werden. Ich bin überzeugt, dass wir auch diese Instrumentarien im Lande nutzen werden, um nachhaltige Effekte bei der Verbesserung der medizinischen Versorgung zu erreichen.

Verehrte Abgeordnete, ein Thema möchte ich aber in diesem Zusammenhang noch erwähnen. Die Entscheidung eines jungen Menschen, in einer bestimmten Region oder an einem bestimmten Ort tätig sein zu wollen, wird auch in der Zukunft immer eine eigene und die freiwillige Entscheidung des Betreffenden bleiben. Viel wird davon abhängen, wie es den Verantwortlichen vor Ort gelingt, die jungen Ärztinnen und Ärzte für die Region, den Ort zu begeistern, sie zu binden, sei es während eines Praktikums im Studium, durch interessante anspruchsvolle Arbeitsmöglichkeiten, aber auch durch ein interessantes Lebensumfeld. Dazu gehören eine gute Kindertagesbetreuung, eine gute Schule ebenso wie bezahlbare Mieten und ein anregendes geistig-kulturelles Leben im Ort, im Kreis. Die unterschiedlichen Verantwortungsträger aus Politik und Selbstverwaltungen zusammenzuführen, um diese Zukunftsaufgabe für das Land erfolgreich zu lösen, unterstütze ich vollkommen und empfehle deshalb allen die Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Ergänzungen der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Gerd Walther, PDS)

Harry Glawe, CDU: Ja, extra wegen des Friedens habe ich mir einen roten Schlips umgebunden.

(Heinz Müller, SPD: Extra für uns.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erarbeitung eines Masterplans zur künftigen Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, denke ich, ist ein wichtiges Anliegen, das durch alle Fraktionen in diesem Haus, wie schon vorher gesagt worden ist, und durch die Ministerin unterstützt wird. Ich darf mir trotzdem erlauben, darauf

hinzuweisen, dass wir heute vor einem Jahr und sechs Tagen einen ähnlichen Antrag schon gestellt hatten. Damals haben Sie ihn mit breiter Mehrheit und breiter Brust abgelehnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Aber immerhin, der Erkenntnisprozess scheint sich ja bei Ihnen jetzt auch fortzusetzen. Das sieht man in der Diskussion, in der man sich bewegt, wie erhalte ich die ärztliche Versorgung im stationären Bereich, im ambulanten Bereich, im universitären Bereich in unserem Land als Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger unter der Beachtung des demographischen Faktors, wie Frau Ministerin es ja auch ausgeführt hat. Wir haben eine Abwanderung zu beklagen, nichtsdestotrotz, Frau Ministerin, müssen wir die Bürger versorgen. Also der Versorgungsauftrag bleibt und den muss die KV oder auch die Krankenhausgesellschaft sicherstellen.

Genauso sind wir darauf angewiesen, dass Forschung und Lehre in unserem Land eine wichtige und entscheidende Rolle spielen und dass auch die Ausbildung der Humanmediziner und der Stomatologen weiter in hoher Qualität in unserem Land geleistet wird. Und nach meiner Auffassung muss das auch an beiden Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin möglich sein.

(Gerd Walther, PDS: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, wie sind die Zahlen? Da kann man ja noch mal in den Gesundheitsbericht hineinschauen, da ergeben sich doch einige wichtige und sehr interessante Hinweise. Wie sieht es aus? Wo müssen wir in besonderer Weise aktiv werden?

Vom Altersdurchschnitt her ist es eben so, dass wir in besonderer Weise bei den niedergelassenen Ärzten eine langsam feststehende Überalterung feststellen müssen, da 50 Prozent aller Ärzte, die im ambulanten Bereich niedergelassen sind, es sind 2.495, heute älter als 50 Jahre sind und, wie Frau Ministerin es auch gesagt hat, davon wiederum die Hälfte älter als 60. In besonderer Weise trifft das auf die Allgemeinmediziner zu. Das sind 870, davon sind 237 Ärzte älter als 60. Genauso gibt es im Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe einen Altersüberhang, im Bereich der Kinderheilkunde und auch im Bereich der Nervenheilkunde.

Meine Damen und Herren, das sind die wichtigen Eckpunkte, mit denen wir uns in Zukunft zu beschäftigen haben. Also in besonderer Weise geht es darum, auf der einen Seite die Frage der Hausarztversorgung im Land Mecklenburg-Vorpommern auf dem bekannten Niveau zu halten und andererseits auch bei den Fachärzten den Generationswechsel zu begleiten. Und da ist ja in besonderer Weise die KV gefordert und sozusagen die Aufsicht im Zusammenwirken mit den Krankenkassen in unserem Land. Das ist eine ganz entscheidende Frage, die zu beantworten ist und der sich alle im Gesundheitswesen Beteiligten auch demnächst stellen müssen.

Dazu gehört eben auch die Frage, wie wird der Arztberuf in Mecklenburg-Vorpommern wieder attraktiver. Denn es kann ja nicht sein, dass Frau Schmidt vor gut einem Jahr noch erklärt hat, sie kann nicht garantieren, dass jeder Arzt Millionär wird. Ich meine, zu diesem Ausspruch hat der Ärztestand ja nun nicht gerade jubelnd dagestanden, und Sie wissen auch, dass 80 oder 90 Prozent aller Ärzte budgetiert sind und gar nicht Millionäre werden kön-

nen, wenn man das eine oder andere vielleicht mal im Bereich der Neurochirurgen oder vielleicht auch der Radiologen ausklammert. Für die anderen ist es weniger erreichbar.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es geht darum, eine ordentliche Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern zu garantieren.

Wir haben uns erlaubt, zum Antrag von SPD und PDS noch einige Ergänzungsanträge zu stellen, die sich in besonderer Weise daraufhin ausrichten, dass man in Versorgungsregionen, die sehr dünn besiedelt sind, einen besonderen Punktwert für Hausärzte in Zukunft aushandeln könnte, um also auch in den Regionen, die weniger attraktiv sind, eine ärztliche Versorgung auf Dauer sicherzustellen. Das steckt dahinter.

Was haben wir uns noch erlaubt? Wir haben auch darauf hingewiesen, dass also die Kommunen mit eingebunden werden müssen in die Werbung für den Standort, denn der Arzt ist sozusagen ein wichtiger weicher Standortfaktor, mit dem auch kleinere Gemeinden und Zentren durchaus werben können.

Des Weiteren haben wir auf die integrierte Versorgung hingewiesen. Das ist ja ein Bestandteil des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes und da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die natürlich durch die Einprozentklausel, die ja insgesamt von den 150 Milliarden Euro, die bundesweit für Gesundheit ausgegeben werden, auf 700 Millionen zusammengeschrumpft sind. Aber im Rahmen der Dinge, die durch die Kassen finanziert werden und auch durch einige Modellprojekte, die das Sozialministerium auf den Weg bringt, unterstützt werden sollen, muss es möglich sein, dass Ärzte, niedergelassene Ärzte sich zusammenschließen und integrierte Versorgung anbieten. Es muss genauso möglich sein, dass Krankenhäuser Ärzte anstellen können, um dann sozusagen in einer Ambulanz den Arzt tätig werden zu lassen, und es muss auch die Mischform garantiert sein, so dass integrierte Versorgung in verschiedenen Modellen auch wichtig ist. Was nicht sein darf, ist, dass wir Berliner Verhältnisse bekommen, wo Netzwerke gestartet werden, man drei Jahre Förderung bekommt und im vierten Jahr dann die integrierte Versorgung wieder sterben lässt. Ich denke mal, das kann auf Dauer nicht toleriert werden. Das muss hier also in unserem Land anders angegangen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dazu zählt aber auch, dass man sich von dem Wunschtraum löst, dem ja in besonderer Weise die PDS immer anhängt, die alten Polikliniken wieder zu installieren. Das werden Sie nicht schaffen. Das geht einfach nicht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das kriegen Sie gar nicht hin. Auch neue Polikliniken in dem Sinne kriegen Sie nicht hin.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann kommen Sie mal mit! Ich zeige Ihnen eine.)

Ja, ja, ja!

Es gibt ja Modelle, die auch heute hier im Land schon da sind. Ich nenne mal Grevesmühlen oder teilweise auch in Schwerin. Das hat sich integriert und das hat sich auch am Markt bewährt. Man wird aber nicht mit Gewalt neue Poliklinikstrukturen aus dem Boden stampfen können.

(Gerd Walther, PDS: Wir sind eine gewaltfreie Partei.)

Da will ich Ihnen einfach sagen, was Sie daran hindern wird. Das ist erstens die Tatsache, dass es ja in den Jahren 1990, 1991 und 1992 niederlassungswillige Ärzte gegeben hat und das waren damals im ambulanten Bereich 2.495, die also in besonderer Weise investiert haben. Diese Investitionen haben dazu geführt, dass der Bundesgesetzgeber gesagt hat, wer investiert hat in den neuen Ländern in seine Arztpraxis, hat das Recht, vom Tage der Niederlassung an 25 Jahre zu arbeiten oder sich in einer Gemeinschaftspraxis am Markt zu halten. Wenn Sie das hochrechnen, können manche Ärzte bis zum 75. Lebensjahr oder länger arbeiten. Jeder Arzt hat sowieso das Recht, wenn er möchte, bis zum 68. Lebensjahr zu arbeiten, denn nur dann hat er auch die volle Versorgung erreicht, meine Damen und Herren.

(Torsten Koplin, PDS: Das geht auch in der Poliklinik.)

Das geht auch über Polikliniken, aber das kriegen Sie ja nicht hin. Ich will Ihnen nur sagen, wenn Sie so viel Ärzte haben, die sozusagen investiert haben in einen Standort, dann müssen sie diesen Standort aufkaufen.

(Heiterkeit bei Gerd Walther, PDS)

Und wer kann das? Wahrscheinlich nur Kliniken oder Private. Die können es machen.

(Torsten Koplin, PDS: Oder Polikliniken.)

Dann sind Sie aber auf dem Wege, den freien Beruf des Arztes abzuschaffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Und das, denke ich mal, das wollen wir nicht, das wollen viele andere nicht und das wollen auch die Ärzte nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Denn diese Dinge müssen nach unserer Überzeugung ausgewogen weiter vorgehalten werden, dass man eben die Universitäten als die Leuchttürme in der Gesundheitsmedizin hat, dass man sie für Forschung und Lehre vorhält, andererseits vor allen Dingen die bürgernahe Versorgung vor Ort durch niedergelassene Ärzte erledigen lässt.

(Torsten Koplin, PDS: Was ist mit den Polikliniken?)

Natürlich kann auch das eine oder andere als Poliklinik da sein. Das gibt es doch heute schon. Die wird sich dann auch nicht vom Markt drängen lassen. Aber Sie werden nicht zu Ihrem alten Wunschmodell zurückkommen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS, und Gerd Walther, PDS)

Übrigens, unter Ihrer DDR-Regide, wenn wir mal in die Geschichte gehen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

da hatten wir so 2.500 Ärzte weniger als heute auf dem Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Wussten Sie noch nicht, ne? Aber ich hab mal nachgelesen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Das war eine Zahl von 1984. Also auch das können Sie sich ...

(Angelika Gramkow, PDS: Aber man musste nicht sechs Wochen auf einen Termin warten.)

Ja zu DDR-Zeiten gab es solche und solche Ärzte.

(Gerd Walther, PDS: Und die Leute waren gesünder.)

Manche hatte 40, manche bis zu 90 Patienten und ein anderer hat 5 Patienten am Tag gehabt und hat dann die „Ostsee-Zeitung“ oder die „Schweriner Volkszeitung“ gelesen. Das gab es auch.

(Gerd Walther, PDS: Die Leute waren gesünder. – Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht weiter in Erinnerungen schwelgen. Wichtig ist, denke ich, dass wir in der Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger im Land Mecklenburg-Vorpommern vorankommen, dass wir darauf achten, dass wir die Versorgung sicherstellen und dass dies flächendeckend passiert.

(Gerd Walther, PDS: Das ist richtig.)

Und dazu gehört eben auch, dass wir Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen, die dort beschäftigt sind, beim MDK oder auch in den Landkreisen, auch für die Notrufe oder in besonderer Weise auch für Notdienste gewinnen. Und – das wird auch ein Änderungsantrag von uns – das kann natürlich nur passieren, wenn man vorher fort- und weitergebildet hat, so dass also die Personen in diese Richtung qualifiziert werden.

Wir möchten, dass man darüber nachdenkt, dass wir auch ein Landesprogramm zumindest vorschlagen, Investitions- und Sicherstellungszulagen für niederlassungswillige Ärzte in unterbesetzten Planungsbereichen im ländlichen Raum aufzulegen. Das kann natürlich sozial sein, wo es wirklich strukturschwache Regionen gibt, die entstehen. Ich sage nicht, dass die heute da sind, aber die können entstehen. Sie wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sozusagen unmobil sind. Der ÖPNV ist ja in unserem Land auch nicht mehr so entwickelt, dass man sagen kann, dass jeder von A nach B kommt,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und da ist es auch wichtig, dass der Arzt eine gewisse Zulage erhält, um seine Versorgung der Bevölkerung auch im Notfallbereich leisten zu können.

(Zuruf von Detlef Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, zu den Kommunen habe ich schon gesprochen. Wir brauchen eine Versorgung, die sich weiterhin sehen lassen kann, denn ich bin schon der festen Überzeugung, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger im Land Mecklenburg-Vorpommern durchaus das Gefühl haben, dass sie gut versorgt sind, im hausärztlichen Bereich wie auch im fachärztlichen Bereich.

(Gerd Walther, PDS: Und das soll so bleiben.)

Das eine oder andere an Wartelisten oder an besonderen Terminen, zum Beispiel für Augenärzte, hat natürlich damit zu tun, dass der Gesetzgeber viele Ärzte durch die Budgetierung sozusagen am Arbeiten hindert. Denn alles, was planbar ist und überschaubar ist, was kein Notfall ist,

das kommt dann sozusagen auf eine lange Warteliste, und manche Termine dauern tatsächlich bis zu zehn, bis zu zwölf Wochen. Und daran können wir nur gemeinsam arbeiten, dass eben auch die Leistung eines Arztes, wenn sie erbracht wird, honoriert wird. Es kann nicht so sein, wenn man als Arzt 800 Fälle im Quartal behandeln darf, dass man dann nachher, wenn man 1.200 behandelt hat, dafür bestraft wird, dass man gearbeitet hat, dass man die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt hat. Und ich meine, das ist eine bundespolitische Frage,

(Gerd Walther, PDS: Genau, richtig.)

die können wir hier im Landtag nicht abschließend beantworten. Aber ich wollte dies sozusagen noch einmal aufrufen und darstellen. Ich darf Sie auffordern, dem Antrag der SPD und PDS und unserem Änderungsantrag zuzustimmen

(Torsten Koplin, PDS: Machen wir!)

im Interesse der Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger, im Interesse der KVen, im Interesse der Kassen und, ich denke, auch im Interesse der Ministerin. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, PDS und Ute Schildt, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Rein statistisch gesehen gibt es kein Problem bei der ärztlichen Versorgung in unserem schönen Land. Da fällt der Blick auf die durchschnittliche Zahl der niedergelassenen Ärzte, die Einwohnerzahl unserer Landes wird ins Verhältnis gesetzt und die Botschaft lautet: In M-V haben wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz bei der ärztlichen Versorgung. Aber wir wissen auch, dass diese Frage nur dann so positiv beantwortet werden kann, betrachten wir durchschnittliche Werte. Und hier spätestens ist Vorsicht geboten, denn wir wissen ja, wie das mit der Kuh ausgeht. Mein Kollege Dr. Nieszery hat das vorhin ja schon gesagt, sie ersoff trotzdem. Ähnlich ist es auch bei der ärztlichen Versorgung. Wir haben Gebiete im Land, hier insbesondere im großstädtischen beziehungsweise im Bereich der größeren Städte, die überversorgt sind, und es gibt insbesondere im ländlichen Bereich die Situation, dass das Netz beginnt zu reißen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

In meiner Heimatregion, im Uecker-Randow-Kreis, ist die jetzige Versorgungssituation gerade noch ausreichend, aber für die nächsten Jahre lässt sich ein Negativtrend absehen. Über 33 Prozent der niedergelassenen Ärzte werden in den nächsten Jahren in den wohlverdienenden Ruhestand gehen. Sie sind heute bereits über 61 Jahre alt. Landesweit liegt der vergleichbare Prozentsatz bei 25 Prozent und das Problem ist, es fehlt die Generation der nachfolgenden jungen Ärzte, die die Praxen übernehmen können.

Mit dem Ihnen heute vorliegenden Masterplan sehen wir als Koalitionäre die Möglichkeit, dass unsere Landesregierung daran mitwirkt, diesen Trend zu verhindern

beziehungsweise in erheblichem Maße entgegenzuwirken. Klar ist für die, die sich mit dem Thema beschäftigen, dass dies keine Frage der Politik allein ist. Hier muss es auch darum gehen, dass die zuständigen Selbstverwaltungsorgane gemeinsam mit der Politik im Land und vor allem auch im Bund an einem Strang ziehen, um die Situation zu meistern. Ich möchte daher auf drei einzelne Punkte, darunter zwei aus dem Masterplan, genauer eingehen:

Unter dem Punkt 4 sehen Sie die Lockerung für die Arbeitsmöglichkeit ausländischer Ärzte in unserem Land. Hier will ich voranstellen, dass es uns nicht darum geht, praktizierende Ärzte beispielsweise in Polen abzuwerben. Dies hätte die räumliche Verlagerung des Problems auf Kosten des polnischen Nachbarn zur Folge und das wollen wir definitiv nicht. Nein, es geht viel eher darum, frei werdende Fachkräfte gezielt anzusprechen, die gerade auch mit Blick auf die Veränderung der Versorgungsstruktur im Nachbarland nach dem EU-Beitritt freigesetzt wurden oder künftig werden. Das Werbeverbot für deutsche Krankenhäuser, welches zurzeit noch existiert, erschwert den gewollten Wechsel des Fachpersonals. Die Berufserlaubnis für die ausländischen Fachkräfte ist schaffbar, aber sicherlich immer noch zu vereinfachen. Im Uecker-Randow-Kreis haben wir es beispielsweise geschafft, 14 polnische Ärzte in beiden Krankenhäusern zu beschäftigen. Vier weitere Anträge liegen momentan vor. Der Fairness halber muss man aber sagen, dass der Einsatz von ausländischen Fachkräften meist den stationären Bereich, also die Krankenhäuser betrifft. Für den niedergelassenen Bereich oder den Hausarzt lässt sich dieses Prinzip nicht ohne weiteres unterbrechen, weil die sprachliche Barriere oft zu groß ist. Klar ist aber auch, dort, wo der stationäre Bereich abgedeckt ist, partizipiert bei vernünftiger Zusammenarbeit auch der ambulante Bereich von dieser Situation.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Die Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Angebote ist ein wichtiger Punkt, um den niedergelassenen Ärzten die Logistik eines Krankenhauses zur Verfügung stellen zu können. Allerdings setzt dies natürlich voraus, dass die Standorte der Krankenhäuser in unserem Land sicher sind. Nur wenn hier die Flächendeckung beibehalten wird, können wir die Positiveffekte für die ambulante Versorgung wiederum flächendeckend nutzen. Und für uns als PDS-Fraktion heißt das ganz logisch, dass wir das heutige Netz der Krankenhausstandorte im Land definitiv erhalten wollen. Dass wir nun im Zuge des so genannten Gesundheitsmodernisierungsgesetzes wieder von Gesundheitszentren sprechen, die die ambulante Versorgung mit erleichtern sollen, stimmt nachdenklich und zufrieden zugleich. Zufrieden deshalb, weil mit der gewollten Ansiedlung der Gesundheitszentren, also den Polikliniken, über die wir ja eben schon so viel philosophiert haben, ein Effekt angestrebt wird, von dem wir wissen, wie wichtig und auch wie sinnvoll er ist. Nachdenklich stimmt der Fakt deshalb, weil eben, wie bei vielen anderen Themen auch, erst blindlings alles zerschlagen wurde, was an positiven Ansätzen aus der DDR hätte übernommen werden können, und nun so getan wird, als hätte man eine tolle neue Entdeckung gemacht.

Mein dritter Punkt ist die Frage der Rahmenbedingungen, unter denen Ärzte tätig sind. Wir wissen, überall wird der starke Anfall bürokratischer Tätigkeiten bei der Ausübung des Arztberufes zu Recht kritisiert. Ärzte würden viel lieber Ärzte und nicht Buchhalter sein. Hoffentlich sind die Zeichen am Horizont auch bald wirklich Prä-

xis, die der Bundesausschuss der Selbstverwaltung signalisiert hat.

Allerdings müssen wir einen Punkt benennen, der im Masterplan nicht genannt ist, aber ein Grundübel darstellt. Herr Glawe und auch die Sozialministerin haben darauf hingewiesen. Wir können uns hier im Land noch so sehr den Wolf laufen oder den Mund fusselig reden, solange das West-Ost-Gefälle bei der Entlohnung fortbesteht, ist auch der Arztberuf im Osten nicht so lukrativ wie im Westen. Ostdeutsche Ärzte und insbesondere die bei uns im Land haben doch ohnehin schon einen Standortnachteil auszuhalten. Sie haben einen erheblich größeren Patientenstamm und sie haben zusätzlich einen älteren Patientenstamm, der automatisch auch ein Mehr an Versorgung nötig macht. Wenn dann noch die schlechtere Entlohnung hinzukommt, dann ist doch klar, wie sich junge Ärzte auch bei uns im Land entscheiden, wenn sie die Wahl haben.

Damit dies aber kein Automatismus wird, haben mein Abgeordnetenkollege Herr Torsten Koplin und ich gerade mit Blick auf den Osten unseres Landes und insbesondere auch meinen Heimatkreis einen Initiativplan erarbeitet, der in einigen Elementen sich sehr gut mit dem heute hier zu beschließenden Masterplan verzahnt. Allerdings setzen wir auch stark darauf, dass wir Abgeordnete selbst uns in die Pflicht nehmen. Neben den Gesprächen mit Vertretern der Selbstverwaltung setzen wir im Rahmen der Imagekampagne für den Arztberuf auch sehr stark auf das direkte Gespräch, beispielsweise mit Studenten der entsprechenden Fachrichtungen. So werden wir unter anderem ganz gezielt Gespräche mit unseren Studenten im Land hier suchen und auch für die Standorte im östlichen Teil des Landes Werbung machen. Ich bin mir sicher, gerade jungen Leuten, die selbst aus der Region stammen, kann man auch viel glaubwürdiger klar machen, dass sie hier am Heimatort gebraucht werden. Und wenn dann die lokalen Akteure gut zusammenarbeiten, so, wie das beispielsweise auch im Uecker-Randow-Kreis geschieht, da wirken der CDU-Landrat und der PDS-Landtagsabgeordnete gemeinsam, dann kann man auch, was das soziale Umfeld angeht, interessante Offerten machen. Genau in diesem Sinne verstehe ich auch die Intention des Änderungsantrages der CDU.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Masterplan ist kein Allheilmittel für die auch künftig zu sichernde flächendeckende und bedarfsgerechte ärztliche Versorgung bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern. Als Politiker muss uns klar sein, dass wir nur im Einvernehmen mit den Akteuren der Selbstverwaltung dieses Problem angehen können. Aber es ist auch sehr wichtig, dass wir unseren Teil dazu leisten. Das erwarten die Menschen in unserem Land zu Recht von uns. Das heißt aber auch, nicht nur den anderen zu sagen, was sie machen sollen, sondern selbst mit anzupacken bei der Lösung der Probleme. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Dem Änderungsantrag der CDU werden wir ebenfalls zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Walther.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, dann schließe ich hiermit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1202 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1202 einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1183 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der soeben geänderte Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1183 einstimmig angenommen.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kinder- und Jugendtourismus, auf der Drucksache 4/1172. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1205 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Kinder- und Jugendtourismus
– Drucksache 4/1172 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 4/1205 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Danke sehr.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Der Kinder- und Jugendtourismus ist ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste touristische Entwicklungssegment im Tourismus, das es für eine langfristige erfolgreiche Entwicklung als Urlaubsland mit aller Kraft zu unterstützen gilt.

Eine vorliegende Studie des Bundesforums Kinder- und Jugendreisen vom Dezember 2003 verweist darauf, dass der Kinder- und Jugendtourismus ein stabiles Element des Tourismus ist. Mit 84 Prozent liegt die Reiseintensität der 14- bis 19-Jährigen elf Prozent über dem Durchschnitt des Tourismus. Nach Aussagen der WTO wird sich der Anteil des Kinder- und Jugendtourismus in den kommenden Jahren auf bis zu 25 Prozent des Gesamttourismus steigern lassen. Dem Kinder- und Jugendtourismus kommt eine gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Insbesondere aufgrund des demographischen Wandels stellt die Attraktivität einer Region für junge Menschen auch ein bedeutendes Standortmerkmal dar, das sich entscheidend auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung auswirken kann.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“, die wir ja auch kennen gelernt haben bei unserer Anhörung des Tourismusverbandes – darauf basiert dieser Antrag, ich denke mal, auch aufgrund des Änderungsantrages, der vorliegt, zeigt es sich ja, dass eine Fraktion die Initiative ergriffen hat, aber ich denke mal, jede andere hätte das auch machen können –, meine Damen und Herren, die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ hat mit ihrem Entwurf eines Aktionsplanes für den Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern eine großartige Arbeit geleistet. Nach meiner Ansicht werden der Landes-

regierung ganz klar die Punkte aufgezeigt, die es abzuarbeiten gilt, wenn, ja, wenn man nicht durch Vernachlässigung des Jugendtourismus den Anschluss verlieren will.

Als Erstes muss der Bedeutung von Kinder- und Jugendreisen ein stärkeres Augenmerk auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zugewandt werden. Auch junge Menschen erwarten, ebenso wie andere Gästegruppen, gewisse Qualitätsstandards und vor allen Dingen eine spezifische Infrastruktur, die sich verständlicherweise häufig von den Ansprüchen der älteren Generationen unterscheidet. Dies haben wir gesehen, als wir vor Ort in Greifswald-Wiek waren, eine vorbildliche Einrichtung.

Und, meine Damen und Herren, ohne jetzt Jugendherbergen und Schullandheime vernachlässigen zu wollen, sie müssen sich daran orientieren, was in diesen Einrichtungen geleistet wird. Wir können in Deutschland die Nummer eins im Jugendtourismus werden, wenn wir diesem Segment eine höhere Bedeutung geben.

Meine Damen und Herren, bei allem Erreichten im Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern fällt doch auf, dass der Kinder- und Jugendtourismus bisher quasi ein Schattendasein führt. Dies zu ändern ist auch Intention unseres Antrages. Wir brauchen in einem ersten Schritt trägerübergreifende Konzepte zur Stärkung dieses wichtigen Marktsegments. Unter Einbeziehung des Tourismusverbandes und der Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ muss die Landesregierung entsprechende Leitlinien erarbeiten und vorlegen. Daran anknüpfend gilt es, die von der Arbeitsgemeinschaft begonnene überregionale Vermarktung von Kinder- und Jugendreisen nach und vor allem in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu unterstützen.

Es bedarf auch aussagefähiger Zahlen. So gibt es bisher keine belastbaren Aussagen – dies hat auch die Anhörung in Greifswald gezeigt – zur Anzahl, zum Zustand und zum Entwicklungspotential der in Mecklenburg-Vorpommern vorhandenen Einrichtungen im Kinder- und Jugendtourismus. Gerade im Umgang mit jungen Menschen hat das Thema Fortbildung und Qualifizierung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter eine große Bedeutung. Es geht um eine grundlegende qualitative Weiterentwicklung dieses wichtigen Sektors, liebe Kollegen, und um einen trägerübergreifenden Ausbau der Weiterbildungsangebote, was auch Herrn Glawe interessieren sollte, denn die Jugend ist ja auch sein Thema.

(Beifall Angelika Peters, SPD)

Dass es hierbei nicht nur um eine innerdeutsche, sondern um eine internationale Sichtweise der Dinge geht, versteht sich von selbst.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Vielleicht könnte der Herr Bildungsminister, der ja leider nicht da ist, in diesem Zusammenhang über eine Intensivierung des Austausches von Schulklassen nachdenken.

Meine Damen und Herren! Lieber Harry Glawe! Mit dem vorliegenden Antrag fordern wir von der Landesregierung zunächst einen Bericht über Anzahl, Ausstattung und Entwicklungspotential dieses wichtigen Marktsegments im Land. Des Weiteren fordern wir von der Landesregierung, sich zum Aktionsplan Kinder- und Jugendreisen in Mecklenburg-Vorpommern zu bekennen, das ist ganz wichtig, meine Damen und Herren, und tatkräftig dieses Segment des Tourismus zu unterstützen. Und schließlich gilt es,

dem Jugendtourismus den ihm zustehenden hohen gesellschafts- und tourismuspolitischen Stellenwert einzuräumen und ihn in die Tourismuskonzeption des Landes Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Detlef Müller für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! In der Politik ist es in der Tat manchmal so wie im wahren Leben: Auf das Einfachste beziehungsweise Wichtigste kommt man häufig immer etwas später.

Insofern, Herr Petters, meine sehr verehrten Damen und Herren, völlig klar, der Kinder- und Jugendtourismus hat für uns in unserem Land natürlich eine ganz große Bedeutung und ist ein ganz wichtiges Segment im Bereich der Tourismusbranche. Dennoch würde ich Ihre Einschätzung des Schattendaseins vielleicht nicht so unbedingt sehen.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Halbschatten würde mir besser gefallen, genau.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Das würde ich so nicht sehen. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, begrüßt unsere Fraktion, und ich natürlich auch, diesen vorliegenden Antrag. Dennoch, auch darauf haben Sie hingewiesen, wir haben einen Änderungsantrag vorbereitet, wobei die Formulierung vielleicht nicht ganz korrekt ist, denn es ist im Grunde genommen ein Erweiterungsantrag, weil wir davon ausgehen, dass der vorliegende Antrag noch etwas weiter gehen müsste. Insofern liegt Ihnen eben ein Änderungsantrag vor und ich glaube, wir sind da auch im Konsens mit der Opposition.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir ziemlich sicher und wir haben ja auch im Tourismusausschuss schon darüber gesprochen, dass der Kinder- und Jugendtourismus in der zu erarbeitenden Tourismuskonzeption unseres Landes einen ihm gebührenden Platz finden wird. Dennoch glaube ich, dass es Sinn macht, dass wir hier in diesem Hohen Haus noch einmal einen gesonderten Bericht zu diesem Segment hören, denn allein schon die statistischen Daten, die uns vorliegen, sind doch sehr mangelhaft. Und wenn man davon ausgeht, dass Mecklenburg-Vorpommern ohne Frage ein sehr begehrtes Reiseziel für junge Leute ist, dann ist das, denke ich mal, umso wichtiger.

In unserem Land haben wir circa 240 Einrichtungen für den Kinder- und Jugendtourismus, mit mehr als 22.000 Betten. Knapp 2.000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt. Sie sind natürlich vorwiegend in Jugendherbergen, Schullandheimen, Jugenddörfern, Reiterhöfen oder Surfschulen beschäftigt. Und wir als Parla-

ment und natürlich auch die Landesregierung haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich durch die Bereitstellung von Fördermitteln auch die Bedingungen in diesen Einrichtungen in den letzten Jahren ganz wesentlich verbessert haben, und wir haben es auch erreicht, dass sogar Jugendherbergen neu gebaut worden sind.

Auch die Förderung von zwei Koordinatoren, die beim Tourismusverband angegliedert sind – Herr Petters hat auch darauf hingewiesen –, die gefördert werden durch das Arbeitsministerium und insbesondere sich um die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ kümmern, glaube ich, tragen wesentlich dazu bei, dass wir auch im Marketingbereich für junge Leute weiter vorangekommen sind. Und der von Herrn Petters bereits erwähnte und auch ziemlich umfangreich dargestellte Aktionsplan, glaube auch ich, trägt dazu bei, dass wir eine ganz gute Grundlage haben für unsere Landesregierung, um diesen von uns dann geforderten Bericht zu erstellen. Ich glaube, wir sind mit dem Aktionsplan und mit dem, was wir dann auf den Weg bringen, jedoch auch marktführend in Deutschland und das ist sehr bemerkenswert.

Ich möchte Sie also auch bitten, stimmen Sie unserem Änderungsantrag und dem vorliegenden Antrag somit zu, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer als junger Mensch zu uns hier ins Land kommt und zufrieden wieder nach Hause fährt, da können wir ziemlich sicher sein, wird dann auch als Erwachsener wieder zu uns kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Die Müllers sind gut.)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schmidt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Macht die Regierung Kaffeepause?)

Karin Schmidt, PDS: Das weiß ich nicht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aller guten Dinge sind drei und in diesem Sinne möchte ich zu der Thematik Kinder- und Jugendtourismus und dem Antrag der CDU ebenso beginnen, wie Herr Petters hier in seiner Einbringung dargestellt hat, dass der Kinder- und Jugendtourismus ein sehr wichtiges Element der Erfolgsgeschichte des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern ist. Und nach der Darlegung der beiden vorangegangenen Vorträge ist es eigentlich umso erstaunlicher, dass wir es nicht hinbekommen haben, im Vorfeld dieses heutigen Tages einen gemeinschaftlichen Antrag hier fertig zu bringen, der den Ursprungsantrag und den Änderungsantrag gemeinschaftlich auf den Weg gebracht hätte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendübernachtungsstätten, in Jugendfreizeiteinrichtungen, bei Jugendreiseveranstaltern und andere Akteure setzen sich mit viel Engagement für einen unvergesslichen Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen und jungen Familien mit Kindern in unserem schönen Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern ein. Auch die Landtagsabgeordneten und die Landesregierung in Mecklenburg-

Vorpommern haben in den letzten Jahren mit ihren Aktivitäten entscheidend zu dieser Erfolgsgeschichte beigetragen.

Allerdings ist auch dieses touristische Segment wie der Tourismus insgesamt kein so genannter Selbstläufer, zum einen, weil die Konkurrenz nicht schläft, zum anderen ist es bekanntermaßen schwieriger, ein hohes Niveau nicht nur zu erreichen, sondern dieses dann auch zu halten. Und zum Dritten gibt es trotz vielfältiger Aktivitäten und Erfolge, trotz viel Engagement und harter Arbeit in den zurückliegenden Jahren gerade im Kinder- und Jugendtourismus noch vielfach im Land einen Investitionsbedarf, sowohl in baulicher oder sächlicher Hinsicht als auch einen Investitionsbedarf in das so genannte Humankapital, also bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Auf diese Bedarfe und andere Anforderungen geht der Aktionsplan „Kinder- und Jugendreisen Mecklenburg-Vorpommern“ ein, der von eben solchen Akteuren, nämlich der Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“, entwickelt wurde. Auf diese Bedarfe und andere Punkte haben uns die unmittelbaren Akteure, auch während unserer Anhörung, von der ja hier wiederholt schon die Rede war, am 21. April diesen Jahres in Wiek bei Greifswald hingewiesen. Deshalb sollten der Aktionsplan „Kinder- und Jugendreisen Mecklenburg-Vorpommern“ und die Studie „Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern“, was hier schon mal als Drucksache auch vorlag, ausreichend Berücksichtigung in der neuen Tourismuskonzeption des Landes finden, die demnächst fertig gestellt werden soll.

Die Fortsetzung des Qualitätsmanagements und die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dabei in diesem speziellen Segment, wie in der Branche insgesamt, wesentliche Schlüssel zum weiteren Erfolg und bedingen einander. Eine Gleichbehandlung von privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Organisationsformen wird aber ebenso angemahnt, denn circa 200 der insgesamt, wir gehen von 270 aus – ein paar mehr als Herr Müller mit 240 –, Übernachtungsstätten für diese Zielgruppe sind in unserem Land dem Gemeinnutz verpflichtet. Hier müssen unter anderem solche Regelungen getroffen werden, die auch diesen Trägern die Nutzung von Investitionsförderprogrammen ermöglichen. Ähnlich sieht es bei der Förderung von Bettenkapazitäten für diese Zielgruppe aus, über die man nachdenken muss. Wenn wir Bedarfe in diesem Segment ausmachen, dann darf eine Investition nicht durch pauschale Regelungen verhindert werden. Es müssen Ausnahmen möglich sein, vielleicht auch durch die Vorgabe baulicher Standards, damit eine Konkurrenz zu anderen Anbietern weitestgehend ausgeschlossen werden kann.

Auch die besondere Bedeutung von Schullandheimen, und da habe ich schon eine andere Auffassung als Herr Petters,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

spielt in diesem Zusammenhang eine nicht unbedeutende Rolle. Die Schullandheime realisieren nach wie vor einen Bildungsanspruch, der von anderen Anbietern so nicht erbracht wird beziehungsweise erbracht werden kann.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Richtig, und davon war ja vorher die Rede.

Um die vielen Akteure zusammenzuführen und das Qualitätsmanagement und die Vermarktung zu befördern, wurde die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ ins Leben gerufen und eine Projektgruppe durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung im Rahmen eines gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojektes gefördert, übrigens nur eines von vielen touristischen Projekten, die durch das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm unseres Landes gefördert werden. Diese Projektgruppe also muss ihre Arbeit aus oben genannten Gründen auch weiterhin leisten können.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

Dafür sollte sich auch das Wirtschaftsministerium mit verantwortlich fühlen.

Neben der Präsentation ihrer Erfolge wird die Arbeitsgemeinschaft heute Nachmittag in Rostock zu Recht auch wieder auf diesen Bedarf hinweisen und ihre Erwartung an uns und an die Landesregierung formulieren. Der Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern hat bundesweit anerkanntermaßen einen Spitzenplatz erklommen und liegt weder im Halbschatten noch Schatten. Bei uns wurde die Empfehlung des Bundes-Kinder- und -jugendaktionsplanes mit der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft und der Projektgruppe und deren beider Wirken bis hin zum Aktionsplan des Landes bisher am weitesten umgesetzt.

Kinder und Jugendliche sind die erwachsenen Gäste und die Kunden von morgen. Deshalb wollen und müssen wir gemeinsam dieses touristische Segment weiter ausbauen und stärken. In diesem Punkt sind wir uns ja einig und auch wir als Fraktion der PDS unterstützen den Antrag der CDU und denken doch, auch nach den Ausführungen von Herrn Petters, dass Sie Ihrerseits dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zustimmen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Beate Mahr, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schmidt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kollege Herr Petters sprach es an: Für eine langfristige erfolgreiche Entwicklung als Urlaubsland müssen wir den Kinder- und Jugendtourismus als touristisches Segment stärker ausbauen. Darüber scheint, wie ich hörte, hier im Hohen Hause Einigkeit zu bestehen. Dies belegt auch der von Ihnen, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, vorgelegte Änderungsantrag, dem man mit Verlaub doch sehr anmerkt, dass Sie sich viel Mühe gemacht haben, damit sich Gleiches nicht gleich, sondern dann doch irgendwie anders anhört.

Die CDU möchte nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine tatkräftige Unterstützung des Aktionsplans „Kinder- und Jugendreisen Mecklenburg-Vorpommern“ und eine entsprechende Berücksichtigung in der neu zu beschließenden Tourismuskonzeption. Die Koalitionsfraktionen fordern in der neuen Konzeption, dem Aktionsplan einen hohen Stellenwert einzuräumen. Es ist doch schön, immer wieder schön, wenn wir uns hierin alle einig sind.

Meine Damen und Herren, aber entschuldigen Sie, ob wir nun, wie bei Ihnen unter Punkt 3 gefordert, dieses entwicklungsfähige Tourismussegment tatkräftig unterstützen oder das Segment des Kinder- und Jugendtourismus als entwicklungsfähiges Segment tatkräftig unterstützen, das macht für mich nun wirklich keinen Unterschied. Ich erkenne beim besten Willen keine qualitative Aufwertung zu unserer Forderung im Ursprungsantrag. Für mich ist entscheidend, dass etwas geschieht, dass gehandelt wird

(Beifall Andreas Petters, CDU: Sehr gut.)

und unser Land auf diesem intensiv umworbenen Markt keine Chancen verspielt.

Aber nun zurück zum ursprünglichen Antrag. Meine verehrten Damen und Herren, viele jugendtouristischen Einrichtungen im Land sind durch eine veraltete Bausubstanz, eine höchst schwierige wirtschaftliche Situation sowie hohe Personalrotationen mit Kräften aus dem zweiten Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Ich komme aus Stralsund und weiß, worüber ich da rede. Jugendherberge Stralsund, eine Andeutung mag reichen.

(Gerd Walther, PDS: Die ist doch sehr schön.)

Dass die beiden gerade genannten Komponenten eine kontinuierliche und langfristige Arbeit beinahe unmöglich machen, liegt auf der Hand. Nicht nur im Hinblick auf die knapper werdenden öffentlichen Mittel ist es notwendig, alte Verteilungskämpfe und Verantwortlichkeiten den Erfordernissen der heutigen Zeit, vor allem aber der Zukunft anzupassen. Es wurde vorhin schon angesprochen, solche Pro-Kontra-Debatten nahe am eiteln Gezänk, wie wir sie im Tourismusausschuss im maritimen Jugenddorf Wiek erlebt haben, bringen uns überhaupt nicht voran.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was, ihr kloppt euch da im Ausschuss?!)

Solange gemeinnützige und private Jugendeinrichtungen mehr Energie für das Gegeneinander statt für das Miteinander aufwenden, werden wir dem Ziel, jugendtouristisch an Renommee zu gewinnen, nicht näher kommen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das, meine Damen und Herren, ist für mich der zentrale Ansatzpunkt für alle Beteiligten.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ hat umfassend gearbeitet und Schwachpunkte wie Aufgaben zur Verbesserung des jugendtouristischen Umfeldes in Mecklenburg-Vorpommern deutlich formuliert. Die Aufgaben, die Anforderungen sind klar vorgegeben. Es geht um die politische und wirtschaftliche Sensibilisierung dieses wichtigen Themas und es geht ferner darum, das Qualitätsmanagement in diesem Bereich mit einer Qualitätsoffensive zu entwickeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dass dazu über eine angemessene finanzielle Unterstützung entschieden werden muss, versteht sich dann allerdings wohl auch. Um nicht in den allgemeinen Tenor „mehr für alle“ zu verfallen, wäre es in einem ersten Schritt erforderlich, den Kinder- und Jugendreisesektor zumindest gleichberechtigt zwischen gewerblichen und ge-

meinnützigen Leistungsträgern einzubinden. Ein aus meiner Sicht dominierendes Segment im Jugendtourismus stellt derzeit und vielleicht auch zukünftig das Camping dar. Hier gibt es im Land einen riesigen Nachholbedarf. Die Suche nach einem jugendgerechten Zeltplatz gestaltet sich immer noch wie die berühmte Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Es kommt darauf an, den bedarfsgerechten Ausbau von Jugendzeltplätzen im Sinne der Angebotserweiterung anzustreben.

Meine Damen und Herren, wenn Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig im Konzert der großen Tourismusländer mitspielen möchte, müssen wir dafür im Kinder- und Jugendtourismus einen wichtigen Grundstein legen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Marketing würde man davon sprechen, dass es darauf ankommt, bereits frühzeitig unsere Kinder auf das Land zu konditionieren, um sie an die Marke Mecklenburg-Vorpommern heranzuführen. Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen, er ist ja sowieso fast unser.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, sehr gut. –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Letztendlich wird entscheidend sein, dass die Landesregierung und wie sie ihren daraus resultierenden Auftrag in zielgerichtetes Handeln umsetzt. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Rudolf Borchert, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Vierkant.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/1205 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichnen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD:
Herr Riemann, wollen Sie nicht zustimmen?!)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1205 angenommen.

Wer jetzt dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1172 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichnen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1172 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Zuzahlungserleichterungen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Heimen, auf der Drucksache 4/1185. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1203 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Zuzahlungserleichterungen für Sozialhilfe-
empfängerinnen und -empfänger in Heimen
– Drucksache 4/1185 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1203 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das ist ein wichtiges Thema, über das wir jetzt zu befinden haben. Es geht nämlich um Menschen mit Behinderungen und um pflegebedürftige alte Menschen in Heimen und deren Verpflichtung zur Zuzahlung für Arzneien, Arztbesuche et cetera, et cetera.

Das GKV-Modernisierungsgesetz ist in Kraft, darüber ist landauf, landab in erheblichem Umfang diskutiert worden, eine Konsensgeschichte zwischen SPD auf der einen Seite und CDU auf der anderen Seite, aber es hat Auswirkungen. Es hat die Auswirkung, dass von Zuzahlungsbeträgen heute keiner mehr befreit ist. Sie werden sich erinnern, in der Vergangenheit gab es die Situation, dass Menschen, die unterhalb einer gewissen Einkommensschwelle lagen, sich von dieser Zuzahlungspflicht befreien lassen konnten. Diese Befreiungsmöglichkeiten gibt es heute nicht mehr mit der Konsequenz, dass jeder, völlig unabhängig davon, wie viel Geld ihm zur Verfügung steht, einen prozentualen Anteil seines Jahresbruttoeinkommens für Zuzahlungszwecke zur Verfügung stellen muss. Der prozentuale Anteil beträgt entweder zwei Prozent oder ein Prozent des Bruttojahreseinkommens. Das ist davon abhängig, ob jemand chronisch krank ist oder nicht.

Und jetzt stellen wir uns mal die Situation der Menschen in Heimen vor, die diesen Heimaufenthalt schon nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können und deswegen also auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind. Auch die müssen von ihren Sozialhilfeleistungen diese Zuzahlungsbeträge leisten. Und diese Zuzahlungsbeträge fallen an am Anfang des Jahres und belasten so das Taschengeld der Leute. Diesen Menschen steht in der Regel ein Taschengeld von rund 100 Euro im Monat zur Verfügung und davon müssen dann immer diese Zuzahlungsbeträge geleistet werden. Das halten wir für ausgesprochen verbesserungsbedürftig. Es gibt Bundesländer, die hier schon Lösungen gefunden haben in Vereinbarung mit Kassen, Sozialverbänden, Einrichtungsträgern et cetera, die letztendlich im Ergebnis dazu führen, dass hier eine Erleichterung diesen Menschen, diesen zuzahlungspflichtigen Heimbewohnern zuteil wird. Das heißt also, dass die Belastungen entweder auf das ganze Jahr verteilt werden oder dass andere kompensatorische Faktoren gefunden werden.

Unser Antrag zielt heute darauf ab, hier das Sozialministerium prüfen zu lassen, ob es im Land Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeiten gibt, den Heimbewohnern, den hiervon Betroffenen, hart Betroffenen, diese Last zu nehmen und letztendlich zu Lösungen zu kommen, die zu Erleichterungen für diesen Personenkreis führen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erste hat das Wort die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Das am 1. Januar 2004 in Kraft getretene GKV-Modernisierungsgesetz hat in verschiedener Hinsicht ja einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Es öffnet einerseits in vielen Versorgungsbereichen Monopolstrukturen zugunsten wettbewerblicher Lösungen und gibt durch die Förderung neuer Versorgungsformen auch Anreize zur Erhöhung von Qualität und Wirtschaftlichkeit der gesundheitlichen Versorgung. Wir hatten ja einige dieser Dinge bereits in vorhergehenden Beiträgen genannt.

Andererseits stellt aber die Gesundheitsreform eine Abkehr vom Solidarprinzip dar, indem durch die Neugestaltung der Zuzahlungsregelungen die Versicherten überproportional belastet werden. Und diese soziale Unausgewogenheit war ja auch der Grund dafür, dass die Landesregierung im Bundesrat dem Gesetz so nicht zugestimmt hat.

(Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

Bei der Krankenversorgung gilt seit Einführung des GKV-Modernisierungsgesetzes, die Liste der Dinge, die von den Patientinnen und Patienten selbst bezahlt werden müssen, ist länger als die der Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, die es auf Rezept gibt. Und es fängt eben bei den Praxisgebühren von 10 Euro je Quartal an und geht bei den erhöhten Zuzahlungen zum Beispiel eben für die verschreibungspflichtigen Medikamente, Heilmittel und Krankenhausaufenthalte weiter. Wir wissen, es gibt keine Zuschüsse mehr zu Brillen, auch homöopathische Mittel oder Mittel gegen Erkältungen werden nur bei einem kleinen Personenkreis von der Krankenkasse bezahlt.

Besonders betroffen von all diesen Regelungen sind die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger. Grundsätzlich sind zwar Zuzahlungen während eines Kalenderjahres durch die Versicherten nur bis zu einer bestimmten Summe, also gesetzlich festgelegt zwei oder ein Prozent, zu leisten, aber für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in Mecklenburg-Vorpommern liegt die Belastungsgrenze bei 68 Euro im Jahr. Und der Regelsatz ist um diesen Beitrag nicht erhöht worden, sondern die Zuzahlungen müssen eben aus der vorhandenen Substanz heraus getragen werden. Das Einkommen sinkt dadurch zeitweilig oftmals unter das Existenzminimum. Das widerspricht dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 (1) unseres Grundgesetzes.

(Torsten Koplin, PDS: In der Tat.)

Und dieser Meinung schloss sich auch das Verwaltungsgericht Braunschweig an. Die Stadt Braunschweig wurde dazu verurteilt, einem Sozialhilfeempfänger die Kosten für eine Therapie zu erstatten, bis über die Frage entschieden ist, ob der zu zahlende Eigenanteil bei der Regelsatzfestlegung noch berücksichtigt werden muss oder nicht. Für mich erkennt das Gericht damit an, dass die sozialstaatlich gebotene Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums als originäre Funktion der Sozialhil-

fe bei allen Sparbemühungen nicht aus dem Blick geraten darf. Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe müssen für alle Menschen unabhängig von den aktuellen persönlichen Lebensumständen und Notlagen gewährleistet bleiben. Und die verstärkte Betonung – und ich betone das ausdrücklich – der Eigenverantwortung, die ich auch fordere und die ich auch wünsche, und das sage ich mit allem Nachdruck, zur schleichenden Verabschiedung vom Sozialstaatsgebot führen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, mit der Praxisgebühr auch für Sozialhilfeempfänger wird eindeutig gegen das früher geltende Bedarfsdeckungsprinzip verstoßen, das den Regelsätzen zugrunde liegt. Und für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in stationären Einrichtungen und in Heimen ist der Barbetrag, der zwischen 80 und 127 Euro im Monat liegt, hier für die Kosten der Gesundheit einzusetzen. Von diesem Betrag sind 68 Euro beziehungsweise 34 Euro für chronisch kranke Menschen als jährliche Eigenbeteiligung, das heißt monatlich sechs oder eben drei Euro, einzusetzen. Erst wenn diese Belastungsgrenze überschritten ist, erteilt die Krankenkasse für den Rest des Jahres eine Befreiungsbescheinigung.

(Harry Glawe, CDU: Wenn sie erteilt wird.
Es gibt ja viele, die noch nicht erteilt sind.)

Und hier gilt auch, vieles wird von den Kassen seit dem 1. Januar eben gar nicht mehr übernommen und ist sowieso von den Patienten selbst zu bezahlen. Denken wir eben an Nasentropfen und all diese Dinge.

Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen: Ich halte allein diese finanziellen Belastungen für sozial nicht vertretbar bei der Bürger/-innengruppe, die wir hier im Blick haben.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Die mit den Zuzahlungen verbundenen besonderen Härten, insbesondere für die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in den Heimen, haben das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung deshalb veranlasst, Gespräche mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen und der Kommunen mit dem Ziel zu führen, für die Betroffenen eine sozialverträgliche Lösung zu finden, die sowohl für die Sozialhilfeträger beziehungsweise die Heimträger, aber auch für die Kranken möglichst einfach und praktikabel sein sollte. Eine solche Vereinbarung könnte nach dem Vorschlag des Bundesministeriums zum Inhalt haben, Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die nur ein Taschengeld beziehen, zum 1. Januar eines Jahres zu befreien oder die Zuzahlungen bis zur jährlichen Belastungsgrenze direkt vom zuständigen Sozialhilfeträger an die jeweilige Krankenkasse zu entrichten.

Ich begrüße deshalb, weil also auch in anderen Ländern hier nach Lösungen gesucht wird, den Antrag der Koalitionsfraktionen ebenso wie den Antrag der Opposition. Ich werde mich ausdrücklich mit den Kassen, Sozialhilfeträgern und den Heimträgern zu dieser Frage verständigen und um eine Lösung ringen, die zu einer minimalen Belastung der betroffenen Personen führt. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordneter Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Der Antrag der SPD und PDS „Zuzahlungserleichterungen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Heimen“ ist sehr wichtig und er ist fast überfällig.

Frau Ministerin sprach ja davon, es soll Erleichterungen geben. Ich will Ihnen mal zwei, drei Dinge aufzählen, was da alles gefordert wird. Also bei der Frage, ob ich befreit werde, geht es einmal darum, dass zum Beispiel auch die Heimbewohner ihre Bankguthaben vorlegen müssen, ihre Zinseinkünfte, Schwerbehindertenausweis, mindestens 60 Prozent, Rentenausweis, ...

(Torsten Koplin, PDS:

Es wird ja keiner mehr befreit.)

Ja, es wird alles geprüft, Herr Kollege, durchs Sozialamt.

... dann die Frage nach der Einstufung, also Belege sammeln, ob ich ein Prozent, wenn ich als chronisch krank gelte, oder ob ich vom Jahresbruttoeinkommen zwei Prozent erlange. Sie können ja im Prinzip davon ausgehen, für die Bürgerinnen und Bürger in Heimen, zum Beispiel gibt es ja auch junge Erwachsene, die mehrfach geschädigt sind, die auch in Heimen versorgt werden, für die ist es eine unheimliche Hürde, das alles selbst zu bewegen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist wahr.)

Da hat ja der Gesetzgeber gesagt, die bekommen Betreuer. Man muss sich also auch fragen, ist die Qualität der Betreuer richtig, wenn es heute noch in einigen Heimen so ist, dass ein Drittel der chronisch Kranken und Sozialhilfeempfänger noch keinen Bescheid von der Krankenkasse haben oder keine Bescheinigung haben, dass sie von der Beitragszahlung oder Zuzahlung befreit sind.

Was heißt das in der Praxis? Frau Ministerin hat vorhin vorgetragen, eigentlich ist ein chronisch Kranker verpflichtet nach dem GKV-Modernisierungsgesetz vom 1. Januar 2004, 34 Euro pro Jahr zu zahlen, wenn er Sozialhilfeempfänger ist, oder, wenn er eben nicht chronisch krank ist, 68 Euro. Das ist eine Belastung. Das ist auf der einen Seite richtig, auf der anderen Seite muss man sich aber auch die Frage stellen: Wie viel hat der schon überzahlt? In jedem Quartal hat er sozusagen 10 Euro zu bezahlen. Für jedes Arzneimittel, das er verschrieben bekommt, muss er zuzahlen, bei 10 Euro, wenn es weniger als 10 Euro kostet, beträgt die Zuzahlung 5 Euro für ein Medikament, bei bis zu 80 Euro muss er 10 Prozent zuzahlen, das sind 8 Euro. Kostet ein Arzneimittel mehr als über 100 Euro, bleibt die Zuzahlung bei 10 Euro. Das rechnen Sie mal hoch! Er hat dann innerhalb von kurzer Zeit, mindestens im ersten Quartal eines Jahres, eigentlich schon die Zuzahlungsregelung erreicht. Die Belege sind alle da. Er bekommt aber von den Krankenkassen kein Zertifikat, dass er nicht mehr zuzahlen muss. Er wird also nicht von den Zuzahlungen freigestellt. Was passiert? Es muss wieder gezahlt werden. Es werden wieder 10 Euro in der Praxis fällig und es werden auch wieder Zuzahlungen für die Arzneimittel fällig.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich denke, das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU,
Jörg Heydorn, SPD, Ute Schildt, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Hier müssen wir als Abgeordnete einsteigen und tatsächlich etwas für die Sozialhilfeempfänger tun, die am meisten benachteiligt sind. Und für die, die sich nicht wehren können, müssen wir in die Bresche steigen,

(Torsten Koplin, PDS: Sagen
Sie das auch Herrn Seehofer!)

damit wir nächstes Jahr zum 1. Januar 2005 eine Regelung haben, die entweder, wie Sie es sagen, dazu führt, dass man pro Monat 3 Euro vorfinanziert oder dass einmalig das Sozialamt vorfinanziert, oder dass auch die Möglichkeit besteht, wie wir es vorschlagen, dass einmalig gezahlt wird. Ich weiß ja, wer chronisch krank ist, denn das ist in diesem Jahr bereits bekannt, hier sind die Anerkennungen ja raus. Also weiß ich im nächsten Jahr, dass die Grenze 34 Euro wäre und dass ich die auch einmalig zahlen kann. Unser Antrag geht dahin, dass wir den Verwaltungsakt minimieren wollen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Wir wollen, dass die Bescheinigung einmal erteilt wird, dass einmal Geld fließt und dass nicht laufend Kontrolle nur der Kontrolle wegen gemacht werden muss. Deswegen bin ich auch dankbar, dass Sie unserem Antrag zustimmen wollen. Ich glaube, dass man in diese beiden Richtungen denken muss. Im Interesse der Heimbewohner und der betroffenen Sozialhilfeempfänger, denke ich, ist die Regelung vernünftig.

Wichtig ist, das ist vielleicht noch eine Hürde, Frau Ministerin, Sie haben ja die Aufsicht über die größte Kasse, dass man vielleicht einen Vertrag mit der größten Kasse hinbekommt, damit sich die anderen daran auch anschließen können, denn jeder ist nicht gleich versichert. Aber ein Vertrag im Land wird wohl dazu führen, dass auch die Ersatzkassen und die Privatkassen mitziehen.

Meine Damen und Herren, die meisten Bürgerinnen und Bürger, gerade die, die in den Heimen sind, sind sowieso bei der AOK versichert.

(Reinhard Dankert, SPD: Ich auch.)

Ich habe die Hoffnung, dass wir im Interesse der Betroffenen hier eine Regelung auf den Weg bringen, die sich den Erfordernissen stellt und den Betroffenen hilft. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD, PDS und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, auf mich haben diese drehbaren Rollstände vor Kiosken und Buchläden immer so eine magische Anziehungskraft, denn da sind oftmals diese Kärtchen mit weisen Sprüchen drin. Nun habe ich vor einigen Tagen einmal einen Spruch gefunden von Simone de Beauvoir, den ich gerne zum Besten geben möchte: „Wie müsste eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter“ – oder bei Bedürftigkeit – „ein Mensch bleiben kann?“ Die Ant-

wort ist einfach, dort steht: „Er muss immer schon als Mensch behandelt worden sein.“ Ich finde das sehr weise. Es gibt einen Bezugspunkt zu unserem Antrag heute, denn der Antrag hat in der Tat etwas – und da möchte ich Herrn Heydorn und Herrn Glawe sehr wohl unterstützen – mit Mitmenschlichkeit und mit der Würde des Menschen zu tun.

Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die PDS hat sich gegenüber der Praxisgebühr und den Zuzahlungen immer kritisch geäußert. Wir haben allein in Mecklenburg über 10.000 Unterschriften gesammelt und wir haben Schicksale dokumentiert. Zur Stunde laufen gerade im Auftrag der PDS Dreharbeiten zu einem Dokumentarfilm in Neubrandenburg über diese Schicksale.

Ein Schicksal möchte ich Ihnen hier gerne darlegen. Es handelt von einem vorübergehend in einem Heim aufgenommenen Mann, der in der schwierigen Situation war, Injektionen erhalten zu müssen, der gleichzeitig zeitweise nicht mobil sein konnte, da er darüber hinaus noch ein eingegipstes rechtes Bein hatte und aufgrund dieser Tatsache Pflege brauchte. Ihm stehen für diesen Zeitraum 30 Prozent vom Regelsatz für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger zur Verfügung, also 30 Prozent von 282 Euro im Monat. Das sind 84,60 Euro beziehungsweise täglich 2,82 Euro. Dieses Geld ist für Körperpflegemittel, Zeitungen, Telefonate oder Treffen mit Freunden und Verwandten bei einer Tasse Kaffee gedacht. Seit dem 1. Januar dieses Jahres kommt noch hinzu, dass die Gesundheitskosten ebenfalls davon bezahlt werden müssen.

Wie sah das Schicksal dieses Menschen in jüngster Zeit aus? Arztbesuch am 9. März, 10 Euro, und vom 9. März bis 26. März 4-mal wöchentlich den Verband wechseln, dafür sind 5,50 Euro in Rechnung gestellt worden, 12-mal, das macht 66 Euro, davon 10 Prozent Zuzahlung, das sind also 6,60 Euro für diese Person in bar. Hinzu kommen 10 Euro für die physiotherapeutische Behandlung, das sind allein in diesem Zeitabschnitt für diese Leistung 16,60 Euro. 15. März bis 21. März notwendige Pflege, also An- und Auskleiden, kleine und große Toilette, Wegepauschale, Investitionspauschale der Pflegekasse, denn der Pflegedienst berechnet für eine Woche 249,54 Euro, davon muss dieser Mann 10 Prozent selber bezahlen und das macht 24,95 Euro plus Pflegerezept, denn das wird noch einmal extra draufgeschlagen, 10 Euro. In der Zeit vom 29. März bis 9. April waren Folgeverordnungen fällig, wie Verband wechseln et cetera pp., das will ich nicht alles wiederholen, 9,73 Euro. Diese Summe ist deshalb so krumm, weil die Grenze, von der Frau Ministerin sprach, bereits überschritten wurde. Für die Zeit dieses einen Monats, 9. März bis 9. April, wurden Zuzahlungen von 71,28 Euro fällig, gekappt bei der Grenze, die Frau Ministerin nannte. Der Mann hatte aber nur 84,60 Bargeld zur Verfügung. Ich habe nachgerechnet, das sind knapp 85 Prozent, die von seinem verfügbaren Geld für Zuzahlungen draufgingen. Ich frage Sie: Ist so ein Leben in Würde möglich?

(Jörg Heydorn, SPD: Nein.)

Wir sind als PDS Miteinreicher dieses Antrages, weil wir jede, wirklich jede Möglichkeit nutzen wollen, um die Lebenssituation von Menschen in Not zu verbessern.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Aber dieser Antrag darf auch nicht über die Ursachen, die überhaupt zu diesem Antrag geführt haben, hinwegtäuschen. Die Zuzahlungsbefreiung für Sozialhilfeempfänger wurde mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz gestrichen. Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz ist Bestandteil der Agenda 2010 und die Agenda 2010 wird von der PDS entschieden abgelehnt. Und dafür hat sie drei gute Gründe:

Erstens, weil allein schon die Begründungen für die Agenda 2010 falsch sind. Muss sich ein Land – das frage ich Sie einmal, auf Ehre und Gewissen, angesichts der Zahlen an diesem einen Schicksal –, muss sich dieses Land von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosenhilfeempfängern, also von Menschen, die bereits in Not sind, Geld zur Sanierung der bewusst leer gemachten Kassen holen? Das ist die Frage. Während diese Menschen um 9,3 Milliarden Euro bundesweit geschöpft werden, produziert man im Bund – Herr Glawe, Herr Seehofer war im Vorfeld am Gesundheitsmodernisierungsgesetz beteiligt, der Kompromiss im vergangenen Jahr –, produziert man im Bund die Senkung des Spitzensteuersatzes und Steuerausfälle von 6 Milliarden Euro, veranschlagt allein für das Jahr 2005.

Ich darf auch im Namen der PDS dem Bundespräsidenten von gestern, Herrn Rau, nur Recht geben, wenn er von unverschämter Gier, die es in dieser Gesellschaft gibt, geredet hat, denn sie wird deutlich, wenn man sich das einmal vergegenwärtigt, was da passiert. Ich habe einmal eine Frage: Wie lange hätte ein Durchschnittsverdiener in Mecklenburg-Vorpommern im verarbeitenden Gewerbe arbeiten müssen, um so viel zu bekommen, wie Herr Escher dafür, dass er Mannesmann an die Wand gefahren hat? Wie lange? 20.000 Euro ist der Durchschnittsverdienst. Seit Martin Luther hätte jemand arbeiten müssen, um so viel zu bekommen wie der als goldenen Handschlag dafür, der das Unternehmen so übergeben hat und ein Minijobber sogar, das können Sie nachrechnen, seit Christi Geburt. Allein daran wird doch deutlich, wie pervers das alles ist!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zweitens. Die Wirkungen, die mit der Agenda 2010 vorausgesagt werden, werden nicht erreicht. Schon jetzt wird klar: Krankheiten werden von der Personengruppe verschleppt, die hier in Rede steht, oder chronifiziert. Gehen Sie in die Obdachlosenheime! Gucken Sie sich das an! Sprechen Sie mit den Leuten! Gerade sozial Schwache medikamentieren sich in abenteuerlicher Weise gegenseitig. All das wird langfristig volkswirtschaftlich teuer bezahlt werden müssen, das kann ich jetzt schon voraussagen.

Drittens. Die wirklichen Reformen werden nicht angepackt. Was notwendig ist, ist die Besinnung auf die Solidarität in dieser Gesellschaft und die Verbreiterung der Einnahmehasis der solidarischen Gesundheitsversicherung. Wir brauchen endlich eine solidarische Bürgerversicherung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS,
Rudolf Borchert, SPD, und Angelika Peters, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Man hat hier immer etwas Zeit, wenn man nicht gleich mit Redebeiträgen beschäftigt ist. Mir ist etwas in die Hände gefallen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Politische Akademie“. Da veröffentlichte Herr Fritz Scharpf einen Artikel zum Thema „Staataufgaben heute“. Daraus möchte ich gerne zitieren, Herr Koplin, da gibt es einen Absatz, der höchst interessant ist: „Die geringe Zahl von Arbeitsplätzen in einfachen Dienstleistungen wird dagegen durch die Abgabenstruktur erklärt, die dem typischen kontinentalen Muster entspricht, ein hohes Aufkommen aus Sozialabgaben, ein vergleichsweise sehr niedriges Aufkommen aus Steuern aller Art und ein extrem niedriges Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, wo wir zusammen mit Frankreich, den Niederlanden und Japan am untersten Ende der hoch entwickelten Industrieländer und noch deutlich unter den USA liegen.“ Es heißt, wir belasten Arbeit im unteren Einkommenssektor in erheblichem Umfang mit Sozialabgaben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ein Grund dafür ist das Thema gesetzliche Krankenversicherung. Deswegen hat man sich darangemacht, die gesetzliche Krankenversicherung zu modernisieren. Das halte ich für notwendig. Allerdings die Lösung, die man gefunden hat, kann nur der erste Schritt sein. Da gebe ich Ihnen heute völlig Recht.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es sowohl Beschlusslage der SPD auf Bundesebene als auch Beschlusslage hier im Landtag ist, aufgrund einer Entschließung der von der SPD eingebrachten Resolution, das Thema Bürgerversicherung einzuführen. Wir haben folgende Situation: Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind letztendlich die Ausgaben für die Gesundheit nicht unverhältnismäßig gestiegen. Das Problem, das wir haben, ist, dass letztendlich immer weniger in der Situation sind, diese Kosten aufzubringen, weil auf der einen Seite Arbeitnehmer und auf der anderen Seite Arbeitgeber dieses System zu finanzieren haben. Das scheint an Grenzen gestoßen zu sein. Deswegen kann ich für unsere Fraktion an dieser Stelle erklären, dass wir in vollem Umfang für die Einführung der Bürgerversicherung sind, denn die muss kommen. Und da unterscheiden wir uns auch sehr fein von der CDU, die ja bekannterweise für Kopfpauschalen auf Bundesebene eintritt. Man wird sehen, wie sich das in den Jahren politisch entwickelt.

Jetzt aber zurück zu unserem Antrag. Frau Ministerin hat schon darauf hingewiesen, dass die Leistungen, die die betroffenen Menschen in Einrichtungen erhalten, dem Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz zuzuordnen sind. Da wird ein Regelsatz zugrunde gelegt und jetzt passiert Folgendes: Dieser Regelsatz beträgt für den Haushaltsvorstand für Mecklenburg-Vorpommern – ich weiß es jetzt nicht ganz genau –

(Torsten Koplin, PDS: 282 Euro.)

282 Euro. Das ist die Grundlage für die Ermittlung des Eigenanteils. Der Heimbewohner bekommt aber nur ein Taschengeld. Die Höhe des Taschengeldes hat Frau Ministerin noch einmal genannt. Ich habe einfach Zweifel an der Rechtskonformität dieser Lösung, denn der Barbetrag wird auf der Grundlage des Paragraphen 21 Absatz 3 ausschließlich für die Befriedigung persönlicher Bedürfnisse gezahlt. Und damit wird das Thema Inanspruchnahme eines Arztes oder einer Arznei zu einem Bedürfnis

des täglichen Lebens. Bedürfnisse des täglichen Lebens sind zum Beispiel Zahnpasta, Theaterbesuch, mal eine Fahrkarte, öffentlicher Personennahverkehr, Teilnahme am Leben und in der Gemeinschaft. Aber man kann nicht hergehen und das Thema Zuzahlungsbeträge zu einem Bedürfnis des täglichen Lebens erklären.

(Torsten Renz, CDU: Zum Antrag sprechen! Zum Thema sprechen!)

Herr Renz, nehmen Sie Platz! Ich erkläre Ihnen das dann noch einmal, da bin ich völlig hemmungslos.

(Torsten Renz, CDU: Bürgerversicherung.)

Ich möchte an der Stelle erklären, dass wir gerne dem Änderungsantrag der CDU zustimmen, weil er in die richtige Richtung geht. Die Befreiung von der Zuzahlung erfolgt nicht automatisch, sondern sie muss von den Betroffenen beantragt werden. Die Leute müssen einen Antrag auf Befreiung von Zuzahlung stellen. Und selbst wenn der Antrag rechtzeitig gestellt wird, es liegen bei den Krankenkassen solche Stöße von Befreiungsanträgen, bezahlt derjenige so lange zu, bis letztendlich sein Antrag bearbeitet wird. Und es geht ständig ein Betrag von seinem Taschengeld weg. Das kann keiner wollen. Deswegen kann ich für unsere Fraktion erklären, wir stimmen dem Antrag gerne zu. Und ich bin sehr froh darüber, dass wir dieses wichtige sozialpolitische Thema wirklich hier im Landtag und im Plenum im Konsens gelöst haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1203. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1203 einstimmig angenommen.

Wer nunmehr dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/1185 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das war verzögert, gut. Dann ist damit der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1185 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen im Bereich des Pflanzenschutzes für Mecklenburg-Vorpommern sichern, auf Drucksache 4/1173.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen
im Bereich des Pflanzenschutzes für
Mecklenburg-Vorpommern sichern
– Drucksache 4/1173 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union sowie die Preisentwicklung auf den Agrarmärkten stellen die Landwirte unseres Landes vor besondere Herausforderungen. Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen vergleichbare wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dafür setzte sich meine Fraktion bereits in der zurückliegenden Zeit vehement ein. Leider konnten wir uns mit zahlreichen Anträgen zur Schaffung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern hier in diesem Hause nicht durchsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ob im Bereich des Haushaltsbegleitgesetzes, der Schweinehaltungsverordnung, der Legehennenverordnung oder den Regelungen im Baugesetzbuch, keiner der seitens meiner Fraktion vorgelegten Anträge zum Erhalt oder zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unserer Landwirte fand in diesem Hause Gehör.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Oder wie Bertolt Brecht so treffend formulierte, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und PDS: „Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft.“

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen das ja wissen! – Gerd Walter, PDS: Das Ding war gut.)

Heute bringt meine Fraktion nunmehr einen Antrag in den Landtag ein, der die den Wettbewerb verzerrenden Bedingungen im Bereich des Pflanzenschutzes aufheben soll. Die derzeitigen Anwendungsbeschränkungen für mineralische und organische Düngemittel und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln im Uferbereich stellen für unsere Landwirte unvermeidbare Wettbewerbsbenachteiligungen gegenüber Landwirten aus anderen Bundesländern dar. Sogar seitens der zuständigen Zulassungsbehörden wird die im Landeswassergesetz normierte Abstandsregelung für kontraproduktiv erachtet. Die Zulassungsbehörden gehen davon aus, dass die im derzeitigen Paragraphen 81 Absatz 3 des Wassergesetzes von Mecklenburg-Vorpommern getroffene Regelung aus wissenschaftlicher Sicht überholt ist. Sie berücksichtigt weder die Auswahl eines geeigneten Aufbringungszeitraumes noch die Verhältnisse vor Ort, noch die Applikationstechnik.

Frei nach Bertolt Brecht könnte man sagen: Wenn Wissenschaftler sich auch oft bemühen, das Unmögliche möglich zu machen, so bemühen sich manche Politiker umgekehrt, das Mögliche unmöglich zu machen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sehr geehrte Damen und Herren, mehr denn je kommt es unter den gegebenen wirtschaftlichen Zwängen darauf an, den Einsatz von Betriebsmitteln zu optimieren. Deshalb fordert meine Fraktion unter Punkt 1 des Antrages die Landesregierung auf, „sich im Bundesrat für eine Harmonisierung der Anwendungsbeschränkungen für Pflanzenschutzmittel“ auf europäischer Ebene „einzusetzen“. Deshalb fordern wir unter Punkt 2 unseres Antrages die Landesregierung auf, alle geeigneten Maßnahmen einzuleiten, um „im Rahmen der Novellierung des Landeswas-

sergesetzes, die im Landeswassergesetz § 81 Abs. 3 normierte Abstandsregelung ... zu streichen“. Gleichzeitig soll die Landesregierung sich in künftigen Gesetzgebungsverfahren auf die rechtlichen Regelungen des landwirtschaftlichen Fachrechtes beschränken.

Ob Pflanzenschutzgesetz oder Düngemittelverordnung, es gibt schon heute ausreichende Regelungen im landwirtschaftlichen Fachrecht, die die gute fachliche Praxis und damit den Schutz der Umwelt normieren. Pflanzenschutzmittel dürfen nur dann verwendet und vermarktet werden, wenn sie amtlich zugelassen sind. Voraussetzung hierfür ist, dass die Mittel hinreichend wirksam und schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Grundwasser ausgeschlossen sind. Gleichzeitig muss jeder, der Pflanzenschutzmittel anwendet, die erforderlichen Sachkenntnisse nachweisen. Aus diesem Grunde verzichten andere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern schon heute auf landesgesetzliche Regelungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Diskussion zur Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik rücken zunehmend die so genannten Cross Compliance in den Vordergrund. Mit 18 EU-Richtlinien will die Europäische Kommission den Verbraucher-, Umwelt- und Tierenschutz regeln. Die Ausgestaltung der Richtlinien obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten. Leider zeichnet sich schon heute ab, dass die Bundesregierung wieder einmal weit über die Vorgaben aus Brüssel hinausgehen will. Wenn wir als Bundesland dann noch draufsatteln, dann führt dieses zum einen dazu, dass landeseigene Umweltprogramme nicht mehr aufgelegt werden können, und zum Zweiten dazu, dass ein erhöhtes Anlastungsrisiko für unser Bundesland besteht.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion besteht die Chance, die Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirte zu verbessern. Lassen Sie es uns mit Hermann Hesse halten, der sagte: „Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass wir heute wieder einmal ein Thema zu Landwirtschaftsfragen auf der Tagesordnung haben.

Frau Schlupp, eines möchte ich noch an den Anfang stellen. Die gemeinsame Agrarpolitik und das, was wir in den letzten Jahren daran gearbeitet haben, ist zum Wohle der Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern gemacht worden. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen ist es uns gelungen, tatsächlich in dem letzten Jahr dafür zu sorgen, dass genau die Preisausgleichs-

zahlungen, die wir bis heute in Mecklenburg-Vorpommern bekommen haben, nämlich exakt 422 Millionen Euro, auch für die nächsten Jahre zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Riesenerfolg für das, was wir in den letzten Jahren erreicht haben. Und das wieder kleinzureden, das finde ich einfach nicht gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Egbert Liskow, CDU: Das hat
doch keiner gemacht!)

Nein, das ist gar nicht gehässig gemeint, ich habe ja schon angedeutet, dass ich Sie heute nicht so scharf aufs Korn nehmen werde.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Ich möchte noch einmal eines für die CDU-Fraktion deutlich machen: Wenn es nach Ihrem Parteifreund Herrn Fischler gegangen wäre,

(Renate Holznagel, CDU: Woher wissen Sie, dass es ein Parteifreund ist? – Beate Schlupp, CDU:
Ich bin nicht mit ihm befreundet.)

dann hätten die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern 19,5 Prozent der Preisausgleichszahlungen verloren, das wären 70 bis 80 Millionen Euro gewesen. Das haben wir erfolgreich verhindern können. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen möchte ich natürlich auch auf Ihren Antrag ...

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Ja, Frau Holznagel, Sie kriegen jetzt gleich noch eine Ladung, das tut mir wirklich Leid.

(Heiterkeit bei Renate Holznagel, CDU –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich muss Sie als umweltpolitische Sprecherin tatsächlich ansprechen. Sie sind auch in diesem Zusammenhang als umweltpolitische Sprecherin im Land Mecklenburg-Vorpommern bekannt, dass Sie sich zu einem solchen Antrag hinreißen lassen. Ich gehe davon aus, dass die Grundlage Ihres Antrages der Industrieverband Agrar war, der an alle Fraktionen mit dem Ziel geschrieben hat,

(Renate Holznagel, CDU: Aber nicht nur der.)

Initiativen zu entfalten, um die für die Agrarindustrielobby, für die Düngemittelindustrie beziehungsweise natürlich auch für die Pflanzenschutzindustrie, geeignete Rahmenbedingungen zu entwickeln.

(Heinz Müller, SPD: Wessen Brot ich esse, ...!)

Ob man das als den richtigen Weg ansehen kann, in einem Bundesland, wo wir mit landschafts-, mit umweltrelevanten Fragen reich gesegnet sind? Ich will ausdrücklich sagen, Mecklenburg-Vorpommern ist nun einmal das gewässerreichste Bundesland Deutschlands und wir müssen alles daransetzen, sorgsam mit unserer Landschaft und mit der Artenvielfalt, die im Übrigen die größte in Deutschland ist, umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Deswegen ist es leider so, und das möchte ich hier zum Ausdruck bringen, dass es für mich ein typischer Opposi-

tionsantrag ist. Im Zuge Ihrer Suche nach vermeintlichen Ungerechtigkeiten im Lande spielt sich nun die CDU wieder einmal als der Verteidiger der Interessen der Landwirte auf.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist sicherlich auch interessant, aber aus meiner Sicht ist es tatsächlich nicht das geeignete Rollenverständnis, meine Damen und Herren, denn letzten Endes haben Sie die Verantwortung, auch Alternativen aufzuzeigen. Ich gehe aber noch einmal darauf ein.

Mit diesem Antrag werden Sie jedenfalls aus meiner Sicht tatsächlich keinen Treffer landen können, denn hier stoßern Sie wieder einmal im Nebel von Mutmaßungen oder auch von Ungewissheiten herum. Außerdem können Sie mir wirklich eines abnehmen, bei der Abwehr von möglichen Wettbewerbsnachteilen für unsere Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern werde ich mich ausgerechnet von Ihnen nicht überholen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Beate Schlupp, CDU: Das wollen wir mal sehen!)

Eines kann ich Ihnen mit gutem und vor allem ruhigem Gewissen noch einmal versichern,

(Beate Schlupp, CDU: Ja? –

Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die im Land geltenden Rahmenbedingungen benachteiligen unsere Landwirte, was die landwirtschaftlichen Unternehmen anbetrifft, im Wettbewerb keineswegs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es dürfte wirklich für uns gemeinsam unstrittig sein, dass die Landwirte als Nutzer der begrenzten Ressourcen, also Boden, Wasser und –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Luft.)

im Übrigen, glaube ich, darüber müssen wir uns in diesem Hohen Hause wirklich einig sein – dass Trinkwasserschutz und Trinkwasser als solches in der weiteren Entwicklung gerade auf dieser Erde zu einem der wichtigsten und notwendigsten Ressourcen werden. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, alles daranzusetzen, dass gerade das Trinkwasser und die Trinkwasserressourcen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Wir haben Probleme, meine Damen und Herren, und deswegen bitte ich wirklich ernsthaft noch einmal

(Beate Schlupp, CDU: Denken Sie an unsere Deponie. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

für diesen Kreislauf, Boden, Wasser, Luft und Pflanzen, grundsätzlich um Verständnis, dass wir die gesetzlichen Normen einzuhalten haben. Daran hat sich auch jeder Landwirt zu halten.

(Beate Schlupp, CDU: Wir haben Probleme mit den alten Deponien. –

Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und zum Glück ist es so, dass die klugen Landwirte, und wir haben viele, viele kluge Bauern, diese Normen auch akzeptieren.

Hinsichtlich des Düngemittelgesetzes, das darf ich Ihnen auch sagen, könnte es bald in Ihrem und auch unserem gemeinsamen Interesse eine bundeseinheitliche

Norm geben. Sie wissen hoffentlich, dass sich die Abstandsregelung, die sehr unterschiedlich in den Bundesländern ist, bei uns sind es sieben Meter, die wir von Gewässern Abstand halten müssen, voraussichtlich, glaube ich, ändern wird. Es gibt eine Mehrheit im Bundesrat, denn da haben wir uns sehr aktiv eingebracht, und zwar die zwei Meter einzuhalten.

Sie haben heute Morgen wahrscheinlich auch alle gelesen, wir haben, Herr Umweltminister, wieder ein Problem in Rick bei Greifswald, wo erhebliches Fischsterben aufgetreten ist. Es kann vermutet werden, am Wochenende werden wir neue Erkenntnisse haben, dass hier tatsächlich auch das Thema Düngemittel oder Pflanzenschutzmittel eine Ursache mit sein kann.

(Harry Glawe, CDU: Der Sauerstoffmangel kann es auch sein.)

Deswegen möchte ich ausdrücklich darum bitten, dass wir auch den 7-Meter-Abstand gemäß Paragraph 81 Landeswassergesetz für Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich einer Prüfung unterziehen werden, ob das in Zukunft obsolet sein könnte. Aber im Interesse des Wasserschutzes, auch im Interesse der Ressource Trinkwasser und Gewässerschutz müssen wir gerade in Mecklenburg-Vorpommern aufpassen, dass wir hier keinen Schaden anrichten. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn wir hier zu erheblichen Umweltschädigungen kommen würden, und dieses auch noch Auswirkungen auf den Tourismus hätte. Das können Sie nicht wollen und ich glaube, das wollen Sie auch nicht.

(Andreas Petters, CDU: Und was ist mit den Landwirten?)

Aber Sie sprechen ja von der so genannten Harmonisierung. Das Pflanzenschutzgesetz ermächtigt die Länder aus gutem Grunde, aus wasserrechtlichen und naturschutzrechtlichen Bestimmungen heraus geeignete Vorschriften über die Anwendung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes auch in Schutzgebieten zu erlassen. Das ist richtig und war und ist auch gerade für unser Bundesland dringend notwendig.

Wasserrecht und natürlich auch über die Rahmengesetzgebung des Bundes hinausgehendes Naturschutzrecht sind nun mal – und zum Glück ist das so – verfassungsgemäß Ländersache. Das ist richtig und auch dringend notwendig. Stellen Sie sich mal vor, der Bund würde uns hier auch noch hineinregieren, da halte ich schon mit, dass derjenige, der vor Ort ist, die Rahmengesetzgebung auch umsetzt. Und das haben wir, glaube ich, auch bis jetzt ganz gut gemacht. Im Übrigen sind das zum großen Teil ja Gesetze, die wir damals auch hier im Landtag entwickelt haben, bei denen Sie vor allen Dingen die Verantwortung getragen haben.

Also wird auch noch einmal deutlich, hieraus unmittelbare Wettbewerbsbenachteiligungen für die Landwirte abzuleiten ist nicht richtig. Sie blenden im Übrigen auch die Praxisbedingungen völlig aus und argumentieren aus meiner Sicht schlichtweg falsch.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Ich halte es im Übrigen für sehr fragwürdig, wenn Sie auf diese Art und Weise sinngemäß suggerieren, jedenfalls nehme ich das so zur Kenntnis, dass es in anderen Ländern keine Einschränkungen bei der Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln im Uferbereich geben sollte.

(Beate Schlupp, CDU: Andere, andere!)

Fakt ist natürlich, dass die Mehrheit der Bundesländer, unter anderem natürlich auch die CDU-regierten Länder Baden-Württemberg – davon ist ja heute und gestern auch schon mehrfach die Rede gewesen –, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen und auch Sachsen-Anhalt in ihren Landeswassergesetzen tatsächlich Abstandsregelungen zwischen fünf und zehn Metern verankert und festgeschrieben haben. Also ich weiß nicht, ob die denn auch verkehrt handeln. Vielleicht haben Sie ja eine konzertierte Aktion jetzt vor.

Darüber hinaus gibt es natürlich Verbotsvorschriften in Bezug auf wassergefährdende Stoffe, darunter auch für mineralische oder organische Düngemittel sowie Pflanzenschutzmittel.

Nun finden sich in den Landeswassergesetzen von Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen auch entsprechende Ausgleichsregelungen wieder. Vielleicht kommen Sie darauf noch. Leider ist es so, dass finanzschwächere Länder sich diese Möglichkeiten aufgrund der knappen Finanzressourcen nicht einräumen lassen. Das ist heute leider auch noch der Fall und war auch zu Ihrer Regierungszeit so, dass keine Ausgleichszahlungen bereitgestellt worden waren, weil die Finanzsituation das nicht hergegeben hat. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass die CDU damals in ihrem Referentenentwurf für das Landeswassergesetz eine Kompensation vorgesehen hatte. Wollen Sie uns heute etwa Ihre eigenen Versäumnisse vorwerfen oder anlasten? Ich glaube das im Übrigen auch nicht.

Allerdings stellt sich mit Blick auf die gerade genannten Länder schon die Frage: Wer verzerrt denn nun eigentlich hier den Wettbewerb? Sind es die anderen Bundesländer, die tatsächlich wieder gegensubventionieren? Ist das eigentlich der richtige Weg? Ich sage ausdrücklich, für mich ist es nicht der richtige Weg. Mecklenburg-Vorpommern könnte dazu im Übrigen auch im Bundesrat, dazu fordern Sie uns ja auf, hunderte von Anträgen stellen und einbringen und würde doch kein Ergebnis erzielen können, weil es dafür tatsächlich keine Mehrheiten innerhalb des Bundesrates gibt. Das weiß die CDU natürlich genau so gut, jedenfalls gehe ich davon aus, wie die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Übrigen gilt das Pflanzenschutzgesetz bundesweit. Auch das noch einmal als ausdrücklicher Hinweis: Das Pflanzenschutzgesetz gilt bundesweit. Demgemäß werden Pflanzenschutzmittel bereits im Zulassungsverfahren mit verschiedenen Auflagen versehen. Darauf haben Sie ja auch richtigerweise hingewiesen. Das ist auch erforderlich, denn es geht letzten Endes um Gefahrenabwehr, insbesondere natürlich um die Gesundheit von Mensch und Tier, aber auch um den Naturhaushalt insgesamt. Und erinnern Sie sich bitte einmal an Nitrophen oder Brasan oder auch an andere Diskussionen, die wir im Rahmen von Pflanzenschutzmittelanwendungen in unserem Bundesland gehabt haben.

Schon die Zulassungsbehörde legt damit bundeseinheitlich fest, welcher Mindestabstand zu Gewässern bei einem bestimmten Mittel einzuhalten ist, was ich richtig finde. Diese Vorschriften gelten im Übrigen quasi von Rügen bis zur Zugspitze. Daran werden wir auch festhalten müssen im Interesse des Naturhaushaltes, im Interesse von Mensch und Tier. Sie lassen sich jedoch auch untereinander und damit im Hinblick auf eine Einheits-

norm für alle wassergefährdenden Stoffe nicht in Einklang bringen. Gerade wir als gewässerreichstes Bundesland, das sage ich noch mal, haben hier andere Dinge umzusetzen und das werden wir auch weiterhin machen müssen.

Im zweiten Punkt Ihres Antrages fordern Sie nun ja unter anderem, Paragraph 81 des Landeswassergesetzes gleich ganz zu streichen. Andererseits ist eine hierfür erforderliche bundeseinheitliche Gesamtregelung zu allen wassergefährdenden Stoffen und nicht nur zu denen aus der Landwirtschaft völlig unrealistisch. Das muss man einfach erkennen. Die Landesregierung ist im Übrigen gerade dabei, das Landeswassergesetz zu novellieren.

Alle Länder sind gehalten, die Europäische Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Auch darauf haben Sie ja schon hingewiesen. Gerade diese europäische Norm wird in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen, auch bei der Bewertung und den Anwendungsbeschränkungen in den Uferbereichen. Das will ich ausdrücklich unterstrichen haben, dass diese Anwendung noch straffer geregelt werden wird aufgrund der Probleme, die wir heute schon haben. Die Landesregierung ist deshalb bereits seit langem bemüht, Ihre Hinterlassenschaft einer offensichtlich ungeeigneten pauschalen Abstandsregelung im Bundesrat auch zu harmonisieren. Da wollen wir hin und da sind wir auch intensiv am Arbeiten.

Im Übrigen stelle ich mir vor, dass im zukünftigen Regelfall die einheitlichen Vorgaben des Bundes, auch aus dem Düng- und dem Pflanzenschutzmittelrecht, unmittelbar gelten sollen. Das heißt, wir werden ein einheitliches Recht im Düng- und Pflanzenschutzmittelrecht hoffentlich bekommen. Andererseits müssen wir für besonders sensible Gebiete die Möglichkeit von notwendigen schärferen Regelungen gerade für unser Bundesland auch erhalten.

Im Übrigen steht es Ihnen natürlich auch frei, meine Damen und Herren von der Opposition, eigene Ideen in die Gesetzesdebatte innerhalb des Parlamentes einzubringen. Starre Gewässerabstandsregelungen sollten eigentlich der Vergangenheit angehören. Da stimmen wir wahrscheinlich überein. Das ist auch möglich, weil hinreichend gute Applikationstechniken – das haben Sie ja angedeutet – inzwischen überall, gerade auch in unserem Bundesland, in der Praxis Anwendung finden.

Des Weiteren sollen Wasserbehörden unter bestimmten Voraussetzungen auch Ausnahmen zulassen, zum Beispiel auch von Verboten des Aufbringens oder Lagerns wassergefährdender Stoffe. Düng- und Pflanzenschutzmittel sind dabei eingeschlossen. Diese Ausnahmemöglichkeiten soll es geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Landwirtschaft ist sich ihrer eigenen Verantwortung sehr wohl bewusst. Wir tun alle gut daran und sind sehr wohl in der Lage, uns in der Landwirtschaft sehr schnell auf diese neuen Rahmenbedingungen einzustellen und damit dieses Wissen anzunehmen.

Eines übersehen Sie ebenfalls geflissentlich, dass bereits in der Praxis – ich nenne unter anderem nur das Thema Vorgewende, das sind ja die Schlagränder, die für die Technik und den Stofftransport von allergrößter Bedeutung sind und im Übrigen auch für den Ertrag – gerade auf diesen Vorgewenden oder auf dem Acker an den Randstreifen tatsächlich eine Ertragsminderung zwi-

schen 40 und 80 Prozent entsteht. Ich glaube, es könnte ein Beitrag sein zu sagen, lasst uns doch auf den Vorgehenden auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln insgesamt verzichten, um damit einen Beitrag auch für den Naturhaushalt zu leisten. Vielleicht ist das auch ein Angebot an Sie. Pflanzenschutzmaßnahmen werden also auch erst dann in Erwägung gezogen, wenn hierdurch ein angemessener Ertragszuwachs erreicht wird. Das ist richtig, dann ist es auch sinnvoll und dazu stehe ich auch persönlich. Dies ist auf den Schlagrändern und auf den Vorgehenden also selten der Fall. Nach unseren Berechnungen – und wir haben das ja immer wieder auch in der Diskussion bei uns im Hause gehabt – steht die Differenz im Deckungsbeitrag tatsächlich gerade mal zwischen 0,5 und 0,3 Prozent. Das heißt, man könnte tatsächlich auf diese Bewirtschaftung der Ackerränder und der Vorgehende verzichten.

Unsere Praktiker sind natürlich auch an ganz anderen Möglichkeiten interessiert, beispielsweise Vorgehende und Randstreifen von etwa zehn Metern an den sensiblen Flächen gänzlich stillzulegen. Auch das ist ja in der Diskussion. Eine solche Stilllegung ist im Übrigen ab dem Jahr 2005 im Rahmen der von Ihnen kritisierten – ich weiß nicht, ob Sie das damit auch meinen – Agenda beziehungsweise gemeinsamen Agrarpolitik möglich. Das ist ein großer Fortschritt. Außerdem sind wir dann auch im Rahmen der so genannten Modulation, die Sie ja nie wollten – ich habe sie auch zeitweise stark bekämpft, aber Sie wollten sie ja nie –, in der Lage, frei werdende Mittel dann nach unserem aktuellen Programm „Tierartgerechte Halteformen“

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

auch im Bereich von Randstreifen und Gewässerrandstreifen einzusetzen. Vielleicht ist das auch eine Alternative.

(Renate Holznagel, CDU: Herr Backhaus, es geht um die vorgezogene nationale Modulation.)

Also Sie wollen jetzt auf einmal auch die Modulation. Da sind wir uns ja auch schon ein ganzes Stückchen näher gekommen.

Aufgrund der unausweichlichen Ausweitung der Modulation stehen uns hier demnächst ja ein paar mehr Beträge zur Verfügung. Ich habe dem Bauernverband und den Landwirten damit innerhalb des Landes avisiert – und das haben wir ja auch schon mal hier besprochen –, dass wir dann auf eine spezielle Richtlinie zur Förderung von Gewässerrandstreifen innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen kommen werden und wir eine solche Richtlinie dann vorsehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihr dritter Punkt schließlich liest sich so, als ob es ernstlich von Vernunft sei, wenn in unserem Land nur noch landwirtschaftliches Fachrecht – Sie haben es ja wieder angesprochen – gelten sollte. Alles andere würde dann nicht mehr gelten. Das heißt, wenn ich das jetzt ein bisschen polemisch formulieren darf, dass wir beispielsweise die Straßenverkehrsordnung in Mecklenburg-Vorpommern in der Zukunft abschaffen werden und siegen wird dann der Stärkere. Was dabei herauskommt, kennen wir ja.

(Heinz Müller, SPD: Dann dürfen nur noch Trecker fahren.)

Oder es dürfen in der Zukunft nur noch Trecker fahren.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heike Polzin, SPD: Trecker fahren!)

Gut, also das, glaube ich, meinen Sie auch so nicht.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich gehe davon aus, dass Sie uns nicht zum Rechtsbruch auffordern wollen, sondern dass das Fachrecht als solches akzeptiert werden muss. Und es gilt eben nicht nur das landwirtschaftliche Fachrecht, sondern es gilt auch Umweltrecht, Bodenschutz und so weiter. Das heißt, wir werden alles daransetzen, auch im Rahmen der Cross-Compliance-Bedingungen, die ja ab 2005 dann gelten werden, den Grad der Verbindlichkeit deutlich zu erhöhen, ansonsten werden die Landwirte nicht in den Genuss der Ausgleichszahlungen kommen können. Und wir werden alles daransetzen, dass wir insbesondere das so genannte Flaschenhalsprinzip umsetzen werden und damit auch das kontrollieren, was dringend notwendig ist, weil wir hier nicht zu überzogenen Kontrollgremien kommen wollen.

Es ist natürlich auch so, Sie haben das schon angedeutet, die letzte Anlastung ist aus Ihrer Zeit, ich sage das ausdrücklich noch mal. Das meine ich auch wiederum nicht gehässig.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

58 Millionen DM sind in Ihrer Zeit an Anlastungen entstanden. Und ich möchte nicht die Verantwortung dafür tragen, dass so etwas noch mal passiert. Deswegen bitte ich Sie auch um Verständnis. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, zur Minderung der Risiken beizutragen, um nicht den Landwirten letzten Endes das ihnen zustehende Geld streichen zu müssen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Sie das wollen. Hier wird man also dann auch mit offenen Augen der Realität entgegentreten müssen, das heißt, wir müssen die Rechtsnormen einhalten. Und ich gehe davon aus, dass dieses von Ihnen akzeptiert wird.

Ich meine, dass damit deutlich geworden ist, dass wir sehr wohl Veränderungen erwarten, was die nationale Ausgestaltung anbetrifft, und dass wir hier im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse der Bewirtschaftung auch in der Zukunft Wettbewerbsfähigkeit beweisen wollen,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

aber dass wir auch den Naturschutzgedanken und insbesondere Boden, Wasser, Luft, die Thematik Pflanze/Tier innerhalb einer Kreislaufwirtschaft im Vordergrund sehen. Das hat für uns Priorität. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 97 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die CDU-Fraktion damit zehn Minuten mehr Redezeit.

(Zurufe von einzelnen

Abgeordneten der PDS: Oh! –

Beate Schlupp, CDU: Das ist aber nett.)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kühnel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Lilly Kühnel, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, möchte ich vielleicht einen Satz vorwegstellen: Sehr geehrte Frau Schlupp, wir sind beide seit knapp zwei Jahren hier im Landtag. Ich habe festgestellt, die Anträge, die Sie gestellt und wir eventuell abgelehnt haben, haben bisher wenig Einfluss darauf gehabt, ob die Landwirte sich in unserem Land wettbewerbsfähig fühlen und auch weiterhin fühlen werden. Ich denke, wir sollten den Landwirten so viel zutrauen, da sie das in den zurückliegenden Jahren gepackt haben und auch in der Zukunft dieses für die Entwicklung leistungsfähiger Betriebe nutzen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Renate Holznagel, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Für die europäischen Landwirte und insbesondere auch für die Landwirte in unserem Land wird es in absehbarer Zeit durch die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik veränderte Wettbewerbsbedingungen geben.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Karten für die neuen Rahmenbedingungen der Reform werden neu gemischt und die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik läuft bereits sehr langfristig.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Sie wurde lange angekündigt und wird zurzeit noch viel und auch heiß diskutiert.

Ich freue mich, Herr Rehberg, dass Sie auch in die Diskussion einsteigen.

Neue Erkenntnisse ergaben sich aus der schon hinter uns liegenden Halbzeitbilanz. Auch der Landtag hat sich mit den Auswirkungen einer weiterentwickelten Agrarpolitik in Mecklenburg-Vorpommern mehrfach befasst. Und ich sage noch einmal: Die Auswirkungen auf den einzelnen Betrieb sind nur sehr, sehr gering.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Es sollte also auch den Verfassern dieses Antrages nicht entgangen sein, dass es zukünftig keine produktgebundenen Prämien mehr geben wird. Der althergebrachte Ehrgeiz, jeden Quadratmeter zu nutzen, um darauf Höchsterträge zu erwirtschaften, ist ausgereizt. Das wird durch EU-Prämien in Zukunft nicht mehr mitgetragen. Gleichwohl will es sich die Gesellschaft auch weiterhin etwas kosten lassen, dass die Landwirte unsere Kulturlandschaft pflegen, erhalten, und dieses durch gute fachliche Praxis.

Aber auch die gute alte und neue fachliche Praxis muss sich immer wieder mit den neuen Erkenntnissen aus der Wissenschaft ergänzen. Hierbei hat natürlich auch die Interessenvertretung der Landwirte eine große Verantwortung. Ihr Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, geht aber genau noch in die alte Richtung: Intensivierung um jeden Preis,

(Egbert Liskow, CDU: So ein Quatsch!)

in diesem Fall vornehm umschrieben mit der Harmonisierung bundesweit unterschiedlicher Abstandsregelungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie mineralischen und organischen Düngemitteln an Gewässern.

Ihre ehemalige Umweltministerin Frau Uhlmann – damals war ich noch sehr aktiv im Bauernverband – hat sich die Abstandsregelung von sieben Metern für die Aus-

bringung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln vor zwölf Jahren aus gutem Grund ins Wassergesetz geschrieben. Nach heutigen Erkenntnissen und dem gegenwärtigen Stand der Applikationstechnik, das wurde ja bereits gesagt, könnte man sicherlich neue Abstände diskutieren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zunächst ist aber festzustellen, dass die Praxis diese Abstandsregelung akzeptiert hat.

(Beate Schlupp, CDU: Da
habe ich was anderes gehört.)

Das Risiko von Einträgen durch Pflanzenschutzmittel und Düngemittel in den Gewässern zu minimieren, muss oberste Priorität haben.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich kann aus meiner persönlichen Erfahrung bei der Bewirtschaftung von Grünland in der Dateniederung berichten, dass eine hohe Sicherheit im Umgang mit diesen Mitteln erforderlich ist, um technisches und menschliches Versagen, gegen das wir niemals gefeit sind, auch auszuschließen.

(Beate Schlupp, CDU: Auch
bei sieben Metern nicht.)

Was Sie im Punkt 1 Ihres Antrages unter einer bundesweiten Harmonisierung von Anwendungsbeschränkungen für Pflanzenschutzmittel und wassergefährdende Stoffe in Wassernähe nun eigentlich verstehen, kann ich für mich aus Ihrem Antrag nicht ableiten. Gerade zum Beispiel bei der Pilzbekämpfung sind vom Hersteller aus weitaus größere Abstände beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einzuhalten, nach meiner Kenntnis bis zu 20 Meter. Und das betrifft immerhin schon 20 Prozent dieser Mittel. Das trifft dann letztendlich bundesweit zu. Da haben Sie also schon eine gewisse Harmonisierung.

Mit der Wasserrahmenrichtlinie, auf deren Grundlage auch das Landeswassergesetz Mecklenburg-Vorpommern zu novellieren ist, gibt die Europäische Union die Orientierung. An eine Reduzierung der Abstandsregelung wird in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit nicht gedacht. Zu Recht, es ist auch nicht nötig, so meinen wir. Wasserrecht ist Landesrecht. Auch das wurde bereits betont. Es ist also Sache der Länder, ihren landestypischen Bedingungen entsprechende Regelungen zu treffen und nicht über den Bundesrat zu harmonisieren. Ein hervorragendes Gesundheitsland wie Mecklenburg-Vorpommern, das aus seinen sauberen Gewässern Kapital schlagen muss, kann sich eine solche Streichung im Moment überhaupt nicht leisten.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Die Diskussion zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie und ihre Durchsetzung in unserem Land zeigt, dass noch weitaus sensibler mit diesem Thema umgegangen werden muss. Die Punkte 1 und 2 Ihres Antrages gehen somit ins Leere.

(Egbert Liskow, CDU: Und wer
kümmert sich um die Menschen?)

Punkt 3 ist von Ihnen am wenigsten gelungen und handwerklich wenig professionell. Ich weiß nicht, wem Sie hier mehr nach dem Munde reden wollen.

(Egbert Liskow, CDU: Und die Menschen?!)

Es sind nicht allein nur die Menschen.

Aber die Schreiben vom Verband der Chemischen Industrie und auch des Industrieverbandes Agrar sind uns allen zugegangen. Und wollen Sie mit Ihrem Antrag, es wurde bereits vom Minister angesprochen, die Landesregierung wirklich zum Rechtsbruch auffordern? Das will ich Ihnen natürlich nicht unterstellen.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Auch in Zukunft wird in unserem Land neben anderen rechtlichen Regelungen das landwirtschaftliche Fachrecht zwingend einzuhalten und im Rahmen von Cross Compliance, das wurde bereits betont, ab 2005 noch bindende Voraussetzung für die regionale Flächenprämie sein.

Meine Damen und Herren der Opposition, ich denke, Sie täten gut daran, diesen Antrag zurückzuziehen, andernfalls wird ihn die Fraktion der SPD ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Kühnel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag der CDU-Fraktion vor, mit dem vorgeschlagen wird, im Bereich des Pflanzenschutzes für Mecklenburg-Vorpommern die Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger zu gestalten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wettbewerbsfähig für wen, fragte ich mich beim Lesen der Briefe aus der Agrarindustrielobby, die auch unsere Fraktion erreichen, bevor wir überhaupt von diesem Antrag wussten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Erreicht werden soll mehr Wettbewerbsfähigkeit, indem die Anwendungsbeschränkungen für Pflanzenschutzmittel harmonisiert werden und der Abstand bei der Anwendung wassergefährdender Stoffe zum Gewässerrand verringert wird.

Schauen wir mal, wie es aussieht: Seit 1987 wurden weit über 200 Wirkstoffe und mehr als 1.200 Mittel im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln auf ihre Umweltauswirkung geprüft. Derzeit werden circa 1.156 verschiedene Pflanzenschutzmittel hergestellt und vertrieben. Für fast jedes Mittel, Frau Kühnel hat es erwähnt, gibt es konkrete Vorschriften, wie und wo es zu verwenden sei, wie weit der Abstand von Gewässern sein muss beispielsweise.

Was heißt denn in diesem Falle „Harmonisierung“? Alle Mittel unabhängig von ihrer Wirksamkeit über einen Kamm scheren und eine allgemeine Regelung festlegen?

(Beate Schlupp, CDU:
Bundesweit einheitlich regeln!)

Also für ungleiche Wirkstoffe gleiche Regelungen schaffen?

(Beate Schlupp, CDU: Bundesweit
einheitliche Regelungen!)

Das steht nicht in Ihrem Antrag. Bitte lesen Sie, was Sie geschrieben haben!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das widerspricht jedem Vorsorge- und Verursacherprinzip. Ich denke, flexible Regelungen, die auf konkrete Wirkstoffe unter konkreten und unterschiedlichen Bedingungen eingehen und den gesetzlichen Rahmen einhalten, sind da zeitgemäßer. Sicher ist es so, dass Pflanzenschutzmittel und auch Düngemittel heutzutage in wesentlich geringeren Mengen eingesetzt werden, schon aus ökonomischen Gründen. Und erwiesen ist auch, dass der Stickstoffgehalt in den Düngemitteln seit 1990 wesentlich zurückgegangen ist.

Auch die 1996 verabschiedete Düngemittelverordnung reflektiert darauf, die Nährstoffeinträge in Gewässer zu vermindern, indem sie punktgenau eingetragen werden.

(Beate Schlupp, CDU: Genau.)

Und trotzdem, meine Damen und Herren, seit 1989 werden im Umweltbundesamt die Funde von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser erfasst und jährlich zusammengestellt. Aus diesen jährlichen Übersichten ist ersichtlich, an jeder vierten Messstelle für Trinkwasser wurden Pflanzenschutzmittel nachgewiesen, an jeder zehnten Messstelle wird der Grenzwert der Trinkwasserverordnung für Pflanzenschutzmittel überschritten.

(Egbert Liskow, CDU: In M-V?)

Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, dass nicht nur die Menge, sondern auch und gerade die Intensität des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln bestimmend für ihre Wirkung ist. Und da ist es dann auch logisch, dass, wenn der Abstand zum Gewässerrand verringert wird, die Intensität der Wirkung der Dünge- oder Pflanzenschutzmittel auf das Gewässer steigt.

Gerade die Seen in Mecklenburg-Vorpommern, auf die wir so stolz sind, mit denen wir touristisch werben – ich höre immer Frau Skrzepski, wenn Sie von den 2.000 Seen in unserem Lande ganz begeistert spricht –,

(Egbert Liskow, CDU:
Bundesweit, nicht nur in M-V.)

gerade diese Seen haben große, durch landwirtschaftliche Nutzung geprägte Einzugsgebiete. Und sieht man sich einmal die Karten landwirtschaftlicher Nutzflächen unseres Landes an, so ist zu erkennen, dass zwei Drittel dieser landwirtschaftlich genutzten Flächen einen Stickstoffüberschuss aufweisen. Wo bleibt der denn? Und damit sind wir dann auch beim größten Problem unserer Seen, nämlich der große Nährstoffeintrag. Der diffuse Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln hat daran einen erheblichen Anteil.

Meine Damen und Herren, in unserem Lande stehen die Novellierung des Landeswassergesetzes ganz oben auf der Tagesordnung und die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Hauptforderung dieser Richtlinie ist, dass es keine Verschlechterung des Zustandes der Gewässer geben darf, dass möglichst alle Gewässer auf dem Gebiet der EU bis zum Jahr 2015 einen guten Gewässerzustand erreichen sollen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Als wir uns im März im Umweltausschuss über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie unterrichten ließen, beeindruckten mich ehrlich gesagt die betroffenen Gesichter meiner Kollegen, und die betroffenen Gesichter waren fraktionsübergreifend, als uns erklärt wurde, dass zwar 80 Prozent aller Gewässer im Land den Gewässergütezustand II erreicht haben, dass aber Nährstoffeinträge und übermäßiges Algenwachstum immer noch ein großes Problem sind. Bei den Untersuchungen, die in diesem Rahmen bisher an den Fließgewässern in unserem Land durchgeführt wurden, stellten die Experten fest, dass hinsichtlich der physikalisch-chemischen Qualitätskomponente die überwiegende Zahl der Gewässerstrecken im Land keinen guten Zustand erreichen werden.

Und ein Letztes, meine Damen und Herren, möchte ich noch erwähnen. Vor nicht vier Wochen stellte der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung ein Sondergutachten zum Meeresschutz in der Ostsee vor. Ausgehend von einem kontinuierlichen Monitoring der Ostsee im Rahmen der HELCOM-Vereinbarungen stellte er fest, dass die Belastung der Ostsee durch Pflanzenschutzmittel immer noch zu hoch ist. Ursache ist das Abschwemmen von mit Pflanzenschutzmitteln belasteten Böden in die Ostsee.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Damit bin ich wieder bei meiner Eingangsfrage: Wem nützt es, an dieser Stelle unter dem Deckmantel der Deregulierung zu harmonisieren und das Landeswassergesetz beispielsweise entsprechend zu novellieren? Die Antwort geben die Lobbybriefe und deswegen lehnt meine Fraktion diesen Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Vizepräsidentin Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Renate Holznagel, CDU: Danke schön, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also ich staune wirklich, was in unserem Antrag drinstecken soll. Das habe ich nicht geahnt und Sie werden es mir sicherlich glauben, es ist wirklich für mich erstaunlich, was Sie daraus gemacht haben.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Völlig harmlos.)

Herr Minister, wenn Sie meinen, dass wir die Landwirtschaft kleinreden wollen, dann möchte ich nur eines dazu sagen: Wir wollen die Landwirtschaft überhaupt nicht kleinreden, im Gegenteil, wir wollen das Wohl der Landwirtschaft noch erhöhen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deswegen haben wir in diesem Landtag, in diesem Hohen Haus die Anträge gestellt,

(Egbert Liskow, CDU:
Bärenstark soll sie werden.)

um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte gegenüber anderen Ländern und auch EU-weit herzustellen. Das möchte ich doch noch einmal deutlich sagen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ich freue mich, dass Sie den sorgsamsten Umgang mit unserer Umwelt hier dargestellt haben und dass Sie mich eigentlich in dieser Hinsicht ja mit hineingezogen haben. Ich kann das nur unterstreichen. Mir geht es wirklich auch ganz besonders um die Bewahrung der Schöpfung. Ich ziehe mir die Jacke nicht an, die Sie mir hier verpassen wollen, denn die passt mir nun wirklich nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau. Richtig.)

Ich möchte aber eines sagen, vielleicht auch angesichts der FFH-Diskussion: Man muss versuchen, vernünftige Lösungen zu finden, und zwar mit den Menschen und hier auch mit den Landwirten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und
nicht über die Menschen hinweg!)

Und ich weise es auch zurück, dass wir hier eine Lobby vertreten wollen. Das haben wir überhaupt nicht vorgehabt und ich sage Ihnen auch, warum, weil nämlich die Landwirte, die Bauern mit diesem Problem in den letzten zwei Jahren sehr häufig zu uns gekommen sind. Und insofern, denke ich, ist es auch wichtig, dass wir im Parlament darüber debattieren. Und eigentlich bin ich schon sehr froh, wenn wir über Vorgewende, Randstreifen und vielleicht auch eine Stilllegung dann diskutieren können. Also wenn ich das andere alles wegstecke, dann lohnt es sich vielleicht doch noch mit diesem Antrag und er kann vielleicht noch etwas erreichen.

Ich möchte noch einige grundsätzliche Dinge sagen:

Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, der besonders eng mit der Natur verbunden ist. Das ist für uns sehr deutlich. Eine intakte Umwelt ist die Grundlage des wirtschaftlichen Handels eines jeden Landwirts, das möchte ich auch noch mal unterstreichen. Gerade die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsgütern ist eng in den Ablauf der Natur eingebunden. Dass wir das nicht wollen, steht überhaupt nicht in unserem Antrag.

In der Landwirtschaft werden jahrhundertealte Erfahrungen genutzt, gleichzeitig werden auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse existenzhaltende Betriebsmittel und hoch entwickelte Technik eingesetzt.

Dies gilt auch für den Pflanzenschutz, denn sichere und qualitativ hochwertige Ernten sind ohne Pflanzenschutz nicht möglich, meine Damen und Herren. Trotz des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln werden heute noch ein Drittel der jährlichen Ernten in Westeuropa durch so genannte Schadorganismen wie Insekten, Pilze oder andere Erreger von Pflanzenerkrankungen geschädigt oder vernichtet. Aus diesem Grund ist es immer noch notwendig, dass Schutzmaßnahmen gegen Schadorganismen genutzt und entwickelt werden. Pflanzenschutz, das denke ich und möchte ich wirklich unterstreichen, sollte im wahrsten Sinne des Wortes hier positiv betrachtet werden und nicht immer gleich mit einer Horrerversion der Umweltschützer in Verbindung gebracht werden.

Meine Damen und Herren, Pflanzenschutz ist ein dynamischer biologischer Prozess, der von einer Vielzahl natürlicher Variablen beeinflusst wird. Meistens sind diese Variablen vom Anwender nicht vorhersehbar und auch wenig beeinflussbar. Der Antrag meiner Fraktion soll dazu beitragen, dass die rechtlichen Regelungen, und da gibt es ja auch noch eine ganze Menge, nicht nur diese im Wassergesetz, eben nicht dazugehören.

Meine Damen und Herren, wenn es auch heute und morgen keinen Mangel an Lebensmitteln in Europa geben wird, so sind doch Nahrung und Reichtum auf der Welt ungleich verteilt. Obwohl sich in den vergangenen 40 Jahren die Nahrungsmittelerzeugung mehr als verdoppelt hat und damit noch schneller als die Weltbevölkerung wuchs, sterben immer noch Menschen an mangelnder Ernährung. Angesichts der Agrarreform möchte ich noch mal deutlich machen, gerade Mecklenburg-Vorpommern hat sehr gute Bedingungen, hier Landwirtschaft zu betreiben, und wir sollten es immer wieder betonen.

(Birgit Schwebs, PDS:
Das machen wir doch auch.)

Meine Damen und Herren, zurück zum Thema. Bereits in den 50er Jahren wurden beim Pflanzenschutz durch die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel beachtliche Erfolge erzielt. Dennoch hat es sich gezeigt, dass Pflanzenschutzmittel auch Belastungen für die Umwelt mit sich bringen können, vor denen Mensch, Tier und Grundwasser geschützt werden müssen. Wir haben da überhaupt keine andere Meinung, wie Sie es hier vorgetragen haben, Herr Minister. Wir wollen hier auch keinen gesetzlosen Zustand und wir wollen auch darauf aufmerksam machen, dass es hier sehr viele Regelungen gibt. Hier müssen wir doch wirklich noch mal darüber nachdenken, was wir gestern und heute Morgen diskutiert haben. Hier kann man aktive Deregulierung betreiben und Bürokratie abbauen. Bereits im Jahre 1968 wurden aus diesem Grund umfassende gesetzliche Regelungen getroffen, die diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen. Seitdem hat sich das Pflanzenschutzrecht den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst und der Umweltschutz in der Landwirtschaft wurde zu einer tragenden Säule.

Ich sage das jetzt wirklich noch mal deutlich: Es ist doch nicht so, wie es leider immer wieder in der Öffentlichkeit dargestellt wird, dass der Landwirt als Giftspritzer aus reiner Freude an der Belastung der Umwelt seinen Aufgaben nachgeht. Vielmehr regelt die gute fachliche Praxis aufgrund wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse, praktischer Erfahrung, amtlicher Beratung und Ausbildung der Anwender den sachgerechten Umgang mit Pflanzenschutzmitteln.

Zur guten fachlichen Praxis, die im Pflanzenschutzgesetz normiert ist, gehört es, dass die Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes und der Schutz der Gewässer berücksichtigt werden. Aus diesem Grund ist eine Regelung im Landeswassergesetz unseres Landes meines Erachtens nicht mehr notwendig. Das sind auch die Erfahrungen der praktischen Landwirte, die eigentlich hier wirklich auch mal berücksichtigt werden sollen und müssen, deshalb unser Antrag. Natürlich weiß ich, dass wir alle einen Brief bekommen haben,

(Birgit Schwebs, PDS: Mehrere, mehrere!)

die Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionen, vom Industrieverband Agrar. Ich werde jetzt aber mal die entscheidende Passage vortragen, weil ich weiß, dass einige Abgeordnete es vielleicht noch nicht kennen: „In den Beratungen wurde von wissenschaftlicher Seite hervorgehoben, dass der in Mecklenburg-Vorpommern einzuhaltende Abstand von sieben Metern zu Gewässern gemäß Paragraph 81 Absatz 3 des Landeswassergesetzes unsachgemäß sei und das Vorhaben auf Bundesebene behindere. Wesentlich geringere Abstände, sofern solche überhaupt angeordnet werden müssen, welche mit der

bundesweit geltenden Zulassung festgelegt werden, sind heute die Praxis.“ Und das ist, meine Damen und Herren, auch die praktische Erfahrung, die ich sammeln konnte. Herr Backhaus, ich denke, Sie sollten sich vielleicht auch in diesem Punkt noch mal mit unserem ehemaligen Bundeslandwirtschaftsminister in Verbindung setzen, der dieses auch sehr deutlich unterstrichen hat.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Sinne handeln, ich sage es wirklich noch mal, können wir aktiv hier zur Deregulierung beitragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich hätte gerne noch ein Wort gesagt zu unserem Punkt 1 in dem Antrag, Harmonisierung der Anwendungsbeschränkungen im Bundesrat. Meine Damen und Herren, wir haben jetzt das große Haus Europa und wir wissen alle, wie es auch mit den Pflanzenschutzmitteln und den Genehmigungen in den anderen Ländern aussieht. Deswegen ist es hier unheimlich wichtig, gerade damit die Gewässer geschützt werden, eine Harmonisierung im Bundesrat herbeizuführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Denn sonst gibt es immer noch Pflanzenschutzmittel, die bei uns schon lange nicht mehr zugelassen sind.

Und vielleicht noch einen letzten Satz zu diesem Punkt 3. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, warum Sie diesen Punkt 3 eigentlich nicht verstehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wollen!)

Es geht wirklich um die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe mit anderen Bundesländern und auch EU-weit. Ich kann nur sagen, ich habe in der „Deutschen Bauernkorrespondenz“, in der Zuarbeit jetzt zur Europawahl, von der SPD und PDS eigentlich schon das gelesen, was wir hier im Antrag formuliert haben wollten. Die Frage: „Wir haben hohe Standards im Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz. Was tut Ihre Partei, um den deutschen Landwirten gleiche Wettbewerbschancen in einer erweiterten EU und bei den WTO-Verhandlungen zu sichern?“, diese Frage haben Sie eigentlich so beantwortet, ich zitiere die SPD: „Zum anderen brauchen unsere Landwirte und die vielen mittelständischen Unternehmer der Agrar- und Ernährungswirtschaft vergleichbare Bedingungen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

„damit sie im Wettbewerb die gewünschten Leistungen für Verbraucher, Tiere und Umwelt erbringen können,“

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

„denn wenn die Betriebe wegen unterschiedlicher Standards im Wettbewerb nicht bestehen können, würden Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Standards exportiert und der Verbraucherschutz, Tierschutz und Umweltschutz würde in der Gesamtbilanz verschlechtert.“

(Hannelore Monegel, SPD: Hört, hört!)

Das war eigentlich sehr gut anzufügen an unseren Antrag. Und zur PDS möchte ich sagen und zitiere hier: „Ein Knackpunkt weniger. Einfach zu kontrollierende und nicht über EU-Regeln hinausgehende Prüfkriterien sollen Anwendung finden“. Das, denke ich, kann man auch ganz gut an unseren Antrag anhängen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schon wieder ein Wahlversprechen!)

Ich glaube, Sie wollten unseren Antrag nicht verstehen, denn sonst kann ich meine Vorredner auch nicht verstehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich wünsche trotzdem doch noch, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Doch, ich.)

Oh, Herr Jarchow. Die SPD hat noch Redezeit. Bitte schön, wenn Sie wollen, dann haben Sie jetzt das Wort.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als umweltpolitischer Sprecher meiner Fraktion ist es mir doch noch ein Bedürfnis, kurz zu diesem Antrag zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 14 Jahren unzweifelhaft große Fortschritte bei der Verbesserung der Wassergüte unserer Fließgewässer, Standgewässer und des Grundwassers gemacht. Meine Damen und Herren von der CDU, wir wollen, dass die erreichte Qualität so bleibt und besser wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das wollen wir auch. Das haben Sie ja in Ihrem Europawahlprogramm geschrieben, wie Sie das wollen.)

Bei Ihnen habe ich seit Kenntnisnahme dieses Antrages daran allerdings so meine Zweifel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das bezweifeln wir auch nicht. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich verstehe die Intention Ihres Antrages nicht,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das kann ich verstehen. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

denn Sie waren es doch auch, die die Notwendigkeit der Verringerung des Eintrages von Nährstoffüberschüssen aus der Landwirtschaft in unsere Gewässer erkannten

(Beate Schlupp, CDU: Es ist doch auch Betriebswirtschaft gefragt.)

und haben darauf reagiert,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

denn Sie haben den Absatz 3 in den Paragraphen 81 des Wassergesetzes

(Beate Schlupp, CDU: Das ist doch eine ganz einfache Rechnung.)

des Landes Mecklenburg-Vorpommern

(Wolfgang Riemann, CDU: Wann waren Sie das letzte Mal in einem Landwirtschaftsbetrieb?)

am 11. November 1992 geschrieben. Danach gilt für die Verwendung mineralischer und organischer Düngemittel

und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ohne Anwendungsbeschränkung ein Verbot von sieben Metern im Uferbereich von natürlichen Gewässern.

Meine Damen und Herren, auch die Regelungen des Absatzes 3 des Paragraphen 81 Landeswassergesetz Mecklenburg-Vorpommern haben mit dazu beigetragen, dass wir heute über weitgehend gesunde Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern verfügen. Ich finde es fast müßig, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung diese Tatsache für die Menschen, was Sie ja immer so betonen, für den Tourismus und die Gesundheitswirtschaft in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern besitzt.

(Beate Schlupp, CDU: Ein paar Landwirte haben wir auch noch. Noch!)

Zu den Landwirten habe ich auch sehr gute Kontakte, haben Sie keine Angst.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn es was zu essen und zu trinken gibt. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zurufe von Renate Holznagel, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

Sie wollen den Ufern von circa 40.000 Kilometern Fließgewässern und Standgewässern den Schutzstatus gegenüber der Verwendung von mineralischen und organischen Düngemitteln und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr eigenartig, und ich habe vorhin gesagt, dass ich sehr gute Kontakte zu Landwirten habe,

(Lorenz Caffier, CDU: Man sieht's! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber aufgrund Ihres Antrages hatte ich nicht einen einzigen Brief und auch keinen Anruf von irgendeinem Landwirt in den vergangenen Wochen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beate Schlupp, CDU: Die haben von Ihnen auch nichts erwartet. – Eckhardt Rehberg, CDU: Dann scheinen die Kontakte doch nicht so gut zu sein.)

aber ich hatte mehrere Briefe von Chemiekonzernen aus dem Ruhrgebiet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie erzählen doch draußen was anderes, als Sie hier erzählen. Genau so ist es.)

mit der Bitte darum – und eigenartig, dass die das da unten wissen –, diesen CDU-Antrag hier heute zu unterstützen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ist das Zufall, meine Damen und Herren?

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Meine Damen und Herren von der CDU, die Wasserrahmenrichtlinie der EU wird umgesetzt, auch hier in unserem Bundesland. Das Landeswassergesetz wird novelliert werden und ich kann Ihnen sagen, der Paragraph 81 mit seinem Absatz 3 bleibt! Punkt! Die SPD wird Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nun aber nicht mehr vor, so dass ich die Aussprache schließe.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1173. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1173 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktionen SPD und PDS – Keine Maut auf Bundeswasserstraßen, Drucksache 4/1176.

**Antrag der Fraktionen SPD und PDS:
Keine Maut auf Bundeswasserstraßen
– Drucksache 4/1176 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist zumindest der letzte Antrag auf der heutigen Tagesordnung, das ist ja dann auch schon mal was!

Wie in der Fachpresse in der jüngsten Vergangenheit nachzulesen war, prüft das Bundesministerium für Bau, Verkehr und Wohnungswesen derzeit die Möglichkeit der Einführung einer Mautvignette für die Benutzung der Bundeswasserstraßen durch Sport- und Freizeitboote. Nun ist der Begriff „Maut“ im Zusammenhang mit dem Begriff „Straße“ ohnehin im Bewusstsein der Öffentlichkeit nicht unbedingt positiv besetzt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dies allein wäre natürlich kein Grund, um den vorliegenden Antrag von SPD und PDS in der heutigen Landtagssitzung zur Abstimmung zu stellen. Vielmehr ist es tatsächlich nicht auszuschließen, dass durch eine solche bundesgesetzliche Regelung die positiven Entwicklungen in diesem Bereich des Tourismus in unserem Land beeinträchtigt werden. Die bisherige Regelung, dass durch die Sportbootverbände an den Bund pauschale Zahlungen für die Nutzung der Bundeswasserstraßen durch so genannte Freizeitkapitäne geleistet wurden, hat sicherlich zur Vereinfachung in diesen Bereich beigetragen und damit auch indirekt die touristische Nutzung durch Sport- und Freizeitboote in unserem Land befördert.

Die Koalitionsfraktionen wollen mit ihrem Antrag verdeutlichen, dass bereits in der seitens des Bundesgesetzgebers eingeleiteten Prüfungsphase alle durch die Landesregierung ergriffenen und noch zu ergreifenden Schritte durch den Landtag unterstützt werden, um eine Veränderung, die nachteilig für die weitere Entwicklung des Tourismus auf den hiesigen Flüssen und Seen sein könnte, zu verhindern. Ich bitte daher in diesem Sinne um die Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gerd Walther, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst hat das Wort für den Wirtschaftsminister die Finanzministerin Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

(Beifall Thomas Schwarz, SPD:
Die für Herrn Ebnet einspringt, ja.)

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich denke, wir sind uns darin einig, eine Maut für Sport- und Freizeitboote würde dem Tourismus in unserem Land schaden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gerd Walther, PDS)

Gerade der Wassertourismus ist einer der Entwicklungsschwerpunkte beim Ausbau des touristischen Angebots in Mecklenburg-Vorpommern. Hier ist in den letzten Jahren viel investiert worden und die Landesregierung hat diese Wachstumsbranche gezielt gefördert. Unser Land hat schon jetzt eine Spitzenposition im Wassertourismus und wir werden diesen Bereich weiter ausbauen. Wir haben beispielsweise das führerscheinfreie Fahren von Haus- und Motorbooten unter bestimmten Bedingungen eingeführt, das von immer mehr Urlaubern genutzt wird. In diesem Jahr werden deshalb zusätzlich Wasserstraßen für dieses Angebot geöffnet. Eine Maut für die Nutzung von Bundeswasserstraßen wäre daher kontraproduktiv. Viele Urlauber könnten auf mautfreie Reviere in Dänemark oder in den Niederlanden ausweichen. Unseren Tourismusbetrieben gingen dadurch Einnahmen verloren. Deshalb sollte man die Idee einer Maut für Bundeswasserstraßen da versenken, wo es besonders tief ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dieses Zitat war ja mal der Spruch des Tages oder der Woche.

Hinter der Maut für Sportboote steht ein falscher Ansatz, meine Damen und Herren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dem
Autor werden aber die Ohren klingeln!)

Ich treffe ihn demnächst.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Zusätzliche Einnahmen sollte man nicht nur durch noch mehr Gebühren, sondern durch ein noch besseres touristisches Angebot erzielen. Je attraktiver die Möglichkeiten für Wassersportler, desto mehr Touristen kommen. Mehr Touristen bedeuten dann auch mehr Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Eine kostenpflichtige Vignette für Sportboote wäre auch bürokratischer Unsinn. Wer soll eine solche Maut erheben, wer soll kontrollieren, ob alle Nutzer der Wasserstraßen die erforderliche Vignette auch wirklich bezahlen? Der Aufwand, der hierfür betrieben werden müsste, kostet unter Umständen sogar mehr, als durch eine solche Maut überhaupt eingenommen werden könnte.

(Holger Friedrich, SPD: Mit Sicherheit!)

Deshalb, meine Damen und Herren, der Plan, eine Maut auf die Nutzung der Bundeswasserstraßen zu erheben,

würde dem Tourismus unseres Landes und damit einem unserer wichtigsten Wirtschaftszweige schaden. Die Landesregierung wird alles dafür tun, um dieses Vorhaben zu verhindern. Deshalb bin ich dankbar, dass die Fraktionen von SPD und PDS und, ich hoffe, auch die von der CDU die Landesregierung hierbei unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Es wird schön verschwiegen, von
wem dieser Quatsch kommt.)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Wenn dann wieder Ruhe eingeleitet ist, gehört das Pult Ihnen. Herr Petters, bitte schön.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Es ist so schönes Wetter draußen.)

Andreas Petters, CDU: Danke, Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Finanzministerin! Es scheint hier zu einem normalen Prozedere zu werden: Die SPD im Land fordert in einem Antrag die Landesregierung zum Handeln gegen Beschlüsse beziehungsweise Vorhaben der SPD im Bund auf, meine Damen und Herren, so auch beim Vorhaben des Bundesfinanzministeriums beziehungsweise Bundesverkehrsministeriums, die desaströse Einnahmesituation dadurch zu verbessern, dass man sich neue Einnahmequellen sucht.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Frau Ministerin, warum rufen Sie denn nicht einfach den Staatssekretär Tilo Braune aus unserem Land an?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das wäre doch die kurze Leitung – wir haben genug Tagesordnungspunkte heute auf der Tagesordnung – und dann hätte dies doch zu einer Lösung beigetragen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Eine Maut auf Bundeswasserstraßen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Heike Polzin, SPD: Können
Sie sich kurz fassen?)

ist dafür denkbar ungeeignet. Darüber herrscht sicherlich zwischen den Anwesenden hier im Hohen Hause Einstimmigkeit.

(Beifall Gerd Walther, PDS: Genau.)

Ich stelle fest, dass es in der Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesregierung nicht zum Besten bestellt sein kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wahrscheinlich hat unsere Landesregierung von diesem vorliegenden Antrag oder der Absicht auch nur aus der Zeitung erfahren. Anders kann ich mir diesen hilflosen Antrag nicht erklären.

Meine Damen und Herren, es muss doch im ureigensten Sinne und dem Interesse der Landesregierung sein, die Belange des Landes zu artikulieren und in Berlin auf der Matte zu stehen. Dafür brauchen Sie nun wirklich nicht die Legitimation des Parlamentes.

(Holger Friedrich, SPD,
und Beate Mahr, SPD: Doch!)

Es handelt sich schlicht und einfach um die ureigenste Pflicht zum Handeln und dieser gilt es nachzukommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Liebe Abgeordnete der SPD-Fraktion, sorgen Sie dafür, dass dieser Unsinn schnellstmöglich wieder vom Tisch kommt! Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, Herrn Braune Bescheid zu sagen, Tilo, regle das Problem, dann wird es sicher laufen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Was auf der Straße in einem Debakel geendet hat, meine Damen und Herren, soll nun auf Länderebene im wahrsten Sinne des Wortes ausgebadet werden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir brauchen keinen Staat, der bis in die letzten Rückzugsgebiete unserer großartigen Natur in Mecklenburg-Vorpommern präsent ist, indem er die Hand aufhält, um irgendwelche selbst verschuldeten Haushaltslöcher zu stopfen. Gar nicht reden mag ich von dem Signal, das von einer solchen Intention ausgeht. Wir stehen mit dem maritimen Tourismus im internationalen Wettbewerb. Länder wie beispielsweise die Niederlande haben im Bereich der Sport- und Freizeitschifffahrt einen riesigen Vorsprung. Da gilt es aufzuholen, meine Damen und Herren. Deshalb fordere ich Sie an dieser Stelle auf, sich in Berlin dafür einzusetzen, und zwar mit Nachdruck, dass die Saison für die Diskussion über Maut auf Bundeswasserstraßen möglichst noch im Mai beendet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

(Heinz Müller, SPD: Baden-
Württemberg hat er gar nicht erwähnt.)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Wien. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Herr Petters, es ist ganz einfach:

(Andreas Petters, CDU: Ja?!)

Erstens. Wir möchten Sie oft hier vorne stehen sehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Stimmt.)

Sie haben immer so schöne leuchtende Krawatten.

(Andreas Petters, CDU: Sie haben
auch einen schönen roten Schal.)

Zweitens. Was ist denn nun? Handelt der Landtag und beauftragt, machen wir es nicht richtig. Handeln wir nicht und beauftragen nicht, dann machen wir es auch nicht richtig.

(Andreas Petters, CDU: Es geht hier um Verwaltungshandeln.)

Wir sollten vielleicht mal solche Dienstanweisungen miteinander vereinbaren, wie wir es nun richtig machen sollen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Außerdem schießen wir jetzt aus allen Kanonen und Tilo ist natürlich längst informiert und ist auch in der Spur. Das ist doch gar kein Problem.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wo fahren Sie denn?! Wahrscheinlich auf der Linksabbiegerspur.)

Fakt ist, eine Maut mehr löst natürlich nicht das Problem der Steuerausfälle in der Bundesrepublik. Das wissen wir.

(Heinz Müller, SPD: Außer Herrn Petters. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Nun könnten wir uns weiter zurücklehnen und ein bisschen grinsen und sagen: Ach ja, mein Gott, Herr Stolpe und seine Mauteinfälle! Es sind ja eigentlich Mautausfälle. Entschuldigt bitte, liebe SPD!

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Und originell ist die Idee ja nun auch wirklich nicht und mit Deregulierung hat sie auch nichts zu tun.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Der weitere Verwaltungsaufwand, das sagen ja sogar Experten, ist auch nicht zu rechtfertigen. Originell ist diese Idee aber vielleicht insofern, wir stellen uns einfach mal vor, alle diese Beamten, die dann die Maut kontrollieren sollen, kriegen so ein kleines Motorrad fürs Wasser, ssscht, ssscht, ssscht,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

fahren dann immer zu den Booten, suchen dieses kleine Schildchen oder was da auch immer dranklebt und bringen dann vielleicht noch, damit sich der Verwaltungsaufwand lohnt, Kuchen und Kaffee mit an Bord. Ich meine, das wäre doch auch mal nett und eine sehr bürgerfreundliche Verwaltung.

(Heiterkeit bei Holger Friedrich, SPD – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Aber, ein bisschen Spaß beiseite,

(Andreas Petters, CDU: Das war Spaß, Frau Wien?! Das war interessant! Sagen Sie das bitte vorher.)

es wird ja hier von 7,5 Millionen Euro Einnahmen pro Jahr geredet. Der Deutsche Seglerverband, habe ich der Presse entnommen, sagt, dass er bis zu 40.000 Bootsbesitzer hat, die das treffen würde mit dieser Maut. Selbst wenn ich jetzt 40.000 mal 90 Euro nehme – das differiert ja immer so zwischen 60 Euro und 90 Euro, die Angaben –, kommen bei mir immer nur 3,6 Millionen Euro raus und es sind dann immer noch nicht 7,5 Millionen Euro. Also das haut nicht so ganz hin.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ah ja, genau, da könnte die Differenz herkommen. Wunderbar! Danke, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was ist mit den Paddelbooten? Die müssen vielleicht auch noch was bezahlen.)

Nein, die sollen ja definitiv nicht bezahlen.

Bisher, ich weiß nicht, ob es allen bekannt ist, gibt es ja freiwillige Beträge, die der Deutsche Motorjachtverband und der Deutsche Seglerverband abführen, dafür, dass sie einfach diese Sachen nutzen.

Nun mag es ja mit Sicherheit so sein, dass es nicht genug Geld gibt für das Betreiben und Installieren von Schleusen auf deutschen Flüssen und Seen, und es ist sicherlich auch richtig, dass Nutzer letztendlich dafür zahlen müssen, wenn sie was benutzen. Aber doch bitte dann immer die jeweiligen Nutzer, die das auch vor Ort nutzen, und nicht immer dieses so generell für alle.

Ansonsten würde ich an dieser Stelle, das ist noch nicht passiert, hier die Anregung unseres Geschäftsführers des Landestourismusverbandes einfach mal aufgreifen und noch mal reinstreuen wollen. Er hat nämlich angeregt, dass ein zusätzliches Serviceangebot geschaffen werden sollte, um Einnahmesituationen zu verbessern, auch auf diesem Gebiet. Und Herr Fischer, sage ich mal, hat da ja nun inzwischen genug Erfahrungen, um in diesem Bereich zu wissen, wovon er spricht. Also er spricht von zusätzlichem Service, wenn man Einnahmen generieren will. Ich denke, dass das auch im touristischen Sinne ist.

(Andreas Petters, CDU: Und was sagt der Wirtschaftsminister dazu?)

Über das falsche Signal haben wir schon was gehört, national, international. Es ist einfach so.

Das Kuriose, das kam heute auch noch nicht, ist, das Wirtschaftsministerium, auch das des Bundes, hat ja immerhin noch 2003 gesagt, es ist gut, wenn der Wassertourismus mal gefördert wird, und das Bundesverkehrsministerium hält sofort wieder die Hand auf.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ich verstehe diese Argumentationsakrobatik nicht. – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

So haben wir zum Beispiel hier in Mecklenburg-Vorpommern das Jahr „Faszination Wasser“ und insgesamt haben wir das Jahr 2004 zum Jahr des Wassertourismus ernannt. Außerdem, Eingeweihte wissen es, gibt es die gelbe Welle. Das ist eine gemeinsame Wassertourismusaktion der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die jetzt auch gerade in die Puschen gekommen ist. Alles das würden wir mit einer solchen Maut ja einfach letztendlich wieder behindern.

An dieser Stelle würde ich mal sagen, das sind Denkschubladen statt einer Denkwerkstatt, was hier passiert. Gott sei Dank regt sich auch in anderen Bundesländern inzwischen der Protest, denn auch sie sehen es so, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet ist gegenüber den anderen uns umgebenden Ländern, wo es natürlich keine Maut gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach, und bei dem vorhergehenden Antrag war die Wettbewerbsfähigkeit kein Thema?)

Ach, Herr Riemann, Sie setzen sich immer so wahnsinnig ein gegen das Öl auf der Ostsee. Das ist ja zu sehen, aber die Pestizide und die Pflanzenschutzmittel, wenn die

aufgelöst im Grundwasser, im Regenwasser in unsere Gewässer kommen, dann sehen Sie die natürlich nicht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Da meine rote Lampe brennt, will ich einfach noch mal sagen, der Weg, den Otto Ebnet uns hier sagt und gewiesen hat, ist richtig und wir stellen uns als Fraktion auch voll dahinter.

(Gerd Walther, PDS: Aber nur bei dem Punkt.)

Dieses Thema sollte versenkt werden, und zwar an der Stelle, wo es besonders tief ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Heiterkeit bei
Wolfgang Riemann, CDU: Aber
wir stimmen dem trotzdem zu.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Müritz-Kreis
muss Müritz-Kreis bleiben, kommt jetzt.)

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ernsthafte Absicht des Bundesverkehrsministeriums, denn im Moment laufen bereits Ressortabstimmungen, eine Motorbootgebühr für die Nutzung der Bundeswasserstraßen zu kassieren, schlägt verständlicherweise hohe Wellen, heute auch hier im Landtag. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass dies auch im Bereich der Mecklenburgischen Seenplatte der Fall ist, dass dort die Wellen besonders hochschlagen, denn dort haben wir sehr viele Seen, Kanäle, Schleusen und Flüsse.

(Egbert Liskow, CDU: Fünf Meter?)

Sofort, und heute passiert es ja schon, wird ein Zusammenhang hergestellt zur Autobahnmaut für LKWs. So ist inzwischen auch die Rede von einer Maut für Freizeitkapitäne auf Flüssen und Kanälen. Es gibt sogar schon Spekulationen, ob hier die Hobbykapitäne mit ihren Gebühren die Verluste aus der bisher gescheiterten Autobahnmaut kompensieren sollten. Also hier kann man sagen, diese Spekulationen sind nicht zutreffend, denn wenn man sich mal vorstellt, dass die durch die Unfähigkeit von Wirtschaft und Politik verursachten Mautausfälle in Höhe von 3,7 Milliarden Euro für 2003 und 2004

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

einer eventuellen Einnahme von 7,5 Millionen Euro pro Jahr durch eine Bootsmaut gegenüberstehen, ist natürlich klar, dass dieses nur ein sehr bescheidener Ersatz wäre.

Die SPD-Fraktion lehnt natürlich ganz klar eine Motorbootgebühr ab und dafür gibt es im Wesentlichen aus meiner Sicht drei Gründe. Als Erstes die negativen Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft, das wurde ja schon ausgiebig beschrieben. Man muss sich schon die Frage stellen, wie das sein kann, dass wir viele Millionen Euro investieren in die Wassersportinfrastruktur, in Schleusen, Kanäle, in Wasserwanderrastplätze, Hafenanlagen und jetzt, wo diese Investitionen doch erste Früchte tragen sollen,

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU
und Wolfgang Riemann, CDU)

Touristen in unserem Land Eintrittsgeld zahlen müssen. Das ist natürlich kontraproduktiv. Andere Wassersportanbieter in Europa, in Deutschland, zu denen wir in Konkurrenz stehen, die sind hier natürlich in der Vorhand. Von daher kann das für uns nicht in Frage kommen.

Ich möchte als zweiten Grund noch einen Punkt ansprechen, der bisher hier noch kein Thema war. Man muss sich mal vor Augen führen, von solch einer Mautgebühr wären ja auch 30.000 bis 40.000 einheimische Besitzer von Freizeitbooten, so genannte Hobbykapitäne, betroffen. So eine Mautpflicht zum Beispiel auf der Müritz müssten dann natürlich auch alle die Menschen zahlen, die eben nicht als Besitzer von großen Jachten und Schiffen locker diese Gebühren zahlen können.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es trifft dann auch Leute mit geringem Einkommen, für die ein kleines Motorboot oftmals schon ihr einziges bescheidenes Vermögen bedeutet.

Einen dritten Grund möchte ich noch mal unterstreichen. Frau Keler hat das schon getan. Der Verwaltungsaufwand steht in einem außerordentlich schlechten Verhältnis zur erwarteten Einnahme. Und um eine Jahresvignette – 60 bis 90 Euro sind wohl im Gespräch – durchzusetzen, muss man sich mal die Riesenprobleme vorstellen, die die Kontrolle und die Durchsetzbarkeit hier natürlich auch hervorrufen.

Im Übrigen gibt es diese Pläne nicht erst seit einem Jahr oder seit wenigen Monaten, sondern bereits seit vielen Jahren. Auch die CDU-Bundesregierung schon vor 1998 hatte damals Modelle geprüft für Bootsgebühren oder ähnliche Sachen. Bisher sind alle diese Versuche gescheitert. Ich sage, Gott sei Dank!

(Beifall Gerd Walther, PDS: Genau. –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das waren wieder 16 Jahre Helmut Kohl!)

In der heutigen Zeit reden wir ja alle sehr viel über Deregulierung. Von daher ist vollkommen klar, dass man für eine Einnahme von 7,5 Millionen Euro nicht einen dermaßen großen Verwaltungsaufwand vertreten kann. Im Übrigen glaube ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sind wir uns doch sicherlich einig, dass man, wenn man schon Schwierigkeiten hat, die Autobahnmaut umzusetzen, man mit einer Wasserstraßenmaut sicherlich noch viel größere Probleme bekommen würde,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das
müssen Sie uns doch nicht erzählen!)

außer man plant vielleicht ein satellitengestütztes Überwachungssystem.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Sie tragen Eulen nach Athen! –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich verstehe gar nicht, warum Sie da so aufgeregt sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wieso?
Wir sind überhaupt nicht aufgeregt! –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesverkehrsministerium begründet seine Absicht,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

eine Maut für Sport- und Freizeitboote einzuführen, mit der Notwendigkeit, die Kosten für Schleusen und Kanäle den Nutzern anstatt der Allgemeinheit aufzubürden. Ich bin grundsätzlich anderer Meinung.

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD:
Wo sind wir hier eigentlich?!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Borchert, einen kleinen Moment.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine solche Unruhe, dass kaum noch das zu verstehen ist, was der Redner hier äußern möchte. Ich denke, bei allen Zwischenrufen sollte es möglich sein, dass der Redner hier seine Rede vortragen kann. Danke schön.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Aber kurz.)

Bitte, Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Danke, Herr Präsident.

Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Wasserstraßen und damit auch Schleusen und Kanäle Bestandteile der öffentlichen Infrastruktur sind. Und wenn man den Bestrebungen, den Bürgern ständig neue Gebühren aufzudrücken, nicht energisch widerspricht, dann hätten wir demnächst in Deutschland vielleicht auch Themen wie Brücken- und Wegezoll. So etwas kann und darf nicht unser politisches Anliegen sein!

(Beate Mahr, SPD: Fenstersteuer.)

Ich möchte insofern zumindest Überlegungen im Bundesverkehrsministerium eine klare Absage erteilen, die meinen, man könnte eine Bootsmaut ohne Befassung, ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates durchdrücken. Die Zustimmungspflicht des Bundesrates ist insofern in jedem Fall gegeben, da, wenn man es überhaupt versuchen sollte, die Mitwirkung der Wasserschutzpolizeien der Länder in jedem Fall beim Vollzug notwendig wäre.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen und damit

unserer Landesregierung und insbesondere unserem Wirtschaftsminister den Rücken zu stärken, um gemeinsam auch mit anderen Ländern dann spätestens im Bundesrat die Mautpläne für die Nutzung von Bundeswasserstraßen zu stoppen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Gerd Walther, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/1176. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1176 bei Zustimmung durch die Fraktionen der CDU, SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der PDS und einer Gegenstimme der PDS angenommen.

Meine Damen und Herren, der Countdown der zweiten Phase der Olympiabewerbung nähert sich dem Höhepunkt. Das olympische Motto „Schneller, höher, weiter“ haben wir ja heute schon mal ausgetestet, wir sind unheimlich schnell gewesen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Gestern auch schon.)

wir sind nämlich am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ehrlich?
Was sollen wir denn jetzt machen?)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Freitag, den 14. Mai 2004, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Genießen Sie die durchkommende Sonne!

Schluss: 18.07 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Martin Brick, Ilka Lochner-Borst, Bernd Schubert, Dr. Margret Seemann, Dr. Henning von Storch und Reinhardt Thomas.